

Protokoll der Parlamentssitzung

Freitag, 14. Januar 2005, 17.00 bis 18.15 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Vifian Christian SP /
Ackermann Judith, FDP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Bichsel Bernhard, jfk (ab 17.25 Uhr)
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, parteilos
Bussard Lorenz, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Egli Claudia, SP
Giger Beat, SD
Graber Martin A., SP
Gysel Hermann, EVP
Hänni Thomas, FDP
Haudenschild Rita, GB
Henggi Harald, FDP
Hofer Niklaus, SVP
Krebs Daniel, SVP
Lagger Valentin, CVP
Lehmann Stefan, SVP
Mader Mélanie, SP
Maibach Urs, GB
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Riesen Anton, FDP
Rohrbach Verena, SVP
Salvisberg Ulrich, SVP
Schori Peter, SD
Schörlin Marlise, SP
Sedlmayer Katrin, SP
Staub Hugo, SP
Staub Stephie, SP
Streiff Marco, EVP
Troxler Elisabeth, SP
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Balz Christian, FDP
Stähli Markus, SVP
Wyss Ursula, LdU

Vertretung des Gemeinderates:

Mentha Luc, Gemeindepräsident
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident
Berger Verena, SP
Sommaruga Simonetta, SP
Streiff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP
Wilk Urs, FDP

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	2
2. Wahl des Parlamentsbüros	2
3. Ersatzwahl Geschäftsprüfungskommission	2
4. Kommissionsersatzwahlen	5
5. Interpellation jfk, betr. Sportanlagen FC Wabern Beantwortung 0425; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule.....	5
6. Verschiedenes	6

Begrüssung

Der Parlamentspräsident: Ich begrüsse euch zur heutigen Parlamentssitzung.

Appell

Es sind 36 Parlamentsmitglieder anwesend; das Parlament ist somit beschlussfähig. (Herr Bichsel trifft um 17.25 Uhr ein, so dass schliesslich 37 Parlamentsmitglieder anwesend sind.)

Der Parlamentspräsident: Die Übersicht über die hängigen Vorstösse wurde euch auf die Pulte gelegt, wie auch das neue Geschäftsreglement.

An unseren Parlamentssitzungen werden Geburtstage eigentlich nicht vermeldet, ausser sie fallen auf einen Sitzungstag. Das ist heute der Fall, und zwar geht es sogar um einen runden Geburtstag. Wir gratulieren Barbara Mooser herzlich zu ihrem sechzigsten Geburtstag und wünschen ihr alles Gute. (*Applaus*).

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 13. Dezember 2004 wird genehmigt.

2. Wahl des Parlamentsbüros

Wahl der neuen Parlamentspräsidentin

Der Parlamentspräsident: Anlässlich der ersten Sitzung der Parlamentes im neuen Jahr wird das Parlamentsbüro neu besetzt. Der scheidende Präsident (es kann auch eine Präsidentin sein) spricht zu diesem Anlass immer ein paar gescheite Worte und macht einen Rückblick:

Viel ist im letzten Jahr geschehen, Bedeutendes und weniger Bedeutendes. Lokalpolitisch möchte ich ein Ereignis herausheben und alles andere hinten anstellen: Das Abstimmungswochenende vom 16. Mai 2004. An diesem Wochenende nahmen die Stimmberechtigten die neue Gemeindeordnung an und gleichzeitig bekannten sie sich zur "Gemeinde Köniz", d.h. wir sind keine Stadt, sondern eine Gemeinde. Ich denke, dass dies aus lokalpolitischer Sicht ein ganz bedeutender Entscheid war. Letzten Endes vertreten wir hier lediglich - ich sage dieses Wort bewusst - das Volk, und der Souverän hat zu entscheiden, was gilt. Seit diesem 16. Mai sind wir auch nicht mehr der Grosse Gemeinderat, sondern das Parlament. In diesem Zusammenhang habe ich mir überlegt, was ich dem Parlament im Sinn der Nachhaltigkeit hinterlassen könnte. Mir ist etwas in den Sinn gekommen, das im Moment aber noch im Entstehen ist: Ich werde eine neue Ratsglocke spenden, denn die alte ist noch mit "Grosser Gemeinderat" angeschrieben, was ja nicht mehr stimmt.

Ein unvergleichbar grösseres Ereignis im vergangenen Jahr, das in meinen Augen sämtliche lokalpolitischen Grenzen sprengte, war das Seebeben in Südasien. Dieses bewegte uns alle sehr, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass vermutlich mehr als 200'000 Personen bei dieser Katastrophe ihr Leben verloren haben. Es war eine riesige Welle, welche alle überraschte, und eine ebenso grosse Welle der Solidarität erschütterte die westliche Welt. In diesem Zusammenhang gab es Spendenaktionen zuhauf im ganzen Land, und auch aus dem Parlament kamen Anregungen, etwas in dieser Richtung zu unternehmen. Ich habe mir hiezu überlegt: In den Zeitungen war - in grossen Lettern geschrieben - zu lesen: "Katastrophe im Paradies". Mir ging nun die Frage durch den Kopf: Wessen Paradies? Jenes der Einheimischen oder doch eher unseres? Bei allem Leid, das passiert ist: Wäre die Solidarität auch so gross gewesen, hätte es nicht unser Ferienparadies betroffen? Diese Frage kann nie abschliessend beantwortet werden, so oder so ist es jedoch richtig, dass die Überlebenden ein Recht auf die Hilfe der reichen Länder haben, das ist unbestritten.

Mich quält ein anderer Gedanke: Nach Aussage von Kofi Annan (Generalsekretär der UNO) sterben wöchentlich 150'000 Personen an Hunger; drei Viertel davon sind Kinder. Konkret heisst das, dass während meinem Präsidialjahr 7,8 Millionen Personen an Hunger gestorben sind. Aus diesem Grund schlage ich folgendes vor und brauche als meine letzte Amtshandlung eine gewisse "Macht": Wir verzichten heute Abend alle auf unser Sitzungsgeld und überweisen diesen Betrag nicht den Opfern des Seebebens, sondern lassen ihn dem Kinderhilfs-

werk UNICEF zukommen, das sich ganz gezielt gegen den Hunger einsetzt wird. Dies als Zeichen, dass wir auch diejenigen nicht vergessen, die keine Lobby haben. Wer mit diesem Vorschlag nicht einverstanden ist, kann jederzeit mit mir Kontakt aufnehmen, ich werde dieses Sitzungsgeld aus meinem persönlichen Portemonnaie ersetzen. *(Applaus)*.

Nach diesen doch ernsthaften Worten spreche ich nun zu einem Thema, das mich während des ganzen Jahres begleitete, meine letztjährige Einladung zur Präsidentenfeier mit dem Motto "Wider den tierischen Ernst". Seit 1954 gibt es tatsächlich einen "Orden wider den tierischen Ernst". Das ist auf der ganzen Welt der einzige Orden, der nicht für, sondern gegen etwas vergeben wird. Dieser einzigartige Vorgang ist mittlerweile international bekannt und nachzulesen im "Handbuch der Kulturpreise des Bundesinnenministeriums in Deutschland". Dieser Orden hat seinen Platz gefunden, wie ist er aber entstanden? Der Engländer James Dugdale hat vor 50 Jahren - ohne es bemerkt zu haben - eine Heldentat vollbracht, die in der Folge zu dieser Ordensverleihung führte: Er diente während der britischen Besatzungszeit als Militärstaatsanwalt in Deutschland und gab einem armen Sünder Haftverschonung, weil er den Rosenmontag als den höchsten Feiertag im Rheinland anschaute. Diese Geschichte wurde in England bekannt und begeisterte so, dass James Dugdale aufgrund der Presseberichte innert kürzester Zeit neben Winston Churchill zum bekanntesten Engländer wurde. Der Aachener Karnevalsverein, der 1859 gegründet worden ist, ernannte James Dugdale zum ersten Preisträger des Ordens wider den tierischen Ernst. Die Popularität dieses Ordens ist seitdem stetig gewachsen, bekannte Grössen aus Kultur und Politik haben ihn bereits erhalten. Jedes Jahr ernennt der so genannte Elferrat des Aachener Karnevalsvereins einen passenden Kandidaten oder eine Kandidatin, der oder die Individualität, Beliebtheit und Witz in sich vereint, aber auch Humor und Menschlichkeit im Amt beweist. 2002 hat der damalige Schweizer Botschafter in Berlin, Thomas Borer, diesen Orden erhalten. Ich verleihe zum Abschluss meines Präsidentschaftsjahres auch einen Orden wider den tierischen Ernst und habe es etwas einfacher, denn ich bin in keinem Elferrat, sondern einziges Jurymitglied. Unser Parlament verfügt auch über Persönlichkeiten, die über sich selber lachen können, über eine gewisse Selbstironie und Witz verfügen. Der Entscheid ist mir nicht einfach gefallen, aber den ersten und vermutlich auch letzten Orden wider den tierischen Ernst verleihe ich Valentin Lagger. *(Applaus)*

Ich spreche dem Parlament meinen Dank aus, dass es mich hier oben ertragen hat, ich danke dem Gemeinderat für die Geduld mit meiner Hartnäckigkeit, was die Sitzordnung betrifft, ich danke dem Büro für seine tatkräftige Unterstützung während des ganzen Jahres. Ganz besonders danke ich für die grosse Hintergrundarbeit - ohne welche das Büro fast lahm liegen würde - von Elisabeth Zürcher. *(Applaus)*

Dem Parlament wünsche ich alles Gute für die Zukunft. *(Applaus)*

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Das Präsidentschaftsjahr von Christian Vifian ist schnell vergangen, mir scheint, du hast gerade erst begonnen. Du hast diese Aufgabe souverän, mit Bravour und viel Engagement erledigt, es war zu spüren, dass du viel Freude an diesem Amt und auch etwas zu sagen hast. Du hast in deiner Rede vorhin erklärt, in diesem Jahr sei viel passiert. Es war wirklich kein leichtes Jahr, denn du hattest keine "gäbigen", einfachen Geschäfte, sondern ein paar grosse und ziemlich komplexe. Schwierige Traktanden wie die Revision der Gemeindeordnung, die Teilrevision des Lohnreglementes, die Erstellung eines Kindergartens in Mittelhäusern und zum Schluss noch die Revision des Geschäftsreglementes des Parlamentes hast du kompetent "über die Bühne gebracht". Der Überblick war dir wichtig und du hast uns alle - vor allem den Gemeinderat - mit diversen Anordnungen oben auf der Bühne in Bewegung gehalten. Du hast erreicht, was vor dir noch kein anderer Ratspräsident angestrebt hat, nämlich den räumlichen Überblick zu gewinnen. Im Namen der SP-Fraktion und sicher auch im Namen des Parlamentes, ganz herzlichen Dank für deinen grossen und kompetenten Einsatz. Ich weiss, du hast keine ruhigeren Zeiten vor dir, deine neue Arbeit als Rektor der Wirtschafts- und Kaderschule Bern wird dich fordern. Ich schenke dir trotzdem einen guten Tropfen Wein, denn Wein im Mass genossen entspannt und beugt Herzerkrankungen vor, die Italiener sind bestes Beispiel dafür, sie haben statistisch eines der tiefsten Infarktrisiken. Geniesse diese Flasche Wein in einer der wenigen ruhigen Stunden zusammen mit deiner Frau. *(Applaus)*.

Der Parlamentspräsident: Wir kommen zum wichtigsten Akt von heute Abend, zur Wahl der Parlamentspräsidentin. Hier kann ich mit ruhigem Gewissen erklären, dass es nicht ironisch

gemeint ist, wenn es um die Parlamentspräsidentin geht, denn bislang gab es ja nur Präsidentinnen. Ich bin die letzte scheidende männliche Präsidentin. Für jene Gäste, die den Hintergrund nicht kennen: Im alten Geschäftsreglement des Grossen Gemeinderat stand alles in der weiblichen Form geschrieben. Ich fühle mich nun glücklich, in meiner geschlechtlichen Rolle als Mann zurücktreten zu können. Der Wahlvorschlag lautet dieses Mal aber auf eine echte Präsidentin.

Frau Barbara Mooser (FDP): Ich habe die Ehre, im Namen der FDP/jfk-Fraktion, Judith Ackermann für das Präsidium des Parlamentes vorzuschlagen. Ich muss sie euch sicher nicht vorstellen, ihr kennt sie alle. Sie hat nun während zwei Jahren "die Lehre gemacht" und ist jetzt sicher bereit, das Schiff zu übernehmen und als guter Kapitän über die Meere unserer Gemeinde zu führen. Deshalb hoffe ich sehr, dass ihr unseren Vorschlag unterstützt.

Einstimmig wird Frau Judith Ackermann (FDP) zur Parlamentspräsidentin für das Jahr 2005 gewählt. (Applaus)

Herr Christian Vifian (SP, abtretender Parlamentspräsident): Ich gratuliere Judith Ackermann ganz herzlich zu ihrer bravourösen Wahl. Auch damit wir eine kleine gemeinsame Erinnerung haben, möchte ich dir etwas mitgeben: Zu deiner linken Seite ist die Parlamentssekretärin, welche mit der Stoppuhr die Einhaltung der Zeitvorgaben für die Voten kontrolliert. Was du mit eigenem Gespür ermessen können musst, sind Gewicht und Inhalt der Voten, die nicht immer gleich sind. Damit du den Überblick nicht verlierst, gebe ich dir symbolisch einen Messbecher, mit welchem du in deinem Präsidialjahr die Wichtigkeit der parlamentarischen Äusserungen messen kannst. Wenn du ihn nach deinem Präsidialjahr nicht mehr verwenden kannst, wird er in deinem Haushalt sicher ein Plätzchen finden. Alles Gute und das nötige Quäntchen Glück im neuen Amt. (Applaus)

Antrittsrede der neuen Parlamentspräsidentin

Frau Judith Ackermann (FDP): Mit grosser Freude stelle ich fest, dass ihr mich einstimmig in dieses Amt gewählt habt, herzlichen Dank für euer Vertrauen. Keine Angst, ich setze nicht zu einer langen Rede an. Was aber gesagt sein muss, muss gesagt sein: Mein Vorgänger hat ein grosses MERCI verdient, er hat die Sitzungen im letzten Jahr sehr kompetent geleitet und mir mit ein paar Entscheiden den Weg geebnet, damit ich ein geordnetes und übersichtliches Präsidialjahr antreten kann. So kann ich dank der neuen Sitzordnung unsere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ohne Probleme nicht im Griff, aber in Sichtweite haben. Da wir anlässlich der letzten Sitzung im Jahr 2004 unser neues Geschäftsreglement beschlossen haben - korrekter ausgedrückt, das alte im Nanobereich verändert haben - ist auch klar, wie ich mich zu verhalten habe. Ich bin sehr erleichtert, dass vor allem die Korrektur der geschlechtsneutralen Formulierung den Durchbruch geschafft hat. Als Verfechterin der Gleichberechtigung auf beiden Seiten bin ich froh, dass hier Normalität eingekehrt ist.

Das Wort "neutral" nehme ich gleich als Richtschnur für mein Präsidialjahr auf. Für mich ist es eine grosse Herausforderung, das Geschehen im Rat in geordneten Bahnen zu lenken, ohne selber Einfluss auf die Meinungsbildung nehmen zu können. Ich verspreche euch, mich auf eine korrekte, sachliche und speditive Abwicklung der Geschäfte zu konzentrieren. Mit einem kleinen Geschenk bedanke ich mich herzlich bei Christian Vifian. Damit du dir in Zukunft die Finger nicht an heissen Eisen verbrennst - vielleicht gelüftet es dich wieder einmal, Sitzordnungen oder Fristen zu verändern -, überreiche ich dir ein paar hitzebeständige Handschuhe. (Applaus)

Bedanken möchte ich mich auch bei meinen FDP-Kolleginnen und -Kollegen, die mich vor Jahren mit der Portierung als Stimmzählerin in die Poolposition für dieses hohe Amt gebracht haben. Da ich mein bürgerliches Gedankengut jetzt also ein ganzes Jahr nicht mehr weiter verbreiten kann, habe ich mich entschlossen, heute eine Art politische Erklärung abzugeben. Wegen meinem Aufstieg in die viel beachtete Position der Parlamentspräsidentin werden meine Äusserungen sicher viel kritischer beurteilt, so dass ich einen Berater beigezogen habe, der mir helfen soll, mich diplomatisch auszudrücken, also einen so genannten Ghostwriter, der übrigens vielen politischen Persönlichkeiten die richtigen Worte in den Mund gelegt hat. Die meisten Redner sagen nicht, sie hätten ihre Reden nicht selber geschrieben, ich bin aber für Transparenz in der Politik und habe deshalb meinen persönlichen Assistenten aufgefordert, meine Regierungserklärung gleich selber vorzutragen. Damit er nicht nur auf derselben geistigen Ebene ist wie ich bin, bitte ich Valentin Lagger und Marco Streiff, das

Rednerpult auf die Bühne zu hieven, damit Herr Professor Doktor Hoppenstedt seine Ausführungen von der oberen Ebene aus machen kann.

Herr "Professor Doktor Hoppenstedt" hält eine pathetische "politische Rede" (Loriot). (Applaus)

Die Parlamentspräsidentin: Ich danke Professor Doktor Hoppenstedt herzlich für seine prägnante Rede, welche durch ihre Unbestechlichkeit und klare politische Linie alles in den Schatten stellt, das ihr je an Äusserungen von meiner Seite gehört habt. Damit ihr diese tief greifenden Gedanken ein wenig verdauen könnt, singt uns das Cotton Quartett nun zwei Lieder.

Wahl der Vizepräsidenten

Herr Stefan Lehmann (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion schlage ich euch für das Amt des I. Vizepräsidenten Niklaus Hofer vor. Ich bitte euch, unseren Vorschlag zu unterstützen.

Einstimmig wird Herr Niklaus Hofer (SVP) zum I. Vizepräsidenten des Parlamentes für das Jahr 2005 gewählt.

Wahl der Vizepräsidenten

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich lasse dank Christian Vifian die Turnerei auf der Bühne weiterführen, denn wenn ich es richtig überblicke, wird unser Vorschlag für das Amt des II. Vizepräsidenten, Ignaz Caminada, auf die andere Seite des Ratstisches wechseln. Ich danke für eure Unterstützung.

Einstimmig wird Herr Ignaz Caminada (CVP) zum II. Vizepräsidenten des Parlamentes für das Jahr 2005 gewählt.

Wahl der Stimmzählenden

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Wir von der SP-Fraktion schlagen euch wiederum Claudia Egli vor, sie hat im letzten Jahr gute Arbeit geleistet.

Frau Rita Haudenschild (GB): Vom Grünen Bündnis schlage ich euch Urs Maibach vor und bitte euch, unseren Vorschlag zu unterstützen.

Die Parlamentspräsidentin erklärt Frau Claudia Egli (SP) und Herrn Urs Maibach (GB) als Stimmzählende für das Jahr 2005 als gewählt.

3. Geschäftsprüfungskommission, Ersatzwahl

Die Parlamentspräsidentin: Mit Schreiben vom 21. Dezember 2004 hat Beat Deuber seinen Rücktritt aus der GPK erklärt. Ich danke ihm für seinen grossen Einsatz, den er geleistet hat.

Herr Christian Vifian (SP): Die SP/JUSO-Fraktion schlägt euch Katrin Sedlmayer als Ersatz in die GPK vor. Wir bitten euch, diese Wahl zu unterstützen.

Frau Katrin Sedlmayer (SP) wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2005, anstelle von Herrn Beat Deuber als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Es folgt ein weiterer Liedervortrag des Cotton Quartetts.

4. Kommissionsersatzwahlen

Es liegen keine Geschäfte vor.

5. Interpellation jfk betr. Sportanlagen FC Wabern

Beantwortung 0425; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich nehme vorweg, dass ich mich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt erkläre, trotzdem möchte ich noch zwei, drei Anmerkungen anbringen: Ich

bin froh, dass der Gemeinderat bestrebt ist, genügend Sportanlagen und Infrastruktur für unsere Sportvereine zur Verfügung zu stellen, denn immer noch ist ein Manko vorhanden. Ich füge noch an, dass der FC Wabern von der Firma Swissgreen ein Gutachten erstellen liess, woraus ersichtlich ist, dass vier weitere Trainingsstunden/Woche auf dem Fussballfeld Lerbermatt kein Problem wären. Das widerspricht der Antwort des Gemeinderates, und ich möchte ihn bitten, die entsprechenden Abklärungen noch vorzunehmen. Theorie und Praxis gehen auch bei der Benützung des Rasens durch die Schulen etwas auseinander: Die Schulen reservieren jeweils Rasenplätze für ihre Turnstunden, die sie dann aber in der Halle durchführen. In den aufgeführten Statistiken sind zwar theoretisch Trainingszeiten vorgesehen, praktisch finden die Turnstunden aber in den Hallen statt. Ich bitte darum, diese Angelegenheit abklären zu lassen, damit eventuell ein Rasen für die Trainings des FC Wabern frei würde.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

6. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

0501 Interpellation jfk betr. ganzheitlichem Gemeindemarketing

0502 Interpellation Egli/Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Hochspannungsleitung

0503 Motion SP/JUSO betr. Attraktiver Langsamverkehr

Ich mache darauf aufmerksam, dass wegen der Wahlen in diesem Jahr am 20. Juni 2005 zum letzten Mal Vorstösse behandelt werden.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Von verschiedenen Parlamentarierinnen und Parlamentariern - namentlich von solchen, die noch nicht lange im Parlament sind - wurde ich darauf hingewiesen, dass unser Budget nach neuem Rechnungsmodell (NRM) für sie immer noch ein Buch mit sieben Siegeln sei und sie dankbar für Hilfestellungen wären. Ich weise den Rat darauf hin, dass wir durch die Finanzverwaltung eine Schulung anbieten werden. Zu gegebener Zeit werden wir eine entsprechende Einladung verschicken.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Erstens habe ich noch eine Altlast aus der letzten Sitzung: Auf meine Anfrage hin, was mit den leer gewordenen Räumlichkeiten der Abteilung Gemeindebauten im Werkhofgebäude passiere, wurde ich auf später vertröstet. Ich frage nun insbesondere Herrn Gemeindepräsident Luc Mentha, ob in dieser Richtung etwas unternommen wurde.

Zweitens war in den Tageszeitungen in letzter Zeit einer grossen Anzahl Leserbriefen zu entnehmen, dass die Verkehrslösung auf der Schwarzenburgstrasse im Zentrum von Köniz für viele sehr unerfreulich ist. Ich möchte den Gemeinderat fragen, ob Sofortmassnahmen eingeleitet werden könnten, ich denke an die Öffnung der Poller an der Landorfstrasse auch am Samstagmorgen, an den Einsatz von Ortpolizisten am Fussgängerstreifen zwischen Coop und Migros, damit Stausituationen verhindert werden können. An Samstagen herrscht zwischen 9.00 und 15.00 Uhr in diesem Gebiet Dauerstau.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Die entsprechenden Arbeiten sind im Gang. Anlässlich der letzten Sitzung informierte ich euch, dass der Gemeinderat den Auftrag erteilt hat, den zur Verfügung stehenden Büroraum noch optimaler zu belegen. Diese Abklärungen laufen, ich will aber nicht über alles zur Zeit noch in Abklärung stehende berichten, das wären nur provisorische Aussagen. Zu gegebener Zeit wird das Parlament jedoch orientiert werden. Was ich mit Sicherheit sagen kann: Die ehemaligen Räumlichkeiten der Steuerverwaltung an der Könizstrasse 295 werden definitiv nicht mehr intern beansprucht, und diese Liegenschaft wird zur Miete ausgeschrieben.

Herr Gemeinderat Urs Wilk: Ich kann mitteilen, dass die Situation vom nächsten Donnerstag an wesentlich verbessert wird, denn wir hatten heute Nachmittag zwei Stunden Sitzung mit den Verantwortlichen des Kantons: Das Ventil Landorfstrasse wird werktags länger geöffnet bleiben und neu auch am Samstag offen bleiben. Ich hoffe, dass diese Lösung im Moment genügt.

Frau Verena Rohrbach (SVP): Anlässlich der Budgetdebatte im letzten November wurde mir

versprochen, Ende 2004, anfangs 2005 über den neuesten Stand der eventuellen Entstehung einer Ballsporthalle mit Bern zu informieren. Ich frage: Laufen Verhandlungen und wie ist deren Stand?

Herr Gemeinderat Ueli Studer: Ich stehe in intensiven Verhandlungen mit Frau Olibet, der zuständigen Gemeinderätin von Bern, und mit der Landbesitzerin, der Bürgergemeinde Bern. Ihr werdet sicher verstehen, dass ich nicht während dieser Verhandlungen hier weiter darauf eingehen will. Zu gegebener Zeit werde ich auch orientieren.

Die Parlamentspräsidentin: Die Februar-Sitzung fällt aus, weil zu wenige Geschäfte vorliegen. Die nächste Sitzung findet somit am Montag, 14. März 2005, 19.00 statt.

Schluss der Sitzung 18.15 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher

Es folgt der dritte und letzte Liedervortrag des Cotton Quartetts.

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 14. März, 19.00 bis 20.45 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Balz Christian, FDP
Bichsel Bernhard, jfk
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, parteilos
Bussard Lorenz, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Egli Claudia, SP
Graber Martin A., SP
Gysel Hermann, EVP
Hänni Thomas, FDP
Haudenschild Rita, GB
Henggi Harald, FDP
Hofer Niklaus, SVP
Krebs Daniel, SVP
Lagger Valentin, CVP
Lehmann Stefan, SVP
Mader Mélanie, SP
Maibach Urs, GB
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Riesen Anton, FDP
Rohrbach Verena, SVP
Salvisberg Ulrich, SVP
Schori Peter, SD
Schörlin Marlise, SP
Sedlmayer Katrin, SP
Stähli Markus, SVP
Staub Hugo, SP
Staub Stephanie, SP
Streff Marco, EVP
Troxler Elisabeth, SP
Vifian Christian, SP
Wyss Ursula, LdU
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Giger Beat, SD

Gemeinderat Mentha Luc, Gemeindepräsident
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident
Berger Verena, SP
Sommaruga Simonetta, SP (ab Geschäft Nr. 9)
Streff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP
Wilk Urs, FDP

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	11
2. Kommissionsersatzwahlen	11
3. Reglement über Abstimmungen und Wahlen, Erlass Reglement / Botschaft; Präsidial- und Finanzdirektion	12
4. Grundwasserfassung Selhofen, Landerwerb Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe.....	12
5. Motion SP betr. Reklamereglement in der Gemeinde Köniz Erstreckung Erfüllungsfrist 0204; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	13
6. Überparteiliches Postulat betr. Verbesserung der Information des Parlamentes über Beschlüsse des Gemeinderates Erstreckung Erfüllungsfrist 0208; Präsidial- und Finanzdirektion.....	14
7. Motion bzw. Postulat SP betr. Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen anpassen Erfüllung und Abschreibung 0212; Präsidial- und Finanzdirektion	14
8. Motion Deuber/Sedlmayer Anschaffung "Tageskarte Gemeinde" SBB Erfüllung und Abschreibung 0309; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	15
9. Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Schulwegsicherung Haltenstrasse Erfüllung und Abschreibung 0321; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	15
10. Motion Wyss (LdU) betr. Richterliches Verbot Eichholz Beantwortung 0416; Polizeidirektion.....	16
11. Motion Wyss (LdU) betr. Fahrverbot mit Zubringerdienst für das Eichholzquartier Beantwortung 0417; Polizeidirektion.....	17
12. Postulat FDP betr. Arbeitsausschreibungen in der Gemeinde Köniz Beantwortung 0420; Direktion Gemeindebauten	18
13. Postulat Salvisberg (SVP) betr. Sanierung / Korrektion Schwarzenburgstrasse Beantwortung 0422; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	19
14. Interpellation jfk betr. Radarfallen auf privatem Grund Beantwortung 0426; Polizeidirektion.....	19
15. Interpellation Egli/Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Alteisen-Geld Beantwortung 0430; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	19
16. Sitzordnung des Parlamentes	19
17. Köniz wird Standort des "Swisscom Business Park Köniz" Mündliche Orientierung durch den Gemeindepräsidenten	20
18. Verschiedenes	21

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch zur heute etwas verspätet beginnenden Parlamentssitzung. Mein Ziel ist es, wenn irgend möglich die ganze Traktandenliste heute Abend durcharbeiten zu können. Wie es im Moment aber aussieht, wird eine Überraschung die Planung der heutigen Sitzung über den Haufen werfen.

Appell

Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend; das Parlament ist somit beschlussfähig.

Die Parlamentspräsidentin: Folgendes Rücktrittsschreiben ist eingetroffen: "Liebe Judith, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vor gut sieben Jahren hat für mich im Könizer GGR ein neuer Lebensabschnitt angefangen. Parteipolitisch noch nicht gebunden, hatte ich mich erst kurz vor den Gemeindewahlen im 1997 entschliessen können, beim Grünen Bündnis meine politische Heimat zu finden. Kurz darauf bin ich mit der Wahl in den GGR zu meinem Mandat gekommen. Nun steht mein nächster grosser Schritt bevor. Ab der Aprilsession werde ich im Grossen Rat versuchen, in der kantonalen Politik mitzureden und sie mitzugestalten. Politisieren im Könizer Parlament habe ich als Herausforderung verstanden, in unserer Gemeinde etwas mitbewegen zu können. Bei einigen Ideen wusste ich im Voraus, dass sie bei kaum jemandem auf Verständnis stossen würden, andere hingegen wollte ich umzusetzen versuchen. Ich lernte die Vielseitigkeit der Parlaments- und Kommissionsarbeit schätzen, lernte zu lobbyieren und Mehrheiten zu suchen, lernte Freude an den Erfolgen zu haben und den Frust der doch einigen Misserfolge hinunterzuschlucken. Ich habe es sehr geschätzt, meinen politischen Einstieg im näheren Lebensumfeld, in der Gemeinde, machen zu können, da Mitreden und Mitgestalten konkret und fassbar ist. Ob die kantonale Ebene Gestaltungsspielraum zulässt, dieser Frage sehe ich mit Spannung entgegen. Ich wünsche euch allen weiterhin viel Elan, die Geschicke in unserer Gemeinde mitzugestalten, wünsche euch ein bisschen Streitlust, aber auch die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit politisch Andersgesinnten: Parlamentsarbeit mit Salz und Pfeffer, aber auch Parlamentsarbeit am runden Tisch. Es grüsst euch herzlich, Rita Haudenschild". Liebe Rita, wir zwei haben das Heu bekannterweise nicht auf derselben Bühne, deines ist etwas grüner, aber du hast meinen uneingeschränkten Respekt und meine Anerkennung für dein engagiertes Wirken, denn gerade in einer kleinen Fraktion hängt die ganze Vorbereitung für die Parlamentssitzungen an einigen Wenigen. Du hast die Dossiers immer gründlich studiert, recherchiert und bist so immer perfekt vorbereitet zu den Sitzungen erschienen, sei es in der GPK oder im Parlament. Im Namen des Parlamentes danke ich dir herzlich für dein Wirken und wünsche dir viel Gutes für die Zukunft.

Herr Urs Maibach (GB): Rita, du bist vor siebeneinhalb Jahren in den GGR gewählt worden, kurz zuvor stiessst du zum Grünen Bündnis, das heisst, du hast es gleich bei deinen ersten Wahlen überhaupt geschafft. Zwei Jahre später wurdest du in die GPK gewählt und auch dort bist du seit nunmehr fünf Jahren dabei. Während der ganzen Zeit hast du dich mit viel Herzblut und Akribie für die grünen wie auch sozialen Themen im GGR eingesetzt. Bei diesen Themen kam auch der Drang zum Vorschein, zu allem etwas zu sagen; du standest sehr oft hier vorn am Pult und vertratst deine Meinungen und vor allem versuchtest du, die anderen davon zu überzeugen. Ab und zu hast du mit deinen Voten ein leichtes Kopfschütteln oder gar Lächeln geerntet, ich nehme aber an, dass deine Voten nicht richtig verstanden wurden. Daneben konntest du einige ganz schöne Erfolge verbuchen, ich denke an die Motion Tempo 30 auf Quartierstrassen, an den Kindergarten für Fünfjährige; aber auch den Naturpark Köniztal haben wir dir zu verdanken. Wenn es darauf angekommen ist, versuchtest du immer, Mehrheiten zu suchen, zu lobbyieren, Kontakte zu knüpfen. Uns werden die amüsanten Wortwechsel über grüne oder weniger grüne Themen mit alt Gemeinderat Walo Hänni in Erinnerung bleiben. Du verlässt uns heute nicht etwa, weil du genug von der Politik hast, sondern weil du die Nachfolge der in den Berner Gemeinderat gewählten Regula Rytz im Grossen Rat übernimmst. Du trittst dort in Fussstapfen, welche einen erfolgreichen Weg aufzeichnen und wir hoffen, dies sei auch für dich ein gutes Omen. Ich spreche dir hier im Namen des Grünen Bündnisses nochmals herzlichen Dank für all deine geleistete Arbeit aus und wünsche Dir - auch im Namen des Parlamentes - alles Gute für dich, deine Familie und vor allem für die politische Zukunft. Damit du etwas nach Hause tragen kannst, übergebe ich dir einen Blumenstrauss. (Applaus).

Die Parlamentspräsidentin: Im Januar haben wir unsere Sitzungsgelder dem Ernährungsprojekt der UNICEF für das Ernährungsprojekt gespendet, beim Sekretariat ist ein Dankeschreiben eingetroffen, das ich auszugsweise vorlese: "Herzlichen Dank, am 14. Februar 2005 durften wir von Ihnen die Sitzungsgelder vom 14. Januar 2005 als grosszügige Spende im Betrag von 2'590 Franken entgegen nehmen. Ihrem Beschluss, diese Gelder an UNICEF zu spenden, lag die Überlegung zu Grunde, dass während für das Seebeben gesammelt wurde, möglicherweise andere Bedürftige vergessen oder weniger grosszügig als sonst üblich unterstützt wurden. Wir freuen uns über ihr Engagement und danken Ihnen allen herzlich für Ihre Unterstützung für UNICEF-Projekte im Bereich Ernährung. Euer grosszügiges Engagement ermöglicht es UNICEF, diese wichtige Arbeit konsequent fortzusetzen. Dafür danke ich euch auch im Namen der Kinder herzlich. Mit freundlichen Grüssen, Schweizerisches Komitee für UNICEF, Elisabeth Müller, Geschäftsleiterin.

Am 2. Mai 2005, vor der Parlamentssitzung, findet die Schulung über Finanzfragen hier in der Aula von 16.30 bis spätestens 18.30 Uhr statt. Die Einladungen wurden heute verteilt. Damit niemand Hunger leiden muss, werden Sandwiches und etwas zu Trinken organisiert.

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 14. Januar 2005 wird mit folgender Ergänzung am Schluss genehmigt:

Die Parlamentspräsidentin: Ihr erinnert euch sicher, dass eine Abordnung unseres Parlamentes im letzten Sommer vom Parlament Biel eingeladen worden war. Wir möchten uns mit einer Gegeneinladung revanchieren. Die Idee eines Freundschafts-Fussballmatches stand im Raum; nach der Behandlung der Interpellation der jfk ist allerdings fraglich, ob wir in der Gemeinde Köniz einen Rasenplatz für diesen Anlass finden werden. Näheres über dieses Projekt werdet ihr schon bald erfahren.

Während der Festtage setzte ich mich eingehend damit auseinander, wo die grössten Probleme im Parlament zu orten sind. Ihr ahnt es, wir haben ein ernsthaftes "Sitzproblem". Nachdem die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ihren Platz gefunden haben, geht es nun im Parlament weiter: Wer gehört wohin? Wer gehört in die Nähe von wem? Soll nur eine Partei immer frieren müssen oder im Sinne der Gleichberechtigung jedes Jahr eine andere? Wer darf - von hinten her gesehen - den Überblick haben? Immer nur die FDP und die SVP? Ist eine solch bürgerliche Bevorzugung gerecht? Ich fasste eine mehrtägige Klausur des Büros ins Auge, in Anbetracht des volkswirtschaftlichen Schadens, der durch die Abwesenheit am Arbeitsplatz entstehen würde, sah ich aber davon ab. Aus diesem Grund entschied ich, dass dieses schwierige Problem nur gemeinsam gelöst werden kann, indem wir das "Sitzproblem" für die nächste Sitzung traktandieren. Ich hoffe, ihr behandelt das Problem in euren Fraktionen mit den notwendigen Seriosität.

2. Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, werden gewählt:

- Als Mitglied der Schulkommission für die Sekundarstufe I Liebefeld: Herr Markus König, Buchseeweg 14a, 3098 Köniz (SP), anstelle von Frau Jolanda Jenzer, Niederscherli, ab sofort.
- Als Mitglied der Primarschulkommission Mittelhäusern: Frau Monika Wittwer-Vögeli, Riedholzweg 32, 3147 Mittelhäusern (SP), anstelle von Frau Ines Gross, Mittelhäusern, ab 1. August 2005
- Als Mitglied der Koordinationskommission: Frau Monika Wittwer-Vögeli, Riedholzweg 32, 3147 Mittelhäusern (SP), anstelle von Frau Ines Gross, Mittelhäusern, ab 1. August 2005
- Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission: Herr Urs Maibach (GB), anstelle der aus dem Parlament zurücktretenden Frau Rita Haudenschild.

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

3. Reglement über Abstimmungen und Wahlen

Reglement; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Bei dieser Vorlage soll das geltende Abstimmungs- und Wahlverfahren in die korrekte juristische Form gebracht werden. Grundsätzlich soll es nicht geändert werden. Einzig zwei Änderungen werden vom Gemeinderat vorgeschlagen. Die Eine betrifft das Nachrutschen bei einem Rücktritt während der Legislatur, die Zweite ist auf Seite 3 Ziffer 3.2 beschrieben: Dort steht in der Überschrift, dass die Wahl in den Gemeinderat Voraussetzung für eine mögliche Wahl in ein Vollamt oder das Gemeindepräsidium ist. Art. 47 Abs. 1 hat in unserem Reglementsvorschlag einen ganz unmissverständlichen Text: "In das Vollamt können nur Personen gewählt werden, die aus der Gemeinderatsliste in den gesamten Gemeinderat gewählt werden". Wir haben, gestützt auf Fragen von Parlaments- und Exekutivmitgliedern, die nach der GPK-Debatte aufgetaucht sind, realisiert, dass nicht alle Gemeinderatsmitglieder die volle Tragweite der Bestimmung von Art. 47 erkannt haben. Weil wir euch eine Vorlage präsentieren wollen, hinter welcher der Gemeinderat geschlossen stehen kann, haben wir unmittelbar vor der heutigen Sitzung beschlossen, diese Fragen nochmals zu analysieren und euch allenfalls zu Art. 47 Abs. 1 einen neuen Vorschlag zu bringen. Aus diesem Grund möchte der Gemeinderat das Geschäft auf die nächste Sitzung verschieben und zieht es in diesem Sinne zurück. Ich hoffe, dass die GPK eine Möglichkeit findet, diesen allenfalls geänderten Teil bis nächsten Montag nochmals anzuschauen. Die Ausgangslage ist sonst klar, es wird eine spannende Debatte geben. Die Diskussion sollte rasch stattfinden können. Wollen wir die Gemeindewahlen im November mit den neuen Grundlagen durchführen, muss die Volksabstimmung über das Reglement im Juni stattfinden.

Die Parlamentspräsidentin: Das bedeutet, dass nächsten Montag eine Parlamentssitzung stattfinden wird, denn wir können dieses Traktandum nicht weiter hinaus verschieben, da sonst die Grundlagen für die Wahlen im November fehlen.

Das Geschäft wird vom Gemeinderat zurückgezogen.

4. Grundwasserfassung Selhofen, Landerwerb Schutzzone

Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe

Frau Rita Haudenschild (GB, GPK-Sprecherin): Dieses Geschäft wird uns vorgelegt, weil die Konzession für die Grundwasserfassung Selhofen Ende Juni 2005 abläuft. Die Gemeinde Köniz kann nun dieses Land, das ihr von der Gemeinde Bern bisher nur im Baurecht zur Verfügung gestellt wurde, kaufen. Die Aussicht auf eine Konzessionserneuerung ist viel grösser, wenn wir im Besitz dieses Landes sind, und das sehr gute, qualitativ hochstehende Grundwasser wird uns weiterhin zur Verfügung stehen. Ein weiterer Grund, weshalb sich die Gemeinde Köniz für den Erwerb dieses Land interessierte, ist folgender: Als vor ein paar Jahren die Aare Hochwasser führte und das ganze Belpmoos bis zum Selhofen-Zopfen überflutete, haben sowohl das Naturschutzinspektorat des Kantons Bern wie auch Naturschutzorganisationen vorgesehen, das Auenschutzgebiet zu erweitern. Die Gemeinde Köniz hat als Besitzerin dieses Landes bessere Karten, um sich an den Diskussionen zu beteiligen und Entscheide mitzutragen.

Die Gemeinde kann dieses Land zu einem Quadratmeterpreis von 4 Franken erstehen, das ist ein in der Landwirtschaft üblicher Preis. Damit das Geschäft - Erwerb eines landwirtschaftlichen Grundstücks - überhaupt getätigt werden kann, musste eine Bewilligung des Regierungsstatthalters eingeholt werden. Ich bitte euch, diesem Landerwerb zuzustimmen und das vorliegende Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderates zu beschliessen.

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Ich benutze die Gelegenheit, unserer "GPK-Gotte", Frau Rita Haudenschild, die unsere Geschäfte jeweils sehr detailliert anschaute, alles Gute für die Zukunft zu wünschen.

Dem von Rita Haudenschild zu diesem Geschäft Gesagten kann ich zustimmen, dieses Geschäft ist für die Gemeinde Köniz strategisch enorm wichtig für die Zukunft. Ich bitte euch, ihm zuzustimmen.

Eintreten

Herr Niklaus Hofer (SVP): Bei diesem Geschäft geht es nicht darum, ob die Gemeinde Köniz ihre Fläche um 17 Hektaren erweitern kann, sondern der SVP ist klar, dass mit diesem Landerwerb die Wasserversorgung auf Jahrzehnte hinaus gesichert wird. Auf Seite 1 des Berichtes und Antrages ist ersichtlich, dass 53 Prozent des in der Gemeinde Köniz benötigten Wassers im Selhofen beschafft werden. Aus diesem Grund stimmt die SVP-Fraktion diesem Geschäft zu.

Herr Peter Antenen (SP): Qualitativ gutes Trinkwasser ist für uns alle lebenswichtig und unabdingbar. Mit dem vorliegenden Landkauf glauben wir an unsere Wasserfassungsanlagen und wollen an diesen festhalten, um auch in Zukunft davon profitieren zu können. Wenn wir heute zu diesem Landerwerb Ja sagen, haben wir auch in Zukunft ein gewichtiges Wort im unteren Belpmoos mitzureden, einem Gebiet, in welchem verschiedene Interessen kollidieren. Nach Ansicht der SP-Fraktion hat der Gemeinderat die heutige Situation gut beurteilt und will mit diesem Landerwerb eine Strategie verfolgen, welche wir vollumfänglich teilen können. Wie bereits erwähnt, sagt die SP-Fraktion Ja zur Wasserversorgung und somit Ja zum Landerwerb, welcher auch preislich nicht überrissen ist und eine gute Option bietet, wenn dereinst einiges anders als heute angenommen laufen würde. Mit diesem Kauf stellen wir grösstmöglich sicher, dass sich die Gemeinde Köniz nicht so schnell das Wasser abgraben lassen wird.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Auch die EVP/CVP/LdU-Fraktion unterstreicht die Wichtigkeit dieses Geschäftes ganz klar und stimmt diesem zu. Ich möchte sogar noch weiter gehen und gratuliere Herrn Gemeinderat Hans Siegenthaler zu diesem Geschäft, denn es benötigte einiges an Beharrlichkeit, um das Geschäft so weit zu bringen, wie es hier vorliegt. Ebenfalls lobend zu erwähnen ist im Antrag das Aufzeigen der Risikoszenarien. Ich wünschte, alle Aufträge wären so präzise ausgearbeitet. Ich empfehle dem Parlament, dieses Geschäft mit einstimmiger Annahme zu honorieren.

Einstimmig fasst das Parlament den

Beschluss:

Das Parlament bewilligt einen Verpflichtungskredit von CHF 708'000.00 für den Erwerb von 17,5 ha Kulturland in der Schutzzone Selhofen von der Einwohnergemeinde Bern. Der Kaufpreis ist der Spezialfinanzierung Wasserversorgung, Rubrik 520.500.4301 (Grundwasserfassung Selhofen, Belp-Grundbuchblätter Nrn 183, 186, 1434, 1463, 2942, 2943, 2944 und 2961), zu belasten.

5. Motion SP betr. Reklamereglement in der Gemeinde Köniz

Erstreckung der Erfüllungsfrist 0204; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Wir von der SP sind mit der Fristerstreckung einverstanden. Auch wenn der Preis inzwischen auf 100'000 Franken herunter gekommen ist, fragen wir uns immer noch, was denn an diesem Konzept so teuer ist, liegen doch beste Vorschläge von Biel und Bern vor, die man nur auf Köniz anpassen müsste. Wir sind auf das Resultat gespannt.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Danke Katrin Sedlmayer, dass du meinem Wunsch entsprichst, die Frist nochmals zu erstrecken. Ich habe dem Gemeinderat versprochen, im Herbst an die Arbeit zu gehen, damit wir die Kosten beurteilen können.

Einstimmig fasst das Parlament den

Beschluss:

Die Frist für die Erfüllung der Motion SP (0204) betr. Reklamereglement in der Gemeinde Köniz wird um 2 Jahre, d.h. bis 10. März 2007, verlängert.

6. Überparteiliches Postulat betr. Verbesserung der Information des Parlamentes über Beschlüsse des Gemeinderates

Erstreckung der Erfüllungsfrist 0208; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Anton Riesen (FDP): Grundsätzlich können die Unterzeichnenden des Postulates der Fristerstreckung zustimmen. Die Tatsache, dass der Vorstoss am 10. März 2003 behandelt worden ist und sich die Angelegenheit mit dieser Fristerstreckung bis etwa ins Jahr 2007 hinaus ziehen wird, hat für mich aber einen etwas bitteren Nachgeschmack.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

Beschluss:

Die Frist für die Erfüllung des überparteilichen Postulates (0208) betr. Information des Parlamentes über Beschlüsse des Gemeinderates wird um zwei Jahre, d.h. bis 10. März 2007, verlängert.

7. Motion bzw. Postulat SP betr. Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen anpassen

Erfüllung und Abschreibung 0212; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Beat Deuber (SP): Die Situation ist für mich nicht ganz einfach, denn ich sass damals per Zufall neben Luc Mentha, als er diesen Vorstoss einreichte. Jetzt hat er ihn beantwortet und ich muss dazu Stellung nehmen. Die SP/JUSO-Fraktion ist einerseits glücklich, dass durch die geänderten Abschreibungssätze eine gewisse Entlastung realisiert wird, damit der Bilanzfehlbetrag zügig abgetragen werden kann. Wir sind auch der Meinung, dass die vorliegende Antwort dem Postulat formal gerecht wird, haben aber doch noch zwei, drei Fragen. Ein Hauptanliegen der damaligen Motion - die als Postulat überwiesen wurde - war die Prüfung einer Ausgliederung der Liegenschaftsverwaltung in eine öffentlichrechtliche Gemeindeunternehmung und dazu - liest man die Antwort des Gemeinderates - findet man nicht viel mehr als einen Satz, man habe es geprüft und verworfen. Vielleicht kann uns der Gemeinderat hier noch gewisse Antworten geben. Nichtsdestotrotz sind wir damit einverstanden, das Postulat heute abschreiben zu lassen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Es ist in der Tat eine sonderbare Situation, da ich inzwischen in die Exekutive gewechselt habe. Einleitend kann ich erklären, dass mein damaliger Vorstoss bezwecken wollte, im Bereich der Abschreibungspolitik Veränderungen prüfen zu lassen, welche einen Beitrag zur Gesundung der Gemeindefinanzen leisten. Wie im Antrag an euch dargelegt, hat der Gemeinderat in der Folge ein entsprechendes Gesuch beim Kanton eingereicht, diese Abschreibungssätze während einiger Jahre anzupassen. Diesem Gesuch wurde stattgegeben, und somit ist der Beitrag im Bereich der Abschreibungspolitik geleistet und der Vorstoss in seinem Hauptzweck erfüllt. Im Bereich der Gründung einer "StaBe" (Stadtbauten Bern) muss ich einräumen, dass meine ursprüngliche Einschätzung als Parlamentarier nicht mehr meiner jetzigen entspricht, ich führte auch verschiedene Gespräche mit Verantwortlichen aus dem Umfeld der "StaBe" und dabei musste ich feststellen, dass für die Gründung dieser Anstalt die ganze Frage der Veränderung der Abschreibungspolitik nicht das Herzstück war. Aus diesem Grund und auch weil meine Einschätzung jene ist, dass der Übertrag dieses Modells auf Köniz nicht ein eindeutiges Bild ergibt, habe ich die ganze Geschichte als Gemeindepräsident nicht weiter vorangetrieben und mich darauf beschränkt, das zu akzeptieren, was mit dem Gesuch an das AGR auf Änderung der Abschreibungssätze während einiger Jahre erreicht wurde.

Herr Harald Henggi (FDP): Eine kleine Präzisierung zum Bericht selber: Die Motion Hänni im Grossen Rat ist nicht ganz richtig wiedergegeben worden. Sie beinhaltete zwei Elemente, das erste war, auf Gesuch hin die Möglichkeit zu haben, vorübergehend reduzierte Abschreibungssätze zu verwenden - was Köniz macht - und zweitens wurde eine Prüfung auf die Auswirkung der linearen Abschreibung versus die betriebswirtschaftliche Nutzungsdauer verlangt. Die hier vorliegende Antwort trifft auf die Fragen der Motion zu.

Einstimmig fasst das Parlament den

Beschluss:

Die in ein Postulat umgewandelte Motion SP (0212) betr. Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen anpassen wird als erfüllt abgeschrieben.

8. Motion Deuber/Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Anschaffung „Tageskarte Gemeinde“ SBB

Erfüllung und Abschreibung 0309; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Wir danken dem Gemeinderat, dass er den Verkauf der Tageskarten über die Gemeindeverwaltung ermöglichte, was nicht selbstverständlich ist. Wie die Antwort des Gemeinderates zeigt, entspricht der Verkauf der Tageskarten einem echten Bedürfnis und wir freuen uns, dass er mit unserem Vorstoss für unsere Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben konnte. Erfreulich ist auch die Auslastung von über 99 Prozent - damit ist sicher auch der personelle Aufwand der Gemeinde gedeckt - und dass noch weitere fünf Karten (total 17 Karten/Tag) per Anfang Mai angeschafft werden. Keine Freude haben wir jedoch daran, dass die SBB nicht mehr bereit sind, dieses Geschäft den Quartierleuten, Ortsvereinen und anderen Organisationen zurück zu geben, diese konnten nämlich von den Einnahmen profitieren, da sie die ganze Arbeit ehrenamtlich getätigt haben. Die Gemeinde wird hingegen durch die SBB gezwungen, ein Geschäft zu übernehmen, das nicht zu ihren Aufgaben gehört und für sie personellen Mehraufwand bedeutet. Wir würden bevorzugen, diese Einnahmen den Vereinen und Quartierleuten zu überlassen.

Einstimmig fasst das Parlament den

Beschluss:

Die Motion Deuber/Sedlmayer (0309) betr. Anschaffung "Tageskarte Gemeinde" SBB wird als erfüllt abgeschrieben.

9. Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Schulwegsicherung Haltenstrasse

Erfüllung und Abschreibung 0321; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke auch hier dem Gemeinderat, dass er die Temposignalisation auf der Haltenstrasse im Sinne unseres Vorstosses vereinheitlichen liess und auch für die Einführung von Tempo 30 in den Quartierstrassen, das war die Voraussetzung für die Erfüllung unseres Vorstosses. Für die Auto Fahrenden ist somit sicher eine klare Situation geschaffen und die Schulwegsicherheit verbessert worden. Der einzige Schwachpunkt ist die Postautolinie nach Oberbalm, denn es kann schlecht gekreuzt werden, da die Postautos breit sind. Das bringt aber den Vorteil mit sich, dass der Verkehr verlangsamt wird. Ich hoffe trotzdem, dass die Einhaltung von Tempo 30 kontrolliert wird. Ich erkläre mich mit der Abschreibung des Postulates einverstanden.

Herr Markus Stähli (SVP): Ich habe hiezu eine kleine Zwischenfrage: Wir wissen, dass in Oberscherli das Kreuzen des Postautos mit einem Lastwagen auf einer 5 Meter breiten Strasse nicht befriedigend ist. Nun kam uns zu Ohren, dass der Postautokurs abgeschafft werden soll. Wurde diese Abschaffung aus Sicherheitsgründen oder der Nichtrentabilität wegen ins Auge gefasst?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Dass der Betrieb dieser Linie eingestellt werden soll, ist noch nirgends beschlossen, diese Meldung konnte/musste der Presse entnommen werden. Frau Regierungsrätin Egger hatte erklärt, wenn der Bund dem Kanton Beiträge streichen würde, müsse gespart werden, und die Aufhebung dieser Linie wäre eine der Möglichkeiten. Wir werden aber, sollte wirklich eine Einstellung dieser Buslinie konkret werden, für deren Erhalt kämpfen, denn uns scheint die Verbindung vor allem für die Schüler wichtig zu sein.

Einstimmig fasst das Parlament den

Beschluss:

Das Postulat SP/JUSO-Fraktion (0321) betr. Schulwegsicherung Haltenstrasse wird als erfüllt abgeschrieben.

10. Motion Wyss betr. Richterliches Verbot Eichholz

Beantwortung 0416; Polizeidirektion

Frau Ursula Wyss (LdU): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Motion, erkläre mich allerdings aus folgenden Gründen davon enttäuscht: In fünf Punkten legt der Gemeinderat dar, warum er nichts ändern will. Beim ersten Punkt geht es um die Beruhigung: Dass sich die Lage im Eichholz beruhigt hat, hat meiner Meinung nach nichts mit dem Nichterteilen von Sonderbewilligungen zu tun, sondern ganz einfach mit den getroffenen Verkehrsmassnahmen und dem Einsatz der Broncos-Sicherheitsleute. Der zweite Punkt heisst kurz zusammen gefasst: Wenn jeder käme und eine Sonderbewilligung für einen Verpflegungsstand wollte... Dieses Argument sticht nicht, weil die Gemeinde ja für die Erteilung von Sonderbewilligungen zuständig ist, deren Anzahl also selber in der Hand hätte. Abgesehen davon glaube ich nicht, dass eine Flut von Anfragen ausgelöst würde, bis jetzt war dies erst einmal der Fall. Vor allem scheint es mir suspekt, dass hier von Ständen gesprochen wird, in meiner Forderung steht nichts davon. Die Gemeinde könnte ja festlegen, dass explizit Verkaufsstände nicht genehmigt werden. Somit ist meiner Meinung nach auch der dritte Punkt entkräftet, denn ein fliegender Verkäufer benötigt keine Infrastruktur wie Wasser- oder Stromanschlüsse usw. Ich habe mir nie vorgestellt, dass es im Eichholz so aussehen soll wie an einem Bernfest mit X Imbiss- und Getränkeständen, das will auch niemand. Ich möchte ganz einfach, dass während des Tages auf der Liegewiese im Eichholz z.B. Glacé, Getränke oder kleine Snacks verkauft werden könnten. Ich bin übrigens nicht allein, es wurde ja eine Petition mit 116 Unterschriften eingereicht. Auch den vierten Punkt kann ich leider nicht nachvollziehen. Wie ich gerade vorher gesagt habe, muss es ja nicht ein Stand sein. Es ist schon ein bisschen übertrieben und auch lächerlich zu sagen, dass der Verkauf von Essen und Trinken die Anwohner belästige. Jetzt noch zum Restaurant: Klar gibt es dieses und es ist auch gut so, aber de facto hat das Restaurant ein Monopol, was dem viel beschworenen freien Markt überhaupt nicht entspricht. Die Konsumenten im Eichholz können nicht wählen, aber ein bisschen Konkurrenz würde nicht schaden, vielleicht würde das Angebot sogar besser. Im Marzili zum Beispiel funktioniert dieses Nebeneinander bestens. Ich komme zum Schluss: Ich finde es wirklich schade, dass der Gemeinderat das Eichholz so unattraktiv wie möglich machen will. Ein so schönes Gebiet, wie es das Eichholz ist, ist doch wirklich ein Glück für die Gemeinde und die Gäste. Ich höre immer wieder, gerade auch von ausländischen Gästen, wie einmalig sie diese Anlage und das Baden in der Aare finden.

Herr Alfred Arm (SP): Ich kenne die Situation im Eichholz auch und finde, man könne guten Gewissens etwas fürs Kleingewerbe tun. Im Marzilibad ist es möglich, bei mobilen Verkäufern oder diversen Ständen auf der Liegewiese etwas zu erstehen, dadurch entsteht keine Unruhe. Mir scheint es auch sinnvoll, mit dem mobilen Verkauf auf der Liegewiese etwas Konkurrenz ins Eichholz zu bringen.

Frau Stephe Staub (SP): Ich bin auch Mitunterzeichnende, dachte aber hier an etwas Anderes: An die Möglichkeit von Verkäufen auf dieser Liegewiese durch junge Leute, welche damit einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgehen würden, oder auch an ein Arbeitslosenprojekt, denn solche Geschäfte laufen während der Sommerzeit sehr gut. Früher bestand ein solches Projekt zwischen dem Marzilibad und dem Eichholz. Die Gemeinde hat ja die Möglichkeit, solche Angelegenheiten mit entsprechenden Bewilligungen restriktiv zu handhaben.

Herr Hugo Staub (SP): Um nachher das Abstimmungsverhalten der SP-Fraktion verständlich zu machen, muss ich erklären, was andere aus der Fraktion zu diesem Thema gedacht haben: Wir sind uns alle einig, dass das Eichholz ein wunderbarer Ort ist und in jüngerer Vergangenheit Fortschritte in der Beruhigung erzielt worden sind. Dass aber auch an einem solch schönen Ort Konflikte entstehen können, ist unbestritten, so unter anderem zwischen dem Hochbetrieb im Sommer und dem Ruhebedürfnis der Anwohnenden. Wenn hier im Parlament darüber diskutiert worden ist, wurde festgestellt, dass wir ziemlich in Verlegenheit geraten sind, vernünftige Vorschläge anbringen zu können, welche nicht gleich in Richtung eines Überreagierens gingen. Aus dieser Überlegung heraus ist die Mehrheit der SP-Fraktion der Ansicht, dass nichts gemacht werden sollte, das in die falsche Richtung wirkt. Es ist nicht richtig, auf die 116 Unterzeichnenden allein zu hören, denn viele schätzen diesen Ort auch gerade deswegen, weil er keine Kommerzialisierung aufweist.

Mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen fasst das Parlament den

Beschluss:

Die Motion Wyss (0416) betr. Richterliches Verbot Eichholz wird abgelehnt.

11. Motion Wyss betr. Fahrverbot mit Zubringerdienst für das Eichholzquartier

Beantwortung 0417; Polizeidirektion

Frau Ursula Wyss (LdU): Ich danke auch hier dem Gemeinderat für seine Antwort und - im Gegensatz zu ihm - erkläre ich mich mit der Antwort und dem Antrag einverstanden. Wie ihr wisst, wohne ich im Eichholzquartier und stellte letzten Sommer selber fest, dass der Parkplatz-Suchverkehr stark zugenommen hatte. Um dies einzudämmen, ist ein Fahrverbot für Autos mit Zubringerdienst für Anwohner sowie Restaurant- und Campingbesucher - dieser Meinung ist auch der Gemeinderat - sicher eine gute Massnahme. Die vorgeschlagenen Standorte für die Signalisation sind meiner Meinung nach ebenfalls gut. Einige von euch werden sagen, dies sei ein Verbot mehr, das nicht kontrolliert werden könne, bzw. x-Mal nicht eingehalten werde. Natürlich macht ein Verbot ohne Kontrolle wenig Sinn, und der Gemeinderat ist sich dem bewusst; ich hoffe aber, dass dessen Worten - sprich Kontrollen - auch Taten folgen werden. Ein Fahrverbotsschild eingangs Quartier hält sicher einen grossen Teil der Autofahrer davon ab, im Quartier nach einem Parkplatz zu suchen, und ich zähle auf den Lerneffekt und den gesunden Menschenverstand. In diesem Sinn bin ich optimistisch, dass das Eichholz-Quartier mit der vorgeschlagenen Massnahme vom Suchverkehr entlastet werden kann. Ich bitte euch, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die Motion anzunehmen.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Diese Motion verfolgt das gleiche Ziel wie der Gemeinderat, nämlich das Eichholz-Quartier zu beruhigen. Es ist klar, dass wir nicht Nonstopp kontrollieren können, Kontrollen werden aber sicher den personellen Möglichkeiten der Abteilung gemäss vorgenommen. Wir wissen alle, dass ein Verbot einige vom Suchverkehr abhält und erwarten, dass mit den vorgeschlagenen Massnahmen weniger Autos im Eichholz-Quartier auf Parkplatzsuche verkehren werden. Ich bitte euch, die Motion anzunehmen.

Frau Barbara Mooser (FDP): Ursula, wir sind nicht derselben Meinung. Vor Jahren - als Wabern noch "Ampliwil" hiess - standen solche Fahrverbote an vielen Strassen und wer Wabern kennt, weiss, dass diese Verbote halb Wabern betrafen. Mich nimmt Wunder, wie die Einhaltung der Verbote kontrolliert werden kann, denn schon damals wurden etliche Schleichwege gefunden und benutzt. Ich weiss, das Problem mit der Parkplatzsuche im Eichholz ist gross, aber ich finde, Fahrverbote sind keine Lösung, weil man dem Kontrollierenden immer erklären kann, man wolle auf den Friedhof oder zum Altersheim fahren. Mein Vorschlag besteht darin, die Fahrverbotstafeln weiter nach unten - von der Viktoriastrasse an - zu setzen, denn die oberen Strassen werden viel mehr befahren, weil z.B. das Weyergut überbaut worden ist. Für mich ist das Ganze eine Alibiübung und ich kann nicht begreifen, dass der Gemeinderat die vorgeschlagene Lösung eine wirkungsvolle Massnahme nennt. Im Matte-Quartier in Bern stehen auch solche Verbote, geht aber einmal schauen, wie viel Verkehr dort ist. Für mich ist es eine Alibiübung, und aus diesem Grund lehnt auch die FDP/jfk-Fraktion die Motion ab.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Wenn wir argumentieren, dass alles, was nicht zu Hundert Prozent kontrolliert werden kann, eine Alibiübung ist, müssten auch die Geschwindigkeitsbeschränkungen aufgehoben werden. Immerhin ist jeder Autofahrer, der wegen der Verbotstafel nicht weiterfährt, einer weniger, und dann ist es bereits keine Alibiübung mehr.

Herr Hugo Staub (SP): Wir lehnten die vorhin behandelte Motion mit der Begründung ab, sie wirke im Konflikt zwischen dem Betrieb im Eichholz im Hochsommer und dem Ruhebedürfnis der Einwohnenden in die falsche Richtung. Das Anliegen, welches hinter der vorliegenden Motion steckt, wirkt in die richtige Richtung, und wir werden sie unterstützen. Es ist - so denke ich - nicht gleich zu gewichten, ob ein Problem ganzjährig oder saisonal besteht, und die Zubringerdienst-Regelung bietet eine gute rechtliche Grundlage, um in jenem Moment, in welchem das Problem hauptsächlich auftritt, mit dem entsprechenden Hintergrund handeln zu können.

Mit 19 zu 17 Stimmen fasst das Parlament den

Beschluss:

Die Motion Wyss (0417) betr. Fahrverbot mit Zubringerdienst für das Eichholzquartier wird erheblich erklärt.

12. Postulat FDP betr. Arbeitsausschreibungen in der Gemeinde Köniz

Beantwortung 0420; Direktion Gemeindebauten

Herr Anton Riesen (FDP): Gemäss dem Motto "im Westen nichts Neues", sind die FDP-Fraktion wie auch die KMU-Betriebe enttäuscht über die allzu sture Antwort des Gemeinderates auf unsere mit dem Postulat gestellten Fragen. Grundsätzlich hätten wir ein wenig mehr Phantasie erwartet. Mögliche und unmögliche Gesetze und Vorschriften, die heute bestehen in allen Ehren, aber es besteht immer noch Platz für Möglichkeiten, dem Könizer Gewerbe entgegen zu kommen. Im Detail z.B. zu Frage 3: "Eine schwarze Liste existiert nicht", d.h. mit anderen Worten, dass es wichtig ist, der Billigste zu sein. Wo ist der Qualitätsgedanke, respektive ein gewisser Berufsstolz unserer Gemeindeverwaltung gegenüber dem Könizer Gewerbe, dem Handwerk und den Dienstleistungsbetrieben geblieben? Zu Frage 5: Auch hier ist die Beantwortung, wie man so schön sagt, "kurz und mutz", Ueli Studer lässt grüssen. Zu Frage 9: Bei dieser Antwort kommt so richtig zum Zug, was die KMU Köniz unserer Gemeinde zeitweise Wert sind. Ohne irgendwelchen Ansatz werden die KMU Köniz hier beiseite gestellt. Abschliessend konnte ich der ganzen Angelegenheit entnehmen, dass es eine so genannte "Erfahrungsgruppe Submission" gibt, ich weiss aber nicht genau, wie diese zusammen gestellt ist, hier wäre aber die Gelegenheit vorhanden, ein neutrales KMU-Mitglied einzubeziehen. Die Gemeinde ist nach wie vor nicht bereit, einen spezifischen Kriterienkatalog zu erstellen, der im Toleranzbereich von Vorschriften und Gesetzen absolut möglich wäre. Aus den genannten Gründen ist die FDP/jfk-Fraktion gegen die Abschreibung des Postulates.

Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP): Diese Fragen sind seit Jahr und Tag bekannt und ich glaube nicht, dass die Verwaltung und der Gemeinderat die KMU ignorieren. Anton Riesen weist darauf hin, dass es um Phantasie geht, das ist aber hier nicht die Frage. Der Wettbewerb, welcher stattfindet - nicht nur in der Gemeinde Köniz - ist ein ehrlicher und redlicher, und wir dürfen keine schwarzen Listen führen, das ist ganz klar. In diesen Verfahren prüfen wir genau, auch mit paritätischen Kommissionen, mit Gewerkschaften, von welchen wir die entsprechenden Antworten erhalten. Es ist nicht so, dass nur der billigste Preis über Vergabungen entscheidet, sondern die Offerten werden seriös überprüft. Bei den öffentlichen Verfahren sowieso und in den Einladungsverfahren sind die eingeladenen Firmen bekannt, das sind solche, bei welchen uns keine Verstösse gegen die Vorgaben bekannt sind. In Einladungsverfahren kommen die Könizer KMU sehr oft zum Zug, alle Gewerbetreibenden in Köniz wissen das. Die bestehende Erfahrungsgruppe ist bestückt aus allen Direktionen der Gemeindeverwaltung, es ist ein Ordner vorhanden, in welchem steht, wie die Verfahren zu gestalten sind. Die bestehenden übergeordneten Regelungen - internationale, von Bund und Kanton - müssen wir einhalten. Beginnen wir, noch andere Kriterien einzuführen, bewegen wir uns ausserhalb dieser Regelungen, und das kann nicht in eurem Sinn sein. Ich behaupte, dass der Wettbewerb in Köniz sehr gut läuft, vor allem seit wir mit dem VRB zusammen arbeiten. Gut läuft auch der Erfahrungsaustausch, welcher sehr gepflegt wird. Jetzt wird auf Bundesebene das Binnenmarktgesetz kommen, was wiederum neue Vorschriften bedeutet. Ich hoffe, dass der Bund endlich regeln wird, wie Submissionsverfahren in den Gemeinden laufen müssen. So lange wir dieses Gesetz jedoch noch nicht haben, bin ich froh um all jene Lösungen, die wir gemeinsam mit dem VRB treffen konnten.

Mit grossem Mehr für die Annahme und mit 19 zu 18 Stimmen gegen die Abschreibung fasst das Parlament den

Beschluss:

Das Postulat FDP (0420) betr. Arbeitsausschreibungen in der Gemeinde Köniz wird erheblich erklärt.

13. Postulat Salvisberg betr. Sanierung / Korrektur Schwarzenburgstrasse

Beantwortung 0422; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Zuerst danke ich dem Gemeinderat für die Beantwortung meines Postulates und möchte gleichzeitig anfügen, dass ich als einziges Parlamentsmitglied in der Begleitgruppe Schwarzenburgstrasse Einsitz genommen habe. Ich habe dieses Postulat nicht nur für mich eingereicht, sondern auch für einen Teil des Parlamentes, damit dieses einmal Einblick in die komplizierte Sanierung der Schwarzenburgstrasse hat. Das Fazit aus den erhaltenen Antworten: Der Gemeinderat ist nicht gewillt, auch nur geringfügige Änderungen an den Betoninnensegmenten der Kreisel vorzunehmen. Ich werde dem Antrag des Gemeinderates mit sehr wenig Freude Folge leisten.

Mit 22 gegen 12 Stimmen für die Annahme und mit 35 Stimmen - ohne Gegenstimme - für die Abschreibung fasst das Parlament den

Beschluss:

Das Postulat Salvisberg (0422) betr. Sanierung / Korrektur Schwarzenburgstrasse wird erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

14. Interpellation jfk betr. Radarfallen auf privatem Grund

Beantwortung 0426; Polizeidirektion

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Vor dem Einreichen meines Vorstosses habe ich mich bei der Polizeiabteilung nach einer Regelung bezüglich dem Aufstellen von Radarfallen auf privatem Grund erkundigt, dort wollte aber niemand etwas von einer solchen wissen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

15. Interpellation Egli/Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Alteisen-Geld

Beantwortung 0430; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Claudia Egli (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Ich bin erstaunt, dass in unserer Gemeinde nicht mehr Alteisen entsorgt werden muss als die in der Antwort genannten 207,7 Tonnen. Ich hätte mit mehr gerechnet. Was aber überrascht, sind die in der Antwort aufgeführten Beträge, diese gehen für mich nicht ganz auf. Es heisst, drei Firmen seien auf etwa demselben Preisniveau und man habe für 2004 einen durchschnittlichen Wert genommen. Etwas stimmt aber nicht ganz mit jenen Preisen überein, die ich erhalten habe. Anhand der internationalen Marktpreise für das Jahr 2004 hätten wir in der Gemeinde Köniz doppelt so viel Geld verdienen müssen wie in der Antwort aufgeführt wurde. Auch wenn wir von einem Betrag von lediglich 8'700 Franken sprechen, wäre es nichtsdestotrotz doppelt so viel gewesen, und auf 10 Jahre hinaus würde dies einen schönen Betrag ergeben. Ich habe eine Offerte für 2005 zur Hand, welche uns wirklich doppelt so viel Geld einbringen würde. Ich gebe sie Urs Wilk mit der Bitte, sie an die entsprechende Stelle weiterzuleiten.

Die Interpellantinnen erklären sich von der Antwort befriedigt.

16. Sitzordnung Parlament

Parlamentsbüro

Die Parlamentspräsidentin: Hier handelt es sich nicht um ein Geschäft des Gemeinderates, sondern dieses wird durch das Parlamentsbüro vorgelegt. Nachdem mehrmals der Wunsch geäußert wurde, dass die bestehende Sitzordnung in einem gewissen Rhythmus geändert werden solle, haben wir nun einen Vorschlag auf dem Tisch.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich stelle den Antrag, dieses Geschäft auf das nächste Jahr - nach den Wahlen vom November - zu verschieben, dann kann das neu zusammen gestellte Parlament dazu Stellung nehmen.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Erstens unterstütze ich den Antrag von Bernhard Bichsel auf Verschiebung, denn es ist besser, wenn die nächsten Parlamentsmitglieder - hoffentlich möglichst noch dieselben - die Sitzordnung bestimmen und zweitens finde ich den uns vorgelegten Vorschlag für die Änderung der Sitzordnung nicht sehr gut.

Dem Antrag auf Verschiebung des Geschäftes bis nach den Wahlen im November 2005 wird grossmehrheitlich zugestimmt.

17. Köniz wird Standort des Swisscom Business Park Köniz“

Mündliche Orientierung; Gemeindepräsident

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Vor genau einem Monat sind nach langen und nervenaufreibenden Verhandlungen sämtliche Verträge zur Realisierung des Swisscom Business Park Köniz in einem Berner Notariatsbüro unterzeichnet worden. Die entsprechende Medienmitteilung ist euch separat zugestellt worden. Der Gemeinderat freut sich, dass mit Swisscom eine schweizweit bekannte Unternehmung mit guten Zukunftsaussichten Ende 2006 nach Köniz kommt. Wie ist dieser Entscheid zustande gekommen?

Die Gemeinde Köniz hat der Pensionskasse gehörendes Land zur Verfügung stellen können und mit diesem Mittel erfolgreich Wirtschaftsförderung betrieben. Eine Planungsgemeinschaft rund um die Losinger Constructions AG erhielt gestützt auf eine Vereinbarung, welche von Henri Huber entwickelt wurde, das Exklusivrecht zur Vermarktung des Areals. Mit klaren Parametern und Zielsetzungen, aber auf eigenes Risiko, hat die Losinger Constructions AG mit Herrn Orazio Galfo als Projektleiter am Markt das Projekt in unermüdlichem Einsatz erfolgreich realisiert. Die Planungsgemeinschaft konnte auf die tatkräftige Unterstützung der Gemeinde zählen. Walo Hänni hat sich stark für das Projekt engagiert. In seinem Windschatten hat die Könizer Bauverwaltung ganze Arbeit geleistet und die Bewilligung für eines der grössten aktuellen Bauvorhaben im Kanton in der rekordverdächtigen Frist von rund neun Monaten bis zum Entscheid vorbereitet. Der Gemeinderat hat die Verhandlungen und Gespräche mit der Swisscom in einem offenen Klima gut gestalten können, und es ist uns gelungen, die Vorteile unserer Gemeinde als Standort für Unternehmen einleuchtend zu „verkaufen“. Bei diesen Verhandlungen wurden seitens des Gemeinderats keine steuerlichen Sonderzugeständnisse gemacht. Die Verkehrserschliessung mit dem öffentlichen Verkehr ist rund um den Business Park Köniz hervorragend, in 5 Minuten Fussweg befinden sich vier Linien, und die Fahrzeit bis zum Bahnhof Bern beträgt rund 10 Minuten. Pro Stunde fahren in den Stosszeiten 30 Kurse. Der ESP Köniz-Liebefeld ist einer der best erschlossenen Entwicklungsschwerpunkte im Kanton Bern. Der Gemeinderat wird sich aber der zusätzlichen Herausforderung im Bereich Verkehr stellen, und wir werden Hand bieten, wenn das Erschliessungsangebot verdichtet oder weiter ausgebaut werden muss. Entsprechende Demarchen zur Überprüfung des Angebots des öV sind beim Kanton und bei der RVK bereits eingeleitet worden. Welche Auswirkungen haben der Umzug der Swisscom Mobile AG und weiterer Gruppengesellschaften der Swisscom auf die Gemeinde Köniz? Die Einwohnergemeinde Köniz (Pensionskasse des Personals) hat im Jahr 1997 die Parzelle an der Waldeggstrasse erworben. Der Verkauf des Grundstücks an die Credit Suisse, die darauf den Swisscom Business Park Köniz erstellen wird, ist für die Pensionskasse ein gutes Geschäft und wird sie langfristig finanziell stärken. Der erzielte Gewinn ist hinsichtlich seines Umfangs u.a. deshalb bedeutend, weil unsere Pensionskasse als unselbstständige Körperschaft operiert (Stichwort Steuern). Durch den Umzug der Swisscom Mobile AG und weiterer Gruppenunternehmen der Swisscom in die Gemeinde Köniz erhöht sich die Gesamtzahl der Arbeitsplätze in der Gemeinde um mindestens 10%.

Das Bauvolumen des Business Parks Köniz umfasst ohne Landwert rund 80 Millionen Franken und ist nach dem Projekt Wankdorfstadion eines der grössten Bauvorhaben, das gegenwärtig in der Region Bern realisiert wird. Verschiedene lokale Unternehmen werden an der Ausführung der Bauarbeiten beteiligt sein. Die Firma Messerli AG besorgt die Aushubarbeiten, die Baufirma Bill AG aus Wabern einen grossen Teil der Baumeisterarbeiten, um nur zwei Beispiele zu nennen. Selbstverständlich bedeutet der Zuzug der Swisscom Mobile für die Gemeinde Köniz auch eine wichtige und willkommene zusätzliche Steuerkraft. Der Umfang des gewonnenen finanziellen Handlungsspielraums ist zur Zeit ungewiss. Der Gemeinderat

wird trotz dieser voraussichtlich erfreulichen finanzpolitischen Entwicklung nicht von seinem Ziel abrücken, die Konsolidierung des Gemeindehaushalts zu erreichen. Köniz erfährt im Zentrum mit dem Zuzug der Swisscom die vom Gemeinderat angestrebte Attraktivitätssteigerung. Das Zentrum, aber auch die ganze Gemeinde Köniz, wird in naher Zukunft Menschen anziehen, die hier arbeiten und leben wollen, ihnen können wir mit attraktiven Wohnüberbauungen an gut erschlossenen Lagen etwas bieten; die Überbauungen im Dreispitz, unmittelbar neben der neuen Parkanlage, und diejenige im Bereich Neumatt-Weissenstein sind nur zwei Beispiele dafür. Auch an anderen Orten in unserer Gemeinde entstehen gegenwärtig hervorragende Wohnüberbauungen, so im Morillon, im Schwandenhubel, im Weyergut, in Oberwangen und in Gasel, um nur einige zu nennen. Der Abschluss dieses Geschäftes nach einem harten Wettbewerb unter mehreren Standorten ist für den Gemeinderat ein grosser Erfolg, der sich längerfristig positiv auf die Entwicklung der Gemeinde Köniz auswirken wird. Diese erfreulichen Perspektiven sollen uns nicht zum Übermut verleiten, sondern bei der Entwicklung des Service Public – der Ausgestaltung der Dienstleistungen für die Bevölkerung – weiterhin bescheiden und zurückhaltend bleiben lassen.

Der Gemeinderat erachtet die Ansiedlung der Swisscom in Köniz als Chance für die Gemeinde, aber auch als Herausforderung für die politischen Behörden sowie für die Verwaltung, sie soll sich auch weiterhin als effiziente Anbieterin von Dienstleistungen und Partnerin für einen offenen Austausch profilieren. Es ist der feste Wille des Gemeinderates, dazu beizutragen, dass die Swisscom auf lange Jahre hinaus in Köniz Wurzeln schlägt. Er strebt deshalb eine langfristige Partnerschaft an und wird Hand bieten zu partnerschaftlichen Lösungen in verschiedenen Bereichen.

18. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

0504 Motion Wyss (LdU) betr. „Köniz Innerorts“

0505 Überparteiliche Motion Troxler (SP), Maibach (GB), Lagger (CVP) betr. Einführung der „Lokalen Agenda 21“ in der Gemeinde Köniz

0506 Interpellation Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Erfolgskontrolle zur neuen Verkehrsführung im Zentrum

0507 Interpellation Antenen (SP/JUSO) betr. Strompreise in Köniz

0508 Motion Graber (SP/JUSO) betr. „Rauchfreies Köniz“

0509 Interpellation SVP betr. Altersplanung / Dezentrale Pflegewohngruppen

0510 Interpellation CVP/EVP betr. Gebühren in der Gemeinde Köniz

511 Dringliche Motion SVP betr. Hochspannungsleitung Mühleberg-Wattenwil

Herr Christian Vifian (SP): Ich habe noch eine Frage zum Kreisel im Zentrum: Ist es richtig, dass - wie ich gehört habe - der Fussgängerstreifen beim Restaurant Sternen aufgehoben werden soll?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Du sprichst eine Versuchsanordnung an, die von der psychologischen Fakultät der Universität Zürich angeregt worden ist und durch ein Verkehrsplanungsbüro aus Zürich begleitet wird. Diese Studie heisst "Fussgängerstreifenlose Ortszentren". Man will versuchen, ob zwischen Fussgängern und Autofahrenden eine gewisse Zusammenarbeit entstehen kann, indem man die Fussgängerstreifen in Ortszentren entfernt und damit den Fussgängern nicht mehr à priori Vortritt gewährt. Der Vortritt auf den Fussgängerstreifen wurde vor einigen Jahren eingeführt, erweist sich aber als nicht in allen Teilen glücklich, und neue Lösungen werden angestrebt. Ein solches Szenario - keine Fussgängerstreifen mehr - löst Ängste aus, dessen sind wir uns bewusst, und wir haben zusammen mit dem kantonalen Tiefbauamt vereinbart, eine sehr intensive Information der Bevölkerung durchzuführen mittels Plakaten, Fahnen, Flyern, Infoveranstaltungen für Schulen und die Alterskonferenz wie auch das Gemeindepersonal.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich habe eine Anschlussfrage an Urs Wilk im Zusammenhang mit Swisscom Mobile: Von der Verkehrsgruppe Hessgut habe ich gehört, dass Eltern wegen dem erhöhten Verkehrsaufkommen an der Waldeggstrasse durch die Bautätigkeit und auch danach sehr besorgt sind; das gilt auch für die Überbauung Dreispitz an der Wabersacker-

strasse. Beides sind viel begangene Schulwege. Meine Frage ist nun, wie der Gemeinderat gedenkt, den Schulweg für die Kinder während und nach der Bauphase zu sichern. Existiert ein Konzept für Schulwegsicherung während der Bauphasen?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Dieses Problem ist bekannt und wird geprüft, betrifft aber nicht meine Direktion, sondern das ist eine polizeiliche Frage.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Mit dieser Frage haben wir uns befasst und nach den Osterfeiertagen wird - nach Absprache mit der Kantonspolizei - die Baustelle an der Waldeggstrasse optimal gesichert sein.

Herr Peter Antenen (SP): Ist es allenfalls möglich, die verschmierte Geschwindigkeitssignali-sation 60 km/h vis-a-vis Werkhof (Muhlernstrasse) zu ersetzen? Dort wurde aus der 6 eine 8 gemalt, weshalb von weitem und nachts auf den ersten Blick 80 km/h gesehen werden. Dies könnte mit einer kleinen Massnahme korrigiert werden.

Frau Sandra Deutsch (FDP): Ich habe folgendes Anliegen: Die FDP Köniz musste der durch den Gemeinderat vorgenommenen Teilrevision der Geschäftsordnung des Gemeinderates via Publikation im Anzeiger rund um Bern vom 12. Januar 2005 Kenntnis nehmen. Art. 4 Abs. 3 wurde geändert und unserer Partei das II. Vizepräsidium gestrichen. Die FDP Köniz nimmt diese Änderung mit ausserordentlich grossem Bedauern zur Kenntnis, weil wir der Meinung sind, dass uns als drittgrösster Partei der Gemeinde das II. Vizepräsidium zustehen würde. Wir haben davon abgesehen, eine Gemeindebeschwerde einzureichen, weil es uns fern lag, aus dieser Angelegenheit eine Staatsaffäre zu machen, nahmen aber diesen Vorfall zum Anlass, die Geschäftsordnung des Gemeinderates genauer unter die Lupe zu nehmen. Uns ist einiges aufgefallen, insbesondere Art. 2 in Verbindung mit Art. 25, wo es darum geht, dass der Gemeinderat nur dann beschlussfähig ist, wenn 6 Mitglieder, bzw. wahlfähig, wenn 7 Mitglieder an den Sitzungen anwesend sind; bei fehlender Beschluss- und Wahlfähigkeit würde Art. 25 zur Anwendung kommen, der nichts anderes bedeutet, als dass der Gemeinderat, wenn er nicht beschluss- oder wahlfähig ist, die Protokolle im Nachhinein schriftlich genehmigen lassen muss, d.h. der Protokoll Führende muss Zustimmungserklärungen einholen und dies im Protokoll erwähnen. Die Geheimhaltungspflicht der Gemeinderatsprotokolle lässt hier nicht gross Spekulationen zu, man stellt sich aber doch die eine oder andere Frage, was geschehen wäre, wenn z.B. bei wichtigen Budgetbeschlüssen zwei Gemeinderatsmitglieder gefehlt hätten und eventuell eine Zustimmungserklärung nicht eingeholt worden wäre; dann hätten wir hier über ein nicht gültiges Budget abgestimmt. Ich bin mir bewusst, dass wir im Parlament in einem Beweisnotstand sind, weil die Gemeinderatsprotokolle nicht für unsere Augen bestimmt sind, aber trotzdem könnte eine solche Möglichkeit bestehen. Man kann sich auch noch folgendes überlegen: Gewisse Gemeinderatsmitglieder könnten ja bewusst Sitzungen fernbleiben, wenn nicht genehme Geschäfte traktandiert sind. Das sind aber alles nur Spekulationen, und ich bin mir bewusst, dass das Parlament nichts zur Geschäftsordnung des Gemeinderates zu sagen hat. Die FDP-Fraktion verlangt aber trotzdem, dass diese Geschäftsordnung, wenn schon - denn schon, nicht nur in diesem einen kleinen Punkt - dem II. Vizepräsidium - geändert, sondern insgesamt angepasst wird. Wir verlangen, dass bis 30. Juni 2005 eine entsprechende Vollzugsmeldung vorliegt.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Das Traktandum "Verschiedenes" ist doch immer wieder sehr interessant. Ich nehme gerne Stellung zur Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates: Das II. Vizepräsidium wurde tatsächlich aufgehoben, denn diese Bestimmung stammt aus dem Jahr 1969, als der Gemeinderat noch aus 11 - meist nebenamtlichen - Mitgliedern bestand. Diese Bestimmung hat sich nun mit dem Siebner-Gremium überlebt, das Amt des II. Vizepräsidiums ist nicht notwendig, denn es wurde nie in Anspruch genommen. Im Zeitalter der neuen Kommunikationsmittel wie E-Mail, Handy oder Internet ist man heute auch wesentlich handlungsfähiger als vor 35 Jahren. Das II. Vizepräsidium kostete aber 1'000 Franken im Jahr und ein Amt, für welches eine Entschädigung bezahlt wird, aber nie in Anspruch genommen wird, ist dies ein Ausgabeposten, der hinterfragt werden muss. Dieser alte Zopf wurde aus finanziellen Gründen abgeschnitten. Ich bin froh und danke der FDP, dass daraus keine Staatsaffäre gemacht wird. Die Geschäftsordnung wurde im Gemeinderat schon mehrere Male beraten, und ein neuer Entwurf besteht. Dieser ist aber momentan zurückgestellt, weil wir im Moment - neben anderen Projekten - die Aufgabenüberprüfung des Gemeinderates beraten. Wir haben den Eindruck, dass nun zuerst dieses Projekt abge-

geschlossen werden muss, bevor wir an die Geschäftsordnung des Gemeinderates gehen. Zur Bemerkung betreffend der Bestimmung, dass 6 Mitglieder anwesend sein müssen, kann ich folgendes sagen: Das Quorum wird fast immer erreicht, wir haben im Gemeinderat eine sehr hohe Anwesenheitsdisziplin, in der Regel sind wir vollzählig. Ich weise noch auf das hin, was mir unsere Gemeindegemeinschaft mitgeteilt hat: In der Gemeindeordnung - einem klar übergeordneten Reglement - vom 16. Mai 2004 steht in Art. 64 eine allgemeine Bestimmung: "Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist". Diese Bestimmung geht somit der sehr alten in der Geschäftsordnung des Gemeinderates vor. Wir werden die Geschäftsordnung intensiv neu aufgleisen, sobald die Zeit reif ist.

Die Parlamentspräsidentin: Wir haben eine Einladung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen erhalten. Am 16. und 17. September 2005 findet in Bern eine Versammlung mit dem Hauptthema "Stärkere Parlamente dank ständigen Kommissionen?" statt. Wer sich für diese Tagung interessiert, soll sich bei der Parlamentssekretärin melden.

Schluss der Sitzung 20.45 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 21. März, 19.00 bis 21.00 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Balz Christian, FDP
Bichsel Bernhard, jfk
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, parteilos
Bussard Lorenz, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Egli Claudia, SP
Graber Martin A., SP
Gysel Hermann, EVP
Hänni Thomas, FDP
Henggi Harald, FDP
Hofer Niklaus, SVP
Krebs Daniel, SVP
Lagger Valentin, CVP
Lehmann Stefan, SVP
Mader Mélanie, SP
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Riesen Anton, FDP
Rohrbach Verena, SVP
Salvisberg Ulrich, SVP
Schori Peter, SD
Schörlin Marlise, SP
Sedlmayer Katrin, SP
Stähli Markus, SVP
Staub Hugo, SP
Staub Stephie, SP
Streiff Marco, EVP
Tro xler Elisabeth, SP
Vifian Christian, SP
Wyss Ursula, LdU
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Giger Beat, SD
Maibach Urs, GB

Gemeinderat Mentha Luc, Gemeindepräsident
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident
Berger Verena, SP
Sommaruga Simonetta, SP
Streiff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP
Wilk Urs, FDP

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Reglement über Abstimmungen und Wahlen, Erlass	
Reglement / Botschaft; Präsidial- und Finanzdirektion	25
2. Verschiedenes	37

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Sitzung und danke für euer Erscheinen. Da Urs Maibach entschuldigt ist, fehlt ein Stimmzähler. Ich schlage Niklaus Hofer vor.

Appell

Es sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend; das Parlament ist somit beschlussfähig.

Die Parlamentspräsidentin: Ich muss betreffend Protokoll vom 14. März 2005 folgendes mitteilen: Infolge von Aussetzern des Aufnahmegerätes wurden Teile der Debatte nicht aufgenommen. Die entsprechenden Parlamentsmitglieder werden ein E-Mail erhalten und gebeten, die fehlenden Aussagen zu ergänzen. Das Gerät wurde nun ersetzt und wir hoffen, dass solche Aussetzer nicht mehr vorkommen werden.

1. Reglement über Abstimmungen und Wahlen

Reglement; Präsidial- und Finanzdirektion

Die Parlamentspräsidentin: Ihr habt alle die neue, korrigierte Fassung des Reglementes über Abstimmungen und Wahlen erhalten. Wir diskutieren auf der Basis dieser aktuellen Version und gehen folgendermassen vor: Zuerst wird das Reglement bereinigt, dann kann man sich zur Botschaft sowie zur Verordnung äussern und zuletzt behandeln wir den Bericht und Antrag.

Herr Markus Stähli (SVP, GPK-Sprecher): Einleitend besten Dank an den Gemeinderat und die Stabsabteilung für die grosse Arbeit, welche hier geleistet wurde, vor allem für die Überarbeitung des Reglements in solch kurzer Zeit, was der GPK am letzten Freitag ermöglichte, eine ausserordentliche Sitzung durchzuführen, nachdem sie das Geschäft bereits an ihrer ordentlichen Sitzung vom 7. März behandelt hatte.

Einstimmig empfiehlt die GPK dem Parlament, den Stimmberechtigten das Reglement in der neuen Fassung zur Abstimmung vorzulegen. Separat diskutieren sollte das Parlament noch über den Artikel 51. Zudem beantragt die GPK, die Redaktionskommission für das Überarbeiten der Botschaft einzusetzen.

Nun die Meinungen zu Art. 51, zu welchem in der GPK grosse Diskussionen stattgefunden haben: Zum Beispiel wurde gesagt, es könne nicht sein, dass es zweierlei Arten Gemeinderatsmitglieder gäbe, am einen Ort hätten beide dieselbe Stimmkraft, am andern müssten die einen (Vollämter) durch die Stimmenden gewählt werden und die anderen (Nebenämter) könnten nachrutschen. Hier sollte Gleichheit geschaffen, d.h. der Volkswille respektiert werden. In der GPK wurde erklärt, der Volkswille sei „an den Haaren herbeigezogen“, wenn eine Person von ihrer Partei oder Wählergruppe auf der Dreierliste kumuliert worden sei, denn da hätten die Stimmenden keine grosse Auswahl mehr. Anders sei es bei den nebenamtlichen Gemeinderatssitzen, denn auf der Siebnerliste könnten - auch wenn ein Name kumuliert sei - immer noch maximal fünf andere stehen. Es wurde erklärt, man könne nicht sagen, der letzte Platz auf der Dreierliste sei Volkswille. Auf den Parlamentslisten soll aber dann sogar der 20. oder noch weiter hinten liegende Platz zum Nachrutschen berechtigen, wenn sich durch Rücktritte eine entsprechende Situation ergibt.. Auch wurde gesagt, es könne nicht richtig sein, wenn für den Ersatz eines im Proporz gewählten Ratsmitglieds das Majorzsystem angewendet werde. Der externe Jurist, der die Erarbeitung des Reglements begleitet hat, erklärte uns, die Gemeinde Köniz sei seines Wissens die einzige Schweizer Gemeinde, die das Nachrutschen in Exekutivämter kenne. Dann wurde auch noch die finanzielle Frage angetönt und festgestellt, dass Wahlen für eine Gemeinde immer sehr hohe Kosten verursachen, weshalb Ersatzwahlen möglichst vermieden werden sollten. Nicht zuletzt könnte eine so genannt kleinere Partei bei Nachwahlen unter Umständen übergangen werden. Diese Gefahr bestehe nicht, wurde uns erklärt, denn im Reglement sei ein Schutz der Minderheiten verankert. Ein weiteres Votum bezog sich auf die überparteiliche Motion (0412). Zu Ersatzwahlen an der Urne würde es wohl nur sehr selten kommen, weil kaum mehr jemand während einer Amtsdauer freiwillig zurücktreten würde und Kandidaturen bei den Gesamterneuerungswahlen sehr gut überlegt werden müssten.

Wie eingangs erwähnt, diskutierte die GPK hart und beschloss dann mit 4 zu 3 Stimmen, dem Parlament eine weitere Variante zu beantragen: Nachrutschen soll sowohl in ein Voll- als auch in ein Nebenamt möglich sein.

Zu den Varianten gibt sie folgende Empfehlung ab: 4 Stimmen für den Antrag GPK, 2 für den Hauptantrag und eine Stimme für die Variante des Gemeinderates (= Motion 0412).

Anlässlich der zweiten Diskussion wurde heftig über die Frage diskutiert, ob dem Volk eine Variantenabstimmung vorzulegen sei. Hier kamen zwei Meinungen heraus: Die eine findet, das Parlament habe seine Arbeit als gewählte Volksvertretung so zu erledigen, dass die Stimmberechtigten nur noch über Ja oder Nein entscheiden müsse. Die andere will den Stimmberechtigten zwei Varianten vorlegen und diese entscheiden lassen, ob im Exekutivämter nachgerutscht werden kann oder nicht. Die Stimmenden seien immerhin mündig und sollten die Möglichkeit haben, diesen Entscheid selbst zu treffen.

Mit 4 : 3 Stimmen empfiehlt die GPK dem Parlament, den Stimmberechtigten eine Variantenabstimmung vorzulegen. Das Parlament soll sich auf zwei von den drei Varianten (inkl. Antrag GPK) einigen.

Zuletzt erkläre ich noch, dass in der GPK gar nie irgendein Wort zu den bisherigen nachgerutschten Gemeinderäten gefallen ist. Die Meinung des Gemeinderates ist klar: Nie wurde irgendetwas auf bereits gewählte Gemeinderatsmitglieder bezogen, sondern diese Vorschläge gelten für das künftige Reglement über Abstimmungen und Wahlen.

Die Parlamentspräsidentin: Nun liegen zwei Anträge der GPK zu Art. 51 vor, ich werde sie bei der Behandlung dieses Artikels zur Abstimmung bringen.

Eintreten

Herr Beat Deuber (SP): Der SP/JUSO-Fraktion ist dieses Reglement über Wahlen und Abstimmungen ein sehr wichtiges Anliegen. Zuerst schliesse ich mich der Feststellung des GPK-Sprechers an, dass es wichtig ist, bei der heutigen Behandlung dieses Reglements - insbesondere bei der Frage der Nachfolgeregelung im Gemeinderat - die Debatte abseits jeglicher Diskussionen um Personen zu führen. Dass in dieser Legislatur die Gemeinderäte Studer und Wilk nachgerutscht sind, steht heute nicht zur Diskussion und ist nach dem geltenden Reglement absolut legal und nachvollziehbar. Diese Tatsache darf heute aber auch nicht dazu führen, dass die Diskussionen um die Nachfolgeregelung im Gemeinderat aus einem historischen Blickwinkel geführt werden, letztlich soll - wie die überparteiliche Motion gefordert hat - die Situation überdacht und die beste Lösung für die Zukunft gewählt werden.

Die Erfahrungen aus den ersten zehn Jahren mit dem Gemeinderatsmodell - drei hauptamtliche und vier nebenamtliche - zeigte, dass das bestehende Reglement gewissen Handlungsbedarf aufweist. Bei den ersten Rücktritten merkte man, dass die Nachfolgeregelung nicht ideal und auch demokratisch nicht ganz unbedenklich ist. Ich erinnere euch daran, dass in diesem Parlament im letzten Dezember die überparteiliche Motion ganz im Sinn der heutigen gemeinderätlichen Variante als Postulat überwiesen wurde. Die Argumente - welche im Vorfeld zur heutigen Debatte zu hören waren - weshalb eine Wahl beim Ausscheiden eines Gemeinderatsmitgliedes nicht finanzierbar oder nicht logisch sei, kann ich nicht nachvollziehen, denn mit der Möglichkeit von stillen Wahlen bei unbestrittenen Vakanzten wird gar keine Wahl stattfinden, und somit sind die finanziellen Argumente hinfällig. Ich wage zudem die Prognose, dass im Fall einer Aufnahme des gemeinderätlichen Vorschlages ins Reglement kaum mehr Ersatzwahlen stattfinden werden. Dadurch, dass einer Partei der Sitz streitig gemacht werden kann - obwohl das wahrscheinlich bei den nächsten Wahlen mittels Proporz ausgeglichen würde - werden keine taktischen Rücktritte mehr erfolgen. Ich prophezeie, dass nur noch Ersatzwahlen stattfinden werden, wenn ein Mitglied des Gemeinderates in ein höheres Amt gewählt wird - Regierungsrat oder Bundesrat - oder, was wir nicht hoffen, schwer erkrankt oder stirbt. Andere Gründe für Rücktritte wird es wahrscheinlich kaum mehr geben. Taktisch aufgebaute, nachfolgeorientierte Listen werden der Vergangenheit angehören und sind dem Amt eines Gemeinderates meiner Ansicht nach nicht würdig.

Die Gemeinde Köniz ist ein Unternehmen mit dreistelligem Millionenumsatz und einer dreistelligen Zahl von Mitarbeitenden, und es gibt keine Unternehmung in vergleichbarer Grösse, welche Mitglieder der Geschäftsleitung mittels eines Verfahrens bestimmt, zu welchem das Wahlgremium schlussendlich wenig bis gar nichts zu sagen hat. In Köniz ist es aber möglich, eine

absolute Kaderposition - notabene verbunden mit einem stattlichen Salär - mittels einer geschickten Listengestaltung nur durch das Wohlwollen einer Parteiversammlung zu erreichen; das eigentlich zuständige Gremium, die Stimmbevölkerung, kann lediglich noch Kenntnis nehmen. Noch ausgeprägter ist die heute geltende Tatsache, dass, wenn kein Ersatzkandidat mehr vorhanden ist, 10 Personen über die Bekleidung dieses Exekutivamtes bestimmen können. Im Parlament gibt es unterschiedliche Meinungen zu diesem Reglement, das war auch der Stellungnahme der GPK zu entnehmen. Das beste wäre, wenn wir, unbefangen von der Geschichte, die Wahl der Stimmbevölkerung überlassen würden. indem eine Variantenabstimmung durchgeführt würde. Wahlen sind sozusagen das Kerngeschäft der Stimmenden, lassen wir sie entscheiden. Aus diesem Grund wird die SP/JUSO-Fraktion den Antrag stellen, dass der Stimmbevölkerung Art. 51 in einer Variantenabstimmung vorgelegt wird, denn wir sind der Meinung, dass die Stimmenden damit am unbelastetsten entscheiden können. Ich erinnere euch daran, dass wir gerade erst eine Variantenabstimmung zu einem hier umstrittenen Thema hatten, nämlich ob unsere Gemeinde Stadtgemeinde oder Gemeinde Köniz genannt werden soll. Damals obsiegte im Parlament die Meinung, dass Köniz eine Stadtgemeinde sei. Auf Antrag der SVP wurde entschieden, den Stimmenden eine Variantenabstimmung vorzulegen und diese entschieden sich für die Bezeichnung Gemeinde Köniz. Die SP/JUSO-Fraktion sieht nicht ein, weshalb man eine Variantenabstimmung nicht auch heute zu diesem heiklen Thema durchführen kann. Das Argument, welches in der GPK gegen die Variantenabstimmung vorgebracht worden ist, das Parlament mache seine Arbeit und die Stimmbevölkerung solle nur noch Ja oder Nein sagen, kann ich nicht nachvollziehen.

Frau Verena Rohrbach (SVP): Dass das Reglement über Abstimmungen und Wahlen neu "büschelet" wird, ist richtig, denn es ist nun viel leichter zu verstehen. Nur beim wichtigsten und im Endeffekt umstrittensten Absatz über das Nachrutschen in Haupt- und Nebenämter wird es einem fast schwindlig, mir kam der Teil eines Abzählversleins in den Sinn: Du und du sind raus. Nach intensiver Beratung in der SVP-Fraktion sind wir folgender Ansicht: Alle Listen, jene für das Parlament sowie die Dreier- und Siebnerlisten für den Gemeinderat, sollen gleich behandelt werden, schon deshalb, weil die Kandidaten von den Parteien ausgewählt, geprüft und für fähig zu den bestimmten Funktionen befunden worden sind. Wir stellen keine untauglichen Personen auf, so viel Respekt vor den Stimmenden ist vorhanden, und ich traue diesen Respekt allen Parteien zu. Dass den Stimmenden nicht alle Köpfe genehm sind, ist kein Grund für eine neue Regelung. Dass die Stimmzahlen recht unterschiedlich ausfallen, ist das Verdikt der Wählenden, welche die Möglichkeiten der Kumulation voll ausnützen, und niemand von uns soll dies verhindern können. Übrigens, erbärmliche Resultate habe ich kaum je gesehen, unerwartet schlechte schon eher. Wenn in einem der drei Gremien ein Mitglied vorzeitig zurücktritt, rutschen je die Nächstplatzierten nach, bis die Ersatzbank leer ist. Die Parteien können dies verhindern, indem sie volle Listen vorlegen. Das erspart der Gemeinde viel Geld, welches sonst für einen Wahlgang ausgegeben werden müsste, und am Sparen sind wir ja - so viel ich weiss - alle interessiert. Wenn kein Name mehr auf der Liste vorhanden ist, ist eine Volkswahl notwendig, weil es doch nicht angeht, dass ein Zehnerteam jemanden in eine Exekutive oder in ein Parlament abordnen kann, der oder die sich keiner Volkswahl gestellt hat. Deshalb muss Art. 49 Abs. 1 aus dem Reglement gestrichen werden.

Allzu häufige Wahlen oder komplizierte Mehrfachantworten belasten uninformierte Stimmende, die Stimm- und Wahlbeteiligungen nehmen ab, die Kosten steigen; all dies ist nicht im Interesse unserer Gemeinde. Deshalb unser Fazit: Die Einflussmöglichkeit der 10 Unterzeichnenden für eine Nachnominierung muss verschwinden, die Parlaments-, die Dreier- und Siebnerlisten werden weiterhin gleich behandelt. Noch eine kleine Bemerkung zur Botschaft: Allen ist klar, dass diese noch überarbeitet werden muss, und vielleicht findet sich dann noch das Sternchen (behindertentauglich) beim Abstimmungslokal Bodengässli ein.

Herr Valentin Lagger (CVP): Auch die CVP/EVP/LdU-Fraktion hat die Vorlage eingehend geprüft und diskutiert. Zu den formellen Änderungen sind von unserer Seite keine Bemerkungen anzubringen. Selbstverständlich haben wir auch die materiellen Anpassungen kontrolliert, der ganze Ablauf rund um dieses Geschäft zeigte, dass es offenbar sehr schwierig ist, die gesteckten Ziele korrekt in einem Reglement festzuhalten und umzusetzen. Selbstverständlich war auch bei uns Art. 51, zu welchem die Motion 0412 eingereicht wurde, sehr umstritten. Mit dieser Motion wollten wir - Beat Deuber hat es bereits erwähnt - erreichen, dass es nicht mehr zu taktischen Rücktritten während einer Legislatur kommen kann. Persön-

lich - hier komme ich zu einer etwas anderen Feststellung als Beat Deuber - muss ich feststellen, dass es offensichtlich nicht möglich ist, dieses Ziel mit einem geänderten Wahlreglement zu erreichen, und deshalb fragte ich mich, weshalb überhaupt etwas geändert werden soll. Die drei vorliegenden Möglichkeiten sind bekannt, diese muss ich nicht mehr aufzählen, und die Meinungen dazu waren innerhalb der Fraktion differenziert. Als wichtigstes Argument für die Durchführung von Ersatzwahlen wurde der berühmte Wählerwille erwähnt. Ist der Wählerwille bei einer Siebnerliste dokumentiert, ist er es auch bei einer Dreierliste. Andererseits ist es mit dem Wählerwillen nicht mehr so weit her, wenn bei einer Wahl eine Partei einen Kandidaten aufstellt und dieser dann in einer stillen Wahl bestätigt wird. Ein weiteres Argument gegen Ersatzwahlen wäre gewesen, dass die Parteien kaum ein Interesse daran hätten, während einer Legislatur einer anderen Partei einen Sitz wegzunehmen, wenn sie diesen bei der nächsten Wahl gleich wieder verlieren würden. Dieses Szenario ist bei den hauptamtlichen Gemeinderäten noch viel akzentuierter als bei den nebenamtlichen.

Vor diesem Hintergrund haben wir beschlossen, eine allfällige Variantenabstimmung, wie jetzt von der GPK vorgeschlagen, zu unterstützen. Die Stimmbevölkerung soll in Kenntnis der Sache die Möglichkeit haben zu wählen. Ich weise an dieser Stelle noch auf einen Antrag hin, den die CVP/EVP/LdU-Fraktion einbringen wird: Es geht darum, klar festzulegen, wann und weshalb nachgezählt werden muss, damit Situationen wie kürzlich in der Stadt Bern vermieden werden können.

Herr Harald Henggi (FDP): Es wurde bereits fast alles gesagt, und was nicht gesagt wurde, konnte gelesen werden. Beat Deuber sprach von Prophezeiungen, ich spreche lieber von einer politischen Gewichtung, die wir heute Abend vornehmen. Aufgrund des Verzichtes einer teilweisen Neuregelung mit dem gleichzeitigen Kandidieren für Voll- und Nebenamt, um zuerst ins gesamte Gremium gewählt zu werden, ist im neuen Entwurf nur noch als politischer Punkt enthalten, nämlich in der Erfüllung des überparteilichen Postulates 0412. Ich nehme es vorweg, die FDP/jfk-Fraktion schliesst sich dem Antrag der GPK an, d.h. Nachrutschen, bis die Liste leer ist und dann Neuwahlen, somit Streichung von Abs. 1. Der Gemeinderat stellt in seinem Bericht selber fest, dass unser System funktioniert. Klar kann aber gesagt werden, dass jede Stadt im Kanton Bern ein anderes Reglement hat. Wollte man vergleichen, gäbe es wichtigere Themen, die zu beraten wären. Uns allen ist bewusst, dass *das* perfekte System nicht existiert, und deshalb halten wir klar am hohen Stellenwert des Proporzgedankens fest und befürworten in dieser Konsequenz das Nachrutschen.

Für mich ist es in dieser Diskussion sehr heikel, mit dem Argument des tatsächlichen Volkswillens zu fechten und zu erklären, eine auf der Dreierliste figurierende Person sei nicht so viel Wert wie eine, deren Name auf der Siebner- oder Parlamentsliste steht. Wollen wir dies so beurteilen, begeben wir uns - denke ich - aufs Glatteis. Auch wurde angetönt, es würden nur Zufallstreffer und Nonvaleurs auf die Listen gesetzt. Die aufgeführten Personen werden jedoch von den Parteien sorgfältig ausgewählt, und die Parteien sind sich über deren Können bewusst.

Herr Beat Deuber (SP): Ich möchte noch etwas zu Art 49 Abs. 1 erklären: Von der SVP-Sprecherin wie auch vom FDP-Sprecher wurde erklärt, es könne nicht sein, dass 10 Personen jemanden nachnominieren können. Faktisch wird dies aber mit der Gestaltung der Listen bereits gemacht, weil genau diese 10 Personen den Listenvorschlag unterschreiben. Kumuliert aber eine Partei auf der Dreierliste, besteht betreffend dem ersten Ersatz gar keine Wahlmöglichkeit mehr. Somit entscheiden immer diese 10 Personen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Wir befinden uns immer noch im Eintreten, und ich erlaube mir zwei, drei kurze Bemerkungen: Ich habe von keiner Seite gehört, Eintreten sei bestritten, und danke dafür herzlich. Insbesondere danke ich dem GPK-Sprecher Markus Stähli für seine differenzierte und sachliche Präsentation der Diskussion in der GPK, und auch der GPK für ihr kurzfristiges Eingehen auf die neue Vorlage und deren Beratung. Ich darf feststellen, dass nicht nur Eintreten unbestritten ist, sondern dass auch eine Minimallösung der Korrektur des Wahlverfahrens erreicht werden sollte, wonach mindestens dann eine Volkswahl stattfindet, wenn keine Ersatzpersonen mehr auf der Liste aufgeführt sind. Damit ist meiner Meinung nach ein wichtiges Ziel bereits erreicht. Ich werde mich in der Detailberatung äussern und dort die eine oder andere Bemerkung anbringen.

Detailberatung

Die Parlamentspräsidentin: Eintreten ist unbestritten. Wir behandeln das Reglement kapitelweise von I bis IV, und ab Kapitel V stelle ich jeden Artikel einzeln zur Diskussion, da diese das pièce de résistance des ganzen Reglementes sind.

Art. 19

Frau Ursula Wyss (LdU): Zu Art. 19 (Zweifelsfälle) habe ich ein Ergänzungsantrag der EVP/CVP/LdU-Fraktion verteilt, den ich kurz erläutere: Abs. 1 bleibt bestehen, und aus folgendem Grund wird ein neuer Abs. 2 eingeschoben: Ihr erinnert euch sicher an die Gemeinderatswahlen der Stadt Bern im letzten Jahr, als Regula Rytz 19 Stimmen mehr erhielt als Alec von Graffenried, und welches Hin und Her in der Folge entstand, nur weil eine solche Situation nicht reglementiert war. Um solches in Köniz zu vermeiden, schlagen wir euch Abs. 2 vor: "Beträgt bei Abstimmungen und Wahlen die Differenz zwischen den Stimmen der Ja- und Nein-Anteile bzw. der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten weniger als 0,5 %, werden die relevanten Stimm- bzw. Wahlzettel zwingend ein zweites Mal ausgezählt." Damit muss bei einem knappen Resultat immer nachgezählt werden. Das soll kein Misstrauensvotum gegen die Stimmen Zählenden sein, sondern sie schützen. Ihr wisst alle, dass bei Auszählungen Fehler vorkommen können, und deshalb ist es um so wichtiger, dass bei einem knappen Resultat nachgezählt wird, weil damit der Wahrheitsgehalt der Ergebnisse erhöht wird. In Bern ist man nun nie sicher, ob es nicht doch anders herum richtig gewesen wäre. 0,5 Prozent sind nicht viel, von 2000 Stimmen, z.B. nur deren 10, es müsste somit wirklich nur bei ganz knappen Ergebnissen nachgezählt werden. Anschliessend würde ein Abs. 3 eingefügt: "Das Ergebnis der zweiten Auszählung kann erst dann erwahrt werden, wenn mindestens zwei aufeinander folgende ausschussinterne Zählungen zu eindeutigen Resultaten geführt haben." Dieser neue Abs. 3 ist eine Folge von Abs. 2 und als Sicherheit gedacht, damit ein allfälliges Nachzählen nicht auch noch angefochten werden könnte. Der neue Abs. 4 würde den alten Abs. 2 ersetzen, allerdings nur aus Gründen der Formulierung: "In den übrigen Fällen kann der Gemeinderat eine Nachzählung der Stimmen veranlassen, wenn begründete Zweifel an der Richtigkeit des Abstimmungs- oder Wahlergebnisses bestehen." Ich hoffe, ihr könnt der Präzisierung von Art. 19 folgen und unserem Antrag zustimmen.

Frau Verena Rohrbach (SVP): Vorhin erklärte ich, es sei richtig, dass dieses Reglement aufs Notwendigste reduziert werde, und nun will man es gleich wieder aufblasen. Von mir aus gesehen genügt Art. 19 in der jetzigen Form. Abgesehen davon bin ich ein wenig betroffen, denn ich helfe - sofern ich nicht selber kandidiere - jeweils bei der Ausmittlung der Wahlzettel, und wenn ich sehe, mit welcher minutiöser Sorgfalt vorbereitet und laufend kontrolliert wird, kann ich mir beim besten Willen das Problem nicht vorstellen, das sich hier stellen soll. Ich bitte euch, diesen Artikel so schlank zu belassen, wie er vorgesehen ist.

Herr Martin Graber (SP): Bei den letzten Parlamentswahlen hätte ein zweites Mal nachgezählt werden müssen, weil zwischen mir und Stephanie Staub weniger als 0,5 Prozent Differenz war. Ich habe das Gefühl, wenn man Proporzahlen durchführt, würden zwingend jedes Mal Nachzählungen notwendig, weil eine Differenz von 0,5 Prozent sehr schnell erreicht ist. Es geht ja auch um die Reihenfolge der Nachrückenden, und was bei knappen Resultaten zu tun ist, ist klar definiert: Wer mehr Stimmen hat, ist gewählt und bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los.

Herr Harald Henggi (FDP): Valentin Lagger stellte vorhin die Frage, weshalb wir überhaupt etwas ändern wollen. Diese Frage stelle ich mir mehr denn je auch, weil die hier geschilderten Vorfälle noch beliebig erweitert werden könnten. Man kann sich zum jetzigen Zeitpunkt fragen, ob man nicht nur technische Anpassungen vornehmen und das ganze Reglement nochmals hinterfragen sollte. Die FDP/jfk-Fraktion ist klar der Meinung, am bisherigen Reglement festzuhalten.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Nach Auffassung des Gemeinderates sollte der Antrag von Ursula Wyss abgelehnt werden, denn es ist nicht opportun eine solche Änderung vorzunehmen. Richtig wurde erklärt, dass bei den letzten Wahlen genau diese Situation - bei einzelnen Listen Differenzen von weniger als 0,5 Prozent - bestand und die Parlamentswahl hätte nachgezählt werden müssen, wenn diese Bestimmung im Reglement verankert gewesen wäre. Nachzählungen sind jedoch immer aufwändig und verzögern das Bekanntgeben der

Ergebnisse erheblich. Die von uns vorgeschlagene Lösung - die auch der Berner Regelung entspricht - ist klar. In Bern kam es nicht wegen einer unklaren Regelung zur Auseinandersetzung, sondern aus andern Gründen. Ich empfehle euch, den Antrag von Ursula Wyss abzulehnen.

Der Antrag wird mit 3 Ja- zu 29 Nein-Stimmen, bei 5 Enthaltungen, abgelehnt.

Art. 49

Herr Martin Graber (SP): Art. 49 ist mit "Ergänzungswahlen" überschrieben, woraus nicht klar ersichtlich ist, ob es um Ergänzungswahlen für das Parlament oder den Gemeinderat geht. Meiner Meinung nach muss es hier um Ergänzungswahlen fürs Parlament gehen, was aber klar definiert sein sollte.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Über Art. 26 steht die Überschrift "2. Verhältniswahl des Parlaments und des Gemeinderats". Diese Überschrift gilt für das ganze Kapitel, in welchem letztendlich Art. 49 enthalten ist.

Art. 51

Die Parlamentspräsidentin: Zu Art. 51 möchte ich eine Vorbemerkung anbringen: Wir haben den Antrag der GPK betreffend eine weitere Variante gehört und werden darüber diskutieren und abstimmen. Falls der Antrag angenommen wird, haben wir 3 Varianten und werden sie einander gegenüberstellen. Über den zweiten GPK-Antrag, gemäss welchem wir darüber befinden werden, ob wir eine Variantenabstimmung wollen, werden wir nach der Feststellung, welche zwei Varianten am besten abschneiden, diskutieren und dann abstimmen. Weitere Anträge kommen selbstverständlich auch zur Abstimmung.

Herr Beat Deuber (SP): Ich stelle den Antrag, das Prozedere umzustellen und zuerst über die Variantenabstimmung an sich abzustimmen, denn dies kann durchaus Einfluss darauf haben, welcher Variante nachher der Vorzug gegeben wird.

Die Parlamentspräsidentin: Wir diskutieren zuerst über den Antrag von Beat Deuber, über die Variantenabstimmung an sich abzustimmen, bevor wir darüber befinden, ob der Antrag der GPK - die dritte Variante - behandelt wird oder nicht.

Herr Beat Deuber (SP): Da mehrere Varianten vorliegen, spielt es für mich durchaus eine Rolle, welcher Variante ich den Vorzug geben will, wenn ich weiss, dass es keine Variantenabstimmung geben wird.

Die Parlamentspräsidentin: Wir diskutieren zuerst darüber, wann wir die Variantenabstimmung festlegen wollen, vor dem Vorliegen aller Varianten oder erst danach.

Herr Christian Vifian (SP): Ich unterstütze den Antrag von Beat Deuber, denn das Ergebnis, ob Variantenabstimmung ja oder nein kann durchaus Einfluss auf die nachherige Diskussion haben.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Um euch die Entscheidungsfindung zu erleichtern: Im Zusammenhang mit der Revision der Gemeindeordnung wurde betreffend Bezeichnung Stadtgemeinde oder Gemeinde Köniz auf Antrag der SVP zuerst die Frage geklärt, ob der Stimmbevölkerung eine Variantenabstimmung vorgelegt werden soll oder nicht, bevor das Resultat der Parlamentsdebatte fest stand.

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich denke, der Antrag von Beat Deuber ist eine gute Idee, weil die Tatsache, ob Variantenabstimmung oder nicht die Diskussion beeinflussen kann.

Herr Beat Deuber (SP): Ich beantrage, über die Frage Variantenabstimmung unter Namensaufruf abzustimmen.

Die Parlamentspräsidentin: Da mehr als 10 Stimmen den Antrag von Beat Deuber unterstützen, findet die Abstimmung unter Namensaufruf statt.

Ergebnis der Abstimmung:

Name	Ja	Nein
Ackermann Judith		x
Antenen Peter	x	
Arm Alfred	x	
Balz Christian		x
Bichsel Bernhard		x
Bühler Evelyn		x
Burren Christian		x
Bussard Lorenz		x
Caminada Ignaz	x	
Deuber Beat	x	
Deutsch Sandra		x
Egli Claudia	x	
Graber Martin A.	x	
Gysel Hermann	x	
Hänni Thomas		x
Henggj Harald		x
Hofer Niklaus		x
Krebs Daniel		x
Lagger Valentin	x	
Lehmann Stefan		x
Mader Mélanie	x	
Mooser Barbara		x
Moser Hans		x
Riesen Anton		x
Rohrbach Verena		x
Salvisberg Ueli		x
Schori Peter		x
Schörlin Marlise	x	
Sedlmayer Katrin	x	
Stähli Markus		x
Staub Hugo	x	
Staub Stephe	x	
Streiff Marco	x	
Troxler Elisabeth	x	
Vifian Christian	x	
Wyss Ursula	x	
Zwahlen Rolf	x	
Total	18	19

Mit 18 Ja- zu 19-Nein-Stimmen wird beschlossen, der Stimmbevölkerung keine Variantenabstimmung vorzulegen.

Die Parlamentspräsidentin: Wir diskutieren jetzt über den Antrag der GPK, wonach eine Ersatzwahl ins Voll- oder Nebenamt nur dann stattfindet, wenn auf den entsprechenden Listen keine Ersatzpersonen mehr vorhanden sind, d.h. ob wir diese Variante zu den bereits vorhandenen zwei aufnehmen wollen oder nicht.

Herr Christian Vifian (SP): Wir haben anlässlich der Abstimmung realisiert, dass das demokratische Vorgehen dazu benutzt wurde, die Demokratie zu strafen. Das stimmt mich aus dem Grund betrüblich, weil zu einer relativ nichtigen Frage - ob Gemeinde oder Stadtgemeinde - die Stimmenden ihre Meinung abgeben konnten, bei einer entscheidenden Frage aber, bei welcher es darum geht, führende Personen für Exekutive und Parlament zu bestimmen, keine Variantenabstimmung stattfinden soll. Ich habe damit Probleme, weil hier Birnen mit Äpfeln verglichen werden, und ich bin gar nicht der Meinung, dass z.B. für Parlament und Exekutive

die gleichen Regeln gelten sollen; für mich sind das zwei verschiedene Schuhpaare. Vor allem und namentlich die Wirtschaftsvertreter von SVP und FDP haben sich gegen die Variantenabstimmung ausgesprochen. Als Vertreter eines Wirtschaftsunternehmens kann ich beurteilen, dass gerade dort völlig andere Spielregeln gelten, man spricht von so genannten Key-People in den entscheidenden Positionen, und es werden Tausende von Franken investiert, um solche herauszufiltern.

Für mich besteht ein grosser Unterschied, ob eine Person vollamtlich zu einem Topkader-Lohn das Geschehen in unserer Gemeinde mitbestimmt und sie mitführt oder ihre Arbeit im Parlament macht. Ich will damit nicht unsere Arbeit als Parlamentsmitglied abwerten, aber bei jeder Hierarchie, sei dies in Wirtschaft oder Politik, sind gewaltige Unterschiede in den Möglichkeiten vorhanden, etwas beeinflussen zu können. Daran sollte die Wertung gemessen werden können und nicht mit der Behauptung - wie jene von Harald Henggi - die Stimmbevölkerung werde mit der Möglichkeit der Variantenabstimmung aufs Glatteis geführt. Auf Glatteis wird die Stimmbevölkerung dann geführt, wenn wir über ein nicht transparentes System verfügen und weiterhin 10 Personen bei der Listengestaltung die Möglichkeit haben, Kronprinzen und -prinzessinnen zu nominieren. Das kann nicht Demokratie sein und ist es auch nicht! Wenn jemand hier im Rat ein solches Vorgehen als Demokratie erklären will, bin ich überzeugt, dass er nicht nur in der Demokratie, sondern auch von der Begreiflichkeit her in einen Erklärungsnotstand gerät. Für mich geht es in keiner Art und Weise darum, irgendjemandem vor dem Glück zu stehen, wenn aber letzten Endes solches Vorgehen - auf Kosten des Wählerwillens - jemandem zum Glück zu verhelfen oder davor stehen, ist damit die Demokratie gestraft. Ich appelliere an alle, die Variante GPK mit der Möglichkeit des Nachrutschens zu vergessen und bei den beiden uns vom Gemeinderat vorgelegten zu bleiben, damit die Stimmenden wenigstens die Möglichkeit haben zu bestimmen, von wem sie geführt werden wollen. Ein letzter Punkt: Würde ich persönlich in ein solches Amt nachrutschen, hätte ich dabei kein gutes Gefühl, denn ich würde mich fragen, ob ich die Legitimation der Stimmenden zu diesem Amt hätte, zu welchem mir mittels eines wahltaktischen Kalküls der eine oder andere Kollege verholfen hätte. Das darf aber nicht sein.

Herr Christian Burren (SVP): Wir haben gehört, die Frage, ob Stadtgemeinde oder Gemeinde Köniz sei eine nichtige Frage gewesen. Für die Bevölkerung der oberen Gemeinde ist es aber entscheidend, ob sie sich als Stadtbürger bezeichnen müssen oder nicht. Das schon viel besagte 10er-Gremium soll weiterhin die Möglichkeit haben, ein Mitglied für ein Vollamt zu bestimmen, denn damit haben die Parteien die Nominierungen weiterhin in ihrer Hand. Etwas ganz anderes kommt meiner Meinung nach noch dazu: Die Möglichkeit der Kumulation auf der Dreierliste für ein Vollamt kann nicht verboten werden, wenn man aber die Bevölkerung wählen lassen will, könnte darauf verzichtet werden.

Herr Beat Deuber (SP): Ich teile die Meinung der SVP-Fraktion, aber wer hat für die Wahlen 2005 bereits nominiert und kumuliert?

Herr Christian Vifian (SP): Christian Burren, nicht mehr und nicht weniger als eine ganz kurze Replik, ich zitiere dich: "Die Parteien haben es in der Hand", ich möchte jedoch, dass die Stimmenden es in der Hand haben.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Als Vertreter einer kleinen Partei, welche nie ein Vollamt besetzen können wird, habe ich Mühe damit, mich als Udemokraten zu bezeichnen. Die Stimmenden haben es so oder so in der Hand, denn, besteht die Möglichkeit des Nachrutschens, kann die nachgerutschte Person bei den nächsten Wahlen wieder abgewählt werden. Als Henri Huber das letzte Mal angetreten war, wurde er in stiller Wahl gewählt. Man löst das Problem mit keiner der beiden Varianten völlig, und ich stimme für die Variante GPK.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich gebe euch nochmals die gemeinderätliche Haltung zu dieser umstrittenen Frage bekannt: Alle aktuell gewählten Mitglieder des Gemeinderates sind gewählt und demokratisch legitimiert, das ist keine Frage, uns beschäftigt heute die Frage, ob wir die Regeln für die Zukunft ändern wollen. Es verhält sich hier fast wie bei den Regeln im Fussball, irgendeinmal haben die Fussballer bemerkt, dass die Einführung der Abseitsregel dem Spiel förderlich wäre, was aber nicht hiess, dass in der Vergangenheit erzielte Tore nicht regelkonform waren. In einem gewissen Sinn geht es darum, ob wir die Spielregeln für künftige Wahlen ändern wollen. Wenn ich im Folgenden mit Beispielen argumentiere, um die Meinung des Gemeinderates zu illustrieren, meine ich in keinem Fall gegen-

wärtige Mitglieder des Gemeinderates.

Zur eigentlichen Kronprinzenregelung, die wir im geltenden Reglement ändern wollen: Wir haben diese Thematik im Gemeinderat mehrmals und sehr sorgfältig analysiert und diskutiert, zur Erinnerung: Bei der Beantwortung des Vorstosses 0412 haben wir die jetzt von der GPK favorisierte Lösung bevorzugt. Anlässlich der Debatte im Parlament haben sich aber alle Redner und Rednerinnen mindestens für die jetzige Hauptvariante des Gemeinderates ausgesprochen, und der Vorstoss wurde nach diesen Voten mit 36 zu 0 Stimmen überwiesen. Der Gemeinderat ignorierte diese Debatte nicht, sondern ging nochmals sorgfältig über die Bücher und hat sich schliesslich für unterschiedliche Wahlmodi bei Rücktritten aus dem Haupt- und aus dem Nebenamt entschieden. Hier noch die drei wichtigsten Gründe für diesen Entscheid:

1. Meistens - das zeigt der Blick in die Vergangenheit - stehen auf den Listen für Vollämter nur zwei Namen und wenn ein Gemeinderat zurücktritt, kann, unabhängig vom erzielten Resultat, nur die zweite aufgelistete Person nachrutschen. Diese Lösung kann unter dem Aspekt der demokratischen Legitimation oder dem Erfordernis der Volkswahl als unbefriedigend betrachtet werden, was der Gemeinderat tut. Wenn die Ersatzperson ein schlechtes Resultat erzielt, kann sie trotzdem nachrutschen. Heute gilt: Die Parteien entscheiden mit der Listengestaltung in einem mehr oder weniger transparenten Verfahren darüber, wer Kronprinz oder Kronprinzessin ist; die Bevölkerung ist hier ausgeschaltet. Das hat meines Erachtens wenig mit Demokratie zu tun, dieser Auffassung ist auch der Gemeinderat.
2. Auf den Siebnerlisten sind immer mehrere Namen aufgeführt, meistens vier bis sechs. In der Volkswahl wird die Person mit dem besten Wahlergebnis auserkoren. Das ist unter dem Blickpunkt der demokratischen Legitimation etwas ganz anderes. Nach Auffassung des Gemeinderates müssen Neben- und Vollamt in Bezug auf Ersatzwahlen unterschiedlich geregelt werden. Hier kann nicht alles über den gleichen Leisten geschlagen werden.
3. Die Hauptvariante des Gemeinderates, wonach bei Rücktritten aus dem Vollamt immer Ersatzwahlen durchgeführt werden müssen, bietet gerade den Parteien klare Vorteile gegenüber heute und stärkt deren Aufgabe und Rolle. Erzielt eine Ersatzperson ein zweifelhaftes oder schlechtes Resultat, kann die Partei bei einem Rücktritt im Lichte dieses schwachen Resultates und auch im Lichte der politischen Arbeit der Kronprinzessin oder des Kronprinzen seit der Wahl nochmals in Ruhe überlegen, ob sie mit dieser Person in die Ersatzwahl einsteigen oder jemand anderes nominieren will. Beim heute geltenden Regime ist dies nicht möglich, es entgleitet den Parteien, und der König und sein Kronprinz regeln das Nachrutschen gemeinsam nach den ihnen richtig scheinenden Kriterien.

Aus den genannten Gründen ist der Gemeinderat der Meinung, dass eine Ersatzwahl bei einem Rücktritt aus dem Vollamt die richtige und bessere Lösung für unsere Demokratie ist. Der Hinweis der GPK auf die Möglichkeit der stillen Wahl sticht gemäss der Meinung des Gemeinderates nicht, bei einer Wahl kann niemand abgelehnt werden, es können nur Stimmen abgegeben werden. Sind gleich viel Kandidaten und Kandidatinnen nominiert wie freie Sitze vorhanden, ist es nicht mehr als ein Gebot der Vernunft, unseren Steuern Zahlenden aus finanziellen Überlegungen eine Wahl zu ersparen und mit diesem Geld auf ein Hornberger Schiessen zu verzichten. Für den Gemeinderat ist inzwischen klar, dass bei einem Rücktritt aus dem Vollamt eine Volkswahl stattfinden muss. Der faktische Proporz wird verhindern, dass mehrere Parteien unüberlegt bei jeder Ersatzwahl ins Rennen steigen, doch können sie dies tun. Für ein Vollamt muss eine Stelle oder ein Geschäft aufgegeben werden, was niemand tut, wenn er oder sie bei den nächsten ordentlichen Wahlen nach dem Proporzsystem aus dem Amt abgewählt werden kann und voraussichtlich wird. Aus diesem Grund bitten wir euch, die Variante GPK abzulehnen und unsere Hauptvariante zu unterstützen.

Herr Peter Antenen (SP): Aus meiner Sicht macht der Antrag der GPK nur dann Sinn, wenn eine Variantenabstimmung durchgeführt wird. Die Stimmenden müssen zwischen zwei Varianten - Volkswahl, wie der Gemeinderat will, oder Minimalregelung GPK - entscheiden können. Nun haben wir entschieden, dem Volk keine Variantenabstimmung vorzulegen, und somit ist der GPK-Antrag nicht mehr richtig. Wenn wir uns dafür entscheiden, die Stimmenden bestmöglich einzubeziehen, kommt nur noch die gemeinderätliche Variante infrage. Nehmen wir die Stimmbevölkerung Ernst und wollen wir zusammen politisieren, müssen die Stimmberechtigten dort einbezogen werden, wo es Sinn macht. Wir müssen nicht Angst vor der eige-

nen Stimmbevölkerung haben.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Schnell noch etwas zur Wortwahl "Kronprinz oder Kronprinzessin": In unserer Partei herrschen keine Könige oder Königinnen. Für mich geht es hier um einen viel wesentlicheren Punkt: Will man Proporz- oder Majorzwahlen? Dieser Entscheid ist viel wichtiger, und für mich steht die Proporzwahl klar an erster Stelle, denn diese drückt den Wählerwillen klarer aus als die Majorzwahl. Aus diesem Grund stimme ich für die Variante GPK.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Rein sachlich ist nicht mehr viel zu erklären, Herr Gemeindepräsident Luc Mentha hat alles Wichtige zum Antrag des Gemeinderates gesagt, und ich will mich nicht wiederholen. Ich wage hier aber den Aufruf, dass sich jedes einzelne Parlamentsmitglied - und nicht nur die Fraktionen und andere Gruppierungen - der Frage stellen muss, ob die Demokratie auf die Auswahl der Parteien zu begrenzen ist. Ich nehme an, dass die Stimmbevölkerung etwas zu sagen haben will, und spätestens bei den nächsten Wahlen hoffe ich, dass sie diese Haltung gegenüber der Demokratie honorieren wird.

Die Parlamentspräsidentin: Wir stimmen über den Antrag der GPK ab: Wollen wir die Variante: "Eine Ersatzwahl sowohl ins Voll- als auch ins Nebenamt findet nur dann statt, wenn keine Ersatzpersonen mehr vorhanden sind" in unseren Entscheid einbeziehen?

Mit 21 Ja- zu 14 Nein-Stimmen beschliesst das Parlament, die Variante gemäss Antrag der GPK in seinen Entscheid einzubeziehen.

Die Parlamentspräsidentin: Jetzt geht es darum, quasi eine Rangliste für die drei Varianten zu ermitteln. Uns liegen drei Varianten vor, jeder darf nur eine Stimme gegeben werden. Erreicht eine Variante bereits in der ersten Runde das absolute Mehr, ist die Reihenfolge entschieden. Wenn keine Variante das absolute Mehr erreicht, findet eine zweite Wahlrunde mit der erst- und der zweitplatzierten Variante statt, d.h. die Variante mit dem schlechtesten Resultat fällt weg. Ich wiederhole nochmals den korrekten Wortlaut der drei Varianten:

Variante A, Hauptantrag Gemeinderat: Scheidet ein vollamtliches Mitglied des Gemeinderates früher als sechs Monate vor Ablauf der Amtsdauer aus, findet eine Ersatzwahl nach den Bestimmungen über die Ersatzwahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten statt. Scheidet ein nebenamtliches Mitglied aus, rückt die Ersatzperson der betreffenden Gemeinderatsliste mit den meisten Stimmen nach, Art. 50 Abs. 1 und 2 ist sinngemäss anwendbar. Sind auf der betreffenden Liste keine Ersatzpersonen mehr vorhanden, findet ebenfalls eine Ersatzwahl nach den Bestimmungen über die Ersatzwahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten, Art. 60, statt.

Variante B, Variante Gemeinderat: Scheidet ein vollamtliches oder ein nebenamtliches Mitglied des Gemeinderates früher als sechs Monate vor Ablauf der Amtsdauer aus, findet eine Ersatzwahl statt. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen über die Ersatzwahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten, Art. 60.

Variante C, Antrag GPK: Scheidet ein vollamtliches oder ein nebenamtliches Mitglied aus, rückt die Ersatzperson der betreffenden Gemeinderatsliste mit den meisten Stimmen nach, Art. 50 Abs. 1 und 2 ist sinngemäss anwendbar. Sind auf der betreffenden Liste keine Ersatzpersonen mehr vorhanden, findet eine Ersatzwahl nach den Bestimmungen über die Ersatzwahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten statt.

Herr Hermann Gysel (EVP): Damit mir als Neuling klar ist: Wenn ich es richtig verstanden habe, geht es jetzt um eine Reduktion von drei Varianten auf zwei und dann um den Entscheid, welche der beiden übrig gebliebenen obsiegt.

Die Parlamentspräsidentin: Wenn eine Variante im ersten Wahlgang das absolute Mehr erreicht, kommt diese ins Reglement. Erreicht keine Variante das absolute Mehr, ist eine zweite Wahlrunde notwendig. Im zweiten Wahlgang wird zwischen den beiden Varianten mit den meisten Stimmen entschieden, jene mit dem schlechtesten Resultat fällt weg.

Herr Christian Vifian (SP): Ich stelle auch hier, weil die Angelegenheit komplex ist, Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf. Dies jetzt und im Fall, dass keine Variante das absolute Mehr erreicht, auch für die zweiten Wahlrunde.

Der Antrag wird, da mehr als 10 Parlamentsmitglieder dafür votieren, angenommen.

Ergebnis der Abstimmung:

Name	a) Hauptantrag GR	b) Variante GR	c) Antrag GPK
Ackermann Judith			x
Antenen Peter	x		
Arm Alfred	x		
Balz Christian			x
Bichsel Bernhard			x
Bühler Evelyn			x
Burren Christian			x
Bussard Lorenz			x
Caminada Ignaz			x
Deuber Beat	x		
Deutsch Sandra			x
Egli Claudia	x		
Graber Martin A.	x		
Gysel Hermann	x		
Hänni Thomas			x
Henggi Harald			x
Hofer Niklaus			x
Krebs Daniel			x
Lagger Valentin			x
Lehmann Stefan			x
Mader Mélanie	x		
Mooser Barbara			x
Moser Hans			x
Riesen Anton			x
Rohrbach Verena			x
Salvisberg Ueli			x
Schori Peter			x
Schörlin Marlise	x		
Sedlmayer Katrin	x		
Stähli Markus			x
Staub Hugo	x		
Staub Stephe	x		
Streff Marco	x		
Troxler Elisabeth	x		
Vifian Christian	x		
Wyss Ursula	x		
Zwahlen Rolf	x		
Total	16	0	21

Die Parlamentspräsidentin: Da Variante A, Hauptantrag Gemeinderat, mit 21 Stimmen das absolute Mehr erreicht hat, wird diese den Stimmberechtigten unterbreitet.

Art. 61

Herr Martin Graber (SP): Ich erkläre Bernhard Bichsel: Es war schon immer so und wird weiterhin so bleiben, dass der Gemeindepräsident nicht in stiller Wahl gewählt werden kann, sondern in einem ersten Wahlgang gibt es immer ein Resultat.

Herr Beat Deuber (SP): Ich stelle den Antrag, eine allfällige Minderheitsmeinung in die Botschaft aufzunehmen.

Der Antrag wird von 13 Parlamentsmitgliedern gutgeheissen.

Herr Beat Deuber (SP): Die Redaktionskommission wird die Botschaft nochmals begutachten und hat auch den Auftrag, die Minderheitsmeinung darin aufzuführen, und deshalb bin ich der Meinung, wir sollten die Botschaft nicht Seite für Seite durchgehen.

Die Parlamentspräsidentin: Ich möchte am üblichen Vorgehen festhalten, um eventuelle Fragen sofort bereinigen zu können.

Wir haben ausserdem noch eine Verordnung über Abstimmungen und Wahlen zur Information erhalten. Dieses Papier ist eigentlich Sache des Gemeinderates und wurde dem Parlament lediglich der Vollständigkeit halber abgegeben. Fragen zu diesem Papier sind aber gestattet.

Herr Beat Deuber (SP): Einleitend habe ich bereits erklärt, dass dieses Geschäft für die SP/JUSO-Fraktion sehr wichtig ist. Während der Beratungen hat es jedoch eine für uns nicht mehr tragbare Form angenommen, und wir werden das Reglement deshalb in der Schlussabstimmung ablehnen. Leider hat aus für mich nicht nachvollziehbaren Gründen das Parlament eine Variantenabstimmung der Stimmbevölkerung abgelehnt; die SP wird dafür besorgt sein, dass die Stimmbevölkerung trotzdem zu dieser Thematik Stellung nehmen kann. Auch wenn dies nicht mehr für die nächsten Wahlen der Fall sein wird, ist es doch ein Steilpass, den wir gerne aufnehmen. Die Fraktion hat einstimmig beschlossen, dem Vorstand der SP Köniz zu beantragen, zu dieser Thematik eine Volksinitiative zu lancieren.

Mit den Abstimmungsergebnissen

- 22 Ja zu 15 Nein (Ziffer 1)
- 19 Ja zu 15 Nein, bei 3 Enthaltungen (Ziffer 2)
- 23 Ja zu 13 Nein, bei einer Enthaltung

fasst das Parlament den

Beschluss

- 1. Das Parlament unterbreitet den Stimmberechtigten folgenden Beschlussesentwurf: Das Reglement über Wahlen und Abstimmungen gemäss Entwurf vom 21. März 2005 wird beschlossen.**
- 2. Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten, unter Vorbehalt der Überarbeitung durch die Redaktionskommission.**
- 3. Die in ein Postulat umgewandelte überparteiliche Motion Deuber (SP) / Lagger (CVP) / Haudenschild (GB) betr. Änderung des Wahlreglements für Exekutivämter wird als erfüllt abgeschrieben.**

2. Verschiedenes

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich habe zwei Anliegen zum Thema Verkehrssicherheit: Das erste betrifft den Fussgängerstreifen beim Bläuacker. Urs Wilk, mit deiner Bemerkung von letzter Woche hast du ziemlich viel Wirbel verursacht und ich möchte zuhänden des Protokolls festhalten, dass die SP/JUSO-Fraktion Tempo 30 für den Versuch von FLOZ (Fussgängerstreifenlose Ortszentren), eine klare Signalisation, eine klare Befristung und eine Auswertung fordert. Wenn man bedenkt, wie anlässlich der Hauptversammlung des OV Schliern unser Gemeindepräsident Luc Mentha zu dieser Thematik "an die Kasse kam", ist Tempo 50 für diesen FLOZ-Versuch sicher nicht tragbar.

Mein zweites Anliegen: Ich erklärte letzte Woche, die Verkehrssicherheit während des Baus des Swisscom-Gebäudes an der Waldeggstrasse mache vielen Personen Sorge, vor allem die Verkehrsgruppe Hessgut sei äusserst besorgt, weil diese Strasse Schulweg sei. Urs Wilk hat schnell reagiert und den Auftrag an die Gemeindepolizei weitergeleitet, das Trottoir zu sperren. Ich danke für diese prompte Reaktion. Das Trottoir ist aber bis heute noch nicht gesperrt. Ein grosses ABER: Weshalb wird nicht vorher geplant, denn bei jedem Bau wird darauf geachtet, dass der Verkehr flüssig rollen kann, aber nicht darauf, ob die schwächeren Verkehrsteilnehmer gefährdet sind. Bereits beim Neu- und Umbau im Bläuacker habe ich eine Motion zu diesem Thema eingereicht, worauf die Verkehrsabteilung verneinen liess, es werde alles für die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer getan. Die Verkehrsgruppe Hessgut teilte mir mit, an der Wabersackerstrasse sei der Verkehr während der Verlegung der Werkleitungen über das Trottoir geleitet und erst als Eltern wie auch die Verkehrsgruppe interveniert habe, seien die notwendigen Sicherheitsmassnahmen getroffen worden. Auch hier, beim dritten Fall, muss wiederum interveniert werden, bevor etwas geschieht. Ich wäre froh, Urs Wilk, wenn du als neuer Vorsteher der Direktion PLUV dafür besorgt sein wür-

dest, dass an die Sicherheit der schwachen Verkehrsteilnehmer bei Strassenbaustellen gedacht wird. Ich werde überprüfen, ob in dieser Richtung etwas geschieht, ansonsten behalte ich mir einen Vorstoss vor.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich nehme dein zweites Anliegen gleich als erstes: Ich danke für dein Merci, dass ich reagiert habe. Ich konnte der Gemeindepolizei jedoch keinen Auftrag erteilen, sondern ich bat die Vorsteherin, Marianne Streiff, sich diesem Thema anzunehmen, weil die Verkehrssicherheit an Baustellen bei der Polizeiabteilung angesiedelt ist und nicht bei der Verkehrsabteilung.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Wir sind an der Behandlung dieses Anliegens, können jedoch nicht einfach das Trottoir sperren, ohne andere Massnahmen zu treffen, weil sonst noch viel gefährlichere Situationen entstehen können.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich erkläre noch etwas zu FLOZ: Wir haben die Idee, dass im Ortszentrum nicht mit Tempo 50 gefahren wird, weil dies unserer Meinung nach verkehrstechnisch nicht möglich ist. Wir möchten diesen Versuch gerne ohne Signalisation von Tempo 30 starten, sind aber bereit, diese umgehend vorzunehmen, falls sich dies als notwendig erweist. Im Übrigen verweise ich auf die Medienorientierung, welche nach verschiedenen Reaktionen vorverschoben wurde und am 30. März 2005 stattfindet. Die meist betroffenen Kreise - Schulen und die Alterskonferenz - wurden direkt zu separaten Informationsveranstaltungen eingeladen.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Heute kann ich dem Gemeinderat ein wenig Zuckerbrot verteilen: Ich erhielt vom FC Wabern Feedback zu meiner Interpellation betr. Sportinfrastruktur und kann feststellen, dass für den FC Wabern ein grosses Trainingsfeld gefunden wurde. Ich danke und hoffe, dass die Pläne weiterhin optimiert werden, damit allen Sportvereinen in der Gemeinde Köniz optimale Trainingszeiten und -plätze zur Verfügung stehen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Danke Bernhard Bichsel, wir bemühen uns sicher immer, optimale Bedingungen für die Sportvereine zu schaffen, aber ich sage es nochmals: Die Sportplätze gehören zu den Schulanlagen, die Schulen haben Priorität, und den Vereinen werden die Plätze nach der Vergabe an die Schulklassen zur Verfügung gestellt.

Herr Hugo Staub (SP): Ich komme nochmals auf den Ball zurück, den Urs Wilk vorhin im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit Marianne Streiff zuspielte: Bei grossen Bauvorhaben ist es absolut üblich, in der Planungsphase ein Verkehrskonzept für die Bauphase zu verlangen, und es ist Aufgabe der Baubewilligungsbehörde, für die Sicherheit besorgt zu sein. Dass die Umsetzung durch die Polizeiabteilung zu organisieren ist, ist klar, aber es ist Aufgabe der Verkehrsabteilung dafür besorgt zu sein, dass in den Baubewilligungsverfahren die entsprechenden Klarheiten geschaffen werden.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ein solches Konzept besteht.

Herr Markus Stähli (SVP): Die Praxis betreffend Verkehrskonzepte bei Baustellen ist folgende: Die Bauleitung oder der Unternehmer verfügt über eine Vereinbarung mit der Suva, die vor Baubeginn durchgecheckt werden muss. Als Unternehmer kann ich sagen, dass ich mit der Gemeindepolizei noch nie schlecht gefahren bin. Wenn ich mich vor Baubeginn melde, kommt jemand an die Baustelle, und die Probleme werden gemeinsam angeschaut. Bei Baustellen sind auch die Unternehmer in der Verantwortung.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich bin selber auch Projektleite, und wenn ein Konzept besteht, gehört es auch dazu, rechtzeitig für dessen Umsetzung zu sorgen und es kann nicht sein, dass die Polizei dann plötzlich reagieren muss, wenn Klagen auftreten. Die Antwort aus den Reihen des Gemeinderates befriedigt mich nicht.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Für die Weiterbildung betreffend Budget nach dem jetzt geltenden harmonisierten Rechnungsmodell, welche wir für die Parlamentsmitglieder organisieren, haben sich 23 Personen angemeldet, die Anmeldefrist läuft noch. Die Veranstaltung findet am 2. Mai vor der Parlamentssitzung statt.

Schluss der Sitzung 21.00 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 2. Mai 2005 19.00 bis 21.05 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Balz Christian, FDP
Bichsel Bernhard, jfk
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, parteilos
Bussard Lorenz, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Deuber Beat, SP
Egli Claudia, SP
Giger Beat, SD
Graber Martin A., SP
Gysel Hermann, EVP
Hänni Thomas, FDP
Henggi Harald, FDP
Hofer Niklaus, SVP
Krebs Daniel, SVP
Lagger Valentin, CVP
Maibach Urs, GB
Lehmann Stefan, SVP
Mader Mélanie, SP
Matter Brigitta, SD
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Pestalozzi Hans-Ulrich, GB
Riesen Anton, FDP
Rohrbach Verena, SVP
Salvisberg Ulrich, SVP
Schörlin Marlise, SP
Sedlmayer Katrin, SP
Staub Hugo, SP
Staub Stephie, SP
Streiff Marco, EVP
Troxler Elisabeth, SP
Vifian Christian, SP
Wyss Ursula, LdU
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Deutsch Sandra, FDP
Stähli Markus, SVP

Gemeinderat Mentha Luc, Gemeindepräsident
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident
Berger Verena, SP
Sommaruga Simonetta, SP
Streiff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP
Wilk Urs, FDP

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	42
2. Kommissionsersatzwahlen	42
3. Stellenbewirtschaftung / Stellenumwandlungen Personalwesen; Präsidial- und Finanzdirektion	43
4. Juch Hallmatt, Niederwangen, Korrektur Hallmattstrasse, Anpassung Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe.....	45
5. Überparteiliche Motion bzw. Postulat betr. Fahrzeugflotte der Verwaltung zu Mobility CarSharing Erfüllung und Abschreibung 0305; Präsidial- und Finanzdirektion	46
6. Motion GB/GFL betr. Förderung von Begegnungszonen Beantwortung 0419; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	47
7. Motion SVP betr. Finanzstrategie und Aufgabenüberprüfung Beantwortung 0423; Präsidial- und Finanzdirektion	50
8. Motion Mader (SP/JUSO) betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot Beantwortung 0424; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	50
9. Motion des Jugendparlamentes betr. definitive Einführung der Moonliner-Linie M16 Bern-Niederscherli-Schwarzenburg-Riggisberg Beantwortung 0427; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	52
10. Motion SP betr. attraktiver öffentlicher Verkehr - auch in den Spitzenzeiten Beantwortung 0429; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	53
11. Interpellation jfk betr. ganzheitlichem Gemeindeförderung Beantwortung 0501; Präsidial- und Finanzdirektion.....	55
12. Interpellation Egli/Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Hochspannungsleitung Beantwortung 0502; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	55
13. Dringliche Motion SVP betr. Hochspannungsleitung Mühleberg-Wattenwil Beantwortung 0511; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	56
14. Verschiedenes	57

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Sitzung. Ganz speziell willkommen heisse ich zwei neue Mitglieder, Frau Brigitta Matter, anstelle des zurückgetretenen Peter Schori und Hans-Ulrich Pestalozzi, er übernimmt den Sitz von Rita Haudenschild. Die Demission von Peter Schori konnte dem Parlament noch nicht bekannt gegeben werden, weil sie erst eine Woche nach der letzten Sitzung beim Parlamentssekretariat eingetroffen ist. Ich lese euch das Schreiben von Peter Schori vor: "Geschätzte Damen und Herren, nach 11 Jahren und 3 Monaten habe ich mich entschieden, auf den 31. März 2005 aus dem Gemeindeparlament Köniz zurückzutreten. Es war für mich eine sehr schöne und lehrreiche Zeit. In der Politik ist es wie im Sport, man kann gewinnen, aber auch verlieren. All diese Jahre im Parlament haben mir den Horizont erweitert und verschlossene Türen geöffnet und so den Einstieg vor drei Jahren in den Grossen Rat erleichtert. Im Grossen Rat setze ich mich ein fürs Wohlergehen aller Gemeinden, die Könizer Politik wird mir nicht gleichgültig sein und werde sie dementsprechend verfolgen. Im Grunde genommen wollen ja alle Parteien nur das Beste für unsere Gemeinde. Jetzt bleibt mir nur noch zu danken. Danken möchte ich dem Parlament für die offenen Diskussionen und für die menschliche Zusammenarbeit. Den Verwaltungen möchte ich danken für die immer freundlichen Auskünfte. Euch Exekutivmitgliedern, euch Parlamentsmitgliedern wünsche ich für die Zukunft alles Gute und immer die richtigen Entscheide zum Wohle unserer Gemeinde. Mit freundlichen Grüssen, Peter Schori." Leider ist Peter Schori heute nicht hier, da er sich bei einem Arbeitsunfall den Mittelfusssknochen des linken Fusses gebrochen hat. Unser Dank für seine über 11-jährige Arbeit hier im Parlament und unsere besten Genesungswünsche werden ihn mittels einer Genesungskarte erreichen.

Zusammen mit dem Protokoll der beiden Märzsitzen wurden euch letzte Woche folgende Unterlagen zugestellt: Zwei Vorschläge für Kommissionersatzwahlen, Unterlagen zum Geschäft 13 Dringliche Motion SVP betr. Hochspannungsleitung Mühleberg-Wattenwil, die aktualisierte Liste unerledigter parlamentarischer Vorstösse, die Einladung des Gemeinderates für eine Informationsveranstaltung über die aktuelle Finanzlage der Gemeinde, welche am Montag, 30. Mai 2005 stattfinden wird - eine Art Fortsetzungskurs von heute - und den Jahresbericht juk (Jugendarbeit Köniz).

Appell

Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend; das Parlament ist somit beschlussfähig.

1. Protokolle

Heute liegen zwei Protokolle vor, die wir leider erst am vergangenen Freitag erhalten haben. Ich finde die Situation betreffend Protokolle sehr unbefriedigend. Es wurde mir zwar versichert, dass jetzt wirklich keine Störungen mehr bei der Aufnahme während der Parlamentssitzungen passieren sollten, aber ich bringe heute offiziell die Forderung an, die Protokolle mindestens zwei Wochen vor der nächst folgenden Sitzung zu erhalten. Ich kann das Protokoll vom 14. März in der vorliegenden Form leider nicht akzeptieren und gebe es zur Überarbeitung zurück. Wir werden dieses anlässlich der nächsten Sitzung behandeln.

Das Protokoll der Sitzung vom 21. März 2005 wird ohne Bemerkungen genehmigt.

2. Kommissionersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegen folgende Ersatzvorschläge vor:

- 0504 Primarschulkommission Schliern: Leuenberger Stephan, Talbodenstrasse 86, 3098 Schliern (EVP), anstelle von Fischer Marta, Schliern, ab sofort
- 0505 Primarschulkommission Mittelhäusern: Christen Therese, Spitzackerweg 20, 3145 Niederscherli (SP), anstelle von Rieder Markus, Mittelhäusern, ab 1. August 2005
- 0506 Primarschulkommission Mengestorf: Aebi-Huber Isabella, Gaselstrasse 165, 3144 Gasel (parteilos, Sitzanspruch SP), anstelle von Brönnimann Julia, Mengestorf, ab 1. August 2005.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich gebe hiermit meinen Rücktritt aus der Redaktionskommission bekannt, denn seit anfangs 2005 bin ich Mitglied der GPK. Ich möchte Alfred Arm als meinen Nachfolger vorschlagen, er ist als Informationsbeauftragter der Kirchgemeinde und als ehemals freischaffender Journalist sicher bestens für diese Arbeit prädestiniert.

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2005, wird gewählt

- als Mitglied der (parlamentarischen) Redaktionskommission: Herr Alfred Arm (SP), anstelle von Frau Katrin Sedlmayer (SP).

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

3. Stellenbewirtschaftung / Stellenumwandlungen

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Dieses Geschäft - vor allem die Stellenumwandlungen, um welche es heute geht - wurde zweimal vorberaten; die Umwandlungen 2.1 bis 2.3 zuerst in der Kommission für soziale Fragen, das ganze Geschäft anschliessend in der GPK: Dabei wurden detaillierte Fragen zur heutigen Situation und vor allem zur Beurteilung von künftigen Entwicklungen behandelt. Ich gehe davon aus, dass die Fraktionen durch die entsprechenden Mitglieder orientiert worden sind. Gestattet mir ein paar ergänzende Bemerkungen, zuerst zur Stelle 2.1: In diesem Bereich erhöhte sich nicht nur die Fallzahl, sondern der Arbeitsaufwand insgesamt durch zusätzliche Anforderungen. Bei der Schaffung der befristeten Stelle durch den Gemeinderat waren Ausstände bei den Alimenteninkassi in der Höhe von 5 Millionen Franken vorhanden, heute sind es bereits 9 Millionen Franken. Dazu ist zu bemerken, dass die Gemeinde vom erhöhten Inkassoerfolg einen Drittel behalten kann, d.h. sie muss diesen nicht in den Lastenausgleich abliefern. Bei der Stelle 2.3 ist anzufügen, dass sich die Situation im Asylwesen mit der kleiner werdenden Zahl von Zuweisungen verändert hat. Heute müssen vermehrt Personen betreut werden, die sich bereits länger in der Schweiz aufhalten, bei deren Betreuung verschiedene, aufwandintensivere Probleme anfallen.

Eine Zusatzinformation im Zusammenhang mit dem Informatik-Zentrum: Die Nettoerträge von Kunden - andere Gemeinden, Altersheime, Spitex - helfen, die Kosten der beiden Partner Köniz und Muri zu reduzieren. Die Kommission für soziale Fragen (KSF) hat einstimmig beschlossen, der GPK die Zustimmung zu den Anträgen 2.1 bis 2.3 der GPK zu empfehlen. Die GPK ihrerseits empfiehlt dem Parlament - ebenfalls einstimmig - die Beschlussfassung gemäss Antrag des Gemeinderates. Im Namen der FDP/jfk-Fraktion kann ich erklären, dass sie den Anträgen des Gemeinderates zustimmen wird.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke den beiden vorberatenden Kommissionen herzlich für die sorgfältige Analyse des Geschäftes, es wurde intensiv und nicht einfach "auf die Schnelle" beraten. Der Sprecher Harald Henggi hat das Ergebnis der Abklärungen sehr abgekürzt dargestellt, denn die Überprüfungen gingen zum Teil sehr viel weiter.

Eintreten

Herr Martin Graber (SP): Die SP-Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Die Darstellung im Bericht ist reichlich kompliziert und wir sind froh, wenn - wie angekündigt - die Lesbarkeit im nächsten Jahr verbessert wird. Die Notwendigkeit der Umwandlungen in unbefristete Stellen wie auch der neu zu schaffenden Stellen wurden plausibel erklärt und machen alle Sinn. Wie Harald Henggi erklärte, können sie zum Teil sogar Einnahmen generieren. Im Sozialbereich hat die Fallbelastung massiv zugenommen. Wir stellen fest, dass Köniz die möglichen und über den Lastenausgleich finanzierten Stellen nicht ausgeschöpft hat, und trotzdem ist es möglich, alles zu bearbeiten, dies aber nur deshalb, weil wir über gut qualifiziertes, langjähriges Personal verfügen, das effizient und sehr gut arbeitet. Ich bitte Herrn Gemeinderat Ueli Studer, Lob und Anerkennung an die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzuleiten. Der Bericht zeigt aber auch, wie wichtig es ist, gute Anstellungsbedingungen für das Personal zu schaffen, damit wir über langjährige Mitarbeitende verfügen können.

Frau Ursula Wyss (LdU): Die vorgelegten Stellenumwandlungen sind plausibel, materiell habe ich meinen Vorrednern nichts mehr beizufügen. Die EVP/CVP/LdU-Fraktion wird den

Stellenumwandlungen einstimmig zustimmen. Weshalb wir jedoch unter Punkt 3 nur von der Aufhebung von Stellenprozenten Kenntnis nehmen sollen, nicht aber von den vom Gemeinderat bewilligten neuen Stellen - obwohl diese im Geschäft aufgeführt sind - ist mir nicht klar. Wir begrüssen es im Übrigen sehr, dass die komplizierten Differenzen in Zukunft mittels eines anderen Zeitplans bereinigt und aufgehoben werden können.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich nehme die Frage von Ursula Wyss gerne entgegen und verweise darauf, dass wir in den vergangenen Jahren immer auf diese Art jenen Teil zur Kenntnis gegeben haben, welchen der Gemeinderat im Bereich der befristeten Stellen selber aufgehoben hat. Das wurde im Parlament nie kritisiert, und in diesem Sinne sah ich mich nicht veranlasst, es neu zu hinterfragen. Im nächsten Jahr werden wir euch entweder einen anderen Beschlussesentwurf in Bezug auf die Kenntnisnahme vorlegen oder eine gute Begründung liefern, weshalb wir euch das Geschäft nach bisheriger Praxis vorlegen.

Detailberatung

Herr Christian Vifian (SP): Auf Seite 2 unter Punkt 2.4 habe ich zur Kenntnis genommen, dass ein Mitarbeiter, welcher jetzt zu 50 Prozent unbefristet öffentlichrechtlich und zu 50 Prozent unbefristet privatrechtlich angestellt ist, neu 100 Prozent unbefristet öffentlichrechtlich angestellt werden soll. Öffentlichrechtliche Anstellungen sind Anstellungsverfügungen, d.h. ein besserer Schutz des Arbeitnehmenden. Solche Umwandlungen machen Sinn, wenn die privatrechtlichen Vertragsverhältnisse befristet sind und klar ist, dass man sie benötigt. Ich möchte vom Gemeinderat gerne wissen, welche Personalpolitik in diesem Bereich gilt. Wann wird im befristeten Bereich in erster Linie privatrechtlich - nach OR - angestellt? Wieso kann es zu befristeten Anstellungen kommen, zu welchen das Parlament nichts zu sagen hat? Zum Schluss: Was sind die Kriterien für öffentlichrechtliche Anstellungen, bei welchen das Parlament, gemäss Personalreglement Art. 4 Abs. 1, zuständig ist und darüber befinden kann? Ich hätte gerne Antwort auf diese Fragen, damit ich einen Einblick in die Handhabung der Anstellungsmodalitäten erhalte.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Wie Christian Vifian richtig gesagt hat, nehmen wir grundsätzlich bei auf langfristig ausgelegten Stellen eine öffentlichrechtliche Anstellung vor, aber bei ganz kleinen Pensen, die immer wieder schwanken, werden privatrechtliche Anstellungsbedingungen gewählt. Im geschilderten Fall drängte sich eine Bereinigung auf.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. Das Parlament beschliesst die Umwandlung der folgenden befristeten in unbefristete öffentlichrechtliche Stellen nach Artikel 4 Absatz 1 des Personalreglementes.

Direktion	Richtfunktion	Stellen-%	Stellenbewilligung	Ablauf Bewilligung	Umwandlung per
SGS/ASV	Adm. Sachbearbeiterin I	50	1.10.1999	30.09.2005	1.10.2005
SGS/ASV	Sachbearb. im Soz. Bereich / Sozial-arbeiterin	40	14.02.2001	28.02.2006	1.07.2005
SGS/ASE	Adm. MA II	10	1.04.1999	31.03.2005	1.04.2005
SGS/SCHULA	Berufsarbeiter II	50	1.01.2002	p.r. unbefr.	1.04.2004
PFD/STAB	Fachspezialist I	80	1.01.2000	31.12.2005	1.01.2006

2. Das Parlament hebt folgende unbefristete öffentlichrechtliche Stellenprozente auf:

Direktion	Funktionsbezeichnung	Stellenprozente	Stellenabbau per	Begründung
SGS/ASE	Adm. Sachb. I	10	31.08.2004	BG-Reduktion einer Mitarbeiterin im Asylbereich

3. Das Parlament nimmt davon Kenntnis, dass der Gemeinderat in eigener Kompetenz 50 befristete öffentlichrechtliche Stellenprozente aufgehoben hat.

4. Juch Hallmatt, Niederwangen, Korrektion Hallmattstrasse, Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen, Anpassung

Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe

Herr Urs Maibach (GB, GPK-Sprecher): Der Kanton ist zur Zeit in der Bauausführung der Korrektion des Autobahnanschlusses Bern-Niederwangen, zusammen mit der Korrektion der Hallmattstrasse. Im vorliegenden Geschäft geht es darum, dass die Gemeinde die Arbeiten im Bereich von Wasser und Abwasser, welche sie zusammen mit jenen des Kantons auszuführen hat, mit diesem koordiniert. Bei den Arbeiten - für welche das Parlament den Verpflichtungskredit zu bewilligen hat - handelt es sich ausschliesslich um solche, die sich durch die Veränderung der Hallmattstrasse aufdrängen, weil sich durch die Korrektion Schächte und Abspülgänge sonst mitten in der Fahrbahn befinden würden. Für die öffentliche Erschliessung des ESP Juch-Hallmatt ist vorgesehen, Hüllrohre unter der Hallmattstrasse und dem Autobahnzubringer einzuziehen, um zu verhindern, dass die Strasse in ein paar Wochen bereits wieder aufgerissen werden muss. Ebenfalls ergeben sich Anpassungen bei der Kanalisation, denn für die Oberflächenentwässerung muss eine Mischwasserkanalisation erstellt werden, für welche ein Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinde auf der Basis der eingeleiteten Wassermenge vereinbart wurde. Auch dies zeigt, dass das Geschäft nun angegangen werden muss. Die Finanzierung erfolgt über die reglementarischen Gebühren, respektive aus der Spezialfinanzierung Wasser und Abwasser und Werterhalt. Sie ist in der bewilligten Jahrestranche 2005 des Investitionsplans enthalten und sichergestellt. Der Erschliessung stehen einmalige Anschlussgebühren Abwasser für die geplanten Bauvorhaben von 210'000 Franken gegenüber. Dass diese Arbeiten jetzt ausgeführt werden, ist sinnvoll, weil sonst womöglich die Strasse in ein paar Wochen an mehreren Stellen wieder aufgerissen werden müsste, vor allem würden alle Kostensynergien wegfallen.

Eintreten

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Zu diesem Geschäft kann der gesunde Menschenverstand nur Ja sagen. Die hier anfallenden Kosten sind Investitionen für die Zukunft. Wir wissen alle, dass diese Baufelder früher oder später ihrer Nutzung zugeführt werden, also schlagen wir den "Pflock" für die Zukunft des Wangentals ein. Um so mehr, da die Gemeinderrechnung mit den hier anfallenden Kosten nicht belastet wird, weil diese aus der Spezialfinanzierung finanziert werden. Die SVP-Fraktion steht einstimmig hinter dem Geschäft. Noch etwas zum mitgelieferten Plan: Dieser ist gut und recht, aber von uns aus gesehen hätten die einzelnen Baufelder eingezeichnet werden müssen. Dies ist ein Hinweis für die Zukunft, damit man sich ein besseres Bild der Plandarstellungen machen kann. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft zu.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Auch die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates zu diesem Geschäft. Anlässlich der Schulung von heute haben wir von Herrn Seewer gelernt, einer der wichtigsten Haushaltgrundsätze sei jener, sparsam und wirtschaftlich zu haushalten. Dieses Geschäft erfüllt diesen Gesichtspunkt vollkommen, es ist absolut sinnvoll, im Zusammenhang mit den Strassenbauarbeiten des Kantons die Werkleitungsumlegungs- und Ergänzungsarbeiten auszuführen und die Synergien zu nutzen. Es kann nicht sein, dass wir warten und dann eine Strasse aufreissen müssen, weil die Gelegenheit verpasst wurde. Zudem ist für die Erschliessung der Baufelder mit einmaligen Anschlussgebühren für Abwasser von 210'000 Franken zu rechnen, welche an die Gemeinde zurückfallen. Auch haben wir in der Schulung gelernt, dass die Finanzierung sichergestellt sein muss, was bei diesem Geschäft klar der Fall ist, die Finanzierung ist innerhalb der Jahrestranche 2005 im Investitionsplan enthalten.

Herr Marco Streiff (EVP): Auch die CVP/EVP/LdU-Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu, es wäre wirklich nicht intelligent, die Synergien nicht zu nutzen, vor allem, da auch die Finanzierung geregelt ist. Es ist sinnvoll, dieses Gebiet zu nutzen und dafür muss die Infrastruktur zum jetzigen, günstigen Zeitpunkt geschaffen werden.

Detail

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Ich bedanke mich für die freundliche Aufnahme des Geschäftes und nehme die Anregung von Herrn Salvisberg betreffend Plandarstellung

gerne entgegen.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

- 1. Das Parlament bewilligt einen Kredit von CHF 240'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 520.501.4660, für die Anpassung der Wasserversorgungsanlagen an die Korrektur der Hallmattstrasse in Niederwangen**
- 2. Das Parlament bewilligt einen Kredit von CHF 802'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 530.501.1663, für die Anpassung der Abwasseranlagen an die Korrektur der Hallmattstrasse, Niederwangen.**

5. Überparteiliche Motion bzw. Postulat betr. Fahrzeugflotte der Verwaltung zu Mobility CarSharing

Erfüllung und Abschreibung 0305; Präsidial- und Finanzdirektion

Frau Katrin Sedlmayer (SP): In der Politik braucht es einen langen Atem und ab und zu - so scheint es mir - auch einen Umbau, denn der erste Vorstoss für Mobility-CarSharing wurde im Oktober 1998 eingereicht. Der Bau des neuen Gemeindehauses Bläuacker, vielleicht auch der Umbau im Gemeinderat, haben nun dazu beigetragen, dass die Gemeinde sich nach sieben Jahren entschlossen hat, bei Mobility-CarSharing mitzumachen. Das ist ausgezeichnet und für mich ein klares Ja zu einer umweltfreundlichen Mobilität. Es ist bekannt, dass "Car-Sharer" ihren Autoeinsatz bis zu 72 Prozent reduzieren, denn das immer verfügbare Auto direkt vor dem Haus verlockt zu vielen unnötigen Fahrten. Kürzlich habe ich gelesen, dass 30 Prozent der Autofahrten für Distanzen unter drei Kilometer stattfinden. Ich bin überzeugt, dass es auch beim Personal der Verwaltung zu einem Umdenken kommen wird. Zudem machen die drei Smart-Automobile, welche der Verwaltung zur Verfügung stehen, das Mobility-Angebot für die Könizer Bevölkerung attraktiver, weil jeweils nach den Geschäftszeiten und an Wochenenden mehr Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Ganz erfreulich ist, dass die Gemeinde im gleichen Zug ein Gesamtkonzept für die Mobilität eingeführt hat, mit welchem sie eine Vorbildfunktion übernimmt, nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für Firmen. Mit unserem heute Abend lancierten Vorstoss fordern wir, dass die Gemeinde auch Firmen dazu bewegen soll, ein Gesamt-Mobilitätskonzept zu erstellen. Wir können uns nicht immer über Stau und zunehmenden Verkehr beklagen und nichts dagegen unternehmen! Ich bin überzeugt, dass die Gemeinde mit ihrem Konzept einen wegweisenden Entscheid getroffen hat und sehr gespannt auf die Auswertung des Konzeptes. Ich danke dem Gemeinderat für diesen weitsichtigen und mutigen Entscheid.

Herr Urs Maibach (GB): Der Gemeinderat hat das Postulat gut aufgenommen, die Probleme bezüglich Verkehr wirklich erfasst und ein Mobilitätskonzept aufgestellt mit den Prioritäten Langsamverkehr und öffentliche Verkehrsmittel. In diesem Konzept hat nun auch das CarSharing Platz gefunden. Ich danke dem Gemeinderat herzlich für diesen Einsatz.

Neben den drei Mobility-Fahrzeugen sind im Fahrzeugpool noch drei eigene Fahrzeuge der Gemeinde vorhanden. Aus der Antwort geht nicht klar hervor, ob es sich bei den gemeindeeigenen Fahrzeugen um Spezialfahrzeuge handelt oder ob sie gleich einzusetzen sind wie die Mobility-Fahrzeuge. Wenn dem so ist, muss dieser Umstand bei der Auswertung Ende 2005 und 2006 entsprechend berücksichtigt werden, denn es kann sein, dass die gemeindeeigenen Fahrzeuge von den Angestellten mehr benutzt werden als die Mobility-Fahrzeuge, was die Ergebnisse verfälschen würde. Ich bin überzeugt, dass eine Zusammenarbeit mit Mobility-CarSharing für die Gemeinde sinnvoll und interessant ist, insbesondere auch für die Bevölkerung. In meiner Funktion als Filialleiter von Mobility für die Gemeinde Köniz mache ich das Angebot, das Projekt weiter zu verfolgen und zu unterstützen. In der Gemeinde Köniz stehen - zusammen mit den drei Gemeinde-Fahrzeugen - neu 16 Fahrzeuge zur Verfügung.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke Katrin Sedlmayer und Urs Maibach für die sehr positive Aufnahme des Antrages des Gemeinderates auf Abschreibung des Vorstosses. Wir wollen tatsächlich im Bereich der Mobilität unseres Unternehmens Gemeinde Köniz mit diesem Konzept eine gewisse Vorbildfunktion übernehmen. Ihr alle wisst, dass eines der grossen Probleme unserer Gemeinde der Verkehr ist, darüber wird oft diskutiert, die Zeitungen

sind voll davon, und momentan läuft ein Verkehrsversuch. Mit einem Mobilitätsmanagement kann ein Beitrag dazu geleistet werden, dass der Verkehr nicht über Gebühr wächst, und es kann versucht werden, ihn zu beeinflussen. Das Konzept verstehen wir im Sinne eines Nagels, den wir eingeschlagen haben, wir werden es im Rahmen von Evaluationen überprüfen und Bilanz ziehen. Ich persönlich bin überzeugt, dass noch Optimierungspotenzial vorhanden ist. Vermutlich können z.B. die fixen Reservationszeiten mit Mobility reduziert werden, eventuell wird ein gemeindeeigenes Fahrzeug nicht mehr ersetzt; auch die Anzahl der Zugangskarten kann reduziert werden. Ich würde es begrüßen, wenn ein Teil der heute beim Bahnhof Köniz stationierten Mobility-Fahrzeuge auf dem Parkplatz der ehemaligen Migros-Filiale platziert würden, was für die Bevölkerung, welche auf der anderen Seite der Bahnlinie wohnt, eine interessante Verschiebung wäre. Ich bin froh über die gute Aufnahme des Mobilitätskonzept, wir arbeiten daran und wollen es optimieren.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die in ein Postulat umgewandelte überparteiliche Motion (0305) betr. Fahrzeugflotte der Verwaltung zu Mobility CarSharing wird als erfüllt abgeschrieben.

6. Motion GB/GFL betr. Förderung von Begegnungszonen

Beantwortung 0419; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Als Zweitunterzeichnender verzichte ich darauf, den Vorstoss zu vertreten, und mit mir verzichten auch alle anderen Mitunterzeichnenden auf das Wort. Es ist aber nicht so, dass niemand mehr hinter dieser Motion steht, diese ist gut, aber deren eigentlicher Verfasser - Hans-Ulrich Pestalozzi - sitzt seit heute Abend im Parlament, und wir wollen ihm bei dieser Gelegenheit gerne das Wort überlassen.

Herr Hans-Ulrich Pestalozzi (GB): Ich danke Rolf Zwahlen für die Worterteilung in dieser Sache und auch dem Parlament für die freundliche Aufnahme. Ich bin froh darüber, die Motion, an welcher ich wesentlich beteiligt war, vertreten zu können.

Begegnungszonen sind in den Schlagzeilen, ich picke zwei heraus: Zuerst einen Artikel der Stadt Bern "Spielen auf der Strasse ist erlaubt, immer mehr Quartierstrasse in der Stadt Bern werden zu Begegnungszonen". Gemäss diesem Artikel sind in Bern bereits 18 Begegnungszonen realisiert und 14 weitere in Projektierung. Umfragen zeigen auf, dass zwei Drittel der Anwohnenden diese Massnahmen als deutliche Verbesserung der Wohnqualität erleben. Auch Begegnungszonen der Gemeinde Köniz waren in den Schlagzeilen, ein Beispiel: "Anwohner sollen zahlen". Mit diesem Artikel wurde eigentlich die bisherige Haltung der Gemeinde zusammengefasst und er war der direkte Anlass zur Einreichung der Motion. In der Gemeinde Köniz gibt es bis heute eine Begegnungszone als Neuerschliessung und noch keine einzige auf bestehenden Quartierstrassen.

Ich danke dem Gemeinderat ausdrücklich, dass er bereit ist, in dieser Sache umzudenken und die Motion zur Annahme empfiehlt. Die Annahme ist auf der Linie des Leitbildes der Gemeinde. Unter dem Stichwort "Verkehrsberuhigung" steht folgendes: "Mit Verkehrsberuhigungsmassnahmen wird die Verkehrssicherheit erhöht und der Strassenraum als Teil des Lebensraumes aufgewertet". Hiezu würde die Motion einen wesentlichen Beitrag leisten. Bei Begegnungszonen soll es nicht um die Aufstellung zusätzlicher Schikanen gehen oder darum, noch mehr Verbote aufzustellen, sondern diese werden nur dort eingerichtet, wo es die Anwohnenden ausdrücklich wünschen. Es geht darum, dass eine Signalisation markieren soll, dass ab dieser ein anderes Regime gilt. Fussgänger sollen den ganzen Strassenraum benutzen können, Vortritt vor Fahrzeugen haben, diese aber nicht unnötig behindern. Die Anwohnenden müssen demnach mit ihren Kindern weiterhin Verkehrserziehung betreiben. Auf vielen Quartierstrassen der Gemeinde wird aber heute schon häufig gespielt, ohne dass diese als Begegnungszonen markiert sind. Das ist per Gesetz ausdrücklich erlaubt, aber sehr gefährlich, und die Markierung von Begegnungszonen soll den für die Kinder notwendigen Schutz bieten. Es ist auch für Eltern eine wesentliche Entlastung zu wissen, dass die Kinder ohne grosse Gefahren auf der Strasse mit ihren Kollegen spielen und sich bewegen können. Zum Stichwort Bewegung: Verschiedene Studien zeigen auf, dass Kinder, die sich viel bewegen, schlauer sind; Bewegung ist also etwas ganz Wichtiges, und überspitzt kann gesagt werden,

Begegnungszonen seien auch in dieser Beziehung eine schlaue Sache.

Zurück zu den Zeitungsartikeln: Nimmt das Parlament die Motion an, ist das ein öffentliches Signal für Köniz als Wohngemeinde. Auf der Traktandenliste steht noch die Motion betr. ganzheitlichem Gemeindefmarketing, und im Bereich Wohnen ist die Förderung von Begegnungszonen ein Teil davon. In nächster Zeit werden in der Gemeinde sehr viele Arbeitsplätze geschaffen, und viele junge Familien werden den Wohnort Köniz evaluieren, und bestehende oder neu zu schaffende Begegnungszonen können den Standortentscheid sicher positiv beeinflussen. Das alles kann mit relativ geringen Kosten realisiert werden, eine Begegnungszone kostet je nach Länge zwischen 5'000 und 15'000 Franken. Dass - wenn immer möglich - auf bauliche Massnahmen verzichtet werden soll, wurde in der Begründung der Motion bereits erwähnt.

Sehr positiv ist, dass der Gemeinderat das Anliegen aufnimmt; zum Teil Neuerschliessungen ist das Beispiel Bodelenweg in Niederwangen aufgeführt. Vertreter des Grünen Bündnisses liessen sich dieses Beispiel von einem Vertreter der Gemeinde erklären und dieser sagte uns, die Gemeinde habe die Erstellung der Begegnungszone zur Bedingung gemacht. In der Antwort des Gemeinderates steht aber lediglich, falls der Investor den Wunsch habe, eine Begegnungszone zu realisieren, könne die Gemeinde darauf eintreten. Meiner Meinung nach müsste dies mehr im Sinne der Realisierung am Bodelenweg formuliert sein.

Zu den bestehenden Detailerschliessungen, und auf diese bezieht sich die Motion hauptsächlich: Positiv ist, dass die Gemeinde die Kosten für Planung und Signalisation übernehmen wird und diese nicht durch die Anwohnenden bezahlt werden müssen. Zu zwei Punkten habe ich noch Anmerkungen. Punkt 1: Es wird gefordert, dass drei Viertel aller Anwohnenden ihr schriftliches Einverständnis bezeugen müssen, unserer Meinung ist das etwas hoch gegriffen, denn in der Schweiz wird von einer deutlichen Mehrheit ab zwei Dritteln ausgegangen. Punkt 2: Die verlangten Grundeigentümerbeiträge sind geleistet: Ich sehe keinen sachlichen und rechtlichen Zusammenhang, wieso dieser Punkt aufgeführt ist. Ich weiss weshalb, aber er gehört nicht in die Antwort des Gemeinderates, weil man mit gleichem Recht z.B. erklären könnte, die Anwohner hätten ihre Steuern bezahlt. Das Gesetz zeigt klar auf, wie korrekt verfügte Grundeigentümerbeiträge bezahlt werden müssen.

In einem wesentlichen Aspekt bin ich von der Antwort des Gemeinderates nicht befriedigt: Die Motion verlangt ausdrücklich die Förderung von Begegnungszonen, und ich sehe nirgends in der Antwort etwas, das aufzeigt, wie diese gefördert werden sollen. Auf bestehenden Quartierstrassen ist noch keine Begegnungszone umgesetzt, und aus diesem Grund betrachte ich die Motion als nicht erfüllt. Der Gemeinderat listet nur Bedingungen auf, wie er vorgehen würde, aber zur Förderung ist nichts aufgeführt. Ich stelle den Antrag, die Motion anzunehmen, aber nicht abzuschreiben.

Herr Hugo Staub (SP): Hans-Ulrich Pestalozzi hat eingehend zum Thema gesprochen, ich möchte nur einen kleinen Aspekt anfügen: Ich arbeite in diesem Bereich bei der Stadt Bern und kann erklären, dass wir mit der Einrichtung von Begegnungszonen durchwegs positive Erfahrungen gemacht haben. Die Anwohnenden fühlen sich sehr wohl, und auf diese Weise kann offensichtlich sehr günstig und einfach etwas zur Verbesserung der Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrem Wohnort geleistet werden. Die Wohnzonen in der Stadt Bern wurden alle auf bestehenden Quartierstrassen realisiert. Die SP/JUSO-Fraktion findet es auch positiv, dass der Gemeinderat die Motion annehmen will, aber der Tatbeweis im Sinne der Förderung von Begegnungszonen - welchen die Motion verlangt - ist noch nicht erbracht und somit der Zeitpunkt für die Abschreibung noch nicht gegeben.

Frau Ursula Wyss (LdU): Mich freut auch, dass der Gemeinderat Begegnungszonen ermöglichen und fördern will und jetzt klare Regeln für die Realisierung vorhanden sind. Erfahrungen aus anderen Orten sind positiv, ein paar Beispiele werden im neuesten "Beobachter" beschrieben. Begegnungszonen werden auch immer mehr in Stadtzentren eingerichtet, als Beispiel sind Grenchen und Visp aufgeführt, in welchen die Anwohnenden laut Umfragen sehr zufrieden sind. Nehmen wir die Motion an, wissen Anwohnende der Gemeinde Köniz aber noch nichts von der neuen Möglichkeit, im Quartier Begegnungszonen einzurichten. Ich möchte den Gemeinderat deshalb auffordern, die Möglichkeit der Einrichtung von Begegnungszonen und die notwendigen Auflagen dazu der Bevölkerung kund zu tun. Die Abschreibung zum heutigen Zeitpunkt ist für mich - wie für meine beiden Vorredner - nicht gegeben. Die Motion soll erst

dann abgeschrieben werden, wenn der Gemeinderat den Beweis angetreten hat, dass es ihm mit der Förderung von Begegnungszonen wirklich Ernst ist. Ich bitte euch, die Motion anzunehmen, aber noch nicht abzuschreiben.

Herr Marco Streiff (EVP): Ich picke noch einen Punkt aus der Antwort des Gemeinderates in Bezug auf das Anliegen heraus: Im vierten Begründungspunkt steht, dass bauliche Massnahmen möglichst vermieden werden sollen. Für mich besteht ein kleiner Widerspruch darin, wenn erklärt wird, dass mehr Kontrollen durchgeführt werden, wenn die Höchstgeschwindigkeiten nicht eingehalten werden und die dadurch generierten Bussgelder für allfällige bauliche Massnahmen verwendet werden. Ich weise darauf hin, dass bauliche Massnahmen vermieden werden sollten, denn verbaute Begegnungszonen bringen nichts. Wenn erreicht werden will, dass Kinder vermehrt in solchen Begegnungszonen spielen können, sind bauliche Massnahmen am falschen Platz.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Danke für die Anregungen. Ich beginne bei Marco Streiff: Er hat richtig erklärt, dass Begegnungszonen nicht verbaut werden sollen. Für Temporeduktionen sind auch keine solchen notwendig, sie können z.B. durch eine geschickte Anordnung von Parkfeldern erreicht werden. Geschwindigkeitskontrollen sind eine gesetzliche Auflage, und wenn eine temporeduzierte Quartierzone verfügt wird, muss nachgewiesen werden, dass die gefahrenen Tempi der Signalisation entsprechen. Zu Ursula Wyss: Aus der Antwort des Gemeinderates geht meiner Meinung nach deutlich hervor, dass es dem Gemeinderat mit der Realisierung von Begegnungszonen Ernst ist. Ich schlage gleich den Bogen zu Herrn Pestalozzi: Dass wir noch keine Begegnungszonen in bestehenden Quartieren haben, hängt nicht vom Gemeinderat ab. Es gab eine konkrete Eingabe für eine Begegnungszone in Wabern an der Parkstrasse, die aber nicht zustande kam, weil sich die Anwohnenden nicht einigen konnten. Die Gemeinde hat am Bodelenweg nicht "befohlen", eine Begegnungszone zu realisieren, die Grundeigentümer kamen selber mit dem Vorschlag und diese Zone wurde im Erschliessungsvertrag in Absprache mit den Grundeigentümern definitiv geregelt. Im Übrigen bin ich der Meinung, das Angebot des Gemeinderates sei gut und ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten Monaten mit Eingaben für Begegnungszonen überschwemmt werden. Diese werden gemäss Vorgabenkatalog geprüft und wenn alles stimmt, umgesetzt. Ich bitte euch, die Motion anzunehmen und abzuschreiben.

Herr Marco Streiff (EVP): Ich frage mich, wie die Bevölkerung über die Möglichkeit der Realisierung von Begegnungszonen erfährt. Ist eine Publikation geplant, z.B. im "Köniz Innerorts"?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich gehe davon aus, dass die drei anwesenden Pressevertreter das Thema morgen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen werden, und eine Reportage aus meiner Direktion kann durchaus im "Köniz Innerorts" publiziert werden.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich möchte hier klar Stellung beziehen: Wenn der Gemeinderat verspricht, die Möglichkeit der Realisierung von Begegnungszonen zu veröffentlichen und dies zu einem Thema gemacht wird, kann ich der Abschreibung zustimmen. Aber die Forderung nach der Förderung von Begegnungszonen ist ohne Publikation nicht gegeben.

Herr Hans-Ulrich Pestalozzi (GB): Ich zeige auf, was mir vorschwebt: Die Stadt Bern hat eine Broschüre herausgegeben, in welcher klar aufgeführt ist, was eine Begegnungszone ist, wie sie realisiert werden kann, wie vorzugehen ist und wo Kontakt aufgenommen werden muss. Eine solche Broschüre wäre eine gute und klare Kommunikation der Gemeinde gegenüber der Bevölkerung, und solches Vorgehen erwarte ich vom Gemeinderat. Ich bitte euch, mit der Abschreibung noch zu warten, bis eine Publikation durch die Gemeinde realisiert ist.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich kann zusichern, dass bei der nächstmöglichen sich meiner Direktion bietender Gelegenheit im "Köniz Innerorts" das Thema Begegnungszonen in epischer Breite publik gemacht wird. Die Gemeinde Köniz hat momentan keine Ressourcen, um einen Flyer breit zu streuen. Eine fundierte und umfangreiche Dokumentation kann jederzeit bei mir eingesehen werden, es wäre aber zu teuer, diese zu publizieren.

Mit 25 zu 5 Stimmen für die Annahme und 24 zu 13 Stimmen für die Abschreibung fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion GB/GFL (0419) betr. Förderung von Begegnungszonen wird erheblich erklärt

und als erfüllt abgeschrieben.

7. Motion SVP betr. Finanzstrategie und Aufgabenüberprüfung

Beantwortung 0423; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Stefan Lehman (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Antwort. Erfreut stellen wir fest, dass wir damit offenbar offene Türen eingerannt haben. Eine neue Finanzstrategie ist, wie auch die Aufgabenüberprüfung, vonnöten, wenn wir die Rechnung 2004 betrachten, die auf den ersten Blick erfreulich aussieht, aber auf den zweiten Blick eine weniger erfreuliche Situation aufzeigt. Ohne ausserordentliche Erträge - Verkauf Dreispitzareal und Aufwertungen - wäre sie sicher in den roten Zahlen. Wir sind mit der Antwort des Gemeinderates einverstanden, Worte wie Analysenoptimierung und Verzichtsplanung tönen gut. Das Ziel muss sein, dass die Gemeinde Köniz mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln haushalten und die ausserordentlichen Erträge für innovative und zukunftsgerichtete Projekte einsetzen kann. Wir warten gespannt auf die neue Finanzstrategie, die SVP-Fraktion bittet das Parlament, die Motion zu überweisen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich erkläre, dass der Gemeinderat den Beschluss, eine neue Finanzstrategie zu erarbeiten, bereits vor einiger Zeit gefällt hat, jedenfalls vor der Einreichung der Motion. Insofern war dieser Vorstoss nicht notwendig, aber er hat der Sache sicher nicht geschadet, und deshalb ist der Gemeinderat gerne bereit, die Motion anzunehmen.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion SVP (0423) betr. Finanzstrategie und Aufgabenüberprüfung wird erheblich erklärt.

8. Motion Mader (SP/JUSO) betr. Alkohol- und Tabakwerbverbot

Beantwortung 0424; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Mélanie Mader (SP): Ich danke dem Gemeinderat für seine zwar kurze, aber positive Antwort betreffend eines Alkohol- und Tabakwerbverbotes in der Gemeinde Köniz. Ein besonderes Kompliment mache ich der Fachstelle Prävention, welche einen sehr kompetenten und äusserst interessanten Mitbericht zur Thematik verfasste. Der Mitbericht zeigt auf, dass das Anliegen wichtig ist und bestätigt, dass ein Werbeverbot im Bereich Alkohol und Tabak ein sehr wirksames Präventionsmittel ist. Ich möchte an dieser Stelle nicht weiter auf die im Mitbericht erwähnten Fakten eingehen, denn wir alle wissen, dass übermässiger Alkohol- und Tabakkonsum gesundheitsschädlich ist und auch, dass der Konsum in den letzten Jahren gerade bei Kindern und Jugendlichen massiv zugenommen hat. Das stellt uns alle vor grosse Herausforderungen. Einerseits sind Eltern, Schulen, Vereine und die öffentliche Hand mit aufwändigen Präventions- und Aufklärungsarbeiten als Vorbilder gefordert, Jugendliche vom Konsum von Suchtmitteln abzuhalten. Man ist bereit, für Präventionsprojekte und Jugendschutz entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Andererseits lässt man aber zu, dass Hersteller und Vertreiber von Tabak und Alkohol mit überall präsenter und immer raffinerter Werbung die Jugendlichen zum Konsum animieren.

Das ist für mich ein Widerspruch. Wieso wird Werbung gemacht? Weshalb geben Firmen Zehntausende von Franken für Plakatwerbung aus? Das wird gemacht, um neue Kunden zu werben, um den Konsum anzukurbeln und die Umsatzzahlen zu steigern, denn Werbung muss schlussendlich Gewinne generieren. Gerade Kinder und Jugendliche sind sehr empfänglich für Werbebotschaften, welche ihnen Unabhängigkeit, Abenteuer oder das Erwachsenendasein versprechen. Das blieb auch der Alkohol- und Tabakindustrie nicht verborgen, und längst hat man begriffen, dass vor allem bei den ganz jungen Leuten neue Kundschaft zu gewinnen ist. Das scheint auch wichtig zu sein, denn es ist bekannt: Je jünger jemand mit dem Rauchen beginnt, desto sicherer kommt er nicht mehr davon los. Hinzu kommt, dass gerade das Rauchen immer mehr aus dem öffentlichen Raum verdrängt wird; laut wird über Rauchverbote in Bahnhöfen, Restaurants und Bars nachgedacht. Um so weniger Sinn macht es für mich, gleichzeitig die Werbung für solche Produkte in der Öffentlichkeit zuzulassen. Natürlich

kann man sagen, ein solches Verbot in Verbindung mit der Ausarbeitung eines Reklame-reglementes koste viel Geld; ein Verbot mehr, das die Wirtschaft vermeintlich beschneide und belaste. Dazu möchte ich folgendes sagen: Das Bundesgericht hat festgehalten, dass zentrale Anliegen wie Gesundheitsförderung, Prävention und Jugendschutz ein Werbeverbot rechtfertigen und die Wirtschaftsfreiheit nicht tangieren. Noch etwas anders kommt hinzu: Betrachtet man die jährlich durch Alkohol und Tabak verursachten Gesundheitskosten und vergleicht man sie mit den Erträgen aus der Suchtmittelwerbung, stellt man fest, dass die Gesundheitskosten in diesem Bereich erwiesenermassen deutlich höher sind als die Mittel, welche durch Werbeaufträge generiert werden. Der freisinnige Nationalrat Gutzwiller hat z.B. vor einiger Zeit im "Tagesanzeiger" folgendes zum Thema Prävention und Werbung gesagt: "Meinte es die Tabakindustrie mit ihrem Jugendschutz Ernst, würde sie jene Massnahmen mittragen, die von Fachleuten schon lange gefordert werden. Dazu gehört die Einschränkung der Tabakwerbung auf die Verkaufspunkte." Ein Plakatwerbeverbot ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, in diesem Sinne bitte ich das Parlament, im Namen der SP/JUSO-Fraktion der Annahme dieser Motion zuzustimmen.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich kann mich dem Inhalt der Motion von Mélanie Mader anschliessen, auch ich bin für ein Verbot. Zwei Argumente sprechen aber dagegen, dieses Verbot auf Gemeindeebene zu erlassen: Erstens gibt es zu diesem Thema einen Volksentscheid aus den Neunzigerjahren, als die Bevölkerung ein Werbeverbot ablehnte, und mir als Parlamentarier würde es deshalb widersprechen, diesem Entscheid entgegen zu stimmen. Zweitens glaube ich nicht, dass die Gemeinde der geeignete Ort ist, ein solches Verbot durchzusetzen. Der Kanton Bern hat 398 Gemeinden, und für mich macht es keinen Sinn, wenn jede in diesem Bereich einzeln versucht, Massnahmen zu ergreifen. Ich möchte den Gemeinderat aber klar aufrufen - das ist für mich der wichtigste Punkt im Vorstoss - das herrschende Tabak- und Alkoholverbot für Jugendliche konsequent umzusetzen. Bereits sind Motionen in diesem Bereich hängig, welche vor allem Schulareale usw. betreffen und das ist in meinen Augen der Weg, den wir zu gehen haben. Deshalb bitte ich euch, die Motion abzulehnen.

Herr Marco Streiff (EVP): Ich widerspreche dem Votum von Bernhard Bichsel. Eigentlich bin ich auch gegen den so genannten "Kantönl- und Gemeindegeist", wo jeder für sich etwas in die Hand nimmt, aber ich habe das Gefühl, es geht hier um die Kinder unserer Gemeinde und diese liegen mir am Herzen. In erster Linie ist es mir ein Anliegen, dass ein solches Alkohol- und Tabakwerbeverbot in unserer Gemeinde veranlasst wird. Wie Mélanie Mader bereits erwähnt hat: Der Widerspruch zwischen Werbung und Prävention ist auch für mich vorhanden.

Herr Christian Vifian (SP): Ich habe einen Widerspruch in deinem Votum ausgemacht, Bernhard Bichsel, und zwar dort, wo du unter Traktandum 11 betr. ganzheitlichem Gemeindeförderung einen Vergleich vornehmen willst. Gerade in der heutigen Zeit, wo es darum geht, Standortvorteile einer Gemeinde nicht nur im Bereich von Steuern zu lancieren, sondern auch im Bereich des Wohlbefindens, denke ich, dies wäre eine gute Gelegenheit, eben gerade auf Stufe Gemeinde zu zeigen, dass man einen anderen Weg geht. Marketing ist genau das. Ich glaube deinem Votum nicht ganz und habe den Eindruck, dahinter stehen andere Interessen - ich denke finanzielle. Das ist aber lediglich eine Vermutung, die ich nicht belegen kann, und wenn dem nicht so wäre, würde ich mich glücklich schätzen. Ein zweiter Punkt: Du sprachst von den 398 Gemeinden im Kanton Bern. Wer möchte die Projektleitung, die Koordination in dieser Frage übernehmen? Wie lange würde das dauern? Das Beste ist doch, an einem kleinen Ort zu beginnen und selber etwas zu unternehmen. Ein anderer Punkt kommt noch hinzu: Marketing - das wird unter Traktandum 11 sicher zur Sprache kommen - kostet etwas, das ist nicht gratis; ab und zu gibt es aber Gelegenheiten, bei welchen es fast gratis ist, und diese hier wäre eine der goldenen, die aufgenommen und akzeptiert würde, im Bereich von Bildung und Erziehung sinnvoll ist und die Prävention ganz klar unterstützt.

Herr Peter Antenen (SP): Die Zahl von 398 bernischen Gemeinden wurde vorhin erwähnt. Ich gehe davon aus, dass Werbung an publikumswirksamen Orten ausgehängt wird und das sind von 398 Gemeinden im Kanton Bern die allermeisten nicht, also findet Werbung wiederum in grossen Gemeinden statt. Somit kommt die Gemeinde Köniz wieder ins Spiel und wenn es uns mit dem Thema Prävention Ernst ist, beginnen wir mit einem Werbeplakatverbot für Tabak und Alkohol in unserer Gemeinde. Solches Vorgehen wird von internationalen Fachleuten und Organisationen empfohlen, und ich denke, die Gemeinde Köniz trägt hier eine

gewisse Verantwortung. Lasst uns dieses Werbeverbot - wie dereinst bei Kleinkrediten - einführen.

Herr Hans-Ulrich Pestalozzi (GB): Ich komme auf die Weiterbildung betreffend Gemeindefinanzierung zurück, wo uns erklärt wurde, Mittel sollen effizient eingesetzt werden. Ich sehe keine Effizienz, wenn einerseits viel Geld für Prävention ausgegeben wird und andererseits viel Geld in die Werbung für Tabak und Alkohol gesteckt wird. Deshalb bittet euch das Grüne Bündnis, die Motion anzunehmen.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Nur ganz kurz: Die ganze "Reklamegeschichte" ist ein Erbstück und bereits vor längerer Zeit habt ihr eine Motion überwiesen, welche den Gemeinderat verpflichtet, ein Reklamereglement zu erarbeiten. An der letzten Parlamentssitzung musste ich dafür eine Fristerstreckung beantragen, und dieses Thema hier gehört in dasselbe Paket hinein.

Mit 27 zu 3 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion Mader (SP/JUSO) (0424) betr. Alkohol- und Tabakwerbeverbot wird erheblich erklärt.

9. Motion des Jugendparlamentes (0427) betr. definitive Einführung der Moonliner Linie M16 Bern-Niederscherli-Schwarzenburg-Riggisberg

Beantwortung 0427; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Die Parlamentspräsidentin: Mit besonderer Freude komme ich zu diesem Punkt der Traktandenliste, da es sich um die erste vom Jugendparlament eingereichte Motion handelt. Will sich jemand vom Jugendparlament zum Vorstoss äussern?

Frau Christine Bühler (Vorstand Jugendparlament Köniz): Wir möchten im Namen von Marcel Buffat danken - der die Motion, wie auch den Betrieb der Moonliner-Linie 16 "auf die Beine gestellt" hat -, dass ihr die Motion aufgenommen habt und sie hoffentlich annehmt. Es war uns ein grosses Anliegen, dass der Moonliner weiter geführt wird, weil er für die Jugendlichen sehr wichtig ist und auch sehr rege benutzt wird.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich unterstütze den Antrag des Jugendparlamentes wärmstens und wehe, jemand ist dagegen.

Herr Peter Antenen (SP): Urs Wilk, ich ängstige mich bereits und nehme die Motion an. Wie den Begründungen der Motion und der Antwort des Gemeinderates entnommen werden kann, entspricht das Angebot tatsächlich einem grossen Bedürfnis. Das Ausgehverhalten - insbesondere jenes der Jugendlichen - hat sich geändert, und diesem Umstand muss man Rechnung tragen. Für die SP/JUSO-Fraktion ist daher klar, das Jugendparlament mit seinen Forderungen bzw. den Gemeinderat bei seinen Bemühungen zu unterstützen. Ein attraktiver öffentlicher Verkehr muss sich an den Gegebenheiten bzw. am Markt orientieren und dann zur Verfügung stehen, wenn er benötigt wird. Das kann an Wochenenden mitunter etwas spät der Fall sein. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst, dass der Gemeinderat bereits Verhandlungen mit betroffenen Gemeinden führte, was dazu geführt hat, dass der Moonliner nahtlos weiter betrieben werden kann. Die Moonliner-Linie 16 bildet nicht zuletzt einen weiteren Beitrag zu einer modernen, attraktiven Gemeinde Köniz oder einer ganzen Region Bern. Unter den Gesichtspunkten Nachfrage, Aufwand und Ertrag bzw. Kosten der Gemeinde ist die SP/JUSO-Fraktion klar der Meinung, dass sich dieser Ausbau des öffentlichen Verkehrs durchaus lohnt. In diesem Sinne wird die SP/JUSO-Fraktion die Motion des Jugendparlamentes - die sie bestens verdankt - voll und ganz unterstützen.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich bin Vater dreier Teenager, welche den Moonliner 16 rege benutzen, und es wäre ein echter Verlust, wenn diese Linie nicht mehr betrieben würde. Im Namen der CVP/EVP/LdU-Fraktion darf ich mitteilen, dass wir das Ansinnen unterstützen, die Linie weiter zu führen.

Herr Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion steht ebenfalls einstimmig hinter diesem Geschäft. Gerade wenn wir das vergangene Wochenende mit dem Dorffest in Niederscherli betrachten und um 11.30 sowohl in Mittelhäusern wie auch in Köniz Polizeikontrollen mit Alko-

holtests vorgenommen würden, hätten unter Umständen auch Erwachsene keine andere Möglichkeit, als den Moonliner zu benützen. Ich füge noch bei, dass der eigentliche Erstinitiant dieser Motion ein junges SVP-Mitglied war, das seinerzeit in Mittelhäusern wohnte.

Herr Hans-Ulrich Pestalozzi (GB): Immer wieder wird nach Win-Win-Situationen gesucht, und diese hier ist sogar eine Triple-Win-Situation, das höchste der Gefühle. Wir alle gewinnen, weil wir noch zu später Nachtzeit nach Hause kommen, die Gemeinde gewinnt, weil das Budget minimiert wird und das Jugendparlament gewinnt, denn das ist sein erster Vorstoss.

Herr Marco Streiff (EVP): Ich danke dem Jugendparlament für die Einreichung der Motion und hoffe, ihr habt Mut erhalten, euch weiterhin zu engagieren. Ich hoffe, dass ihr mir im Parlament Gesellschaft leisten werdet, gebt Vollgas und nominiert euch bei den Wahlen als Parlamentsmitglieder, wir haben noch mehr junge Leute nötig!

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke allen Votanten herzlich für die positive Aufnahme der Motion und bin auf das Abstimmungsergebnis gespannt.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion des Jugendparlamentes (0427) betr. definitive Einführung der Moonliner Linie M16 Bern-Niederscherli-Schwarzenburg-Riggisberg wird erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

10. Motion SP-Fraktion betr. attraktiver öffentlicher Verkehr - auch in den Spitzenzeiten

Beantwortung 0429; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Herr Beat Deuber (SP): Die Motion hatte zwei Ausgangspunkte: Einerseits sind im Raum Köniz/Liebefeld grosse Bauvorhaben in Planung und Ausführung, andererseits gewann man am Anfang der neuen Verkehrsführung den Eindruck - der sich nun leider bestätigt -, dass der Verkehr in Köniz sehr zähflüssig geworden ist. Da die Motion zwei Auslöser hatte, sind die Mitglieder der SP/JUSO-Fraktion von der Antwort des Gemeinderates nur zum Teil befriedigt. Dies aus folgenden Gründen: Wir begrüssen es sehr, dass der Gemeinderat die Situation Ernst nimmt, die ausgelösten und geplanten Bauvorhaben analysiert und zusammen mit den Partnern von Stadt und Kanton Bern Studien und Planungen in Auftrag gegeben hat. Zudem hat er sehr rasch auf die aktuelle Stausituation reagiert; in diesen Tagen wird in Köniz ein Versuchsbetrieb eingerichtet mit einer Lösung, welche die Stauproblematik entschärfen soll, indem die Fussgängerstreifen im Zentrum entfernt werden. Resultate sind noch nicht vorhanden, einzig bekannt ist, dass dieser Versuch relativ kontrovers diskutiert wird und zum Teil heftig umstritten ist. Deshalb sind wir sehr verwundert darüber, dass der Gemeinderat die Motion bereits abschreiben will. Es leuchtet nicht ganz ein, Studien und Planungen in Auftrag zu geben, wenn das Resultat anscheinend bereits bekannt und man der Meinung ist, mit dem anstehenden Versuch die Situation entschärft und gelöst zu haben. Ich bin der Meinung, dass ich als Motionär, meine Mitunterzeichnenden und das Parlament wie auch die Steuern Zahlenden das Recht haben, dass die in Auftrag gegebenen Studien und Planungen, wie auch der ausgelöste Versuch seriös ausgewertet werden und anschliessend über allfällige Massnahmen entschieden wird, und erst am Schluss, wenn diese gefruchtet haben, kann die Motion abgeschrieben werden.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich bin dankbar zu hören, dass festgestellt wird, der Gemeinderat nehme die Probleme Ernst und reagiere entsprechend. Was die Probleme im Zentrum von Köniz betrifft, konnten wir relativ rasch reagieren. Wir haben Massnahmen ergriffen, die zu Folge hatten, dass Bernmobil heute bestätigen kann, auf der Linie 17 gebe es keine relevanten Verspätungen mehr. Das ist doch ein grosser Erfolg, den wir als Folge der Umbauarbeiten im Zentrum von Köniz verbuchen dürfen. Dass wir vorausschauen, ist für mich selbstredend, und dass ich nicht sämtliche Studien und Massnahmen in epischer Breite darlege, liegt in der Natur der Sache. Wir haben die Probleme erkannt, wir wissen, was auf uns zukommt; wir haben Massnahmen im Kopf und sind an Abklärungen, die wir zu gegebener Zeit bekannt geben. Mir ist wesentlich zu wissen, dass ihr unsere Probleme auch kennt und wisst wo es klemmt. Aus diesem Blickwinkel bin ich der Meinung, die Motion könne abge-

schrieben werden.

Herr Urs Maibach (GB): Ich stelle erfreut fest, dass der Gemeinderat den Motionären zustimmt und eine klare Stellungnahme abgibt. Er erklärt: "Der öffentliche Verkehr soll seine Fahrgäste pünktlich und ohne längere Wartezeiten ans Ziel bringen." Ich muss zugestehen, dass sich der Gemeinderat dem Problem angenommen und bereits einiges unternommen hat. Die Busspur in der Dosierungsanlage Muhlern- und Schwarzenburgstrasse ist z.B. eine sehr gute Sache, einzig jene an der Schwarzenburgstrasse dürfte noch etwas länger sein. Seit kurzem sind auch die Öffnungszeiten der Poller an der Landorfstrasse angepasst, auch diese Massnahme zeigte Wirkung. Nichtsdestotrotz haben wir nach wie vor Probleme im Zentrum. Man spricht z.B. beim - nun aufgehobenen - Fussgängerstreifen zwischen Coop und Migros von einem "unerwartet hohen Fussgängeraufkommen", dabei ging man von falschen Zahlen aus. Aus diesem Grund wird meiner Meinung nach der Versuch "FLOZ" nicht den gewünschten Erfolg bringen, denn ob 600 Personen pro Stunde über einen Fussgängerstreifen oder die Strasse nun irgendwo überqueren, wird wenig Auswirkungen auf den Verkehrsfluss haben. Im Weiteren und dieser Punkt scheint mir wichtig zu sein: Gemäss Auskunft der Verkehrsabteilung werden bei einer Zunahme von 10 Prozent des Verkehrsaufkommens Staus auftreten, weil die Kapazität der Strasse erschöpft ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir über kurz oder lang in unserem Zentrum 10 Prozent Mehrverkehr haben werden, ist gross. In dieser Situation wurde von der Gemeinde – Gemeinderat Urs Wilk hat es angetönt – in Zusammenarbeit mit dem Oberingenieurkreis II und der Regionalen Verkehrskonferenz eine Studie in Auftrag gegeben, welche die künftige Entwicklung aufzeigen und Lösungsmöglichkeiten vorschlagen soll. Das ist eine gute Sache und das eigentliche Thema der Motion. Aus diesem Grund – nehme ich an – wird der Gemeinderat die Motion annehmen. So lange dieser Bericht aber noch nicht vorhanden ist, wir die Auswirkungen nicht kennen und noch nicht wissen, welche Massnahmen zu ergreifen sind, so lange der FLOZ-Versuch noch nicht ausgewertet ist, sind wir vom Grünen Bündnis klar der Ansicht, darf die Motion nicht abgeschrieben werden.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Urs Maibach, jetzt muss ich etwas erklären, das mir Leid tut: Wir konnten heute im Verlaufe des Tages die Versuchsanordnung in Angriff nehmen und wenn du dich nun dazu versteigst zu sagen, dieser Versuch werde nicht von Erfolg gekrönt sein, ist das dieser Versuchsanordnung gegenüber nicht ganz fair. All jene, die daran gearbeitet haben, bemühten sich mit allen möglichen Mitteln und Ergänzungen, auch auf Interventionen unsererseits hin, dem Versuch zum Erfolg zu verhelfen, und nun würde ich dazu gerne positives Denken zur Kenntnis nehmen. Im Übrigen: Ich bin der Meinung, der Gemeinderat habe durchaus erkannt, dass der öffentliche Verkehr ein wesentlicher Bestandteil unseres Verkehrssystems ist, davon müssen wir nicht überzeugt werden. Die eingeleiteten Untersuchungen werden zu hoffentlich für alle guten Resultaten führen, und so gesehen bin ich der Meinung, dass die Motion abgeschrieben werden kann. Soviel Vertrauen darf dem Gemeinderat geschenkt werden.

Herr Beat Deuber (SP): Ich mache von meinem Anrecht aufs Schlusswort Gebrauch: Urs Wilk, du hast vorhin das Wort „hoffentlich“ gebraucht, und genau das ist die Problematik: Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat mit grossem Elan an die Probleme gegangen ist, aber es geht nicht nur um die aktuelle Situation im Zentrum, sondern es sind noch andere grosse Bauvorhaben in Ausführung oder bereits ausgelöst und dazu laufen Studien und Planungen. Mit der Wendung, dass es „hoffentlich klappe“, kann nicht viel angefangen werden, denn nun muss zuerst der FLOZ-Versuch ausgewertet werden - die SP-Fraktion hat dahingehend Stellung genommen, dass sie mit der Versuchsanordnung bei Tempo 30 durchaus einverstanden ist – und erst danach kann die Motion abgeschrieben werden.

Mit 28 zu einer Stimme - bei einigen Enthaltungen - für die Annahme und mit 21 zu 17 Stimmen für die Abschreibung fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die Motion SP-Fraktion (0429) betr. attraktiver öffentlicher Verkehr - auch in den Spitzenzeiten wird erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

11. Interpellation jfk betr. ganzheitlichem Gemeindemarketing

Beantwortung 0501; Präsidual- und Finanzdirektion

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich beantrage Diskussion.

Da weniger als 10 Personen zustimmen, wird keine Diskussion geführt.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich nehme vorweg: Marketing ist nicht nur Werbung, man unterscheidet zwischen internem, externem oder interaktivem Dienstleistungsmarketing. Ich erkläre mich materiell von der Antwort des Gemeinderates nur teilweise befriedigt und inhaltlich gar nicht. Positiv hebe ich hervor, dass der Gemeinderat bei anderen Gemeinden Abklärungen betreffend Gemeindemarketing vornehmen liess und würdige besonders, dass der Internet-Auftritt unserer Gemeinde meines Erachtens sehr gut ist. Ebenso finde ich es lobenswert, dass die Gemeinde Köniz - gemäss IDHEAP - die attraktivste Gemeinde im Kanton Bern ist. Für mich ist charakteristisch, dass sich die Gemeinde Köniz bei andern Gemeinden informieren muss, wie man sich vermarkten kann. Wir sind heute die beste Gemeinde im Kanton Bern, ein Unternehmen mit 400 Angestellten und bringen es nicht zustande, ein ganzheitliches Marketing auf die Beine zu stellen. Es ist schade, dass der Gemeinderat die Ausgaben, welche ein ganzheitliches Marketing mit sich bringen würden, als Gefahr sieht; ich sehe diese als Investition in die Zukunft. Heute sind wir die Besten und wir müssen uns heute verkaufen können. Deshalb meine Aufforderung an den Gemeinderat, in diese Richtung etwas zu tun. Ich stelle noch zwei, drei nicht beantwortete Fragen: Zu Frage 1b möchte ich gerne ein Ja oder ein Nein hören. Betreffend Situation in Köniz wird erklärt, man arbeite bereits mit wirkungsvollen Instrumenten, ich frage: Mit welchen? Im gleichen Absatz betreffend Wohnbautätigkeit steht, diese seien überdurchschnittlich gewesen und ich möchte wissen, im Vergleich zu was. Da der Gemeindepräsident und die Gemeindegemeinderin für das Gemeindemarketing zuständig sind, möchte ich von ihnen gerne wissen, wie hoch der prozentuale Arbeitsanteil dieser beiden Personen für das Gemeindemarketing ist.

Die Parlamentspräsidentin: Der Gemeindepräsident kann dir keine Antwort erteilen, er wird diese Fragen anschliessend jedoch sicher zur Genüge mit dir diskutieren.

Der Interpellant erklärt sich teilweise befriedigt.

12. Interpellation Egli/Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Hochspannungsleitung

Beantwortung 0502; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Claudia Egli (SP): Ich beantrage Diskussion

Da mehr als 10 Personen zustimmen, wird Diskussion gewährt.

Frau Claudia Egli (SP): Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung unserer Fragen. Der Gemeinderat erwähnt die teureren Anschaffungskosten einer Erdkabelleitung gegenüber einer Freileitung. Die BKW kann keinerlei Erfahrungswerte in Bezug auf Lebensdauer, Wartung, Gesundheit etc. nachweisen, wir finden aber, gerade diese Kosten oder Einsparungen müssten geprüft werden. Die Interessengemeinschaft für eine umweltfreundliche Hochspannungsleitung Mühleberg - Wattenwil prüft zur Zeit eine Erdkabelleitung der Firma Siemens, welche in diesem Bereich über eine Erfahrung von 30 Jahren verfügt. Das Ergebnis der Prüfung wird in rund 2 bis 3 Wochen vorhanden sein, und wir wünschen vom Gemeinderat, dass er dieses prüfen wird, bevor er andere Entschlüsse trifft. Zum erwähnten teureren Preis für eine Erdkabelleitung muss man sich die Frage stellen, weshalb diese zusätzliche Hochspannungsleitung Mühleberg - Wattenwil überhaupt benötigt wird. Diese Leitung wird nicht grundsätzlich wegen des Mehrverbrauchs von uns Normalverbrauchern benötigt, sondern wegen des entstandenen Strommehrverbrauchs für den Betrieb der Neat im Lötschberg, für deren Erstellung der Bund verantwortlich ist. Dieser Strommehrverbrauch war bereits bei der Planung der Neat klar und hätte im Budget vorhanden sein sollen. Kann nicht der Gemeinderat beim Bund bzw. der BKW vorstellig werden und gewisse Forderungen stellen? Uns beschäftigen auch die 220 Kilovolt, welche durch die Hochspannungsleitungen fließen: Damit sich keine gesundheitsschädlichen Abstrahlungen ergeben können, müssen die Masten bereits für die Leistung von 220 Kilovolt eine Höhe von bis zu 90 Metern aufweisen. Weshalb werden Leitungen mit einer Leistung von 380 Kilovolt in Betracht gezogen,

wenn bereits 220-Kilovolt-Leitungen vorhanden sind? Ist das nicht ein Risiko für die Bevölkerung? Die Mehrleistung würde von uns nicht bemerkt, wäre gesundheitlich aber sicher nicht mehr tragbar. Das AKW Mühleberg wird im besten Fall 2025, im schlechtesten Fall 2012 schliessen; ein Stromlieferant wird dann ausfallen und wenn die BKW bis zu diesem Zeitpunkt alternative Möglichkeiten oder andere Stromlieferanten nicht fördert, könnte es dannzumal praktisch sein, mehr Strom durch diese Leitung fliessen zu lassen. Das macht uns sehr unsicher, und deshalb bittet die SP/JUSO-Fraktion den Gemeinderat an diesen Fragen dran zu bleiben und nur das Beste für unsere Gemeinde im Sinne zu haben.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich verweise auf die Beantwortung der Dringlichen Motion 0511 der SVP im Anschluss unter Traktandum 13.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Als Elektroingenieur möchte ich zwei Punkte festhalten. Die Verluste bei höherer Spannung sind kleiner, d.h. es geht weniger Energie verloren und bei einer Erdkabelleitung sind ebenfalls höhere Verluste festzustellen als bei einer Freileitung. Auch aus ökologischer Sicht müssen diese Punkte beachtet werden, und ich bitte den Gemeinderat, dem Rechnung zu tragen, denn es macht keinen Sinn, wenn teure Solaranlagen aufgestellt werden, die gewonnene Energie in den Leitungen jedoch gleich wieder verloren geht.

Die Interpellantinnen erklären sich teilweise befriedigt.

13. Dringliche Motion SVP betr. Hochspannungsleitung Mühleberg-Wattenwil

Beantwortung 0511; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Herr Hans Moser (SVP): Die technischen Details haben wir von Claudia Egli und Bernhard Bichsel gehört, wir gehen mehr auf die eigentliche Aufgabe des Gemeinderates ein: Ich danke dem Gemeinderat für seine schnelle Beantwortung, die SVP-Fraktion kann sich mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden erklären. Für die Betroffenen im Perimeter der Hochspannungsleitung drängt die Zeit, denn der Gemeinderat hat Fragen zu diesem Thema nicht immer schnell oder überhaupt nicht beantwortet. Zum Beispiel blieb - was nicht sein darf - ein eingeschriebener Brief eines Gemeindegürgers über längere Zeit unbeantwortet. Die Betroffenen im Perimeter der Hochspannungsleitung haben sich zur Interessengemeinschaft "Umweltfreundliche Hochspannungsleitung Wattenwil - Mühleberg" zusammen geschlossen, welche die Anliegen wahrnimmt und auch die Grundeigentümer bei Verhandlungen unterstützt und berät. So reichte z.B. die BKW für das Baugesuch eines Weidestalles in Mengestorf eine Einsprache ein, Frust und Empörung waren bei den Betroffenen gross. Wichtig ist auch, dass die Einsprache betreffend Hochspannungsleitung aufrecht erhalten bleibt, bis eine Gesamtlösung des Projektes von Mühleberg bis Wattenwil vorhanden ist. Es soll nicht möglich sein, dass einzelne Abschnitte gebaut werden können. Ob eine Lösung mit Freileitung oder mit Verlegung in den Boden realisiert wird, muss auf der ganzen Länge der Leitung im Sinne der Interessengemeinschaft abgeklärt und geprüft werden. Für die betroffenen Gemeinden ist der Blick nach Köniz gross, die Gemeinde darf nicht nur zum Ziel haben, Verbesserungen am Projekt zu erreichen, sondern sie muss die Vorreiterrolle übernehmen. Ebenso können im Perimeter liegende Liegenschaften und Bauzonen unter Umständen an Wert verlieren oder es kann kein Käufer mehr gefunden werden. Gesundheitliche Aspekte sind in jede Abklärung einzubeziehen und haben die Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit einzuhalten. In diesem Sinne hoffen wir auf eine positive Unterstützung des Postulates.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Vorstoss. Der Bau der Hochspannungsleitung ist ein massiver Eingriff in die Natur sowie eine grosse Verschlechterung der Lebensqualität für die Betroffenen wie auch eine Abwertung ihrer Liegenschaften. Hierzu einige Fakten: Nicht nur wird die Spannung der neuen Leitung von 132 kW auf 220 kW erhöht, sondern auch die Stromstärke um das Siebenfache erhöht. Die neuen Masten mit doppelter Kabelführung werden viel höher als die bisherigen sein, in Niederwangen wird z.B. eine Höhe bis zu 96 Meter erreicht, fast so hoch wie das Berner Münster. Ein grosser Teil der Leitungen durchquert ein geschütztes Landschaftsgebiet von nationaler Bedeutung, das laut Bundesgerichtsentscheid erhalten bleiben und

grösstmöglich geschont werden sollte. Bei den vorgesehenen Ausbauplänen dieser Leitung kann aber nicht von Schonung gesprochen werden. Die Liegenschaften in der Nähe der Leitung werden an Wert verlieren, gemäss Fachleuten kann dieser um 30 bis 50 Prozent sinken. Zu den Erklärungen von Bernhard Bichsel: Ich staune immer, dass es möglich ist, auf den Mond zu fliegen, aber wenn es darum geht, menschenfreundliche Kabel zu bauen, die wenig Energie verlieren, soll dies nicht möglich sein. Das ist in meinen Augen nur eine Frage der Forschung. Wir erwarten vom Gemeinderat nicht nur eine Gleichbehandlung der Betroffenen, sondern dass er für die Menschen und die Umwelt die bestmögliche Lösung findet.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Die Antwort des Gemeinderates ist klar, wir haben uns der Sache gründlich angenommen. Ich führte ein längeres Gespräch mit Vertretern der BKW und für mich ist sonnenklar, dass es keine Ungleichbehandlung zwischen dem Teilstück Gasel - Mühleberg und jenem Gasel - Wattenwil gibt. Ich gebe folgendes zu bedenken: Diese Leitung ist bereits vorhanden, sie steht seit X Jahren und wird mit 132 Kilovolt beschickt, erfüllt aber die heute geltenden Normen betreffend Starkstrom teilweise überhaupt nicht mehr. So gesehen ist eine neue Leitung in einigen Bereichen eine Verbesserung der heutigen Situation, auch wenn mehr Strom fliessen wird. Wir nehmen das Problem auf jeden Fall Ernst und werden mit den betroffenen Gemeinden Kontakt aufnehmen wie auch die IG anhören. Im Gegenzug werden wir aber auch die BKW anhören, weil wir nicht mehr auf dem neuesten Stand des Projektes sind und auch im Gemeinderat einige Wechsel stattgefunden haben. In vielen Bereichen wurden wesentliche Verbesserungen erreicht und zu gegebenem Zeitpunkt werden wir das Parlament wieder orientieren. In diesem Sinne sind wir bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Die dringliche Motion SVP (0511) betr. Hochspannungsleitung Mühleberg-Wattenwil wird als Postulat erheblich erklärt.

14. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

0512 Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen

0513 Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitätsmanagement

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Unter dem Stichwort Raumbewirtschaftung/Raumverdichtung kann ich das Parlament dahingehend informieren, dass die Räumlichkeiten der ehemaligen Steuerverwaltung inzwischen vermietet sind, zu einem Drittel an ein Notariatsbüro und zu zwei Dritteln an eine Versicherungsagentur. Die Mietverträge beginnen im August 2005 und generieren Mietzinseinnahmen von 180 Franken pro m²/BGF. Vor Mietbeginn werden die Büros noch sanft renoviert. Wir werden euch im Rahmen der Rechnungslegung beantragen, diese Liegenschaft vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen zu transferieren.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Luc Mentha, du hast mir bereits die Türe zu meiner Frage geöffnet: Ich frage zum dritten Mal betreffend den - meines Wissens immer noch leeren - Räumlichkeiten im Werkhof an, ob in diese Richtung etwas gegangen ist. Ich habe bereits am 14. Januar 2005 angefragt und du hast mir die Auskunft gegeben, wir würden zu gegebener Zeit orientiert.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Inzwischen wurde die Raumbelagung der Verwaltung im Detail aufgenommen, ein entsprechender Bericht wird dem Gemeinderat nach einer kleinen noch vorzunehmenden Korrektur vorgelegt werden. Dieser wird aufzeigen, wie viele Raumreserven noch vorhanden sind. Richtig ist, dass die Räumlichkeiten im Werkhof noch nicht voll besetzt sind. Wir sind der Meinung, zuerst das Projekt Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat abzuschliessen, weil sich allenfalls organisatorische Veränderungen in der Unterstellung von Dienststellen und Abteilungen ergeben könnten. Das kann zur Folge haben, dass diese Räumlichkeiten im Zusammenhang mit dem Vollzug der neuen Aufgabenverteilung des Gemeinderates benötigt werden. Mit deiner Beurteilung, dass diese Räumlichkeiten belegt

sein müssen, bin ich absolut einverstanden, wir gehen nun aber in der von mir erklärten Reihenfolge vor.

Herr Valentin Lagger (CVP): Heute Abend haben wir viele Geschäfte in einem atemberaubenden Tempo behandelt. Ich habe nun eines, das dieses Tempo nicht ganz mithalten kann: Anfangs 2000 haben wir eine Motion betr. Auslagerung der Pensionskasse eingereicht, der Bericht liess etwas auf sich warten und vor etwa 8 Monaten haben wir das Geschäft im Parlament behandelt. Uns wurde in Aussicht gestellt, nach 6 Monaten - was bereits um 2 Monate überschritten ist - einen Antrag oder zumindest einen Bericht vorzulegen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich nicht mehr dazu sagen, als euch bereits bekannt ist: Der Bericht liegt noch nicht vor. Wir sind der Meinung, an sich Bericht erstattet zu haben, aber im Rahmen der in der Personalabteilung vorhandenen Kapazitäten und aufgrund der Menge der zu behandelnden Geschäfte in meiner Direktion, kann ich euch an einer der nächsten Sitzungen den Fahrplan bekannt geben.

Herr Urs Maibach (GB): Heute beginnt die Versuchsordnung FLOZ im Zentrum von Köniz, und ich möchte mich entschuldigen, wenn mein Votum zu diesem Thema vorhin etwas gar negativ daher gekommen ist. Es war ein eher rechnerischer Vergleich, der Möglichkeiten erahnen lässt, aber ich hoffe natürlich, dass diese Versuchsordnung gut enden wird. Die Verkehrsabteilung hat einen enormen Aufwand betreffend Information der Bevölkerung betrieben, unter anderem eine A5-Broschüre, die auf Berndeutsch verfasst wurde. Vor einigen Tagen fragte mich eine Lehrerin aus dem Buchseequartier, weshalb diese so verfasst wurde, denn sie habe bis zu einem Drittel Kinder in ihrer Klasse, welche nicht berndeutscher Muttersprache seien und deren Eltern diese Broschüre überhaupt nicht verstehen würden. War sich die Verkehrsabteilung dieser Problematik bewusst und gedenkt man allenfalls, sich dieser Bevölkerungsgruppe noch anzunehmen?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke zuerst für die Relativierung deines Votums. Die ganze Informationskampagne wurde nicht durch die Verkehrsabteilung entwickelt, sondern vom Oberkreisingenieurkreis II in Zusammenarbeit mit einer Spezialistin. Dass dieser Flyer auf Berndeutsch verfasst ist, habe ich heute auch zum ersten Mal gesehen. Diese Broschüre kommt aber im Grossen und Ganzen gut an und ist eine gute Unterstützung der ganzen Aktion. Wenn jemand nicht Berndeutsch lesen kann, sind die Verkehrshelfer sicher bereit, zu übersetzen.

Frau Stephanie Staub (SP): Ich habe eine Frage in dieser Angelegenheit zu jener Broschüre, die in die Haushalte verteilt wurde, worin stand, dass rund zwei Wochen nach Versuchsbeginn eine erste Zwischenbilanz gezogen werde, und bei gravierenden Probleme werde der Versuch vorzeitig abgebrochen. Erstens: Ist ein Kriterienkatalog betreffend eines vorzeitigen Abbruchs vorhanden? Zweitens: Wer entscheidet genau, wann abgebrochen werden soll?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Richtig ist, dass wir am 18. Mai 2005 eine Sitzung über eine erste Zwischenbilanz dieser Versuchsordnung durchführen werden. Ein eigentlicher Kriterienkatalog existiert nicht, aber Kriterien wären z.B., wenn der Verkehr gänzlich zum Erliegen käme, weil weder Fussgänger noch Autofahrer sich zu bewegen getrauten oder auch, wenn wir feststellen müssten, dass es zu einer Häufung gefährlicher Situationen käme. Einen Abbruchentscheid würde der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit dem Kreisoberingenieur fällen.

Herr Martin Graber (SP): Die Lebensqualität in der Gemeinde Köniz ist gross, das konnte der Zeitschrift "Cash" entnommen werden, und für mich als Bewohner des Gartenstadt-Quartiers ist sie nun noch etwas grösser, weil der Kiosk im "Fadespüeli" im Liebefeld endlich sauber ist. Die Gemeinde und die Verkehrsgenossenschaft Gartenstadt haben sich zusammen geschlossen und am Kiosk alle Sprayereien entfernen lassen. Diese Zusammenarbeit ist eine sehr gute Lösung und ich danke den beiden Partnern für Initiative und Engagement.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich bin erfreut, dass die Gemeinde für einmal Blumen erhält, ich nehme diese gerne entgegen und werde sie an die Liegenschaftsverwaltung weiter geben, denn sie organisierte diese "Säuberungsaktion" mit der Verkehrsgenossenschaft Gartenstadt. Richtig ist, dass dahinter ein Einsatzprogramm aus der Direktion von Ueli Studer steckt, das dafür sorgen wird, dass Sprayereien in Zukunft schnell entfernt werden; dies im Sinne der Strategie, den Sprayern ihre "Tätigkeiten" zu verleiden. Die Direktion SGS ist daran,

das Projekt noch weiter zu entwickeln, und wir werden es weiterhin interessiert verfolgen.

Die Parlamentspräsidentin: Vom 27. - 29. Mai 2005 findet in Köniz PlatzdasFest statt, ein Ereignis, das man sich nicht entgehen lassen darf. In den nächsten Tagen werden Broschüren in die Haushalte verteilt und allerorts wird auf dieses Fest hingewiesen.

Auch steht der Termin für das Treffen mit dem Bieler Stadtrat fest, es findet am 19. August statt. Ich frische euer Gedächtnis kurz auf: Wir revanchieren uns für die letztjährige Einladung nach Biel und nicht zuletzt auf Wunsch der Bieler organisieren wir einen Plauschfussballmatch. Den Fraktionen wurden Listen abgegeben, die wir euch bitten auszufüllen, damit wir bis zum 20. Juni 2005 wissen, wie gross unsere Mannschaft sein wird. Ich betone: Auch Damen sind herzlich willkommen.

Die nächste Sitzung findet am 20. Juni 2005 und ich rufe euch in Erinnerung, dass im Juni zwei Sitzungen stattfinden werden, d.h. die zweite Sitzung ist am 27. Juni 2005.

Schluss der Sitzung 21.05 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 20. Juni 2005 19.00 bis 20.35 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Balz Christian, FDP
Bichsel Bernhard, jfk
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, parteilos
Bussard Lorenz, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Egli Claudia, SP
Giger Beat, SD
Graber Martin A., SP
Gysel Hermann, EVP
Hänni Thomas, FDP
Henggi Harald, FDP
Hofer Niklaus, SVP
Krebs Daniel, SVP
Lagger Valentin, CVP
Maibach Urs, GB
Lehmann Stefan, SVP
Mader Mélanie, SP
Matter Brigitta, SD
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Pestalozzi Hans-Ulrich, GB
Riesen Anton, FDP
Rohrbach Verena, SVP
Salvisberg Ulrich, SVP
Schörlin Marlise, SP
Sedlmayer Katrin, SP
Staub Hugo, SP
Staub Stephanie, SP
Streiff Marco, EVP
Troxler Elisabeth, SP
Vifian Christian, SP
Wyss Ursula, LdU
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Stähli Markus, SVP

Gemeinderat Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident
Berger Verena, SP
Sommaruga Simonetta, SP
Streiff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP
Wilk Urs, FDP

Entschuldigt: Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokolle	62
2. Kommissionsersatzwahlen	62
3. Motion SVP betr. Sicherheit in der oberen Gemeinde Beantwortung 0428; Polizeidirektion.....	63
4. Motion SP/JUSO betr. attraktiver Langsamverkehr Beantwortung 0503; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	65
5. Interpellation Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Erfolgskontrolle zur neuen Ver- kehrsführung im Zentrum Beantwortung 0506; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr.....	68
6. Interpellation Antenen (SP/JUSO) betr. Strompreise in Köniz Beantwortung 0507; Vorsteherin Direktion Bevölkerungsschutz.....	69
7. Interpellation SVP betr. Altersplanung / Dezentrale Pflegewohngruppen Beantwortung 0509; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule.....	69
8. Interpellation CVP/EVP betr. Gebühren in der Gemeinde Köniz Beantwortung 0510; Präsidial- und Finanzdirektion.....	70
9. Verschiedenes	70

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Sitzung. Zuerst die gute Nachricht: Ihr werdet euch sehr wahrscheinlich schon bald in einem schattigen Garten von einer kurzen Sitzung erholen können. Nun die schlechte Nachricht: Ihr könnt der Traktandenliste entnehmen, dass bereits am nächsten Montag auf Wunsch der GPK und des Gemeinderates die nächste Parlamentssitzung stattfinden wird.

Letzte Woche wurden euch zwei zusätzliche Vorschläge für Kommissionsersatzwahlen zugestellt.

Am 30. Mai 2005 fand der Anlass über die Finanzlage der Gemeinde statt, anhand einer Powerpoint-Präsentation zeigte uns Herr Gemeindepräsident Luc Mentha eine Analyse der Rechnungsergebnisse von 1995 bis 2004 auf. Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche nicht am Anlass teilnehmen konnten, haben die Möglichkeit, Kopien der vorgelegten Grafiken bei unserer Parlamentssekretärin zu beziehen. Bei dieser Gelegenheit hat sich das Parlamentsbüro überlegt, ob es nicht sinnvoll wäre, auch hier im Sitzungssaal mit modernen Medien zu arbeiten. Die Verwaltung wird diese Möglichkeit prüfen, und wir hoffen, dass der Voranschlag 2006 bereits mittels Powerpoint-Präsentation erläutert werden kann.

Kurz ein paar Worte zum PlatzDasFest vom letzten Mai-Wochenende: Von den Besucherzahlen und den Aktivitäten her war dieses Fest ein voller Erfolg. Das finanzielle Ergebnis ist noch nicht bekannt, das Organisationskomitee hat lediglich darauf hingewiesen, dass das Budget bei den meisten Ausgabenpositionen unterschritten worden ist. Bei den Einnahmen werden noch Abrechnungen über Gewinnbeteiligungen erwartet. Weil bewusst auf Eintrittspreise verzichtet worden ist, wird es allerdings mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein, die Rechnung positiv abzuschliessen. Die Leistungen aller am Fest Beteiligten waren enorm, und der sympathische Auftritt verschiedener Verwaltungsabteilungen wurde von den Besuchern mit grosser Begeisterung aufgenommen. Ich danke allen herzlich für ihr Engagement.

Die Traktandenliste für die Sitzung vom nächsten Montag würde ich gerne mit dem Geschäft "Kommissionsersatzwahlen" ergänzen. Erst letzte Woche sind nämlich vier Meldungen für Ersatzwahlen in Schulkommissionen eingetroffen. Weil die Wahlen sonst erst im August vorgenommen werden könnten - wenn das Schuljahr bereits begonnen hat - möchte ich dieses Geschäft noch vor den Ferien behandeln. Der Gemeinderat wird die Wahlvorschläge an der Sitzung von übermorgen prüfen, die GPK erhält sie alsdann per E-Mail und kann somit auf dem Zirkulationsweg reagieren, falls sie Einwände gegen einen Vorschlag anzubringen hat. Dieses Vorgehen wurde mit dem GPK-Präsidenten vorbesprochen.

Appell

Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend; das Parlament ist somit beschlussfähig.

1. Protokolle

Die Protokolle der Sitzungen vom 14. März und 2. Mai 2005 werden ohne Bemerkungen genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegen folgende Ersatzvorschläge vor:

0507 Primarschulkommission Schliern: Dräyer Relling Susanne, Plattenweg 32, 3098 Schliern (parteilos / Sitzanspruch SP), anstelle von Mader Luzius, Schliern, ab 1. August 2005

0508 Primarschulkommission Mengestorf: Künzi Hans, Schöneggstrasse 6, Oberried, 3145 Niederscherli (parteilos / Sitzanspruch SVP), anstelle von Hänni Dora, Niederscherli, ab 1. August 2005

0509 Primarschulkommission Wabern: Röthlin Heinrich, Parkstrasse 34, 3084 Wabern (parteilos / Sitzanspruch EVP), anstelle von Büschi Daria, Wabern, ab sofort

0510 Primarschulkommission Niederscherli: Röthlisberger Peter, Schwarzenburgstrasse 800, 3145 Niederscherli (SVP), anstelle von Nydegger Erika, Niederscherli, ab 1. August 2005

Frau Mélanie Mader (SP): Ich gebe hiermit meinen Rücktritt aus der Einbürgerungskommission per sofort bekannt. Als Nachfolgerin schlage ich Claudia Egli vor.

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

3. Motion SVP betr. Sicherheit in der oberen Gemeinde

Beantwortung 0428; Polizeidirektion

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die rasche Beantwortung der Motion. Wir anerkennen durchaus die bereits vorgenommenen Präventionsmassnahmen, ich erinnere an das Projekt "Respekt", welches im letzten Jahr in Niederscherli unter der Federführung der Kirche durchgeführt wurde. Persönlich hatte ich zum Beispiel einen guten Eindruck vom Jugendbandkonzert, welches auf dem Areal der Landwirtschaftlichen Genossenschaft stattfand; auch die Bevölkerung beteiligte sich rege. Sicher leistet die Schulsozialarbeit, die mittlerweile in Niederscherli eingeführt wurde, gute Dienste. In der Antwort des Gemeinderates wird von einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe Vandalismus gesprochen, mich interessiert der Stand des Projektes und dessen Umsetzung. Vandalismus ist jedoch nicht das einzige Problem, und mir ist aufgefallen, dass nach den Ereignissen im letzten Winter - z.B. wurde ein Anhänger auf die Bahngleise geworfen - die Polizei mit einem grossen Aufgebot reagierte; etwa sechs Beamte untersuchten während eines halben Tages den Vorfall. Bereits vor diesem Vandalenakt fanden diverse weitere statt, welche jedoch nicht dasselbe Echo fanden.

Ich möchte das Parlament nicht mit allen Vorkommnissen in den letzten 10 Jahren langweilen, die ich als Geschäftsführer der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Niederscherli erlebt habe, obschon ein paar abenteuerliche darunter wären. Die daraus entstandenen Schäden, welche ich für uns auf rund 60'000 Franken beziffere, sind zum Teil nicht durch Versicherungen gedeckt. Ich bin gewissermassen „Insider“ in Niederscherli und habe nach X Anzeigen gegen Unbekannt, welche bis jetzt nichts gebracht haben, etwas resigniert. Vandalismus, Diebstahl und solche Sachen dürfen aber nicht allein den Jugendlichen aus Niederscherli angelastet werden. Es ist bekannt, dass zum Teil Banden von auswärts in unser Dorf einfielen, innerhalb kürzester Zeit grossen Schaden anrichteten und wieder verschwanden. Hier kommen wir an die Grenzen der Prävention.

Ein Teil unserer Motion betrifft die so genannt repressiven Massnahmen. Der Gemeinderat schreibt, Kontrollen würden im Rahmen der personellen Ressourcen intensiviert. Nach meiner Meinung sollten diese Massnahmen über längere Zeit beobachtet werden, um deren Wirksamkeit überprüfen zu können. Bekanntlich verfügte Niederscherli vor ein paar Jahren noch über einen Polizeiposten. Seit dessen Aufhebung haben die Vorkommnisse zugenommen, es ist aber schwierig zu behaupten, dies sei wegen des nicht mehr Vorhandenseins des Polizeipostens der Fall. Ich wünschte mir manchmal eine etwas bessere Information der Bevölkerung nach solchen Ereignissen, welche lediglich einige Tage in den Schlagzeilen sind und dann nicht mehr erwähnt werden. Die im Moment herum geisternden Verdächtigungen von Personen in Niederscherli sollten gestoppt werden. Gerade nach dem Vandalenakt in der Schulküche wurde viel Unwahres herumgesprochen. Zusammenfassend möchte ich gerne wissen, wie die Arbeitsgruppe gegen Vandalismus arbeitet und welche Aufgaben sie hat,. Ferner wünschen wir, dass die repressiven Massnahmen über längere Zeit beobachtet werden. Deshalb beantragt die SVP-Fraktion dem Parlament, die Motion anzunehmen.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich beginne gleich von hinten, bei der Information der Bevölkerung über die genannten Vorfälle: Die gerichtspolizeilichen Fragen liegen nicht in der Kompetenz der Gemeinde, sondern in jener des Kantons, und über ein laufendes Verfahren kann und wird der Kanton keine Informationen herausgeben. Zum Polizeiposten, welcher geschlossen wurde: Sicher ist das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung besser, wenn ein Polizeiposten im Dorf vorhanden ist, aber man muss sich bewusst sein, dass die Vorfälle immer dann stattgefunden haben, wenn der Posten sowieso geschlossen gewe-

sen wäre, z.B. während der Nachtstunden. In meinen Augen besteht hier kein Zusammenhang. Tatsache ist, dass Vandalenakte und Rowdytum in den letzten Jahren überall - und nicht nur in unserer Gemeinde - zugenommen haben, das kann der Presse entnommen werden. Wir arbeiten an diesem Problem, denn solches kann nicht toleriert werden. Zu den repressiven Massnahmen: In der Antwort des Gemeinderates steht, dass wir die Patrouillen im Rahmen der personellen Ressourcen intensivieren werden. Für uns sind diese Massnahmen nicht erledigt, wenn die Motion abgeschrieben wird, wir werden weiter an diesen Problemen arbeiten, in Niederscherli wie auch an anderen neuralgischen Orten. Zur Arbeitsgruppe soziale Sicherheit: Hier übergebe ich das Wort an Gemeinderat Ueli Studer, weil diese unter der Federführung der Direktion SGS steht.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich habe die Frage so verstanden, dass ihr über den Stand des Projektes "Gemeinsam gegen Vandalismus" orientiert werden wollt. Der Antrag ist formuliert, muss aber noch auf Gemeinderatsebene besprochen werden, das wird noch vor oder gleich nach den Sommerferien der Fall sein. Weitere Informationen darüber kann ich nicht herausgeben, weil der Gemeinderat den Antrag noch nicht gesehen hat.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich kann mich im Namen der CVP/EVP/LdU-Fraktion dem Votum von Stefan Lehmann sowie den Äusserungen von Gemeinderätin Marianne Streiff und Gemeinderat Ueli Studer anschliessen und verzichte auf Wiederholungen. In der Folge gehe ich gerne auf eine andere Art Vandalismus ein, welche in Niederscherli grassiert und leider in der Antwort des Gemeinderates nicht thematisiert wurde. Wir haben hier im Parlament bereits einmal den "Stein des Anstosses" behandelt, wobei dieser trotz allem die Chance hatte, zu einem Eckstein zu werden. Heute habe ich das "Glas des Anstosses" mitgenommen. Als sehr regelmässiger Radfahrer auf Könizer Strassen habe ich mich bereits X Mal über die Scherben auf den Radstreifen geärgert, vor allem auf der Strecke Moos - Niederscherli. Solche Scherbenhaufen schneiden nicht nur die Pneu's der Velos auf, sondern sind auch ein grosses Sicherheitsrisiko, denn wer fährt schon in eine Scherbe, ohne automatisch auszuweichen. Als ich nach unserer Fraktionssitzung nach Hause fuhr, lag eine geköpft Flasche mit noch etwas Inhalt auf der Strasse. Ich habe sie mitgenommen, damit das corpus delicti für einmal zu sehen ist. Leider blieb es nicht bei dieser einen Flasche, am Samstag fand ich auf einer Wegstrecke von rund 200 Metern drei Weinflaschen und am Samstagabend eine weitere. Diese Art von Zerstörungswut darf in der Diskussion rund um Vandalismus nicht vergessen werden. Ich rege an, dass die neu gebildete Arbeitsgruppe Ideen ausarbeitet, wie solche Symptome mit realistischem Aufwand bekämpft werden können. Schwierig wird es sein, die Ursachen zu beheben. Mir ist - im Gegensatz zur SVP - klar, dass wir die Motion nicht erst dann abschreiben können, wenn keine Mauer mehr verspritzt ist und keine Scherben mehr auf den Radstreifen liegen, darauf könnten wir ewig warten. Ich habe noch eine Zusatzfrage zur Arbeitsgruppe: Bereits vor vielen Jahren habe ich als Vertreter der GPK das Thema Vandalismus aufgeworfen, und mir wurde zugesichert, es gebe einen so genannten Runden Tisch in Niederscherli. Leider habe ich bis heute nichts über diesen Runden Tisch gehört, und auch in der Antwort auf die Motion steht nichts über Ergebnisse daraus.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Danke für die anschauliche Demonstration. Vor der heutigen Parlamentssitzung telefonierte mir ein Anwohner aus dem Eichholz, welcher sich über liegen gelassene Flaschen und Scherben ärgerte. Bei der Fahrt zur Sitzung sah ich Flaschen und Scherben an der Freiburgstrasse liegen; dieses Thema wird uns leider weiter beschäftigen, und ich hoffe doch, dass wir irgendeine Lösung finden können. Zum Runden Tisch: Die Kantonspolizei hat in verschiedenen Gemeinden Arbeitsgruppen eingesetzt, in welchen sich Vertretungen von Ortsvereinen, Jugendtreffs, Schulen, Polizei und Kanton treffen. Diese Treffen zu informellem Austausch finden etwa dreimal im Jahr statt. Der Runde Tisch existiert, und dort wird gearbeitet, jedoch ohne Entscheidkompetenz.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich ergänze das Votum von Gemeinderätin Marianne Streiff und möchte Ignaz Caminada beruhigen: Der Runde Tisch in Niederscherli existiert, ich selber habe bereits daran gesessen. Wie es aber überall ist, alle daran teilnehmenden Akteure tragen die Informationen nach aussen, und in diesem Umfeld passiert weniger, weil die Akteure des Runden Tisches Einfluss auf das Geschehen in ihrer Umgebung nehmen. Ich möchte hier festhalten, dass Zivilcourage über den Runden Tisch hinaus getragen werden muss, von allen hier im Saal Anwesenden, denn es gibt nicht nur Radstreifen, sondern auch

Spielplätze mit kleinen Kindern.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich vergass vorhin zu erwähnen, dass in meinen Augen nicht unbedingt nur die Jugendlichen für Vandalenakte verantwortlich sind. Ein Rad- oder Mofafahrer wirft kaum eine Flasche auf die Strasse. Die Flaschen werden vor allem aus Autos auf die Strasse geworfen, und aus diesem Grund müssen die "Täter" bereits über 18 Jahr alt sein.

Herr Martin Graber (SP): Die SP/JUSO-Fraktion steht aus folgendem Grund hinter dem Motionstext: Jeder Mensch hat ein Bedürfnis nach Sicherheit, und Sicherheit ist ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität, auf welche alle Anrecht haben. Wir leben glücklicherweise in einer Gesellschaft und Gemeinde, die uns grosse Verlässlichkeit und Sicherheit bietet. Objektiv gesehen ist unsere Sicherheit sehr gross, subjektiv wird sie jedoch häufig als schlecht empfunden. Das muss Ernst genommen werden, denn für den Einzelnen ist das Gefühl und nicht die Statistik entscheidend. Ein gutes Sicherheitsgefühl kann nicht mittels Statistiken verordnet werden, es muss - und das ist Aufgabe der Gemeinde - durch entsprechende Massnahmen gefördert werden. Orte, an welchen offensichtlich die geltende Rechtsordnung nicht eingehalten wird, machen Angst, denn sie zeigen, dass der Staat nicht gegen Unrecht eingreift, und dann steht die Frage im Raum, ob der Staat auch dort gegen Gewalt schützt. Deshalb muss Vandalismus in all seinen Formen bekämpft und gleichzeitig die Prävention gestärkt werden. Aus diesem Grund verdient das Projekt Respekt unseren Respekt, und die SP/JUSO-Fraktion begrüsst das Engagement der Gemeinde bei der "Berner Erklärung". Die SP unterstützt die Bemühungen der Gemeinde, Sprayereien möglichst umgehend entfernen zu lassen und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen; wenn möglich müssen sie ihre Graffitis gleich selber entfernen, denn die geltende Rechtsordnung ist von allen einzuhalten. Die Sprayereien sollten jedoch nicht nur an den Hauptachsen entfernt werden, sondern wir denken, gerade bei Schulhäusern sei es präventiv sehr wichtig zu zeigen, dass die Gemeinde solches nicht toleriert. Diese Leistung gibt es aber nicht zum Nulltarif, im Budget muss dafür Geld eingestellt werden, was eigentlich schade ist, weil dadurch kein Mehrwert entsteht. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass das Geld gut investiert ist. Zur Polizei: Wir wissen alle, dass sie mit ihrer Präsenz einen wesentlichen Beitrag für unsere Sicherheit leistet, die SP sieht aber keinen direkten Zusammenhang zwischen der Schliessung des Postens in Niederscherli und dem Vandalismus in der oberen Gemeinde. Gefordert ist eine bürgernahe Polizei, welche in allen Ortsteilen präsent ist und mit ihren Patrouillen die Sicherheit erhöht, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärkt und gleichzeitig einen wichtigen präventiven Beitrag leistet. In diesem Sinne müssen unbedingt Synergien - welche durch die Einheitspolizei entstehen werden - für eine vermehrte Patrouillentätigkeit genutzt werden. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag auf Annahme und gleichzeitige Abschreibung. Wir erklären uns mit den aufgezeigten Massnahmen einverstanden und hoffen, dass sie greifen und damit die Sicherheit der Bevölkerung erhöhen. Eine Gemeinde, in welcher man sich sicher und wohl fühlt, ist ein sehr starkes Standortargument.

Mit grossem Mehr für die Annahme und mit 20 zu 19 Stimmen für die Abschreibung fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Die Motion SVP (0428) betr. Sicherheit in der oberen Gemeinde wird erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

4. Motion SP/JUSO betr. Attraktiver Langsamverkehr

Beantwortung 0503; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Herr Beat Deuber (SP): Zuerst danke ich dem Gemeinderat dafür, dass er die Motion zur Annahme empfiehlt und damit zeigt, dass er die Problematik des Langsamverkehrs Ernst nimmt. Ich möchte kurz zwei, drei Gedanken zu Wort bringen: Die Sicherheit der schwachen Verkehrsteilnehmenden ist meines Erachtens sehr wichtig, was sich darin äussert, dass sie immer wieder Bestandteil politischer Diskussionen und Vorstösse ist, denn sind schwächere Verkehrsteilnehmende in Unfälle verwickelt, werden sie meist schwer verletzt, und Kinder sind überdurchschnittlich stark betroffen, weil sie sich meistens zu Fuss oder mit dem Velo fortbewegen. Die Gemeinde Köniz entwickelt sich weiter, sie wächst, es entstehen neue Arbeitsplätze und neue Wohnräume. Deshalb muss die Verkehrsinfrastruktur laufend angepasst und

hinterfragt werden, und hier gilt es, den schwächeren Verkehrsteilnehmenden besonderes Augenmerk zu verschaffen. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, dass eine Vielzahl von Projekten aus der Optik der schwächeren Verkehrsteilnehmenden geprüft wurde. Die schwächeren Verkehrsteilnehmenden sind jedoch überall präsent, namentlich auf den Quartierstrassen und rund um die Schulhäuser. Dort geht es meistens nicht um grosse Projekte, welche mit aufwändigen Projektbegleitungen realisiert werden, aber die Bedürfnisse und die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmenden sind zu berücksichtigen und die Verkehrssituationen sind möglichst attraktiv für sie zu gestalten. Die SP/JUSO-Fraktion sieht, dass es dem Gemeinderat in dieser Sache Ernst ist, wir begrüssen dies sehr und bitten euch, die Motion im Sinne des Gemeinderates und im unsrigen anzunehmen.

Herr Urs Maibach (GB): Das Thema attraktiver Langsamverkehr liegt uns sehr am Herzen und ist sehr aktuell. Gerade am letzten Samstag wurde eine Fussgängerin in Thörishaus von einem Auto angefahren. In diesem Fall wurde jemand schwer verletzt, oft passiert gerade haarscharf nichts. Ich bin regelmässig mit dem Velo in Köniz unterwegs und erlebe des öfters heikle bis sehr gefährliche Situationen. Wie mein Vorredner denke ich vor allem an Kinder, insbesondere auf ihren Schulwegen, und an ältere Personen. Ich stelle fest, dass der Gemeinderat wirklich auf die Förderung des Langsamverkehrs sensibilisiert ist und im Rahmen der Überarbeitung des Richtplans den Langsamverkehr behandeln will. Dementsprechend ist er bereit, die Motion entgegenzunehmen. Das freut mich sehr, ich danke dem Gemeinderat für seine Stellungnahme und seine hier gezeigten Absichten. Ich erwarte ein griffiges Konzept, das wirklich zum Ziel hat, mit der Attraktivität und der Erhöhung der Sicherheit des Langsamverkehrs vorwärts zu machen. Etwas skeptisch stimmt mich aber, dass der Gemeinderat der Ansicht ist, in den von ihm dargestellten Beispielen sei die Umsetzung solcher Massnahmen bereits deutlich erkennbar. Als erstes führt er das Beispiel Zentrumsplanung auf, aber es ist unbestritten, dass mit der Wegnahme der Fussgängerstreifen den Fussgängern das Recht des Vortritts vor dem Auto weggenommen wurde. Wenn der Gemeinderat schreibt, keinem Verkehrsträger werde mehr Aufmerksamkeit geschenkt als dem Velo- und Fussgängerverkehr, erwarte ich dahingehende Anpassungen oder Verbesserungen. Um den Veloverkehr attraktiv zu machen, benötigen wir neue und ergänzende Streckenführungen, wir warten schon lange auf die versprochene Querung von der Stapfen- in die Muhlernstrasse oder auf die Verlegung des Veloweges entlang der Schwarzenburgstrasse im Liebefeld bis ins Steinhölzli. Ich möchte vor allem anregen, bei der Erstellung eines solchen Konzeptes die Gruppe AG Veliz (Arbeitsgruppe Velo Köniz) einzubeziehen. Diese Gruppe setzt sich seit längerer Zeit mit der Veloproblematik in der Gemeinde Köniz auseinander und hat guten Kontakt mit der Verkehrsabteilung. In diesem Sinne danke ich dem Gemeinderat nochmals für seine Antwort. Das Grüne Bündnis stimmt der Motion zu und bittet euch, dies ebenfalls zu tun.

Frau Barbara Mooser (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion stellt den Antrag, die Motion bei Annahme gleichzeitig abzuschreiben. Aus folgenden Gründen sind wir zu diesem Entschluss gelangt: Der Gemeinderat zeigt mit seiner Antwort, dass er sich der Problematik voll bewusst ist, er hat bereits sehr viele Massnahmen umgesetzt, so sind z.B. im Richtplan Verkehr die Punkte 3 und 4 ausschliesslich den Velo Fahrenden und Fussgängern gewidmet. Hiezu werden örtliche Richtpläne erarbeitet, wie z.B. die Erweiterung Köniz - Liebefeld und der Richtplan Zentrum Köniz. Sind wirklich noch mehr Massnahmen notwendig? Aus der Antwort geht klar hervor, dass der Gemeinderat etwas für den attraktiven Langsamverkehr macht und sich immer wieder auf veränderte Situationen einstellt. Bei Nichtabschreibung muss ein neues Projekt erarbeitet werden, was wiederum Kosten in der Höhe von 50'000 bis 100'000 Franken nach sich zieht. Wir fragen uns, ob der Gemeinderat nicht schon sehr viel getan hat und wir uns diese Kosten sparen können. Der Gemeinderat ist bestrebt, den Langsamverkehr attraktiv zu gestalten, und deshalb können wir die Motion mit gutem Gewissen annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Herr Valentin Lagger (CVP): Auch für die CVP/EVP/LdU-Fraktion ist klar, dass die Motion betreffend attraktivem Langsamverkehr angenommen werden muss, die Gründe dafür wurden bereits ausführlich dargelegt. Unsere Fraktion wird dem Antrag der FDP/jfk-Fraktion bezüglich Abschreibung aus sachlichen Gründen zustimmen. Haben wir vorhin für die Abschreibung der Motion betreffend Vandalismus gestimmt, sind wir der Meinung, es sei logisch und sinnvoll, auch den hier zur Diskussion stehenden Vorstoss abzuschreiben. Wenn wir das Fazit der Antwort des Gemeinderates auf beide Motionen betrachten, stellen wir folgendes fest: Einerseits

steht in der Antwort betreffend Vandalismus: "Der Gemeinderat ist entschlossen, die bisherigen Massnahmen weiterhin umzusetzen, er ist überzeugt, dass er im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeit die Motion bereits erfüllt hat"; Folgerung: Abschreiben. Andererseits schreibt er in der Antwort auf die Motion betreffend attraktivem Langsamverkehr: "Der Gemeinderat wird im Rahmen der Überarbeitung des Richtplanes auch den Langsamverkehr (weiterhin) behandeln und ist in diesem Sinne bereit, die Motion entgegenzunehmen", logische Schlussfolgerung: Abschreiben. Genau gleich wie Ignaz Caminada lange warten kann, bis keine Flasche mehr am Boden liegt, wissen wir betreffend attraktivem Langsamverkehr, dass dies eine permanente Aufgabe des Gemeinderates ist, die er wahrnehmen muss und wozu er sich mit dieser Antwort verpflichtet hat. Ob jetzt die Motion bestehen bleibt oder abgeschrieben wird, ändert vermutlich gar nichts an der Sache.

Herr Beat Deuber (SP): Zuerst eine Bemerkung zum Votum von Valentin Lagger und anschliessend noch eine juristische Frage. Meines Erachtens ist die Situation bei den beiden erwähnten Motionen nicht ganz dieselbe, denn bei der Motion betr. Sicherheit in der oberen Gemeinde respektive Vandalismus, ist zur Motion 0407, welche als Postulat erheblich erklärt wurde, noch der Postulatsbericht hängig. Hier wird es noch eine Gesamtschau für die ganze Gemeinde geben, was meiner Ansicht nach zu begrüssen ist. Ich komme nun zur rechtlichen Frage: Meines Wissens kann nur der Gemeinderat Antrag auf Abschreibung stellen und nicht das Parlament.

Herr Hugo Staub (SP): Alle sprechen davon, den Langsamverkehr fördern zu wollen, in diesem Punkt besteht offenbar Konsens. Förderung geschieht aber nicht auf dem Papier und auch nicht im Konzept, sondern über die Massnahmen. Hier weise ich auf den zweiten Teil des Motionsinhaltes hin, der klar verlangt, dass dem Parlament ein Kreditantrag für die Umsetzung von Massnahmen zu unterbreiten ist. In diesem Punkt unterscheiden sich die beiden Motionen, weil in der Motion betr. attraktivem Langsamverkehr noch ein Auftrag mit einem Massnahmenteil enthalten ist, der zu effektiv spürbaren und sichtbaren Verbesserungen führen soll.

Herr Urs Maibach (GB): Ich äussere mich noch zum Votum von Valentin Lagger. Für mich besteht klar ein Unterschied, ob es um Flaschen geht, die von irgendwelchen Personen auf die Strasse geworfen werden, oder darum, dass der Gemeinderat Verkehrsmassnahmen für die Bevölkerung plant und ein gutes Konzept auf die Beine stellt. Ein solches Konzept zu erarbeiten, ist sicher einfacher, als zu verhindern, dass Flaschen auf die Strasse fliegen. Ich bitte euch, die Motion nicht abzuschreiben.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke für die positive Aufnahme der Antwort des Gemeinderates. Wenn wir das Papier genau betrachten, ist es wirklich erfreulich zu sehen, was betreffend attraktivem Langsamverkehr in letzter Zeit realisiert werden konnte. Der Richtplan Verkehr ist zwar noch gültig, aber er muss überarbeitet werden, und im Rahmen dieser Revision wird das Thema attraktiver Langsamverkehr genau denselben Wert haben wie alle anderen Themen auch. In diesem Sinne ist das Fazit des Gemeinderates für mich richtig.

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP) (Vertreter des Gemeindepräsidenten): In Art. 62 des Geschäftsreglementes des Parlamentes steht: "Erheblich erklärte Motionen und Postulate werden auf Antrag des Gemeinderates vom Parlament abgeschrieben, wenn sie erfüllt sind oder sich als unerfüllbar erweisen. Der Antrag auf Abschreibung ist zusammen mit einem entsprechenden Sachgeschäft zu stellen und zu begründen." Nach meiner Meinung muss diese Frage von euch selber beantwortet werden, ihr seid das oberste Organ, d.h. dem Gemeinderat übergeordnet.

Herr Beat Deuber (SP): Ich bin Physiker und kein Jurist, aber nach meiner Meinung ist der Fall eindeutig: Stellt der Gemeinderat keinen Antrag auf Abschreibung, kann darüber nicht abgestimmt werden.

Die Parlamentspräsidentin: Wir befinden uns hier auf dem Terrain juristischer Spitzfindigkeiten, müssen aber zu einer Entscheidung kommen. Auch ich bin der Meinung, das Parlament sei die höchste Instanz.

Herr Beat Deuber (SP): Wir haben ein Reglement, und an dieses haben wir uns zu halten. Schade, dass von der Verwaltung kein Juristin und kein Jurist anwesend ist. Ich bin nicht gewillt, heute über die Abschreibung abzustimmen.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich teile die Meinung von Beat Deuber insofern, als wir uns hier keine Kompetenzen herausnehmen dürfen, die nicht so im Reglement stehen. Es besteht die Variante, das Geschäft zu verschieben. Ist kein Jurist anwesend, der diese Frage schlüssig beantworten kann?

Frau Evelyn Bühler (FDP): Leider, obwohl ich dem Antrag auf Abschreibung gerne zustimmen würde, muss ich erklären, Art. 62 sei klar und eindeutig, und es wäre wohl nicht rechtskonform, wenn wir darüber hinweggehen würden. Ich bin der Meinung, dass wir nicht über die Abschreibung abstimmen können.

Die Parlamentspräsidentin: Offensichtlich sind verschiedene Meinungen vorhanden. Wir können das Problem nur umgehen, indem wir die Abstimmung auf die Sitzung vom nächsten Montag vertagen. Somit kann auch über Annahme oder Ablehnung der Motion erst in einer Woche abgestimmt werden.

Herr Beat Deuber (SP): Damit bin ich nicht einverstanden. Nach meiner Meinung ist der Fall klar. Ich würde - nach dem Votum von Evelyn Bühler - ein rechtes Taschengeld darauf wetten, dass das Reglement keinen grossen Handlungsspielraum zulässt. Wir müssen heute über Annahme oder Ablehnung der Motion befinden. Allenfalls - wenn der Rechtsdienst erklärt, man hätte über die Abschreibung abstimmen müssen - würde ich mich bereit erklären, nächsten Montag über den Antrag der FDP-Fraktion betreffend Abschreibung abzustimmen. Ich bin jedoch nicht der Meinung, die abschliessende Behandlung des Geschäftes müsse heute verschoben werden.

Herr Christian Vifian (SP): Ohne mich auf Glatteis begeben zu wollen, ist für mich die Situation glasklar: Es gibt nur eine einzige Variante, Hans Siegenthaler: Du beantragst Sitzungsunterbruch, der Gemeinderat tritt kurz zusammen und stellt anschliessend Antrag. Darüber können wir dann abstimmen. Die Spitzfindigkeit liegt darin, dass das Parlament den hier erforderlichen Antrag nicht formulieren, sondern nur darüber befinden kann. Ist kein Antrag vorhanden, kann nicht abgestimmt werden, weil es den Fraktionen im Vorfeld nicht möglich ist, darüber zu diskutieren. Ansonsten ist der Artikel 62 unseres Geschäftsreglementes zu beachten.

Herr Anton Riesen (FDP): Ich bin wirklich der Meinung, der Gemeinderat sollte ein Geschäft zurückziehen und durch den Rechtsdienst abklären lassen, wenn solche Unklarheiten auftreten. Mich wundert, dass seitens des Rechtsdienstes niemand anwesend ist. Das sollte eine Lehre für künftige Parlamentssitzungen sein.

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Ich beantrage Sitzungsunterbruch.

10 Minuten Sitzungsunterbruch.

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Der Gemeinderat kommt klar zum Schluss, dass Art. 62 zu beachten ist und der Antrag auf Abschreibung nicht vom Parlament gestellt werden kann. Somit kann nur über Annahme oder Ablehnung der Motion abgestimmt werden. Stellt sich in der Zwischenzeit heraus, dass das Parlament doch die Möglichkeit hat, den Antrag auf Abschreibung zu stellen, kann am nächsten Montag darüber abgestimmt werden.

Bei 19 zu 19 Stimmen und mit dem Stichentscheid der Parlamentspräsidentin fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Die Motion SP/JUSO (0503) betr. Attraktiver Langsamverkehr wird abgelehnt.

5. Interpellation Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Erfolgskontrolle zur neuen Verkehrsführung im Zentrum

Beantwortung 0506; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation. Mit zwei Bemerkungen bin ich nicht einverstanden: Die erste betrifft die gesetzten Ziele der Verkehrsplanung. Der Aussage, die angestrebten Ziele seien mit der Umgestaltung des Zentrums erreicht worden, kann ich nicht beipflichten. Der Versuch FLOZ und die längeren Öffnungszeiten der Poller zeigen, dass ein wichtiges Ziel, nämlich die Verflüssigung des Verkehrs, nicht erreicht worden ist und jetzt mit zusätzlichen Massnahmen ange-

strebt werden muss. Für mich ist das ein Zeichen, dass der Verkehr im Zentrum am Limit ist. Das heisst für mich auch, dass z.B. im Rappentöri nur eine verkehrsfreie Wohnüberbauung entstehen darf, wenn im Rahmen von Zonenplanänderungen noch weitere Nutzungen hinzu kommen.

Die zweite Aussage, welche ich nicht ganz teilen kann, ist jene zum Thema Verkehrszunahme, Strategien, wo steht, dass der öffentliche Verkehr in der Gemeinde Köniz ausgebaut worden sei. Das mag für die angeführten Beispiele stimmen. Leider wird nicht erwähnt, dass im Spiegel ein happiger Abbau stattgefunden hat. Letzten Monat wurde die Linie in die Gurten-Gartenstadt ab 20.00 gänzlich gekappt. Solches darf in unserer Gemeinde nicht noch einmal vorkommen, der jetzige öV in Köniz muss unbedingt auf dem bestehenden Niveau gehalten werden, denn wir wollen nicht im motorisierten Individualverkehr ersticken. Im Zentrum scheint der Verkehr bereits jetzt am Limit zu sein. FLOZ und längere Öffnungszeiten der Poller schieben das Problem vielleicht etwas hinaus, aber wie sieht es in zehn Jahren aus, wenn - wie vorausgesagt - 20 Prozent mehr motorisierter Individualverkehr fließen? Noch zum letzten Punkt Projekte: Ich begrüsse es, dass Projekte für den öffentlichen Verkehr überwiegen, in meinen Augen muss in unserer Gemeinde mit allen Mitteln auf den öffentlichen Verkehr gesetzt werden, und ich erwarte von der Exekutive, dass sie sich in den überregionalen Gremien stark dafür einsetzt. Im laufenden Jahr werden wir die Resultate von vier der fünf genannten überregionalen Projekte erhalten, und ich erwarte von der Exekutive eine umfassende Orientierung darüber und - auf Grund dieser Resultate - die Ausarbeitung einer ganzheitlichen Zukunftsstrategie für Köniz, die über die nächsten zwei Jahre hinaus geht.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

6. Interpellation Antenen betr. Strompreise in Köniz

Beantwortung 0507; Vorsteherin Direktion Bevölkerungsschutz

Herr Peter Antenen (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Was über das Thema Strompreise alles geschrieben werden kann, ist tatsächlich interessant. Bezüglich Strompreis bestehen regionale Unterschiede in diesem Land, und von Seiten der SP/JUSO-Fraktion möchten wir dem Gemeinderat den Rücken stärken. Die aufgezeigte Vorgehensweise, beim Kanton zu intervenieren, dass z.B. die Stadt Bern von gewissen Quersubventionierungen nicht mehr profitieren kann, dass mit Konzessionsverträgen mehr Geld für unsere Gemeinde generiert werden kann und auch der Weg zum Preisüberwacher möglich ist, ist unserer Meinung nach die richtige. Wir möchten der Exekutive mit auf den Weg geben, die aufgezeigten Interventionen ins Auge zu fassen, damit die Strompreise angeglichen werden können. Es kann nicht angehen, dass z.B. die Stadt Bern von gewissen Quersubventionierungen profitiert und die Gemeinde Köniz solidarisch an die Randregionen zahlen muss, damit auch diese zu kostengünstigem Strom kommen. Wir wollen uns beileibe nicht aus der Solidarität verabschieden, aber zumindest sollen alle beim Bezahlen helfen; letztendlich besteht im Kanton Bern ein Finanz- und Lastenausgleich.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

7. Interpellation SVP betr. Altersplanung / Denzentrale Pflegewohngruppen

Beantwortung 0509; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

Herr Daniel Krebs (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Wir konnten lesen, dass der Kanton - wie andernorts auch - die Rahmenbedingungen ständig ändert und die Gemeinden ihre Planungen immer wieder anpassen müssen. Die in Niederscherli gemachten Erfahrungen mit der Aussenstation Witschi-Huus des Altersheimes Lilienweg können grundsätzlich als sehr gut bezeichnet werden. Wenn dezentrale Wohngruppen auf andere Gemeindegebiete ausgedehnt werden, hoffe ich, dass dieses Modell auch im Wangental realisiert werden kann, denn ich bin sicher, dass dies dort in naher Zukunft notwendig sein wird.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

8. Interpellation CVP/EVP betr. Gebühren in der Gemeinde Köniz

Beantwortung 0510; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Ignaz Caminada (CVP): Die CVP/EVP/LdU-Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden, und wir danken ihm für seine Erläuterungen. Ziel des Mediums Interpellation ist es, eine Vorsondierung zu machen. Der Gemeinderat stellt in seiner Antwort eine Auswahl von Gebühren dar, mit welcher wir uns einverstanden erklären können. Ich bringe einige Zusatzüberlegungen an: Bei der Grünabfuhr wurde uns mit der Auflistung des Gemeinderates etwas Humus in die Augen gestreut. Die Aussage, die Gebühr sei pro Liter halbiert worden, mag zwar stimmen, denn bis Ende letzten Jahres konnte ein 60-Liter-Sack für zwei Franken maximal 18 Mal pro Jahr bereit gestellt werden, und neu kann ein Rollcontainer mit einem Inhalt von 240 Litern hinausgestellt werden, was 4.60 Franken kostet. Da aber nun ein Rollcontainer für 69 Franken gekauft werden muss, werden viereinhalb Jahre vergehen, bis ich wieder in den schwarzen Zahlen bin. Bei der Emissionskontrolle haben die Gebühren um 18 Prozent zugenommen, von 85 auf 100 Franken. Der Begründung, die alten Gebühren seien wegen des Verursacherprinzips zu teuer gewesen, kann ich zustimmen. Vielleicht ist aber auch die Frage in den Raum zu stellen, ob für diese 85 Franken nicht zu viel Aufwand betrieben wurde und dort Einsparungen hätten vorgenommen werden können. Schwieriger war für mich zu verstehen, dass beim Abwasser die Verbrauchsgebühr um sage und schreibe 26,8 Prozent gesenkt, gleichzeitig aber eine Grundgebühr eingeführt wird. Bis anhin wurde ein solcher Systemwechsel immer einer Erhöhung gleichgesetzt. Wahrscheinlich ist in der Beilage ein Tippfehler vorhanden, denn dort steht, die Grundgebühr betrage 29.50 Franken pro Kubikmeter plus eine Gebühr pro Kubikmeter. Ich habe meine Wasserrechnung zu Hause angeschaut, ich zahle eine Grundgebühr von 147 Franken pro Jahr. Brauche ich gleich viel Wasser wie im letzten Jahr, entspricht das einer Gebührenerhöhung um 39 Prozent.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

9. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

0512 Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen

0514 Dringliche Motion betr. Fussgängerverkehr Könizer Ortszentrum; das Parlamentsbüro lehnt die Dringlichkeit ab

0515 Motion FDP betr. beeinflussbare und nicht beeinflussbare finanzielle Verpflichtungen

516 Motion SVP betr. Konzept zur Verkehrsentlastung der Region Mengestorfberg

Die Parlamentspräsidentin: Ich bitte den Gemeinderat, die Abklärungen betreffend Abschreibung von Vorstössen so rasch als möglich vorzunehmen.

Herr Beat Deuber (SP): Ich danke der FDP-Fraktion für die taktische Lektion, welche mir heute Abend zuteil wurde. Hätte ich abgewartet und zuerst über die Annahme der Motion abstimmen lassen und anschliessend darauf hingewiesen, dass die FDP-Fraktion einen reglementarischen Fehler gemacht hatte, wäre die Motion angenommen worden. Alles lief reglementarisch korrekt ab. Wenn aber die FDP zuerst für die Motion ist, in dem Moment aber, in welchem erklärt wird, die Abschreibung sei nicht möglich, dagegen stimmt, finde ich ihr Verhalten mindestens etwas seltsam.

Frau Ursula Wyss (LdU): Ich muss ebenfalls meiner Enttäuschung über die Kultur in diesem Parlament Ausdruck geben. Aus dem Geschäft Nr. 4 wurde ein wahres Trauerspiel: Zuerst war eine eindeutige Mehrheit für die Annahme der Motion, keine Fraktion sprach sich dagegen aus, kein Argument fiel gegen diese Motion aus; sie wurde über alles gelobt usw. Dann wurde reglementarisch belegt, über die Abschreibung dürfe nicht abgestimmt werden, und plötzlich lehnte die Mehrheit die Motion ab.

Herr Anton Riesen (FDP): Dass auf der einen Seite nun Frust und auf der anderen Gelassenheit herrscht, ist klar. Ich habe den Vorschlag angebracht, der Gemeinderat solle das Geschäft zurückziehen und uns an der nächsten Sitzung wieder vorlegen, womit diese Angelegenheit anders hätte enden können. Nach meiner Meinung ist es frustrierend, dass niemand vom Rechtsdienst an den Parlamentssitzungen anwesend ist; vielleicht hätte auch ein anwe-

sender Gemeindepräsident die anstehenden Fragen besser beantworten können.

Herr Christian Vifian (SP): Dein Votum darf nicht so im Raum stehen bleiben, Anton Riesen. Ich habe in meinem Präsidentschaftsjahr 2004 an unserem Geschäftsreglement mitgearbeitet, und im Kapitel VI ist die Behandlung der parlamentarischen Vorstösse und Kenntnisnahme von Berichten definiert. Eine Motion ist kein Geschäft, sondern ein parlamentarischer Vorstoss und ein solcher kann, gemäss Art. 52, nur durch den Erstunterzeichnenden während der Beratung - sofern sie noch nicht abgeschlossen ist - zurückgezogen werden. Der Gemeinderat hatte demzufolge keine Möglichkeit, den Vorstoss zurückzuziehen, weil es sich nicht um ein Gemeinderatsgeschäft handelte.

Frau Barbara Mooser (FDP): Ich halte hier klar fest: Auch wenn wir den Antrag auf Abschreibung nicht gestellt hätten, wäre diese Motion von uns abgelehnt worden. Wir haben es uns heute nicht anders überlegt, sondern wir waren der Meinung, wenn die Motion abgeschrieben werden kann, sei dies richtig. Weil die Motion nun offenbar nicht abgeschrieben werden kann, müssen wir sie ablehnen, weil wir hier keine unnötigen Kosten generieren wollen, welche durch die Annahme der Motion entstanden wären - gemäss Auskunft ein Betrag von über 100'000 Franken.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Ich spreche zu einem ebenfalls unrühmlichen Kapitel: Ihr wisst alle, dass per Ende Mai der Abendbetrieb der Linie Gurten-Gartenstadt eingestellt wurde. Ich möchte hier klar festhalten, dass die Bevölkerung im Spiegel darüber sehr enttäuscht ist. Ein Brief mit über 70 Unterzeichnenden wurde für die Beibehaltung des Abendbetriebes geschrieben. Am 12. Mai fand eine Versammlung des Spiegel-Leistes statt, an welcher Gemeinderat Urs Wilk (Vorsteher PLUV) sich eine Stunde Zeit nahm, den Anwesenden die schlechte Nachricht zu überbringen und zu erklären, weshalb der Gemeinderat den Abendbetrieb nicht retten konnte. Die Anwesenden waren einerseits sehr enttäuscht über die negative Information, andererseits aber auch, weil sie den Eindruck hatten, dem Gemeinderat sei die Beibehaltung des Abendbetriebes kein wichtiges Anliegen. Ich habe eine Frage: Wie beabsichtigt der Gemeinderat, auf den von mir erwähnten Brief zu reagieren? Es handelt sich um ein Anliegen von Anwohnenden eines Quartiers, welche den Eindruck haben, sie würden nicht Ernst genommen. Es handelt sich auch um den öffentlichen Verkehr, zu welchem der Gemeinderat ein Bekenntnis zur Strategie Ausbau und Optimierung abgegeben hat. Die Quartierbewohnenden der Gurten-Gartenstadt befürchten - ob zu Recht oder zu Unrecht, bleibe dahin gestellt - einen weiteren Abbau „ihrer“ Buslinie. Meine weitere Frage: Was gedenkt der Gemeinderat dagegen zu tun?

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Diese Fragen sind nicht einfach zu beantworten, denn es handelt sich in der Tat um eine unbefriedigende Situation. Dieses Thema ist für die nächste Gemeinderatssitzung traktandiert, und deshalb sind wir nicht in der Lage, die Fragen heute zu beantworten.

Frau Stephanie Staub (SP): Ich habe eine Frage im Zusammenhang mit der Alterskonferenz: Vor einiger Zeit wurde uns ein Bericht der Alterskonferenz ausgehändigt. Wird dieser Bericht je einmal im Parlament diskutiert werden?

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Dieser Bericht wurde euch zur Kenntnisnahme übergeben. Das weitere Vorgehen wurde wie folgt festgelegt: Die KsF wird den Bericht prüfen und überlegen, was mit den darin enthaltenen Empfehlungen weiter geschehen soll. Ferner gilt es zu ermitteln, ob die Empfehlungen der Alterskonferenz mit dem Altersbericht des Kantons übereinstimmen. Über den gesamten Bericht im Parlament zu diskutieren, ist nicht vorgesehen.

Die Parlamentspräsidentin: Der Fussballmatch mit dem Bieler Stadtrat kommt zustande, wir bringen eine Mannschaft zusammen. Anmeldungen können noch bei der Parlamentssekretärin abgegeben werden.

Wir haben eine Einladung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen erhalten, welche am 16. September 2005 in Bern eine Tagung "Stärkere Parlamente dank ständigen Kommissionen" organisiert. Anmeldungen bitte an die Parlamentssekretärin.

Von der Agglomerationskommission des Berner Stadtrates haben alle Parlamentsgemeinden im VRB eine Einladung zu einem Workshop „Agglomerationsstrategie“ erhalten. Zusammen mit unserer Sekretärin habe ich einen Schlüssel für eine faire Verteilung des uns zugeteilten

Kontingentes von maximal 5 Personen ausgeknobelt, und nach Rücksprache mit den Fraktionen wurden Beat Deuber (SP), Niklaus Hofer (SVP), Urs Maibach (GB), Valentin Lager (CVP) und Judith Ackermann (FDP) für die Teilnahme an diesem Anlass vom 21. Oktober 2005 angemeldet.

Schluss der Sitzung 20.35 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 27. Juni 2005 19.00 bis 21.10 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Balz Christian, FDP
Bichsel Bernhard, jfk
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, parteilos
Bussard Lorenz, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Egli Claudia, SP
Giger Beat, SD
Graber Martin A., SP
Hänni Thomas, FDP
Henggi Harald, FDP
Hofer Niklaus, SVP
Krebs Daniel, SVP
Lagger Valentin, CVP
Maibach Urs, GB
Lehmann Stefan, SVP
Mader Mélanie, SP
Matter Brigitta, SD
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Pestalozzi Hans-Ulrich, GB
Rohrbach Verena, SVP
Salvisberg Ulrich, SVP
Schörlin Marlise, SP
Staub Hugo, SP
Staub Stephanie, SP
Stähli Markus, SVP
Troxler Elisabeth, SP
Vifian Christian, SP
Wyss Ursula, LdU
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Gysel Hermann, EVP
Riesen Anton, FDP
Sedlmayer Katrin, SP
Streiff Marco, EVP

Gemeinderat Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident
Berger Verena, SP
Streiff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP
Wilk Urs, FDP

Entschuldigt: Sommaruga Simonetta, SP

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
a) Kommissionsersatzwahlen	74
1. Gemeinderechnung 2004	
Genehmigung; Präsidual- und Finanzdirektion	74
2. Gemeinderechnung 2005, erste Zwischenergebnisse	
Mündliche Orientierung durch den Gemeindepräsidenten	80
3. Verwaltungsbericht 2004	
Genehmigung; alle Direktionen	82
4. Verschiedenes	88

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch zur letzten Sitzung vor der grossen Sommerpause.

Letzte Woche wurde uns ein Bericht der GPK über die Verwaltungsbesuche zugesandt. Im Gegensatz zur Praxis früherer Jahre liegt uns die Berichterstattung der GPK schriftlich vor. Er ist eine konzentrierte Form der über die Verwaltungsbesuche verfassten Protokolle. Weitere kurze Ausführungen werden uns die einzelnen GPK-Mitglieder vortragen. An dieser Stelle danke ich den GPK-Mitgliedern herzlich für ihre grosse Arbeit, denn aus eigener Erfahrung weiss ich, dass viele Stunden in diese Aufgabe investiert werden müssen.

Ebenfalls wurden uns letzte Woche vier Ersatzvorschläge für Schulkommissionsmitglieder zugestellt. Wir haben das Geschäft Kommissionsersatzwahlen nachtraktandiert.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 34 Parlamentsmitgliedern; das Parlament ist somit beschlussfähig. Nach dem Appell treffen Herr Christian Burren und Frau Marlise Schörlin ein, so dass schliesslich 36 Parlamentsmitglieder anwesend sind.

a) Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegen folgende Ersatzvorschläge vor:

- 0511 Schulkommission für die örtlich zusammengeführte Primarstufe und Sekundarstufe I Spiegel: Haarmann Jürg, Erlenweg 12, 3095 Spiegel (parteilos / Sitzanspruch FDP), anstelle von Hablützel-Liechti Ursula, Spiegel, ab 1. August 2005
- 0512 Elternvertretung in der Primarschulkommission Köniz: Ferro Karin, Mösliweg 9, 3098 Köniz (parteilos) anstelle von Weiss Markus, Köniz, ab 1. August 2005
- 0513 Schulkommission für die Sekundarstufe I (5. bis 9. Schuljahr) Wabern: Lehmann-Zbären Cornelia, Looserstrasse 3, 3084 Wabern (SP), anstelle von Jungen Therese, Wabern, ab 1. August 2005
- 0514 Primarschulkommission Liebefeld: Mäder Adrian, Liebefeldstrasse 85, 3097 Liebefeld (parteilos / Sitzanspruch SP) anstelle von Waber Markus, Liebefeld, ab 1. August 2005

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

1. Gemeinderechnung 2004

Genehmigung; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Markus Stähli (SVP; GPK-Sprecher): Die Rechnung 2004 ist Tatsache. Ich danke, als Parlaments- wie auch als GPK-Mitglied, für die Vororientierungen zur Rechnung 2004, welche vorgängig der Parlamentssitzung stattgefunden haben - detailliert, wie bisher noch nie -. Richtig ist, dass das Resultat auch ohne Neubewertungen positiv ausgefallen wäre. Anlässlich der GPK-Sitzung stellten sich einige wenige Fragen, die eventuell auch euch interessieren könnten. In der Rechnung sind bei Über- oder Unterschreitungen des Budgets auch kleinere Posten, z.B. 18 Franken, aufgeführt. Das ist eine rein buchhalterische Sache und benötigt keine Begründung.

Der Gesamtaufwand bei der Polizeiabteilung konnte unterschritten werden. Der Tennisclub Köniz hat ein Darlehen in der Höhe von 100'000 Franken für eine Platzsanierung erhalten. Hierzu ist zu sagen, dass auch der Schulsport von dieser Anlage profitiert, weil dort Kurse stattfinden können. Nicht zuletzt dafür sind funktionsfähige Anlagen notwendig. Solche Darlehen sind gesichert. Vor allem bei etwas unklaren Rechtsformen eines Schuldners, wie dies z.B. bei Vereinen der Fall sein kann, erfolgt eine grundpfändliche Sicherstellung, sofern dies - wie beim Tennisclub - möglich ist.

"Unerhältliche periodische Steuern" sind nichts anderes als Steuererlasse, die gemäss gesetzlichen Vorgaben gewährt werden. Die Kürzung der Tagespauschalen bei den Asylsu-

chenden wird vom Kanton vorgegeben, die Gemeinde hält sich an diese Vorgaben und muss dementsprechend den Gürtel enger schnallen.

Wesentlich grössere Einnahmen sind bei der Position öffentliche Beleuchtung festzustellen; und zwar nicht etwa, weil die Beleuchtung früher abgestellt oder gar nicht eingeschaltet wird, sondern weil die Dienststelle viele Arbeiten für den Kanton - an Kantonsstrassen - erledigen konnte und entsprechende Einnahmen generierte.

Bei den Kreditüberschreitungen wurde im Bereich Unterhalt bemängelt, damit werde man immer wieder konfrontiert. Unter anderem liegt der Grund darin, dass bis anhin nicht klar zwischen Wertvermehrung und Unterhalt differenziert wurde. Diese Unklarheit wird nun entflochten, und nächstes Jahr wird die Rechnung etwas anders aussehen. Die GPK hat gewünscht, dass für den Unterhalt höhere Beträge budgetiert werden, aber wenn das Parlament dies ausdrücklich verlangt, kann in diesem Bereich weder der Gemeinderat noch das Parlament Kürzungen anbringen, wenn sich solche aufdrängen, um das Endresultat des Voranschlages zu beeinflussen.

Zur Revision: Die externe Revisionsstelle PWC (PriceWaterhouseCoopers AG) verfasste einen Bericht und erfüllte ihre Aufgabe somit gemäss Pflichtenheft. Für 2004 haben wir wieder einen Zusatzbericht des Finanzinspektorates erhalten, der für die GPK sehr wichtig ist, weil darin auch zwischen den Zeilen gelesen werden kann. Mit PWC sind wir etwas zufriedener als im letzten Jahr, aber noch nicht ganz so, wie wir es gerne sein möchten. Noch einmal besten Dank an das Finanzinspektorat für seine Erläuterungen. Im Jahr 2006 wird die Erneuerungswahl der Revisionsstelle fällig, und es wird an uns sein, über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Ein kurzes Fazit: Mit der Rechnung 2004 sind wir auf Kurs, weil stets neue Aufgaben auftauchen, wird es aber immer wieder Stürme geben. Die einen Aufgaben wollen wir wahrnehmen: Neuzuziehende generieren zwar Steuereinnahmen generieren, verursachen aber auch Ausgaben. Über andere Aufgaben, wie Steuermindereinnahmen und feste Ausgaben, welche uns von Kanton oder Bund auferlegt werden, freuen wir uns nicht unbedingt. Ich stelle fest, dass wir einen Steuermann brauchen, der das Steuer fest in der Hand hält und unser Gemeindefschiff so navigiert, dass bei auftauchendem Sturm frühzeitig reagiert werden kann, um in der nächsten Zeit die Finanzen im Griff zu haben.

Herr Harald Henggi (FDP): Wie jedes Jahr zur Jahresmitte nehmen wir von der Rechnung des Vorjahres Kenntnis. Passend dazu ein Bericht der "NZZ" mit dem Titel "Jede Gemeinde und jedes Jahr ein Sonderfall". Meistens geht es dabei um die Erklärung von unvorhergesehenen Abweichungen zum Budget. Vor allem zwei Punkte sind anders als im letzten Jahr: Erstens bin ich auf das Traktandum 2 "Gemeinderechnung 2005, erste Zwischenergebnisse" gespannt und muss nicht fordern, dass Mitte Jahr etwas über die Rechnung des laufenden Jahres erklärt wird. Soweit die Vorschusslorbeeren fürs nächste Traktandum. Zweitens steht der GPK dieses Jahr wieder ein Erläuterungsbericht des Finanzinspektorates zur Verfügung, wofür ich danke. Wie bereits erwähnt wurde, kann die Zusammenarbeit zwischen interner und externer Revisionsstelle durchaus noch optimiert werden.

Die Gründe für den besseren Rechnungsabschluss gegenüber dem Voranschlag in der Höhe von knapp 1,3 Millionen Franken sind im Kommentar ausführlich erläutert und betreffen vor allem die Ertragsseite, was einmal mehr zeigt, dass die Aufwandseite besser geplant und im Griff gehalten werden kann. Die FDP-Fraktion verzichtet auch dieses Jahr auf eine Konten- und Detaildiskussion; wir halten fest, dass der Bilanzfehlbetrag in der Höhe von 7,8 Millionen Franken bis Ende 2008 abzutragen ist und hiezu noch einige Hausaufgaben zu erledigen sind. Der Gemeinderat will sich mit einer neuen Finanzstrategie mehr Raum schaffen. Ich weise darauf hin, dass mit der Ansiedelung von neuen Firmen auch neue Steuerzahler in Form von natürlichen Personen in der Gemeinde wohnen werden. Die Steuerbelastung gehört zu einem Gesamtpaket, das für Neuzuziehende attraktiv sein muss. Wir werden deshalb die künftige Entwicklung genau im Auge behalten und uns zu gegebener Zeit melden. Die FDP-Fraktion unterstützt den Beschlussesentwurf des Gemeinderates voll und ganz.

Ich ergänze noch: Die Könizer Finanzsituation kann noch anders beleuchtet werden: Die Rechnung 2004 ist in den Kredit-Research der Zürcher Kantonalbank vom Mai 2005 eingeflossen. Erstmals wurde die "Stadt" Köniz - es werden Städte mit mehr als 30'000 Einwohnern berücksichtigt - in die Bonitätsbeurteilung aufgenommen. Wir sehen, dass Köniz mit einem

AA- recht gut dasteht und dasselbe Rating wie z.B. Bern und Biel hat. Die beste Stadt im Kanton Bern ist diesbezüglich Thun, schweizweit besser sind Aarau, Uster, Zürich und Lugano. Müssten wir öffentliche Anleihen aufnehmen, würden wir gut dastehen. Die Studie ist interessant und zeigt auf, dass wir initiativ sein und etwas für Köniz tun müssen.

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich nehme vorweg, dass die CVP/EVP/LdU-Fraktion der Rechnung 2004 zustimmen und die Nachkredite bewilligen wird. Wir haben die Rechnung 2004 eingehend studiert und diskutiert und möchten dankend die Präsentation von Ende Mai erwähnen, an welcher sie den Parlamentsmitgliedern verständlich und übersichtlich näher gebracht wurde.

Ich gehe auf einige Punkte näher ein: 2004 ist es gelungen, rund 1,5 Millionen Franken des Bilanzfehlbetrages abzubauen, das ist gut und trägt dazu bei, dass der Abbau wahrscheinlich innerhalb der vom Kanton geforderten acht Jahre vollzogen werden kann. Das gute Ergebnis konnte allerdings nur erreicht werden, weil die Gemeinde einen Teil ihres "Tafelsilbers" verscherbelte. Der Verkauf des Dreispitzareals bringt momentan jährlich 5 Millionen Franken ein, und durch den Übertrag von zwei Liegenschaften ins Finanzvermögen konnte die Rechnung ebenfalls verbessert werden. Fazit: Der Bilanzfehlbetrag kann so einfacher abgebaut werden, als mit effektiven Einsparungen, doch mahnen uns „ausserordentliche Erträge“ zugleich zur Vorsicht vor unnötigen Ausgaben.

Betrachten wir die Finanzkennzahlen, kommen wir zum gleichen Schluss: Diese sind momentan zufriedenstellend, um so mehr, als wir aus einer intensiven Investierungs- hinaus in eine Konsolidierungsphase gehen. Etwas Formelles: Herr Seewer hat uns anlässlich seines Referates im Mai erklärt, eine Gemeinde solle ihre Finanzplanung zweimal im Jahr rollend anpassen. In diesem Sinne waren wir etwas überrascht, als wir auf Seite 33 der Rechnung die Finanzplanung vom 8. September 2004 fanden. Wir danken dem Gemeinderat, wenn er die rollende Planung in Zukunft gemäss Aussage von Herrn Seewer zweimal jährlich anpasst und publiziert.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Gemeinde Köniz hat den Turnaround wahrscheinlich geschafft und blickt in eine bessere Zukunft, vorausgesetzt, wir lassen uns nicht blenden und werden nicht übermütig. In diesem Sinne unterstützen wir den Gemeinderat in seinem Ansinnen, sich noch nicht von eventuellen weiteren Steuereinnahmen eines grösseren Unternehmens im Telekommunikationssektor blenden zu lassen. Wir müssen uns weiterhin bei jedem Geschäft fragen, ob diese Ausgabe wirklich notwendig ist; Wünsche aus dem Bereich "nice to have" liegen momentan ganz sicher nicht drin. Die CVP/EVP/LdU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Beschlussesentwurf zu.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Auch die SP/JUSO-Fraktion ist mit der Rechnung 2004 zufrieden und wird dem Beschlussesentwurf zustimmen. Der Abschluss zeigt auf, dass der eingeschlagene Weg des Steuermanns und seiner Crew richtig ist. Der Bilanzfehlbetrag wird weiter abgebaut, und das Ziel des vollständigen Abbaus bis 2008 ist realistisch. Der Sach- und der Personalaufwand sind 2004 nicht gestiegen, und die Investitionen werden weiterhin auf tiefem Niveau gehalten. Sorgen macht uns der Einbruch - 4 Prozent weniger - bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen, welche den Grossteil unserer Steuereinnahmen ausmachen - 39 Prozent - und somit eine sehr wichtige Einnahmequelle sind. Deshalb ist die Strategie der Exekutive richtig, mit neuen Überbauungen im Zentrum - Dreispitz, Neumatt, Rappentöri - zusätzliche Steuerzahlende zu gewinnen. Erfreulich ist, dass bei den juristischen Personen die Steuereinnahmen um 1 Prozent gestiegen sind; die Bemühungen des Gemeinderates, neue Firmen für die Gemeinde Köniz zu gewinnen, zeigen bereits erste Erfolge, schon bevor Swisscom-Mobile in unsere Gemeinde zieht.

Finanzpolitik ist langfristige Politik und kein Jo-Jo-Spiel. Das gute Ergebnis und der Zuzug der finanzkräftigen Firma Swisscom-Mobile dürfen nicht dazu verleiten, bereits jetzt von Steuerensenkungen zu sprechen. Um den Bilanzfehlbetrag abzubauen, mussten sehr wichtige Projekte zurückgestellt und die Investitionen heruntergefahren werden. Unsere Gemeinde benötigt aber finanziellen Handlungsspielraum, damit jene Investitionen möglich werden, die zu einer attraktiven Gemeinde beitragen. Gerade im sozialen Bereich stehen wichtige Projekte an, z.B. der Ausbau der Schulsozialarbeit oder die Erhöhung der Betreuungsstunden bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, wo gerade ein Aufnahmestopp verfügt werden musste. Wir befinden uns hier zwar in guter Gesellschaft; das hilft aber keiner einzigen Familie weiter.

Die Attraktivität des Standortes Köniz hängt nicht nur von einem tiefen und stabilen Steuersatz ab, sondern von vielen anderen Faktoren, auch von Dienstleistungen im sozialen Bereich zu Gunsten der Bevölkerung. In diesem Sinne stimmt die SP/JUSO-Fraktion dem Rechnungsergebnis 2004 zu.

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die ausgeglichene Rechnung. Es ist erfreulich, dass die Rechnung wesentlich besser als budgetiert ausfällt. Das gute Ergebnis ist jedoch nur dank ausserordentlichen Erträgen in der Höhe von 7,3 Millionen möglich, ohne sie wäre der Bilanzfehlbetrag um fast 6 Millionen Franken gestiegen. Auch mir liegt der Satz betreffend Verscherbeltung des Tafelsilbers auf der Zunge, ich wiederhole ihn jetzt nicht. Ausserordentliche Erträge und Aufwertungen sind irgendwann einmal ausgeschöpft; was ist dann? Aus diesem Grund ist es auch wichtig und richtig, dass die Ausgabenstrategie - Verzichtsplanning - vom Gemeinderat an die Hand genommen wird. Es heisst, Kurs halten, damit auch in Zukunft Spielraum vorhanden ist. Die SVP-Fraktion stimmt allen Anträgen des Gemeinderates einstimmig zu.

Herr Hans-Ulrich Pestalozzi (GB): Auch das Grüne Bündnis stimmt der Rechnung 2004 zu, und auch wir sind froh, dass der Bilanzfehlbetrag um 1,5 Millionen Franken reduziert werden konnte. Das gibt uns wieder Spielraum für künftige Generationen. Die Verscherbeltung des Tafelsilbers wurde bereits mehrmals erwähnt, und zu diesem Thema habe ich auf Seite 33 gesehen, dass in der Finanzplanung noch einmal 3 Millionen Franken *diverse Landgeschäfte* aufgeführt sind, um den Bilanzfehlbetrag bis ins Jahr 2009 ganz abzutragen. Soweit ich das verstehe, kann der Bilanzfehlbetrag nur dank diesem Ertrag abgetragen werden und hiezu haben wir einige Fragen. Was sind das für Landgeschäfte? Soll - um defizitfrei zu werden - noch mehr Tafelsilber verscherbelt werden? Wir vom Grünen Bündnis sind klar der Meinung, dass gemeindeeigenes Land in Zukunft nur noch im Baurecht abgegeben werden darf, damit für künftige Generationen noch Handlungsspielraum vorhanden ist.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die positive Aufnahme des Rechnungsergebnisses 2004 und auch für die positiven Rückmeldungen auf gewisse Massnahmen, welche ich veranlasst habe, die Veranstaltung vom 30. Mai 2005 wie auch die Orientierung der Delegation der GPK. Mein Fazit aus allen gehörten Voten: Diese decken sich weitgehend mit der Einschätzung des Gemeinderates, und ich erlaube mir - weil das Dossier Finanzen sehr wichtig ist - die Beurteilung des Gemeinderats über das Rechnungsergebnis 2004 in seinen wesentlichen Konturen noch einmal festzuhalten:

Richtig ist, dass das Rechnungsergebnis unter anderem dank einmaligen ausserordentlichen Erträgen verbessert werden konnte; anstatt Abschreibungen in der Höhe von 300'000 Franken, konnten solche in der Höhe von 1,56 Millionen gemacht werden. Beim Personalaufwand wurde eine Punktlandung möglich, wir liegen 0,16 Prozent oder 62'000 Franken besser als budgetiert, ein Indiz dafür, dass wir den Personalaufwand im Griff haben. Beim Sachaufwand liegt das Ergebnis 3,4 Prozent oder 790'000 Franken über dem Budget. Ich habe an der Präsentation vom 30. Mai im Detail erläutert, dass wir entsprechend mehr Erträge auf der Einnahmenseite in der Kontengruppe 43 Entgelt buchen konnten. Somit kann auch hier festgehalten werden: Die Entwicklung des Sachaufwandes verläuft in kontrollierten Bahnen. Negative Überraschungen bereitete uns die Kontengruppe 35; dieser Bereich enthält nicht beeinflussbare Beiträge, die eine Verschlechterung um 1,5 Millionen Franken ausmachten. Das ist vor allem im Bereich Finanzhaushaltsfonds des Kantons passiert und bei der Sozialhilfe, wo erhebliche Kostensteigerungen zu verzeichnen sind. Unerwartet schlecht haben auch die Steuereinnahmen abgeschlossen, vor allem bei den natürlichen Personen. Teilweise konnte dies durch höhere Gewinn- und Kapitalsteuern bei den juristischen Personen - was erfreulich ist - aufgefangen werden. Somit resultierte in diesem Bereich eine Steuereinnahmeneinbusse in der Höhe von 4,2 Millionen. Als erfreuliche Komponente konnte davon Kenntnis genommen werden, dass bei den Vermögenserträgen und Entgelten Mehreinnahmen in der Höhe von 3,9 bzw. 3,7 Millionen erzielt werden konnten. Das ist zum Teil auf unsere Politik zurückzuführen und hat letztlich einen wesentlichen Beitrag zum positiven Rechnungsergebnis erbracht.

Zusammengefasst: Wir sind weiterhin auf Kurs - das wurde auch von euch so festgehalten - bei der Konsolidierung des Finanzhaushaltes, und der Abbau des Bilanzfehlbetrages schreitet voran. Wir konnten sogar etwas Rückstand aufholen, und positiv stimmt uns für die Zukunft, dass der Selbstfinanzierungsgrad seit zwei Jahren 100 Prozent und mehr beträgt. Der Selbst-

finanzierungsanteil steigt und - auch das ist sehr positiv - der Zinsbelastungs- und Kapitaldienstanteil sinkt. Diese vier Kennzahlen sind ganz wichtige Steuerungsgrössen, und ich versichere euch, dass diese für mich immer relevant sein werden. Positiv für die Zukunft ist auch, dass als Folge der reduzierten Investitionsausgaben in den letzten drei Jahren das Vermögen steigt und die Netto- und Bruttoverschuldung absolut und pro Kopf unserer Bevölkerung leicht rückläufig sind. Das ist gut, denn wir haben eine immer noch hohe Vermögensmasse in den Aktiven, aber auch relativ viel Fremdkapital, das uns zur Zeit noch nicht, "beisst", weil die Zinsen tief sind; dieser Zustand wird jedoch nicht ewig andauern. Vergleicht man die Ausgaben pro Einwohner unter den sechs grössten Städten im Kanton Bern, stehen wir mit dem Betrag von rund 4'660 Franken pro Kopf am besten da. Das ist ein Indiz dafür - mehr aber nicht - dass, im Vergleich mit den sechs grössten Städten des Kantons, unser Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung nicht überdimensioniert ist und wir effizient arbeiten. Wichtig scheint mir die Erkenntnis - die vom Gemeinderat geteilt wird -, dass der Weg zur Konsolidierung zwingend über eine vorübergehende Drosselung der Investitionen gehen muss, weil wir in diesem Bereich, das zeigt der Vergleich mit den sechs grössten Städten des Kantons auch, pro Kopf am meisten ausgeben, auch im Rechnungsjahr 2004 mit reduziertem Investitionsvolumen. Allerdings - das will ich einräumen - muss die Entwicklung unserer Gemeinde wirklich als Ganzes im Auge behalten und nicht einfach nur bei den Investitionen gedrosselt werden. Investitionen können wichtig für die Entwicklung der Gemeinde sein, auch das sieht der Gemeinderat ein und wird diesbezüglich im Rahmen der Finanzstrategie versuchen aufzuzeigen, dass rigoros Prioritäten gesetzt werden müssen. Es ist nicht nur die gemeinderätliche Auffassung, bei den Investitionen in jedem Fall und immer auf die Bremse zu stehen, sondern hier muss eine differenzierte Politik betrieben werden.

Sorgen auf dem Weg der Konsolidierung bereiten uns die Steigerungsraten bei den Transferzahlungen an Bund, Kanton und Gemeinden, die zu einem grossen Teil nicht beeinflussbar sind. Diesen Einflüssen sind wir ausgesetzt, und ich kann nicht dasselbe Bild aufzeichnen wie mein Vorgänger vor einem Jahr, weil sich die Situation im Bereich der Transferzahlungen noch nicht in dem Ausmass beruhigt hat wie von ihm vorausgesehen. Dasselbe gilt für die Steuererträge, denn mein Vorgänger war positiver gestimmt, als es das Rechnungsergebnis 2004 aufzeigt. Trotzdem gehen wir davon aus, dass auf der Basis der neuen Finanzstrategie, an welcher wir zur Zeit arbeiten, und mit der bisher gehandhabten Disziplin der Abbau des Bilanzfehlbetrages bis Ende 2008 erreicht wird.

Ich picke noch zwei Details aus euren Voten heraus: Erstens habe ich gehört, Valentin Lager, dass der Gemeinderat der Empfehlung von Herrn Seewer folgen und zweimal pro Jahr den Finanzplan à jour bringen soll. Das wird von mir zusammen mit der Finanzabteilung geprüft. Zweitens, Hans-Ulrich Pestalozzi: Bei den diversen Landverkäufen, die 2008 im Finanzplan enthalten sind, handelt es sich um verschiedene Terrains, bei welchen die Gemeinde zur Zeit daran ist, sie baureif vorzubereiten und einer Entwicklung durch Überbauungen zuzuführen. Ich gebe dir insofern Recht, als auch ich klarer Verfechter der Politik bin, Land im Baurecht abzugeben. Wir müssen aber das Sanierungsziel innerhalb der vom Gemeindegesetz vorgegebenen Frist erreichen, und wenn es nicht anders geht, werden wir unter Umständen gezwungen sein, das eine oder andere der Terrains, die jetzt marktfähig gemacht werden, im Eigentum abzugeben. Ich möchte dies wenn immer möglich verhindern, denn auch mir und dem Gemeinderat ist klar, dass es besser ist, Land im Baurecht abzugeben. Im Übrigen hatte ich den Eindruck, dass sich eure Beurteilung des Rechnungsergebnisses weitgehend mit jener des Gemeinderates deckt.

Detailberatung

Die Parlamentspräsidentin: Ich schlage vor, auftauchende Fragen sofort durch die zuständigen Verantwortlichen beantworten zu lassen.

Seiten 1 bis 11, Vorbericht

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich habe eine Frage zu Seite 5, 46 Beiträge: Jeder von uns hat sein Rucksäcklein zu tragen, ich jenes betreffend Asylverfahren. Aus diesem Grund ist mir aufgestossen, dass die Gemeinde anscheinend Gewinn macht und dies wie folgt analysiert: "Entsprechend wurde der Bundesbeitrag gekürzt." Da Subventionen des Bundes, welche an den Kanton fliessen, über meinen Tisch gehen, sollte ich - so scheint die Meinung zu lauten - von allen Gemeinden wissen, ob sie Gewinn erzielen oder nicht und könnte dementsprechend

daran "schrauben". Weil es sich aber um ein paar Hundert Gemeinden handelt, welche Asylsuchende unterbringen und betreuen, stimmt diese These nicht. Nennen wir das Kind beim Namen: Wenn jemand daran "herumschraubt", ist es der Kanton. Ich kann euch lediglich sagen, dass von 2003 auf 2004 die Unterstützungs-, Unterbringungs- und Krankenkassenpauschale, die Beiträge an das Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramm um 1,5 Prozent erhöht wurden und von 2004 auf 2005 nochmals um 1,9 Prozent.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Wir wollten mit dieser Feststellung sicher niemandem etwas unterstellen, und mir ist klar, dass du, Ignaz, die Situation bestens kennst. Zum Gewinnausweis auf Gemeindeebene: Dir ist sicher klar, wieviel Geld wir mit der Tages- und Unterbringungspauschale erhalten, und dass diese vom Kanton an die Gemeinden gekürzt wurden, ist dir auch bekannt. Folgedessen: Wenn wir hier noch Gewinn ausweisen können, dann deshalb, weil wir unser PAG optimal bewirtschaftet haben, aber es wird immer enger, und zwar wegen der Kürzungen des Kantons zu Lasten der Gemeinden.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Auf Seite 11 stellt sich mir im Beschlussesentwurf, Punkt 5 2. d) Übrige Abschreibungen, Kehrlichfahrzeuge, eine Frage: Ich möchte gerne wissen, weshalb das Parlament einen Nachkredit für eine Abschreibung bewilligen muss.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Diese Abschreibung betrifft die Spezialfinanzierung Abfall. Wenn immer möglich, werden Kehrlichfahrzeuge gekauft und gleich abgeschrieben. Das ist ein idealer Zustand, weil diese Fahrzeuge einem hohen Verschleiss unterliegen und in relativ kurzer Zeit wieder ersetzt werden müssen.

Seiten 116 bis 123, Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Hans-Ueli Pestalozzi (GB): Mir ist auf Seite 117 die Rubrik 217 Friedhofverwaltung, Aufwand in der Höhe von rund 1,2 Millionen Franken aufgefallen, der im Verwaltungsbericht dahingehend begründet wird, dass die Friedhöfe zuweilen Anlass zu persönlicher Besinnung geben und dies den finanziellen Aufwand rechtfertige. Ich finde Besinnung an und für sich sehr gut, frage mich aber, ob uns dies wirklich 1,2 Millionen Franken wert sein soll. Die Ausgaben für Kultur bewegen sich in einem etwa gleichen Rahmen. Wir vom Grünen Bündnis werden für diesen Punkt in der nächsten Budgetdebatte eine Korrektur fordern.

Einstimmig bzw. mit grossem Mehr (Ziffer 2d) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. Das Parlament nimmt Kenntnis

- a) von der Rechnung 2004, die vor Abschreibung des Bilanzfehlbetrages mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'589'085.78 abschliesst.**
- b) von der gesetzlichen Pflicht, dass ein Ertragsüberschuss zur Abschreibung des vorhandenen Bilanzfehlbetrages verwendet werden muss.**

2. Das Parlament

- a) beschliesst den Übertrag der Liegenschaften Sonnenweg 17 und Könizstrasse 295 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen.**
- b) genehmigt das Rechnungsergebnis 2004, welches bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 179'765'598.57 ausgeglichen abschliesst.**
- c) genehmigt die per 31. Dezember 2004 mit Aktiven und Passiven von je Fr. 240'154'963.70 abschliessende Bestandesrechnung.**
- d) bewilligt folgende Nachkredite für das Rechnungsjahr 2004**

Konto Nr.	Bezeichnung	Betrag in Fr.
172.332.00	Übrige Abschreibungen	300'000.00
173.332.76	Übrige Abschreibungen Kehrlichfahrzeuge	255'265.45
385.314.14/70	Baul. Unterhalt und kleinere Erneuerungen der Schulanlagen und Gebäude durch Dritte	254'360.15
520.314.71/72	Baul. Unterhalt der Leitungen, Pumpwerke und Reservoirs durch Dritte	287'083.40
	Total	1'096'709.00

2. Gemeinderechnung 2005, erste Zwischenergebnisse

Mündliche Orientierung durch den Gemeindepräsidenten

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich orientiere euch auf Wunsch der Parlamentspräsidentin und weil dies von verschiedenen Parlamentsmitgliedern bereits früher gewünscht wurde. Die Hochrechnung basiert einerseits auf den effektiv per 23. Juni 2005 vorgenommenen Buchungen der Ausgaben, andererseits aber auch auf Annahmen und Vorhersagen. Würde man nur die gebuchten Aufwendungen berücksichtigen, entstünde ein ganz falsches Bild des Zwischenabschlusses, das Resultat wäre trügerisch. Ich gebe euch zwei Beispiele dafür: Beim Sachaufwand sind 23,8 Millionen Franken budgetiert, ausgegeben haben wir im ersten Halbjahr lediglich 30,85 Prozent, d.h. das Bild wäre allzu optimistisch. Erfahrungsgemäss - das zeigt der Blick auf andere Jahre - werden in der Regel im zweiten Halbjahr auf sehr vielen Konten Ausgaben getätigt. Wir sind mit unserer Hochrechnung vorsichtig und nehmen an, dass die budgetierten 23,8 Millionen Franken beim Sachaufwand auch dieses Jahr benötigt werden. Das zweite Beispiel sind die Investitionen mit netto budgetieren 13,6 Millionen Franken; effektiv ausgegeben sind bis Mitte Jahr aber lediglich 14 Prozent oder 1,9 Millionen Franken. Auch hier zeigt der Blick in die Vergangenheit, dass es falsch wäre, die sehr bescheidene Quote als Grundlage für das ganze Jahr zu nehmen. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass im ersten Halbjahr in der Regel zunächst Rückstellungen, welche Ende des letzten Jahres für angefangene Arbeiten gebildet wurden, aufgebraucht werden und in der zweiten Jahreshälfte die Investitionsfaktoren noch stark ansteigen werden. Soweit meine einleitenden Bemerkungen; diesen könnt ihr entnehmen, dass es angesichts des geringen Realisierungsgrades der budgetierten Ausgaben weiterhin eine Hochrechnung ist und ich deutliche Vorbehalte machen muss.

Gemäss der Hochrechnung wird die Rechnung 2005 ausgeglichen abschliessen, bei allerdings lediglich 47'000 Franken, die vom Bilanzfehlbetrag abgeschrieben werden können. Budgetiert wäre jedoch, den Bilanzfehlbetrag mit 1,158 Millionen Franken abzuschreiben. Somit wird gemäss Hochrechnung das Rechnungsergebnis 2005 mit 1,111 Millionen Franken schlechter ausfallen als budgetiert. Ich gehe die grossen Positionen durch, um euch dieses Ergebnis genauer erläutern zu können:

Beim Personalaufwand haben wir Mitte Jahr mit dem Anteil 13. Monatslohn 50,39 Prozent des Budgets gebucht. Das führt zu einer Budgetüberschreitung von 347'000 Franken; diese Überschreitung ist der Hochrechnung zu Grunde gelegt, aber ich weise darauf hin, dass sich Mitte letzten Jahres dasselbe Phänomen zeigte, wir Ende Jahr aber die heute von mir bereits beschriebene Punktlandung mit einer leichten Verbesserung um 62'000 Franken gegenüber dem Budget hatten. Ich bin an sich zuversichtlich, dass wir entsprechende Korrekturen haben werden; erste Analysen zeigen dies bereits, denn gewisse fixe Entschädigungen werden in aller Regel im ersten Halbjahr ausbezahlt.

Beim Sachaufwand haben wir, wie bereits erwähnt, 30,85 Prozent gebucht und gehen davon aus, dass bis Ende Jahr - gestützt auf Erfahrungen - der budgetierte Sachaufwand von 23,8 Millionen Franken ausgegeben wird.

Bei den Passivzinsen haben uns die günstige Zinsentwicklung und die Möglichkeit, gewisse Darlehen zu besseren Konditionen zu konvertieren, erlaubt, bei der Hochrechnung anzunehmen, dass wir 125'000 Franken weniger ausgeben werden, anstatt 6,678 Millionen Franken 6,553 Millionen Franken. Gebucht sind hier vorläufig lediglich 5 Prozent des Aufwandes.

Bei den Abschreibungen gehen wir - wie bereits ausgeführt - bei den Investitionen davon aus, dass alle wie budgetiert ausgeführt werden können, was zu entsprechenden Abschreibungen führt. Bei den Entschädigungen rechnen wir mit einem Mehraufwand von rund 550'000 Franken, was darauf zurückzuführen ist, dass der Gemeindeanteil am Lastenausgleich der Sozialhilfe und die Beiträge an die Lehrerbessoldungen höher ausfallen werden. Hier wissen wir genug, um die rund 550'000 Franken Mehrausgaben zusätzlich einzurechnen. Wir rechnen in dieser Kontengruppe mit Gesamtaufwendungen in der Höhe von 28,4 Millionen Franken. In weiten Teilen der Entschädigungen können wir noch nicht abschliessend beurteilen, wo wir landen werden.

Bei den Beiträgen - auch eine wichtige Kontengruppe - rechnen wir einem Mehraufwand von rund 70'000 Franken. Das ist bei budgetierten 58 Millionen Franken eine kleine Differenz, die darauf zurückzuführen ist, dass wir zu zahlreichen Positionen dieser Kontengruppe, bei den

Gemeindeanteilen AHV, IV und EL die Abrechnung erhalten haben, welche per Saldo mit 70'000 Franken besser abschliesst.

Bei den Einlagen in Spezialfinanzierungen, interne Verrechnungen, haben wir für die Hochrechnung das Budget zu Grunde gelegt.

Somit komme ich zu den Erträgen. Bei den Steuereinnahmen zeigt das Bild der ersten Steuerquote, dass kein Trend zu steuerlichen Mehreinnahmen herrscht. Dem Vorsichtsprinzip folgend, haben wir deshalb noch nicht zuviel interpretiert, denn namentlich bei guten Steuerzahlern ist die Steuererklärung noch nicht Basis für die erste Steuerquote, weil sie etwas später eingereicht wird. Wir können aus dem Ergebnis der ersten Steuerquote nicht ableiten, dass mehr Steuereinnahmen generiert werden können; wir nehmen an, die budgetierten Erträge zu erreichen, was vielleicht etwas optimistisch ist. Bei den Sonderveranlagungen haben wir eine Reduktion von 0,4 Millionen Franken berücksichtigt, weil Ende 2004 ein Grossratsbeschluss gefasst wurde, der die Situation vermutlich um diesen Betrag verschlechtern wird. Die Veränderung im Steuergesetz zeigt bereits Wirkung im Jahr 2005.

Alle anderen Einnahmeprognosen basieren Mitte Jahr im Grossen und Ganzen noch auf dem Budget 2005. Ich versuche ein Fazit aus dem heute Präsentierten zu ziehen: Wir werden gemäss Hochrechnung mit einem Ergebnis abschliessen, das um rund 1,1 Millionen schlechter ist und 0,3 Prozent neben dem Budget liegt, also weniger als 1 Prozent. Die Hochrechnung basiert zu grossen Teilen auf noch unsicheren Grundlagen, und es gibt zahlreiche Effekte, die das Ergebnis bis Ende Jahr beeinflussen können. Die effektive Rechnung kann deshalb schlechter oder besser ausfallen als die Hochrechnung. Bisher konnten aber, abgesehen von den bereits beschriebenen Veränderungen, welche ich nicht als erheblich bezeichne, keine gravierenden Ergebnisverschlechterungen oder gar -verbesserungen registriert werden. Das war mein kurzer mündlicher Bericht zu dieser Hochrechnung. Wir haben uns intensiv bemüht, etwas Aussagekräftiges zu präsentieren. Ich verhehle nicht, dass ich mir Mitte Jahr eine sicherere Hochrechnung gewünscht hätte, aber das ist - ich musste dies zur Kenntnis nehmen - im öffentlichen Haushalt so; ganz anders als in vielen KMU, wo Aufwand und Ertrag fortlaufend im Auge behalten und beurteilt werden können. Ich hoffe jedoch, die Zwischenorientierung sei brauchbar und bin gespannt, was ihr daraus machen werdet und auf eure Beurteilung. Wir werden sicher in der GPK Gelegenheit haben, darüber vertieft zu diskutieren, und ich bin offen für eure Wünsche.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich stelle eine Frage zu den Einnahmen: Du hast gesagt, Luc Mentha, ihr geht vom Budget aus und die Steuereinnahmen bleiben gleich. Gleichzeitig hast du aber erklärt, diese Annahme sei etwas optimistisch, also geht ihr von einer rückläufigen Entwicklung aus. Habe ich das richtig interpretiert?

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Das Budget geht davon aus, dass wir höhere Steuererträge generieren werden als im Vorjahr; das Ergebnis der ersten Rate zeigt jedoch, dass dem nicht so ist. Vielleicht retten uns aber die juristischen Personen, und vielleicht gibt es gewisse Effekte, die wir bei der Analyse des Rechnungsergebnisses 2004 zu erkennen geglaubt haben, einmalige Sachen, die dieses Jahr nicht eintreten werden. Das sehen wir heute aber noch zu wenig, und deshalb habe ich etwas optimistisch angenommen, dass wir den budgetierten Steuerertrag erreichen werden. Ist dem nicht so, sieht die Rechnung entsprechend schlechter aus.

Herr Harald Henggi (FDP): Luc Mentha, ich danke dir herzlich für dein Votum, denn die Forderung nach einem Zwischenbericht habe ich in den letzten fünf Jahren immer wieder gestellt. Ich weiss auch, dass es im öffentlichen Haushalt schwieriger ist als sonst in einer Firma, Mitte Jahr sichere Zahlen aufzuzeigen. Eine Hochrechnung ist und bleibt eine Hochrechnung, mit allen Vorbehalten; eine Schätzung auf Ende Jahr, nicht mehr und nicht weniger. Wir haben nun diese Hochrechnung per Mitte Jahr, vielleicht kann uns im Herbst ein neuer Zwischenbericht vorgelegt werden, damit wir während des Jahres ungefähr darüber im Bild sind, wohin das Schiff fährt.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ihr könnt davon ausgehen, dass wir bei der Budgetpräsentation die Zahlen der Rechnung 2005 à jour bringen werden.

3. Verwaltungsbericht 2004

Genehmigung; alle Direktionen

Die Parlamentspräsidentin: Eintreten ist bei diesem Geschäft obligatorisch. Wir behandeln den Bericht kapitelweise, ab Kapitel V werden die jeweiligen GPK-Sprechenden ihre Beurteilung abgeben. Fragen können direkt nach jedem Bericht gestellt werden. Die Broschüre Köniz in Zahlen und das Stellenverzeichnis behandeln wir zum Schluss. Falls im Verwaltungsbericht Fragen auftauchen, die im Zusammenhang mit diesen beiden Berichten stehen, ist eine Mischung selbstverständlich möglich.

Präsidial- und Finanzdirektion

Her Markus Stähli (GPK-Sprecher): Ihr habt die Unterlagen schriftlich erhalten, und deshalb soll meine Erläuterung kurz sein. Im letzten Jahr waren der Umzug ins neue Gemeindehaus Bläuacker und der Wechsel vom Gemeindeschreiber zur Gemeindeschreiberin die wichtigsten Ereignisse. Ebenfalls musste die Leitung des Rechtsdienstes neu besetzt werden, was mit Kosten für eine externe Beurteilung der Bewerbungen verbunden war, die aber im Rahmen blieben. Weil Kaderstellen nicht oft besetzt werden müssen, liess man sich in dieser Hinsicht beraten. Aufgefallen sind Mobiliarkosten in der Höhe von 10'000 Franken, an und für sich wenig, aber es wurden noch weitere Ausgaben - immerhin im üblichen Rahmen - in Aussicht gestellt. Dies sollte beim gesamten Sachaufwand nicht zu Mehrausgaben führen, wird doch versucht, die Mehrausgaben für Mobiliar mit anderen Aufwendungen zu kompensieren.

Die Anschlussbereitschaft ans Informatikzentrum Köniz-Muri ist zurückgegangen, und die GPK erkundigte sich, weshalb dies so sei. Zum Jahrtausendwechsel wurde überall neue Software angeschafft, und nun herrscht einigermassen Stillstand. Das IZ will nicht noch mehr expandieren, weil Expansion immer auch mit Kosten verbunden ist. Die Hotline wird jeden Tag von 07.30 bis 17.30 Uhr bedient.

Personalabteilung: Was passiert betreffend Frühpensionierung? Uns wurde versprochen, dass uns noch 2005 eine neue Vorlage präsentiert wird, damit die Frühpensionierung per 1. Januar 2006 in Kraft treten kann.

Liegenschaftsverwaltung: Der Rückgang der Schlichtungsverhandlungen des Mietamtes führt nicht unbedingt zu weniger Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden, denn die Haupttätigkeiten des Mietamtes sind Beratungen und inoffizielle Schlichtungen. Die Verkaufsbemühungen für die Liegenschaft Feldackerstrasse 58, Oberwangen, führten bis jetzt zu keinem Erfolg. Der Gemeinderat hat - wie zu lesen ist - ein Immobilienbüro beauftragt, den Verkauf voranzutreiben.

Finanzabteilung: Diese Abteilung ist für die Gemeindeverwaltung sehr wichtig, aber gerade hier wurden 400 Stellenprozent abgeschafft, indem Abgänge nicht ersetzt wurden. Weshalb funktioniert die Abteilung trotzdem? Durch Einsparungen wegen der EDV und mit einem gut ausgebildeten und erfahrenen Team war einiges möglich, die Finanzabteilung läuft aber "auf dem letzten Zacken", und wenn sie neue Aufgaben zu übernehmen hat, müssen Stellenprozent wieder aktiviert werden.

Was bedeutet die Zunahme der Steuererlassgesuche um 50 Prozent? Die Zahlen zum Vorjahr sind nur bedingt vergleichbar, denn die Gesuche werden neu vom Kanton beurteilt.

Das Finanzinspektorat hat mit seinem Erläuterungsbericht zur Rechnungsprüfung sehr gute Arbeit geleistet. Festzuhalten ist, dass die Wirtschaftlichkeit der Abfallentsorgung überprüft wird.

Zuletzt danken wir speziell den direkt betroffenen Personen für die zusätzliche Arbeit, die sie wegen der personellen Wechsel von Gemeindepräsident, Gemeindeschreiber, Leitung Rechtsdienst und Sekretariat Gemeindepräsidium/Gemeindeschreiber zu leisten hatten.

Herr Martin Graber (SP): Die Gemeinde Köniz verfügt über gutes Personal. Insgesamt arbeiten 398 Personen (3'220 Stellenprozent) für die Gemeinde. Die Stadt Bern schuf in den letzten drei Jahren 255 neue Stellen, zum Teil eine Folge der Einführung der neuen Stadtverwaltung Bern. Ich bitte den Gemeinderat, dafür Sorge zu tragen, dass solches in unserer Gemeinde nicht passiert.

Direktion Planung, Umwelt und Verkehr (PLUV)

Herr Peter Antenen (SP), in Vertretung von Katrin Sedlmayer (SP, GPK-Sprecherin): Da ich beim Verwaltungsbesuch nicht dabei war, bin ich nicht so gut orientiert wie Katrin und habe lediglich ihren Bericht zur Hand: Beim Verwaltungsbesuch beschränkte man sich auf die Teilrevision der Ortsplanung. Die Ortsplanrevision wird in Angriff genommen. Man beabsichtigt neu, Weilerzonen zu schaffen, in der Gemeinde Köniz aber nur sehr beschränkt. Im Gebiet Wangental-Ried ist ein Teilgebiet mit einem Baustopp belegt, der Ende 2006 ausläuft, und der Überbauungsordnungs-Plan soll an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden. Die öV-Erschliessung Bern-West wird in der Regionalen Verkehrskonferenz diskutiert. Die Sofortmassnahmen für die Sanierung der Freiburgstrasse wurden ausgeführt, jedoch wegen fehlendem Land nicht ganz wie gewünscht.

Direktion Soziales, Gesundheit und Schule (SGS)

Herr Harald Henggi (FDP, GPK-Sprecher): Meinem zusammengefassten Bericht, der sich der wichtigsten Themen annimmt, ist nichts beizufügen. Im ersten Absatz ist ersichtlich, wie die Kommission für soziale Fragen (KsF) erstmals einbezogen wurde. Die SGS wurde eingehend geprüft, insgesamt wurden 15 Seiten Protokoll erstellt. Ich danke den Abteilungsleitern, dass sie sich dem Prozedere so gestellt haben, und für ihre Bereitschaft, die Fragen eingehend zu beantworten und - wenn nötig - Antworten nachzuliefern. Gleichzeitig danke ich den Mitarbeitenden für die von ihnen geleistete grosse Arbeit.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich nehme den Dank gerne entgegen und werde ihn weiterleiten. Tatsächlich ergab sich durch die Schaffung der KsF etwas Mehraufwand, die Kommunikation war jedoch offen und gut.

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich habe keine Frage, sondern eine spezielle Bemerkung zu einem Satz, der - endlich - nicht mehr im Bericht enthalten ist. Schon fast paranoid suchte ich den immer gleichlautenden Satz, der aussagt, das Ziel, arbeitslosen Ausgesteuerten mittels Beschäftigungsprogrammen - finanziert durch Kanton und Gemeinde - wieder Anspruchsbeziehung in der Arbeitslosenkasse zu ermöglichen, sei in so und so vielen Fällen erreicht worden. Dieser Satz fehlt nun, herzlichen Dank, Ueli Studer. Wie ich letzten Montag der Presse entnehmen konnte, ist die Gemeinde Köniz im Bereich der Sozialpolitik sehr weitsichtig und verfolgt eine gute Strategie. Mit dem Bericht betreffend NAK (Neue Arbeitsplätze Köniz) hat unsere Gemeinde bewiesen, dass sie sich nicht von kurzfristigen Finanzziele leiten lässt, sondern bestrebt ist, eine sinnvolle und intelligente Politik für Erwerbslose zu betreiben. Enttäuschend - aber nicht überraschend - ist, dass der Kanton Bern das Projekt NAK, wenn ich es richtig verstanden habe, nicht mehr unterstützt.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich gehe mit dir einig, dass es falsch ist, arbeitslose Ausgesteuerte vom einen ins andere Kässeli zu verschieben. Ich habe ein paar Punkte, welche ich mit dir - als Kadernmann des seco - gerne unter vier Augen besprechen würde.

Direktion Gemeindebauten (GBau)

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Wir haben beim Verwaltungsbesuch sehr aufgestellte Mitarbeitende und deren Direktionsleiterin angetroffen. Ich danke für das offene Gespräch. Aus dem Bericht erläutere ich die aus meiner Sicht wichtigen Punkte. Dazu gehört die etwas aussergewöhnliche Führungsstruktur, die in Form einer Co-Leitung auf drei Personen verteilt ist. Mehrheitlich wird Projektarbeit geleistet, und die Aufteilung der Ressorts ist klar. Mir scheint das Zusammenspiel der Co-Leiter zu funktionieren, der Austausch ist der Sache förderlich und wird nur dort betrieben, wo dies nötig ist. Das Feedback der Kunden - die anderen Direktionen der Gemeindeverwaltung - ist gut, und ich hoffe, das bleibe so. Wichtig war der Bezug des neuen Gemeindehauses Bläuacker. Wie immer bei solchen Projekten, gibt es überall noch Verbesserungen anzubringen. Dies wird vom entsprechenden Projektleiter weiterhin betreut und koordiniert, was mir sehr wertvoll erscheint. Das Schulhaus Halten in Niederscherli ist nun bezugsbereit, und nach den Sommerferien 2005 soll der Schulbetrieb los gehen. Betreffend Unterhalt wurde mir versprochen, dass keine Unterhaltsarbeiten gestrichen wurden, die grosse Folgekosten verursachen könnten, indem wegen schlechten Unterhalts die Bausubstanz leiden würde. Das Budget wurde zu tief angesetzt, und die Folge sind mehrere Nachkredite. Damit aber Folgeschäden vermieden werden, sind die wichtigsten Arbeiten trotzdem ausgeführt worden.

Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP): Ich gebe den Dank gerne weiter. Das Gespräch war gut, und die Besuche sind für mich sehr positiv, ich wünsche mir solche auch während des Jahres.

Direktion Gemeindebetriebe (GBet)

Herr Urs Maibach (GB; GPK-Sprecher): Auch wir wurden bei der Direktion Gemeindebetriebe ausserordentlich gut aufgenommen, und die Fragen wurden ausnahmslos kompetent beantwortet. Die Gemeindebetriebe werden in der Regel nur dann wahrgenommen, wenn die Ver- oder Entsorgung nicht funktioniert. Am PlatzDasFest hatte diese Abteilung Gelegenheit, der Öffentlichkeit einen Einblick in ihre Arbeit zu geben, und das Interesse war sehr gross. Die Rechnung der Wasserversorgung weist erstmals einen Verlust aus, und die Abwasserentsorgung schliesst nur dank einer Aufwertung der Kapitalbeteiligung an der ARA Region Bern positiv ab. Die letzten Gebührenanpassungen datieren aus dem Jahr 1992, neu hinzu gekommene Kosten, wie Abgaben für kantonale Ausgleichsfonds, Mehrwertsteuer, Mieten oder Baurechtszinsen für den Werkhof, sind bis anhin nicht auf die Preise überwält worden. Der Deckungsgrad insbesondere der Abwasserentsorgung ist seit Jahren sehr tief, trotzdem wurde die kürzlich eingeführte Abwassergrundgebühr mit der Reduktion des Kubikmeterpreises kompensiert und damit die neue Tarifstruktur ergebnisneutral eingeführt. Nun, ein Jahr nach Inkrafttreten der neuen Tarife, haben wir klare Kalkulationsgrundlagen, und die Erhöhung der Kostendeckung wird in der nächsten Legislatur ein Thema sein.

Uns wird in der nächsten Zeit das Projekt AQUABERN beschäftigen. Mit der Unterstützung des kantonalen Wasser- und Energiewirtschaftsamtes Bern wurde die einfache Gesellschaft AQUABERN gegründet. In einem ersten Schritt wird es nun darum gehen, eine Bestandsaufnahme der Infrastruktur und der Kapazitäten der Region vorzunehmen. Anschliessend soll auf Grund des künftigen Bedarfes ein Plan zur Optimierung der regionalen Wasserversorgung erstellt werden. Die Umsetzung der Optimierungsmöglichkeiten wird aber einen grösseren Zeitrahmen benötigen; und es geht jetzt nicht darum, sofort und konsequent unrentable Anlagen stillzulegen, sondern Entscheidungsgrundlagen zur Hand zu haben, ob eine Sanierung oder Netzverbindungen mit anderen Wasserversorgungen angestrebt werden sollen. Vor diesem Hintergrund ist sicher der kürzlich erfolgte Kauf des Selhofenzopfers ein strategisch wichtiger Punkt, erhöht dieser doch die Aussicht auf eine bedürfnisgerechte Konzessionserneuerung. Vor allem gibt dieser Landkauf der Wasserversorgung Köniz im Verhältnis aller Wasserversorgungen enorm viel Gewicht.

Die ungenügende Integration der Gebührensoftware EASy in die Gemeindeapplikation stellt nach wie vor eine Belastung dar. Diese zeigt sich vor allem in Schnittstellenproblemen zwischen der Gebührensoftware EASy und den zentralen Applikationen Adressverwaltung und Finanzbuchhaltung, denn bei grossen Datenmengen kann es vorkommen, dass einzelne Datensätze nicht richtig übergeben werden und manuell korrigiert werden müssen. Der Haupt Handlungsbedarf liegt klar beim IZ und den Hard- und Softwareanbietern. Dieser Punkt muss nun unbedingt prioritär behandelt werden.

Zusammenfassend: Ich habe eine sehr gut geführte Direktion angetroffen, mit motivierten und fachkundigen Mitarbeitenden, die sehr gute Arbeit leisten.

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Ich danke Urs Maibach bestens für die Präsentation und werde den Dank an meine Mitarbeitenden weiterleiten.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Zu den EDV-Problemen der Gebührensoftware habe ich einige Bemerkungen anzubringen. Ich war an der GPK-Sitzung nicht dabei, empfehle aber, wenn das Gefühl vorhanden ist, hier bestehe Handlungsbedarf, das Thema wieder aufzunehmen, wenn ich und eine Vertretung des IZ anwesend sind. Dieser Grundsatz wurde beim Besuch meiner Direktion nicht behandelt, und wenn der Gotthelfsche Satz "man muss sie hören alle bede" angewendet wird, sieht die Sache vielleicht etwas anders aus. Ich erkläre hier aber, dass das IZ der EASy-Applikation die notwendige Beachtung schenkt, ein Mitarbeiter arbeitet zu 90 Prozent in Köniz und Muri daran und steht für nichts anderes zur Verfügung. Tatsächlich bestehen Fehler in der Schnittstelle zwischen der EASy-Applikation und der Adressdatei von GemoWin. Mitte Juni wurde genau festgestellt, wo die Fehlerstelle liegt, und die nötigen Arbeiten wurden der Firma Dialog zugewiesen. Bis zum nächsten grossen Rechnungsversand sollten die Probleme behoben sein. Im Jahr 2004 handelte es sich um ca. 10 von 5'000 Rechnungen, die Fehler enthielten. Bei solchen Rechnungsläufen muss immer ein manueller Check

erfolgen, es wird nie möglich sein, so grosse Rechnungsversände ohne Plausibilitätsüberprüfungen und gewisse manuelle Kontrollen durchzuführen. Das IZ nimmt die Aufgabe Ernst, und ich bin gerne bereit, der GPK nähere Informationen zu geben.

Polizeidirektion (POL)

Herr Peter Antenen (SP, GPK-Sprecher): Beim Verwaltungsbesuch bei der Polizeidirektion beschränkte man sich schwergewichtig auf die personelle Situation und auf die Frage, wie sich der Wunsch der Bevölkerung nach verstärktem Polizeieinsatz auswirkt. Die Amts- und Vollzugshilfe hat zugenommen, und die Gemeindepolizei Köniz ist seit einiger Zeit auch in Kehrsatz tätig. Die ad interim-Lösung mit der Abteilungsleitung ist gut und funktioniert, indem verschiedene Dienstzweigleiter sowie der Leiter der Gemeindepolizei selber gewisse Aufgaben übernommen haben. Das führt jedoch logischerweise zu einer Mehrbelastung dieser Personen. Der Personalbestand der Gemeindepolizei ist am unteren Limit des Notwendigen. Nur durch interne Umorganisationen ist es möglich, Personen für die nötigen Kontrollen des ruhenden Verkehrs - blaue Zonen usw. - zur Verfügung zu stellen. Wegen dem erforderlichen immer mehr polizeilichen Interventionen ist die Gemeindepolizei aber stark gefordert und der Personalbestand eher unterdotiert. In Kehrsatz leistet unsere Polizei gute Arbeit, dieser Vertrag bewährt sich, und die Aufgaben werden zur Zufriedenheit der Gemeinde Kehrsatz erfüllt. Die Amts- und Vollzugshilfe kann nicht beeinflusst werden; diese Aufgaben werden der Gemeindepolizei gestützt auf die kantonale Gesetzgebung von andern Amtstellen (Gerichte usw.) zugewiesen, und die Einsätze nehmen laufend zu. Immer wieder ist die Gemeindepolizei auch bei Verkehrsproblemen an Baustellen gefragt; auch dieser gesetzliche Auftrag muss erfüllt werden. Die Einwohnerdienste sind seit Dezember 2004 neu im Gemeindehaus Bläuacker und personell gut dotiert. Näher betrachtet haben wir auch, womit sich die Lebensmittelkontrolle befasst. In der Gemeinde Köniz wird in diesem Bereich streng kontrolliert. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden der Polizeiabteilung kann als sehr gut bezeichnet werden. Wir wurden bei unserem Verwaltungsbesuch freundlich aufgenommen, wofür ich danke.

An dieser Stelle danke ich als GPK-Präsident dafür, dass meine Kolleginnen und Kollegen bei allen Direktionen gut empfangen worden sind und überall kompetente Auskünfte erhielten.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich danke Peter Antenen für den Verwaltungsbesuch, für die Berichterstattung und die Würdigung der Arbeit der Polizeiabteilung. Seinen Dank werde ich gerne an die Abteilung weiterleiten.

Herr Beat Deuber (SP): Der Stundenansatz von 80 Franken, welcher der Gemeinde Kehrsatz für Polizeieinsätze verrechnet wird, scheint mir etwas tief zu sein. Handelt es sich allenfalls um einen Schreibfehler?

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Wir verrechnen tatsächlich einen Stundenansatz von 80 Franken.

Herr Beat Deuber (SP): Wie hoch sind unsere effektiven Kosten?

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Der Ansatz von 80 Franken deckt sie.

Direktion Bevölkerungsschutz (BeVS)

Herr Daniel Krebs (SVP, GPK-Sprecher): Den Verwaltungsbesuch bei der Direktion Bevölkerungsschutz machte ich zusammen mit Peter Antenen. Zuerst liessen wir uns eingehend über den Zivilschutz informieren. Seit der Armee reform werden Zivilschutzpflichtige im Ausbildungszentrum Sumiswald rekrutiert, das über grosse Erfahrung verfügt. Die Rekrutierung erfolgt heute viel professioneller als früher. Der erste Ausbildungsblock ist für alle gleich, dauert drei Tage und wird besoldet. Vom Ausbildungszentrum Sumiswald profitieren die Kantone Bern, Jura und Wallis. Personen, welche sich weder für das Militär noch für den Zivilschutz eignen, kommen in die Reserve. Die Zivilschutzorganisation Köniz verfügt zur Zeit über einen Bestand von 230 Pflichtigen. Auf unsere Frage, ob in Köniz in Zukunft keine militärischen Übernachtungen mehr stattfinden werden, wurde geantwortet, die Armee stelle zu hohe Anforderungen an Unterkünfte, und der Standard bei uns sei nicht ideal. Nun seien die entsprechenden Verträge von Seiten des Bundes gekündigt worden.

Feuerwehr: Personal für den Stützpunktzug zu finden, ist immer noch schwierig. Der Stützpunktzug ist aktiv am Rekrutieren und hofft, dass jene jungen Feuerwehrleute, die beim Projekt Jugendfeuerwehr mitmachen, in den Stützpunktzug eintreten, damit der Sollbestand wie-

der hergestellt werden kann. Wir wollten Näheres über eine eventuelle Anschaffung einer Autodrehleiter (ADL) wissen und erhielten die Antwort, der Kauf einer ADL wäre zu teuer, und im Grossraum Bern seien zu viele solche Fahrzeuge vorhanden. Eventuell werde eine ADL der Stadt Bern in Köniz stationiert, die auch im Westen der Stadt Bern eingesetzt werden könnte; Abklärungen mit der Berufsfeuerwehr Bern seien im Gang. Auch mit anderen Gemeinden wird diskutiert, zum Beispiel darüber, ob gemeinsam eine Wärmebildkamera angeschafft werden soll. Die Gebäudeversicherung lancierte das Projekt EKAS-Richtlinien, Brandschutz- und Evakuationskonzept von Schulhäusern, Dancings und Restaurants. Uns interessierte, ob dieses Projekt für alle möglich ist und ob es für Betriebe finanziell tragbar sei. Die Zusammenarbeit mit den Schulen sei sehr gut, der finanzielle Aufwand sei jedoch relativ hoch, vor allem wenn Fluchtwege gebaut werden müssen. Schwierig ist die Realisierung des Projektes auch deshalb, weil die Anforderungen immer wieder ändern. Uns wurde versichert, dass bei einem Grossbrand - dank Zusammenarbeitsverträgen mit Nachbargemeinden - immer genug Personal auf dem Schadenplatz anwesend sein werde.

Katastrophenorganisation: Uns interessierte, was bei einer eventuellen Verseuchung der gesamten Wasserversorgung passieren würde. Weil vom Netz her gewisse Bereiche umgeleitet werden können, sei eine Verseuchung im ganzen Gemeindegebiet unmöglich. Dieses Thema sei vom Katastrophenführungsstab an einer Schulung in Schwarzenburg diskutiert worden, und dazu sei eine Lösung ausgearbeitet worden.

RAZ: Der Dienstzweig Zivilschutz wurde von der Feuerwehrzentrale an der Sägestrasse ins Ausbildungszentrum Platten ausgelagert. Eine Zivilschutzorganisation in der ganzen Region Köniz wird angestrebt. Köniz ist Trägergemeinde des RAZ, und andere Gemeinden haben sich eingekauft. Zur Zeit werden Gespräche mit der Stadt Bern über eine allfällige Zusammenlegung der beiden Zivilschutzorganisationen geführt.

Zum Abschluss danke ich der Direktion Bevölkerungsschutz und allen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich danke zuerst allen Feuerwehrleuten für ihren grossen Einsatz für die Gemeinde Köniz. Ich stelle die Frage, wie sich die Quotenregelung bei der Feuerwehr bewährt hat.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich antworte für Frau Gemeinderätin Sommaruga und erkläre, dass die Gemeinde Köniz keine Quotenregelung hat, aber viele an der Feuerwehr interessierte Frauen. Die Zusammenarbeit mit ihnen klappe sehr gut.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich habe direkt von Feuerwehrleuten gehört, es gebe eine Quotenregelung. Ist dem wirklich nicht so?

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Nein.

Köniz in Zahlen

Herr Beat Deuber (SP): Ich habe Fragen und Bemerkungen zur Abteilung Umweltschutz, Seiten 41 und 42: In Medien und in der Fachpresse wird in letzter Zeit sehr viel über Feinstaub (pm10 und pm 2,5) geschrieben. Ich frage, ob in der Gemeinde Köniz Messungen der Feinstaubpartikel vorgenommen werden. Auf Seite 41 ist ersichtlich, dass vor allem die Dieselfusse des öffentlichen Verkehrs auf der Schwarzenburgstrasse wesentlich zur Stickoxidbelastung beitragen. Da die Ursache bekannt ist, möchte ich wissen, ob mittelfristig eine Entlastung, z.B. durch Umrüstung auf Trolleybusse, vorgesehen ist. Zu Seite 42 - NO₂-Jahresmittelwerte - habe ich folgende Bemerkung: An der Seftigen- und insbesondere an der Schwarzenburgstrasse wird der Grenzwert dauernd überschritten. Deshalb verstehe ich die Aussage, dass die NO₂-Grenzwerte im Jahresmittel auch an den Hauptverkehrsachsen eingehalten werden, nicht. Ich bringe noch eine - bereits gemachte - Anregung an: Die Bevölkerung - insbesondere die Autofahrenden - müssen für diese Thematik sensibilisiert werden. Dies könnte mit einer Anzeigetafel der Ozonbelastung, wie in Ittigen, realisiert werden.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Richtig wurde erkannt, dass in der Gemeinde Köniz bis anhin keine Feinstaubmessungen durchgeführt werden, aber wir prüfen, solche eventuell künftig vorzunehmen. Zur Situation der NO₂-Jahresmittelwerte: Tatsächlich ist augenfällig, dass die höchsten Werte an der Schwarzenburgstrasse im Zentrum von Köniz gemessen werden, was sehr ursächlich damit zu tun hat, dass der öV mit Dieselfussen bestritten wird.

Eine Umstellung auf Trolleybusse steht überhaupt nicht zur Diskussion, wir diskutieren andere Themen im Rahmen der Mobilitätsstrategie; Entscheide sind jedoch noch in weiter Ferne. Massnahmen gegen eine regelmässige Überschreitung der NO₂-Werte sind schwierig zu fassen, und ob ein Ozonmeter gemäss Vorbild Ittigen wesentlichen Einfluss darauf hätte, wage ich zu bezweifeln. Wir konnten seit der Fahrplanänderung (Halbstundentakt) im Dezember 2004 auf der Linie Bern - Schwarzenburg eine Fahrgastzunahme von 12 Prozent feststellen, und wenn diese Pendler vorher mit dem Auto nach Bern gefahren sind, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung.

Herr Urs Maibach (GB): Einmal mehr komme ich auf das Thema zurück, das ich bereits letztes Jahr angesprochen habe, Seite 72 Ortspolizei, Geschwindigkeitskontrollen. Nach wie vor ist mir dieses Thema ein sehr grosses Anliegen. Ich danke der Polizeiabteilung für die sehr gute Auflistung der durchgeführten Kontrollen und die Berücksichtigung meiner im letzten Jahr ausgesprochenen Wünsche. Nun ist ersichtlich, dass die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h von 22 Prozent der Autofahrenden überschritten wird, im Gegensatz zur Höchstgeschwindigkeit 60 km/h, wo nur 4 Prozent das Tempolimit überschreiten. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass die tiefen Höchstgeschwindigkeiten zu wenig kontrolliert werden. Nach meiner Meinung muss bei Feststellung von hohen Tempolimitüberschreitungen nachkontrolliert werden, ich weise auf die Zeile Eichholzstrasse hin, wo 34 Prozent der Autofahrenden die Höchstgeschwindigkeit überschritten haben, d.h. jeder Dritte fuhr zu schnell, doch wurde nur ein einziges Mal kontrolliert! Auf der Mengestorfstrasse (Höchstgeschwindigkeit 40 km/h) sind sage und schreibe 66,7 Prozent Tempoüberschreitungen festzustellen, d.h. von drei Autofahrenden sind zwei zu schnell. Ich verstehe nicht, dass eine Kontrolle pro Jahr genug sein soll und plädiere dafür, die Kontrollen bei den Höchstgeschwindigkeiten 30 und 40 km/h zu intensivieren, weil dort prozentual die höchsten Tempoüberschreitungen zu verzeichnen sind. Betrachte ich die Gesamtunfallzahlen (Seite 74 Verkehrsunfälle nach Unfallart) ist ersichtlich, dass die Gesamtzahl der Unfälle innerorts abnimmt, Fussgängerunfälle jedoch von 8 auf 14 zugenommen haben. Diese Tatsache ist für mich vor allem der Grund dafür, das Intensivieren der Geschwindigkeitskontrollen zu fordern.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich danke dir für die Würdigung unserer Verbesserungen bei der Auflistung der Geschwindigkeitskontrollen in Köniz in Zahlen. Ich versichere dir, auch der Polizeiabteilung ist es ein sehr grosses Anliegen, dass keine Unfälle mehr passieren. Wir führen so viele Kontrollen durch, wie es mit unserem knappen Personalbestand nur möglich ist. Die Gemeindepolizei nahm an der Mengestorfstrasse nur eine Kontrolle vor, aber die Kantonspolizei war sechs Mal vor Ort; und gerade die Mengestorfstrasse fassen wir für das Aufstellen eines Blechpolizisten ins Auge. Wir tun das im Rahmen unserer personellen Ressourcen Möglichste für die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer.

Die Parlamentspräsidentin: Vom Stellenverzeichnis kann nur Kenntnis genommen werden, Fragen dazu sind jedoch erlaubt.

Zum ersten Mal wurden heute die Gemeinderechnung, ein Zwischenbericht über die Rechnung 2005 und der Verwaltungsbericht an der gleichen Sitzung behandelt. Das gibt ein abgerundetes Bild über den Zustand der Gemeinde Köniz.

Einstimmig (Ziffer 1) bzw. mit grossem Mehr (Ziffer 2, Kenntnisnahme zustimmend) fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Der Verwaltungsbericht über das Jahr 2004 wird genehmigt.

Das Parlament nimmt Kenntnis vom Stellenverzeichnis per 31. Dezember 2004.

4. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

0517 Überparteiliches Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) / Zwahlen (EVP) betr. Aufnahmestopp Familienergänzende Kinderbetreuung.

0518 Motion jfk betr. ganzheitliches Marketing der Gemeinde Köniz.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich teile mit, dass die Polizeiabteilung ab 30. Juni 2005 am neuen Standort an der Sägestrasse 42 untergebracht ist.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich teile euch mit, dass ich nichts zu sagen habe... Anlässlich der letzten Sitzung entstand eine Kontroverse um die Frage, ob eine Motion, zu welcher der Gemeinderat keinen Abschreibungsantrag gestellt hat, vom Parlament abgeschrieben werden kann. Der Rechtsdienst klärte ab und informierte den Gemeinderat. Der Gemeinderat ist noch nicht einstimmig vom Ergebnis überzeugt, und deshalb werde ich dieses Thema noch mit unserer Gemeindeschreiberin besprechen, welche gerade erst aus einem längeren Urlaub zurückgekehrt ist. Das Ergebnis werde ich euch an der nächsten Parlaments-sitzung präsentieren.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich danke Ueli Studer für die Kurse, welche er für verhaltens-auffällige Kinder durchführen lässt. Das ist eine Supersache, denn junge Personen ausbilden und fördern ist immer besser, als sie von der Schule zu verweisen.

Luc Mentha, du hast erklärt, Gemeindemarketing sei keine so dringende Sache; ich zeige dir hier, dass andere Städte dies ganz anders sehen: Die Stadt Grenchen sucht per Inserat eine für das Marketing verantwortliche Person, wir stehen also in einem Konkurrenzkampf.

Ich komme auf unsere Kandelaberaktion zu sprechen: Im Jahr 2001 reichte die jfk ein Gesuch ein, Plakate an Kandelabern anzubringen, das bewilligt wurde. Wir sind nun frustriert über das jüngste Vorgehen der Gemeinde, denn für uns ist dies staatlich organisierter Ideenraub. Wenn jemand eine Idee hat, soll er ein Gesuch dafür einreichen und die Gemeinde darüber entscheiden lassen. Wir teilen die Strasse gerne mit anderen Parteien, denn wir können unsere Idee nicht patentieren lassen. Ich verstehe jedoch nicht, dass die Gemeinde von selber aktiv wird und alle Parteien wegen Kandelaberaktionen anschreibt. Uns befremdet auch sehr, dass die Wahlplakate durch Mitarbeitende der Gemeinde an den Kandelabern befestigt werden sollen, denn für eine kleine Partei wie die unsere sind Kosten in der Höhe von 50 Franken pro Kandelaber nicht finanzierbar. Wir kennen die geltenden Rechte, und ich gebe bekannt, dass wir dieselbe Vorgehensweise wie vor vier Jahren haben möchten. Mir ist wichtig, dass alle Parteien unsere Stellungnahme gehört haben. Wir werden am vorgesehenen Gespräch teilnehmen und Details besprechen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich werde das Inserat der Stadt Grenchen aufmerksam lesen, bin aber der Meinung, die Politik einer Gemeinde solle an ihrer Wirkung und an Ergebnissen gemessen werden und nicht daran, ob sie Gemeindemarketing mit Hochglanzprospekten usw. betreibt. Ich erlaube mir den Hinweis auf das Rating der IDHEAP Lausanne, das aufzeigt, dass die Gemeinde Köniz die attraktivste Gemeinde im Kanton Bern ist, Grenchen jedoch die unattraktivste der ganzen Schweiz.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich habe Verständnis dafür, dass du über den Entscheid betreffend Kandelaberaktion unglücklich bist. Der Gemeinderat ist der Meinung, im Wahlkampf sollten alle gleich lange Spiesse haben. Wenn öffentliche Strassen oder Kandelaber für die Werbung zur Verfügung gestellt werden, muss diese Möglichkeit für alle Parteien offen sein. Aus diesem Grund wurden alle Parteien informiert. Wir haben nun zu einer Koordinationssitzung eingeladen, an welcher die anstehenden Fragen besprochen werden können.

Herr Urs Maibach (GB): An der letzten Sitzung wurde uns eine Antwort auf die Frage versprochen, wie es mit der Einstellung des Abendbetriebes auf der Buslinie 16 weiter geht. Falls sie vorhanden ist, hätte ich gerne eine Antwort auf diese Frage.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Der Gemeinderat hat an seiner letzten Sitzung eine Antwort auf die verschiedenen offenen Anfragen, Briefe und Petitionen in dieser Angelegenheit verabschiedet. Im Verlaufe dieser Woche werden die Eingebenden schriftlich informiert. Bevor

diese die Antwort erhalten haben, möchte ich nichts dazu sagen.

Die Parlamentspräsidentin: Weil die Parlamentssekretärin während des ganzen Monats Juli in den Ferien weilen wird, erfolgt der Aktenversand für die August-Sitzung nicht wie vorgesehen in der letzten Juli-, sondern erst in der ersten Augustwoche. Für die Sitzung vom 22. August sind keine weltbewegenden Geschäfte vorgesehen. Nach meiner Meinung kann deshalb der leicht verspätete Aktenversand in Kauf genommen werden.

Anlass mit dem Bieler Stadtrat: Ihr habt eine Liste mit den Details auf den Pulten vorgefunden. Bei allfälligen Unklarheiten bitte ich euch um direkte Rückfrage bei mir. Ich hoffe, wir sehen uns am 19. August erholt beim Fussballmatch und am 22. August zur ersten Sitzung nach der Sommerpause.

Schluss der Sitzung 21.10 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 22. August 2005 19.00 bis 20.30 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Balz Christian, FDP
Bichsel Bernhard, jfk
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, parteilos
Bussard Lorenz, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Egli Claudia, SP
Giger Beat, SD
Graber Martin A., SP
Gysel Hermann, EVP
Hänni Thomas, FDP
Hofer Niklaus, SVP
Krebs Daniel, SVP
Lagger Valentin, CVP
Maibach Urs, GB
Lehmann Stefan, SVP
Mader Mélanie, SP
Matter Brigitta, SD
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Pestalozzi Hans-Ulrich, GB
Rohrbach Verena, SVP
Salvisberg Ulrich, SVP
Schörlin Marlise, SP
Sedlmayer Katrin, SP
Staub Hugo, SP
Staub Stephie, SP
Stähli Markus, SVP
Streiff Marco, EVP
Troxler Elisabeth, SP
Vifian Christian, SP
Wyss Ursula, LdU
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Henggi Harald, FDP
Riesen Anton, FDP

Gemeinderat Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident
Sommaruga Simonetta, SP
Streiff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP
Wilk Urs, FDP

Entschuldigt: Berger Verena, SP

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokolle	92
2. Kommissionsersatzwahlen	92
3. Personalreglement, Teilrevision	
Reglement; Präsidial- und Finanzdirektion	92
5. Landschaftsentwicklungskonzept: Beitragsreglement, Teilrevision	
Reglement; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	94
6 Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 256, Köniz, Kauf	
Kredit; Präsidial- und Finanzdirektion	97
7. Verschiedenes	99

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch zur ersten Parlamentssitzung nach den Sommerferien.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 37 Parlamentsmitgliedern; das Parlament ist somit beschlussfähig. Kurz nach dem Appell trifft Herr Herman Gysel ein, so dass schliesslich 38 Parlamentsmitglieder anwesend sind.

Mitteilungen

Die Parlamentspräsidentin: Zusammen mit den Protokollen der Juni-Sitzungen wurde uns vorletzte Woche ein Vorschlag für eine Kommissionsersatzwahl zugestellt, und letzte Woche erhielten wir weitere drei Vorschläge.

Neuerdings verfügt unser Parlament über eine Fussballmannschaft. Näheres dazu werde ich unter dem Traktandum „Verschiedenes“ erläutern.

Das Büro hat den Sitzungsplan für das Jahr 2006 festgelegt. Er wurde heute verteilt. Ebenfalls verteilt wurde eine aktuelle Liste der unerledigten parlamentarischen Vorstösse.

1. Protokolle

Die Protokolle der Sitzungen vom 20. und 27. Juni 2005 werden ohne Bemerkungen genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegen folgende Ersatzvorschläge vor:

- 0515 Primarschulkommission Mittelhäusern: Hostettler-Rolli Susanne, Grossgschneitstrasse 30, 3147 Mittelhäusern (parteilos / Sitzanspruch SVP), anstelle von Pauli Hans, Mittelhäusern
- 0516 Primarschulkommission Liebefeld: Bürk-Scheidegger Barbara, Liebefeldstrasse 75, 3097 Liebefeld (SP), anstelle von Tschudi Carlo, Liebefeld
- 0517 Primarschulkommission Wabern (1. bis 4. Schuljahr): Wagner Thomas, Mattenweg 16, 3084 Wabern (parteilos / Sitzanspruch SP), anstelle von Mühlematter Christina, Wabern
- 0518 Elternvertretung in der Primarschulkommission Mengestorf: Werren Andreas, Kleinfeldweg 5, 3144 Gasel (parteilos), anstelle von Mathys-Fuhrer Regine, Liebewil
- 0519 Primarschulkommission Thörishaus: Bonino-Dänzer Brigitte, Freiburgstrasse 967 3174 Thörishaus (parteilos / Sitzanspruch SVP), anstelle von Lehmann Marianne, Thörishaus
- 0520 Schulkommission für die örtlich zusammengeführte Primarstufe und Sekundarstufe I Niederwangen: Klingebiel Thomas, Hardweg 62, 3174 Thörishaus (parteilos / Sitzanspruch SVP), anstelle von Stettler Susanne, Niederwangen

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

3. Personalreglement, Teilrevision

Reglement; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Markus Stähli (SVP; GPK-Sprecher): Zuerst erkläre ich etwas Administratives: Vier Monate entsprechen 17 Wochen. Ebenfalls ist aus der "Berechnung der Kosten Mutterschaftsurlaub +A1", die der GPK vorgelegt wurde, zu ersehen, dass die Lösung im ersten Dienstjahr kostenneutral ist und sich ab dem zweiten Dienstjahr sogar Einsparungen ergeben.

Die Frage tauchte auf, ob beim Maximum von 172 Franken pro Tag jeweils ein Kalender- oder ein Arbeitstag gemeint sei. Das Maximum von 172 Franken bezieht sich auf einen Kalendertag, und ausgegangen wird von einem maximalen Jahreseinkommen von 77'400 Franken. Das Maximum wurde in der Gemeinde Köniz noch nie erreicht, der Durchschnitt liegt bei einem Jahreseinkommen von 75'000 Franken. Ebenfalls wurde die Frage gestellt, wie es im ersten Dienstjahr bei einer Auszahlung von 80 Prozent des Verdienstes aussehe. Rein theoretisch ist es möglich, dass vielleicht einmal mehr ausbezahlt werden muss als die obere Grenze des Bundes. Wahrscheinlich wird diese Möglichkeit aber Theorie bleiben. Wir sprechen hier von etwa vier Schwangerschaften pro Jahr bei einem Personalbestand von gegen 400 in der Gemeindeverwaltung Köniz. Heute muss ein Arbeitgeber, wenn er attraktiv sein will, eine gute Mutterschaftsversicherung anbieten; bessere, aber auch schlechtere Lösungen sind vorhanden, sei es privat- oder öffentlichrechtlich. Wenn die Gemeinde Köniz nun sparen möchte und hier die Möglichkeit dazu habe, könnte sie den Minimalvorschlag des Bundes übernehmen, wurde in der GPK erwähnt. Das wäre eine Möglichkeit, die jedoch ganz klar der Strategie der Gemeinde Köniz als attraktive Arbeitgeberin widersprechen würde. Deshalb ist der Antrag des Gemeinderates ein Mittelweg, den die GPK mit 6 zu 0 Stimmen dem Parlament zur Annahme empfiehlt.

Ich teile hier noch gleich die Meinung der SVP-Fraktion mit: Sie stimmt einstimmig für den Antrag des Gemeinderates, im Wissen darum, dass Änderungen stattgefunden haben. Früher war es wichtig, dass der Ehemann eine sichere Arbeitsstelle mit der Auszahlung von Kinderzulagen hat. Heute ist wichtig, dass die Frauen im Erwerbsleben bleiben und attraktive Stellen behalten können.

Eintreten

Herr Christian Vifian (SP): Zuerst: Die SP/JUSO-Fraktion steht geschlossen hinter dem Antrag des Gemeinderates.

Dem Antrag kann auf Seite 1 entnommen werden, dass seit dem 1. Juli 2005 eine neue bundesrechtliche Regelung in Kraft ist, die wir umsetzen müssen. Betrachten wir nun die Lösung der Gemeinde Köniz, stellen wir fest, dass sie auf jeden Fall besser sein wird als der bisherige Zustand. Die Gemeinde Köniz macht im ersten Dienstjahr nichts anderes, als die Regelung des Bundes zu übernehmen, 14 Wochen bei 80 Prozent des Gehaltes. Hingegen ist die Regelung der Gemeinde Köniz ab dem zweiten Dienstjahr bedeutend besser, womit gesamthaft gesehen gesagt werden kann, hier sei eine Verbesserung für werdende Mütter geschaffen worden. Ein Vergleich mit dem Kanton Bern zeigt z.B., dass er im zweiten Jahr lediglich 16 Wochen bezahlt, während es in der Gemeinde Köniz 17 Wochen sind. Man kann sich fragen, weshalb nicht bereits im ersten Dienstjahr 17 Wochen bezahlt werden. Die Mitglieder der SP/JUSO-Fraktion sind der Meinung, es sei durchaus richtig, wenn eine gewisse Treue gegenüber dem Arbeitgeber belohnt werde. In der Tat gehen einige wenige Gemeinden weiter als die unsere, aber im Grossen und Ganzen stehen wir mit unserer Regelung sehr gut da, und sie entspricht der Personalpolitik der Gemeinde Köniz.

Frau Brigitta Matter (SD): Mit der Regelung im ersten Dienstjahr sind wir einverstanden, sie entspricht dem Gesetz. Die Lösung ab dem zweiten Dienstjahr ist nicht unbedingt positiv für die werdende Mutter, kann doch bei einer Bewerbung erklärt werden, man wolle sie nicht anstellen, da sie zuviel kosten könnte. Ich hoffe auch, dass die Frauen in der Gemeindeverwaltung nach ihrem Können angestellt werden und nicht darauf geachtet wird, ob sie in näherer Zukunft Kinder gebären könnten.

Detailberatung

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke euch für die gute Aufnahme der Vorlage und auch dem GPK-Sprecher Markus Stähli für seine Erläuterungen zur Prüfung in der GPK. Wir wollen als Arbeitgeber weiterhin fortschrittlich sein, und deshalb war es für den Gemeinderat klar, nicht einfach die Minimallösung des Bundes zu übernehmen. In diesem Sinn haben wir Abweichungen an zwei Orten vorgenommen: Die Maximalbeschränkung auf 172 Franken pro Tag gilt nicht, und dies bereits ab dem ersten Dienstjahr; ab dem zweiten Dienstjahr haben wir die Lösung von 17 Wochen bezahltem Mutterschaftsurlaub bei vollem Lohnanspruch. Somit sind wir im Quervergleich bei den guten Arbeitgebern, ganz im Sinne unseres Leitbildes, ein guter und fortschrittlicher Arbeitgeber. An die Adresse von Frau Matter: Bei uns werden

alle Personen nach ihrem Können und ihrer Eignung für die entsprechende Stelle angestellt und nicht nach allfälligen Überlegungen über eventuelle Mutterschaften. Für uns ist insbesondere wichtig, dass bis hinauf ins Kader dieselbe Versicherung zu denselben Konditionen angeboten werden kann und nicht mit der Guillotine von 172 Franken pro Tag beschränkt wird.

Die Parlamentspräsidentin: Im Antrag des Gemeinderates hat sich ein Fehler eingeschlichen: Punkt 3 ist Punkt 2 und der Satz lautet korrekt: "Die Änderung tritt rückwirkend per 1. Juli 2005 in Kraft."

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

- 1. Das Parlament beschliesst die Teilrevision des Personalreglements der Gemeinde Köniz gemäss vorgelegtem Entwurf.**
- 2. Die Änderung tritt rückwirkend auf den 1. Juli 2005 in Kraft.**

4. Landschaftsentwicklungskonzept: Revision des Beitragsreglements

Reglement; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP; GPK-Sprecherin): Dieses Geschäft ist nicht einfach, und deshalb war sehr hilfreich, dass es uns von Herrn Peter Hirsig von der Firma naturaqua präsentiert wurde. Er selber begleitete das Geschäft während der Entwicklung. Ein paar Fakten: Ob schon die ökologischen Ausgleichsflächen in den letzten Jahren zugenommen haben, ist deren Qualität nicht gestiegen, wegen fehlenden Vernetzungen kommt es zum Artenschwund; ein paar Zahlen: In der Schweiz sind 25 Prozent der Pflanzenarten, 40 Prozent der Säugetierarten, 45 Prozent der Brutvogelarten, 80 Prozent der Reptilien und sogar 90 Prozent der Amphibien vom Aussterben bedroht. Das sind alarmierende Zahlen. Die heute bestehenden ökologischen Ausgleichsflächen liegen zu weit auseinander oder am falschen Ort, was zu Folge hat, dass Wildtierpopulationen nicht überleben können, weil sie zu klein und zu isoliert sind, d.h. sie können sich weniger gut fortpflanzen, gehen an Inzucht zugrunde, und auch das Nahrungsangebot ist eingeschränkt. Aus diesem Grund schuf der Bund 2001 die Ökoqualitätsverordnung, ein Instrument, das die Leistungen der Landwirtschaft im Bereich der Ökologie bezahlt. Erstes Ziel der Bundesverordnung ist, zusätzliche finanzielle Anreize zur Förderung von regionaltypischer Vielfalt von Pflanzen- und Tierarten auf freiwilliger Basis zu schaffen; das zweite, einen Zusatzbeitrag für ausgewiesene biologische Qualität und Vernetzungsfunktion von ökologischen Ausgleichsflächen bereit zu stellen.

Die Verordnung hatte zur Folge, dass die Gemeinde ihr eigenes Reglement von 1993 anpassen musste, und das nun vorliegende Reglement über die Ausrichtung von ökologischen Vernetzungsbeiträgen und Beiträgen für schützenswerte Objekte und Landschaften erarbeitete sowie den dazu gehörenden Richtplan ökologische Vernetzung erliess. In Zukunft werden Bund und Kanton mehr Beiträge an die betreffenden Bewirtschafter ausrichten, und deshalb sinken in einer ersten Phase die Beiträge der Gemeinde. Ziel der Gemeinde ist es aber, mehr solche Flächen zu schaffen, deshalb werden die finanziellen Beiträge der Gemeinde wieder ansteigen. Wichtig zu erwähnen ist, dass der Beitrag des Bundes nicht ausreicht, um den Ertragsausfall der Landwirte auf solchen Flächen abzudecken. Deshalb ist der Beitrag der Gemeinde ganz wichtig, damit die Landwirte überhaupt einen Anreiz haben, solche Flächen anzulegen, denn dank des Gemeindebeitrages erhalten sie gleich viel wie vorher. Die neuen Vorschriften machen aber die Arbeit für die Landwirte aufwändiger, denn die Auflagen sind höher. Die landwirtschaftliche Bevölkerung steht dem Reglement jedoch mehrheitlich positiv gegenüber, sie wurde bei dessen Erarbeitung mit einbezogen und laufend informiert. Bis jetzt konnten 65 neue Verträge abgeschlossen werden, alte Verträge sind noch bis 2007 gültig. Rein papiermässig und organisatorisch schien einigen Landwirten der Aufwand zu gross zu sein, aber wir konnten davon Kenntnis nehmen, dass er für den einzelnen Bewirtschafter nicht grösser sein wird als bisher. Die Verträge werden auf sechs Jahre abgeschlossen, was vor allem in der Anfangsphase einen vermehrten Aufwand in der Verwaltung verursachen wird. Die Ausgleichsflächen werden regelmässig kontrolliert, und es gibt klare Vorgaben. Die Schutzflächen wurden bereits bis anhin von zwei von der Gemeinde beauftragten Personen kontrolliert, was bei den neuen Vernetzungsflächen weiterhin erfolgen wird.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 : 0 Stimmen (ein Kommissionsmitglied war nicht an-

wesend) die Annahme des Geschäftes.

Ich gebe die Meinung der SP/JUSO-Fraktion bekannt: Wir stehen geschlossen hinter dem neuen Reglement. Wenn man hört, dass in der Schweiz so viele Arten vom Aussterben bedroht sind - 80 Prozent der Reptilien, 90 Prozent der Amphibien - ist das absolut alarmierend und Handeln dringend notwendig. Wir sind der Meinung, die Gemeinde Köniz solle ihre Vorreiterrolle behalten, welche sie mit der Schaffung des ersten Reglementes - der Gewährung von Beiträgen für Ertragsausfälle und die Pflege von schützenswerten Naturobjekten - von 1993 eingenommen hat. Das vorliegende Reglement ist breit abgestützt, innovativ und hat ein klares Ziel vor Augen. Die Gemeinde Köniz will in sechs Jahren auf 10 Prozent des Gemeindebodens vernetzte ökologische Ausgleichsflächen und intakte Natur geschaffen haben. Der finanzielle Aufwand der Gemeinde ist nicht sehr gross und nimmt nicht zu. Wichtig ist es, für die Landwirte finanzielle Anreize zu schaffen, damit solche Flächen erhalten bleiben oder neu geschaffen werden. Wir alle wissen, dass es den Landwirten nicht rosig geht, sehr viele sind auf ein Zweiteinkommen angewiesen, weil das bäuerliche Einkommen nicht mehr existenzsichernd ist. Der Aufwand für die Landwirte ist mit dem neuen Reglement grösser, und der Beitrag bleibt gleich hoch; um so mehr ist er all jenen, die mitmachen und sich dafür einsetzen, hoch anzurechnen. Wir sind der Meinung, die Gemeinde solle mit dem neuen Reglement und dem Richtplan Erfahrungen sammeln und diese auswerten. Dabei ist zu prüfen, ob nicht doch die Gemeindebeiträge mit der Zeit angehoben werden können, um den Mehraufwand abzugelten und einen wirklichen finanziellen Anreiz für die Landwirte zu schaffen. Es ist im Interesse von uns allen, eine intakte Landschaft zu haben, und die neue Regelung ist eine klare Investition in die Zukunft.

Zum Abschluss füge ich eine persönliche Bemerkung an: Ich war erstaunt, als ich letzten Samstag in der Zeitung las, der Präsident der SVP, Ueli Stähli, habe die neue Direktion Umweltschutz und Landschaft (DUL) als einen Witz dargestellt. Mit nur drei bis vier Mitarbeitenden sei sie ein Selbstbeschäftigungsprogramm für den Gemeinderat. Gerade diese Direktion, welche den Umweltschutz, die Energiefachstelle und den Landschaftsschutz vereinigen wird, ist doch wichtig. Hier wird eine Direktion geschaffen, in welcher dem Landschaftsschutz eine wichtige Stellung eingeräumt wird, und die damit klar aufgewertet wird. Das muss doch im Interesse der Landwirtschaft sein. Dass es mit unserer Umwelt nicht zum Besten steht und die Situation aus meiner Sicht höchst alarmierend ist, sollten auch die Landwirte wissen - besser noch als wir alle -, sind doch gerade sie sehr stark von der Natur abhängig. Für mich ist im Bereich Umwelt- und Landschaftsschutz ganz klar Handlungsbedarf vorhanden, und diesem kommt die neue Direktion entgegen.

Eintreten

Frau Brigitta Matter (SD): Wenn ein Landwirt Leistungen für die Ökologie vollbringt, soll er dafür bezahlt werden. Die Entwicklung kann allerdings gefährlich werden, d.h. wenn zu viel fruchtbares Land extensiviert wird, hat jener Bauer, der mit Leib und Seele seinen Beruf ausübt, keine Möglichkeit mehr, sich weiter zu entwickeln, und die Nahrungsmittelproduktion geht zurück. Ein Zuviel und ein Zuwenig von Nahrung stehen näher beieinander als viele Leute wahrhaben wollen, verschiedene Umwelt- und Klimaeinflüsse beeinflussen heute schon das Wachstum der Pflanzen. Ich hoffe auf ein gutes, ausgewogenes Flächenverhältnis zwischen Ausgleichsflächen und Land zur Produktion von Nahrungsmitteln. So gibt z.B. ein Zuckerrübenfeld mehr Sauerstoff ab als die gleiche Fläche Wald, auch das ist Ökologie. Wir müssen den Lebensraum für die Landwirtschaft erhalten, nicht nur für die seltenen Tiere, sondern auch für die Menschen. Die Mitglieder der SD stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Wir vom Grünen Bündnis befürworten das Beitragsreglement ebenfalls, denn diese Vorlage geht nicht zuletzt auf einen Vorstoss des Grünen Bündnisses von vor drei Jahren zurück. Wir finden es sehr sinnvoll, dass man vom ökologischen Inseldenken weg kommt und nun versucht, diese Inseln zu vernetzen, damit so genannte "grüne Autobahnen" geschaffen werden können. Auf diesen "grünen Autobahnen" - so ist zumindest die Idee - können die verschiedenen Arten wandern, es entsteht eine höhere Artenvielfalt und dadurch wird es stabilere Ökosysteme geben. Zudem, so zeigen verschiedene Studien auf, werden weniger starke Schädlingsbefälle in der Landwirtschaft auftreten, weil die natürlichen Feinde "vor Ort" sind und bei Bedarf eingreifen können. Die höhere Artenvielfalt führt auch zu einem höheren Erholungswert in der Landschaft, sie wird bunter, es gibt mehr Blumen, was

die Wohn- und Lebensqualität in der Gemeinde fördert. Ich selber bin Imker, und deshalb ist mir die Vorlage in dieser Beziehung wichtig, denn in den letzten Jahren musste ich häufig beobachten, dass nach der Obst- und Rapsblüte die Bienen Mitte Juni fast verhungert sind; weil sie keine Blüten mehr fanden. Gerade hier können die Ökoflächen den notwendigen Ausgleich schaffen, weil dort zu jeder Zeit Nektarquellen vorhanden sind. Geht es den Bienen gut, geht es auch der Natur gut.

Wir wissen, dass die Bauern unter starkem finanziellem Druck stehen, und auch in dieser Beziehung kommt der Vorlage eine wichtige Bedeutung zu, weil Produkte, die in einer intakten Landschaft erzeugt werden, unter einem entsprechenden Label zu einem höheren Preis verkauft werden können. Das Beitragsreglement ermöglicht es auch, dass die Bewirtschaftung der ökologischen Ausgleichsflächen zu einem wichtigen Nebenerwerb der Bauern werden kann.

Zwei kritische Anmerkungen: Der ökologische Richtplan zeigt auf, wo die Ausgleichsflächen von den Bauern freiwillig angelegt werden können, damit in Zukunft eine Vernetzung stattfinden kann. Betrachte ich den Plan, sehe ich, dass die Vernetzungsgebiete fast die ganze Gemeindefläche decken und somit der Lenkungseffekt für so genannte "grüne Autobahnen" relativ gering ist. Je artenreicher, je komplizierter und vernetzter ein Ökosystem, desto stabiler ist es. Bei Verordnungen und Reglementen sollte es genau umgekehrt sein, je einfacher und transparenter, desto besser. Diese Einfachheit vermisse ich in der Vorlage.

Frau Ursula Wyss (LdU): Wir von der EVP/CVP/LdU-Fraktion stimmen ebenfalls für das vorliegende Konzept, für uns ist es eine gute Sache. Das Hauptziel, mehr vernetzte Ausgleichsflächen am richtigen Ort, kann nach unserer Meinung mit dem Konzept erreicht werden. Die ökologische Vernetzung ist sinnvoll, ja sogar ein Muss, weil sich die Ökosysteme miteinander austauschen können müssen; einzelne getrennte Flächen bringen nicht viel. Eine grosse Unbekannte ist allerdings, wie die Bauern mitmachen werden, denn für sie ist es eine freiwillige Mehrarbeit. Deshalb ist es wichtig, einen finanziellen Anreiz zu schaffen. Ich bin der Meinung, dass sich die Ausgaben in diesem Bereich längstens lohnen, profitieren wir doch alle von gut gepflegten und natürlichen Landschaften in unserer Gemeinde. Ich bin jedem Bauern für diese Arbeit dankbar.

Herr Niklaus Hofer (SVP): Irrtum vorbehalten, haben wir momentan ungefähr 150 Bauern in der Gemeinde Köniz, welche berechtigt sind, Direktzahlungen zu erhalten. 65 neue Verträge sind auf dem Tisch, und jetzt muss es unser Ziel sein, bis zum Frühling noch mehr Bauern zum Mitmachen zu überzeugen. Zu Katrin Sedlmayer: Die Aussage betreffend die neu zu schaffende Abteilung mag die persönliche Meinung von Ueli Stähli sein, darüber wird in diesem Saal sicher noch diskutiert werden.

Herr Markus Stähli (SVP): Ich danke der Gemeinde, dass sie hier noch zusätzliche Beiträge bereit stellen will. Als "Baumeister Stähli" habe ich aber Mühe, wenn immer davon gesprochen wird, der Bauer solle Unternehmer werden, er dann jedoch z.B. den Kanalisationsanschluss selber in die Hand nimmt und somit dem Gewerbe Arbeit wegnimmt. Der gleiche Bund, der letztlich die Beiträge für die ökologische Vernetzung bestimmt, kauft z.B. für 770'000 Franken eine Küche, die auch für 300'000 Franken zu haben wäre.

Detailberatung

Die Parlamentspräsidentin: Da wir diverse Beilagen erhalten haben, schlage ich folgendes Vorgehen vor: Zuerst behandeln wir den Bericht des Gemeinderates, weil darin die wichtigsten Infos enthalten sind. Dann können Fragen zum Plan gestellt werden. Im Anschluss gehen wir das Reglement kapitelweise durch (Beilage 1). Die Beilage 2 ist lediglich das alte Reglement und dient als Vergleich zur neuen Fassung. Die Beilage 3 ist das Infoblatt für die Bewirtschafter und dient zu unserer Information, eventuelle Fragen werden sicher auch beantwortet. Der Erlass der Verordnung über die Ausrichtung von Beiträgen ist in der Kompetenz des Gemeinderates, die Diskussion dazu ist aber offen (Beilage 5).

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke für die positive Aufnahme des Geschäftes. Zu Herrn Pestalozzi: Ein Vernetzungseffekt kann nicht in einem Plan festgelegt werden, es ist nun die Herausforderung für jene Landwirte, welche im LEK mitmachen wollen, diese Vernetzungen zu Stande zu bringen. Die Landwirte, welche direkt mitarbeiten - wir nennen sie Feldkontrolleure - werden bis Ende Jahr eine ganz wichtige Aufgabe haben, nämlich bei ihren Kolle-

gen dafür zu werben (ich sage bewusst werben), auch mitzutun. Die Umstellung vom alten aufs neue System ist für jeden Landwirtschaftsbetrieb eine Herausforderung, und ich habe grösste Achtung vor jedem Bauern, der mitmacht. Auch ich wäre über ein einfacheres Reglement glücklicher, das ist klar, aber wir haben dermassen komplizierte Vorschriften von Bund und Kanton umzusetzen, dass es nicht anders möglich war.

Kapitel II, Art. 3 bis 12

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich bin kein Jurist, habe jedoch gelernt, dass ein Regelwerk klar und verständlich sein muss und ebenso gehören keine Noninformationen hinein. Für die CVP/EVP/LdU-Fraktion ist die Klammer (Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer oder Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter) in Art. 10 Abs. 1 total überflüssig und trägt gar nichts zu einem besseren Verständnis bei. Im Artikel ist bereits klar ausgewiesen, wer Beiträge erhält, nämlich jene, die "die Pflege der betreffenden Naturobjekte auf eigene Rechnung und Gefahr ausführen". Deshalb beantragen wir von unserer Fraktion, diese Klammer zu streichen.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Nach Rücksprache mit unserem Gemeindepräsidenten, der über eine juristische Grundausbildung verfügt, kann dem Antrag ohne weiteres entsprochen und die Klammer gestrichen werden.

Dem Antrag auf Streichung der Klammer (Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer oder Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter) wird 28 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, entsprochen.

Die Parlamentspräsidentin: Von Ziffer 1 (Richtplan inklusive Planungsbericht und Umsetzungsprogramm) kann zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis genommen werden. In Ziffer 2 stimmen wir über das neue Reglement ab.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

1. **Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis vom Richtplan "ökologische Vernetzung" inkl. Planungsbericht und Umsetzungsprogramm.**
2. **Das Parlament beschliesst die Revision des Reglements über die Ausrichtung von ökologischen Vernetzungsbeiträgen und von Beiträgen für schützenswerte Objekte und Landschaften (Beitragsreglement) gemäss Entwurf.**

5. Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 256, Köniz, Kauf

Kredit; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Markus Stähli (SVP; GPK-Sprecher): Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 : 0 Stimmen, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Der Bericht enthält einen kleinen rechnerischen Fehler, der Zinsaufwand beträgt nicht 24'400, sondern 26'400 Franken. Die Kernfrage des Geschäftes war für die GPK, ob es möglich ist, dass 7'000 Franken Unterhalt für dieses Gebäude ausreichen, oder ob noch mit Überraschungen zu rechnen ist. Vorgesehen ist eine ganz sanfte Renovation, und deshalb sollte der genannte Betrag genügen. Man hat ins Auge gefasst, gewisse Arbeiten eventuell durch eigene (arbeitslose) Personen ausführen zu lassen. Die Liegenschaft soll ins Ortsbild des neuen Zentrums von Köniz passen. Auch werden wir weiterhin Wohnungen für Asylbewerber bereit halten müssen, und sollte dies einmal nicht der Fall sein, sind immer noch Sozialhilfeempfänger froh über günstigen Wohnraum. Betrachtet man die Lage der Liegenschaft mitten im Ortszentrum, ist der Kauf zu diesem Preis sicher kein Verlust, und dem Gemeinderat kann an dieser Stelle für seine strategischen und unternehmerischen Überlegungen gedankt werden.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Der kleine Tippfehler, für den ich mich entschuldige, veranlasst mich dazu, den einen oder anderen Gesichtspunkt unter dem Kapitel Finanzielles näher zu betrachten. Ich mache die Überlegung aus Sicht der SGS, welche diese Liegenschaft als Asylbewerberunterkunft braucht: Zum heutigen Zeitpunkt muss ein monatlicher Mietzins von 3'500 Franken bezahlt und ein Defizit von 5'000 Franken im Jahr gedeckt werden. Ziehen wir dieses Defizit vom Mietzins ab, könnte an sich ein Mietzins von rund 3'080 Franken bezahlt werden, um kostendeckend zu sein. Aus dem Mietzins von 3'080 Franken

ergibt sich ein stattlicher Beitrag, der für den fachgerechten Unterhalt der Liegenschaft zur Verfügung stehen würde. Betrachte ich die Rechnung aus Sicht der Gemeinde beim Kauf der Liegenschaft: Mit einem angenommenen Hypothekenzins von 2,5 Prozent und einem Kaufpreis von 430'000 Franken bezahlen wir 10'750 Franken. Bringen wir diesen Betrag in Abzug von 2'200 Franken, welche wir der SGS verrechnen wollen, bleiben satte 15'000 Franken im Jahr für Unterhalt, Gebühren usw. Vergleichen wir beide Rechnungen, ist der Kauf auf jeden Fall eine sinnvolle Investition, weil sich die Liegenschaft an einer strategisch interessanten Lage befindet.

Eintreten

Herr Niklaus Hofer (SVP): Eigentlich ist dieser Landhandel, wenn wir die finanzielle Lage unserer Gemeinde betrachten, keine gute Sache, aber die Liegenschaft liegt strategisch so interessant, dass sich dieser Kauf in naher Zukunft bereits rentieren wird. Die Firma Mosimann wird - wie zu lesen ist - in naher Zukunft vom Bahnhof weg ziehen, und somit kann im Umfeld der Liegenschaft in der Nähe des Bahnhofes eventuell eine gute Sache verwirklicht werden. Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich nehme vorweg, dass die CVP/EVP/LdU-Fraktion dem Geschäft zustimmen wird. Ich füge den Rechenbeispielen unseres Gemeindepräsidenten noch ein drittes an: 3'500 Franken Mietzins wurden für dieses Haus während der letzten paar Jahre bezahlt. Das muss als total überteuert bezeichnet werden.

Herr Urs Maibach (GB): Wir vom Grünen Bündnis stimmen dem Geschäft ebenfalls zu. Der Kauf ist in zwei Hinsichten interessant, und wir sind der Meinung, der Gemeinderat habe richtig gehandelt. Es ist wichtig, Asylbewerber günstig unterbringen zu können, und vor allem ist die strategische Lage der Liegenschaft gut. Die Gemeinde kann sich mit dem Kauf die Möglichkeit offen halten, bei künftigen Planungen in diesem Gebiet mitzureden. Ein Punkt scheint mir wichtig zu sein: Es handelt sich um ein altes Gebäude, und in der Beurteilung des Kaufpreises ist es mit 0 Franken eingesetzt, woraus geschlossen werden könnte, dass grosse Investitionen anfallen wie Stromleitungen, sanitäre Installationen oder ein neues Dach usw. Ich habe diese Frage bereits anlässlich der GPK-Sitzung gestellt und eine befriedigende Antwort erhalten, welche jedoch nirgends im Protokoll enthalten ist. Ich möchte den Gemeinderat auffordern, den Zustand des Gebäudes nochmals zu beschreiben und zu bestätigen, dass in den nächsten Jahren keine grossen Investitionen anfallen werden.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Wir haben nicht die Absicht und es ist auch nicht notwendig, in den nächsten Jahren grosse Investitionen zu tätigen. Ich weise nochmals darauf hin, dass mit dieser Investition Geld gespart werden und eine strategische Reserve geschaffen werden kann. Zu den 3'500 Franken Mietzins, welche bis anhin bezahlt werden mussten: Die Überlegung von Valentin Lagger, wir hätten zuviel bezahlt, hat etwas für sich, aber wir müssen dem Vermieter eine kostendeckende Miete bezahlen und haben sämtliche Möglichkeiten wie Hypothekenzinssenkungen usw. ausgeschöpft.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Auch die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem Kauf der Liegenschaft einstimmig zu. Ich habe jedoch etliche Bedenken in Bezug auf Unterhalt und Reparaturen. Beruflich hatte ich bis vor fünf Jahren recht viel in diesem Haus zu tun und war oft dort. In der Vorlage heisst es, die Wohnungen müssten "benutzbar" sein. Für mich ist es selbstverständlich, dass Asyl Suchende und Sozialhilfeempfänger keine Luxuswohnungen benötigen, sie müssen jedoch zumutbar und nicht nur benutzbar sein. Die Isolation, der Feuchtigkeitsschutz, die sanitären Einrichtungen in diesem Haus lassen jedoch viel zu wünschen übrig. Im Bericht steht das Argument, wenn die Gemeinde Besitzerin dieser Liegenschaft werde, sei nicht zu befürchten, dass Sanierungsforderungen gestellt würden, weil es sich bei der Unterbringung der Mieter um die Erfüllung einer öffentlichrechtlichen Pflicht handle. Das mag für die Gemeindekasse erfreulich sein, für mich klingt es fast so, wie wenn man Asyl Suchenden und Sozialhilfeempfängern keinerlei Rechte einräumen würde. Ich erwarte von der zuständigen Abteilung, dass sie diese Liegenschaft nicht nur benutzbar, sondern zumutbar unterhalten wird, besonders wenn es sich bei den Untergebrachten um Familien mit Kindern oder um kranke ältere Menschen handelt.

Herr Thomas Hänni (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion setzt sich grundsätzlich dafür ein, dass die Gemeinde Liegenschaften desinvestiert. Den Kauf dieser Liegenschaft erachten wir hingegen

als sinnvoll. Gestützt auf meine Immobilienkenntnisse glaube auch ich, dass mit dem Kauf Geld gespart werden kann und kein überhöhter Mietzins mehr bezahlt werden muss. Liegenschaftsbesitzer nutzen oft die Möglichkeit aus, einen hohen Mietzins für alte Liegenschaften von der öffentlichen Hand - die froh ist, Asyl Suchende oder Sozialhilfeempfänger unterbringen zu können - zu verlangen. Zu Markus Stähli: Du hast erwähnt, die Gemeinde wolle das Haus unterhalten und dies mit eigenen Leuten machen. Wie der Baumeister und der Bauer wäre auch ich als Handwerker froh, wenn die Gemeinde auch das Könizer Gewerbe berücksichtigen würde.

Detailberatung

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich habe noch eine Bemerkung zum Votum von Elisabeth Troxler: Mit dieser Vorlage ist es möglich, mehr Geld für den Unterhalt bereit zu stellen. Wir werden dies im Rahmen unserer Praxis sicher tun.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

- 1. Das Parlament beschliesst, die Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 256, Köniz-Grundbuchblatt Nr. 4246, von der einfachen Gesellschaft Aerni-Hug Erika und Aerni-Hug Michael zum Preis von CHF 415'000.00 zuzüglich CHF 10'000.00 für Unterhalt und Reparaturen sowie Verschreibungskosten zu erwerben.**
- 2. Der erforderliche Kredit von CHF 430'000.00 wird zu Lasten Konto Nr. 142.503.0001, (Bestandeskonto Nr. 1023.0211) bewilligt.**

4. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgender Vorstoss wurde eingereicht:

Motion SVP betr. Aufhebung der Poller-Lösung an der Landorfstrasse

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Zuerst zur formellen Frage, ob die Verschiebung eines Geschäftes im Parlament zu jedem Zeitpunkt vorgenommen werden könne. Die Antwort lautet ja, gemäss Art. 40 ff eures Geschäftsreglementes ist es möglich. Es gibt einen einzigen Vorbehalt in Art. 34: Bei den dort genannten Geschäften in Abs. 3 ist Eintreten obligatorisch. Die Frage zur Abschreibung einer Motion zum Zeitpunkt der Behandlung im Parlament: Ihr müsst vom bekannten Fall, der an der Juni-Sitzung Anlass zu Diskussionen gab, abstrahieren. Gestützt auf die Abklärungen unseres Rechtsdienstes ist der Gemeinderat der Meinung, dass eine Motion bei ihrer Behandlung im Parlament abgeschrieben werden kann, auch wenn der Gemeinderat die Abschreibung nicht beantragt. Es ist jedoch ganz wichtig, Motionen nur dann abzuschreiben, wenn sie wirklich vollständig erfüllt sind. Rein theoretisch könnte in einem kontroversen Fall von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, eine Gemeindebeschwerde beim Regierungsstatthalteramt einzureichen, um die Erfüllung der Motion prüfen zu lassen. Wir begründen unsere Auffassung wie folgt: Das Geschäftsreglement des Parlamentes sieht in Art. 62 die Abschreibung einer Motion für die Zeit *nach der Annahme* vor, gewissermassen während der Auftrag an den Gemeinderat bereits läuft. In dieser Zeit kann es vorkommen, dass der Gemeinderat dem Parlament ein Sachgeschäft vorlegt - in Art. 62 erwähnt - in dem er Antrag auf Abschreibung stellt, weil die Motion erfüllt oder nicht erfüllbar ist. Anlässlich der Parlamentsdebatte vom 20. Juni wurde der Antrag gestellt - was eher selten vorkommen dürfte - die Motion bereits bei der Behandlung als erfüllt abzuschreiben. Wir gehen davon aus, dass wir hier keine Regelung haben. Ergänzungswise könnte die Regelung in der Geschäftsordnung des Grossen Rates - Art. 66 Abs. 3 - übernommen werden, wo vorgesehen ist, dass eine Motion bei der Behandlung abgeschrieben werden kann, auch wenn die Regierung keinen entsprechenden Antrag gestellt hat. Diese Schlussfolgerung ist für uns deshalb richtig, weil es keinen Sinn machen kann, eine Motion zu überweisen und zu behandeln, wenn zweifelsfrei festgestellt werden kann, dass sie bereits erfüllt ist.

Die Parlamentspräsidentin: Diese Abklärungen bestätigen meine Meinung, die ich während der betreffenden Sitzung bereits vertreten habe: Das Parlament ist und bleibt die höchste Instanz.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich habe am letzten Mittwoch den Gemeinderat über

die aktuelle Situation im Bereich der Kinderbetreuung Köniz informiert, was ich heute auch hier tun will: Nachdem wir im Mai den Aufnahmestopp im Bereich der Tagespflege verfügen mussten, stellten wir ein Gesuch an die GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern) für zusätzliche Betreuungsstunden, das jedoch abgelehnt wurde. Somit steht uns für 2005 ein Gesamtkontingent von maximal 125'000 Betreuungsstunden zur Verfügung. Bis Ende Juni wurden davon bereits 82'100 Stunden beansprucht. Durch den Aufnahmestopp konnte die Situation Ende Juni auf dem Vorjahresniveau stabilisiert werden. Dies bestätigt, dass die Reaktionszeit bei einem Aufnahmestopp mindestens vier Monate beträgt. Diese Massnahme reicht aber nicht aus, um eine Überschreitung des Kontingentes bis Ende Jahr zu verhindern, und wir sind gezwungen, den Aufnahmestopp weiter zu führen und auch die soziale Dringlichkeit sehr restriktiv zu beurteilen. Bis Ende Jahr müssen ca. 20'000 Stunden kompensiert werden, d.h. für die zweite Jahreshälfte stehen nur noch 42'000 Stunden zur Verfügung, welche bereits durch die laufenden Betreuungsverhältnisse beansprucht werden; somit ist kein Spielraum mehr vorhanden. Die Nachfragesituation ist ungebrochen hoch, die Warteliste der KITA (Kindertagesstätten) verzeichnet per 4. August 2004 einen Stand von 69 Kindern. Mit dem Schuljahreswechsel ergaben sich bei den KITA kleine Spielräume, welche genutzt werden und einigen Eltern und Kindern Lösungen bringen. Sämtliche Verhältnisse wurden auf vereinbarte und effektiv genutzte Stunden überprüft und es zeigt sich, dass die vereinbarten Stunden mit sehr wenigen Ausnahmen eingehalten bzw. im Mittelwert unterschritten werden. Im Rahmen des Controllings beim FKB werden künftig sämtliche vereinbarten Stunden einbezogen und überprüft. Wir erhoffen uns, Veränderungen in Betreuungsverhältnissen frühzeitig festzustellen und zu reagieren zu können.

Herr Gemeinderat Hans Siegenthaler (SVP): Ich teile mit, dass die Hochwasser führenden Flüsse Aare und Gürbe heute in den Morgenstunden dazu führten, dass das Pumpwerk im Belpmoos abgestellt werden musste. Die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung von Köniz und Kehrsatz ist durch das Pumpwerk in Thörishaus und die Quellen gewährleistet. Für den Fall, dass die Situation länger dauern sollte, sind Abklärungen im Gange, um für längere Zeit mit diesem Wasser auszukommen. Wir rufen die Bevölkerung zu einem bewussten Verbrauch des Trinkwassers auf.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich füge nahtlos an Hans Siegenthaler an: Wir hatten heute tatsächlich eine etwas aussergewöhnliche Situation, glücklicherweise ohne jene Konsequenzen, welche für andere aus diesen unwahrscheinlichen Regengüssen resultierten. Der Wasserstand erreichte um 17.00 Uhr im Eichholz in etwa den Stand von 1999. Wir mussten bis heute um 17.00 Uhr weder Personen evakuieren noch ausrücken, um Keller auszupumpen. Das Gebiet Eichholz/Schönausteg wurde abgesperrt, weil es doch wieder viele Gaffer gibt, die nicht die notwendige Vernunft walten lassen; zum Teil werden sogar die Abschränkungen nicht beachtet. Die Feuerwehr hat auf Ersuchen der Stadt Bern zehn Feuerwehrleute aufgeboden, welche im Tierpark Dählhölzli mitgeholfen haben.

Herr Valentin Lagger (CVP): Letzten Donnerstag diskutierten wir in der Fraktion über eine Mailnachricht die wir vor rund zehn Tagen erhalten haben. An besagtem Freitag erhielten alle Parlamentsmitglieder eine Mail, in welcher folgender Text stand: "Der Gemeindepräsident legt grossen Wert darauf, dass Sie diese Information vor den übrigen Empfängerinnen und Empfängern der Medienmitteilung erhalten." Vor diesem Satz stand, dass die angehängten Dateien "sogleich den Medien zugestellt" würden. Was stand so Wichtiges in der Nachricht? Richtig, der Gemeinderat stellte uns das neue Verwaltungsorganisationsreglement zu, bzw. stellte uns in einer schönen Übersicht die neue Verwaltungsorganisation vor. Schön, wäre man geneigt zu sagen, in dieser Gemeinde geht etwas. Der Gemeinderat setzte damit auch einen Teil dessen um, was letztes Jahr in einer Motion mit - notabene - 35 Unterschriften bereits gefordert wurde. Zur Erinnerung: Das Vorlegen eines Modells zur integrierten Aufgaben- und Finanzplanung; das Vorlegen eines Entwurfes zur Revision der parlamentarischen Instrumente; das Vorlegen eines Entwurfes zu einem neuen Organisationsreglement und das Vorlegen von Entwürfen zu sämtlichen sich aus der Revision der Gemeindeordnung ergebenden notwendigen Anpassungen. So weit so gut. Letzten Freitag war ich beruflich ausser Haus und hatte keine Möglichkeit, meinen Mailbriefkasten zu lesen, hatte also am Samstagmorgen das Vergnügen, aus der Presse zu erfahren, dass der Gemeinderat einen Teil dieser Motion umgesetzt hat. So geht es nicht! Die Art, wie von Seiten der Exekutive vorgegangen wird, ist aus unserer Sicht inakzeptabel. Die Revision eines Reglementes liegt in der Kompetenz des

Parlamentes, und dass die Exekutive dieses anscheinend fixfertige Produkt der Presse vorlegt und damit den Anschein erweckt, die Sache sei so gelaufen, muss wahrscheinlich als krasse Missachtung des demokratischen Prinzips qualifiziert werden. Denn inzwischen haben die Mitglieder der Kommission K2005 die Unterlagen erhalten, der Gemeinderat geht wahrscheinlich davon aus, dass die Kommissions- und Parlamentsmitglieder dieses Geschäft kopfnickend oder stillschweigend verabschieden werden. Geradezu zynisch wirkt in meinen Augen die Aufforderung im Einladungsbrief, man möge die beiliegende ergänzende Unterlage ausschliesslich für Kommissionszwecke oder die Kommissionsarbeit verwenden. Richtig ist, dass Kommissionsarbeiten vertraulich sind, aber das gilt nicht nur für deren Mitglieder. Zusammenfassend bitte ich darum, die Rechte des Parlamentes zu befolgen und uns nicht 10 Minuten vor der Presse über Entscheide zu informieren, die eigentlich wir treffen sollten.

Zudem soll man sich an die Abläufe der Demokratie halten, auch wenn dies bisweilen etwas umständlich sein mag. Im Juni äusserte ich meine Freude darüber, dass der Gemeinderat seine Informationspolitik gegenüber dem Parlament stark verbessert hat, in diesem Zusammenhang insbesondere was die Finanzpolitik betrifft. Ich hoffe, dies hier sei ein einmaliger Ausrutscher im Prozess der Verbesserungen und freue mich trotzdem weiterhin darauf, mit Einsatz an der Verbesserung der Könizer Strukturen mitzuarbeiten.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich behalte mir eine abschliessende Beurteilung des Votums von Valentin Lager vor. Im Moment bin ich etwas überrascht, weil ich davon ausgehe, dass wir Vorlagen auch in der Vergangenheit bereits im Vorfeld den Medien vorgestellt haben, was nie als Missachtung des Parlamentes betrachtet wurde. Ich werde die Beurteilung zusammen mit dem Gemeinderat vornehmen.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Ich habe hier eine Karte, welche ich bereits zum vierten Mal ans Rednerpult mitnehme: Am 13. Dezember 2004, am 14. Januar 2005, am 2. Mai 2005 und heute stellte bzw. stelle ich die Frage, was mit den leeren Büroräumlichkeiten im Werkhof geschieht. Bis jetzt erhielt ich stets die gleiche Antwort, nämlich dass wir zu gegebener Zeit darüber orientiert würden. Mir scheint, die Zeit - 8 Monate nach der ersten Anfrage - wäre nun gegeben.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich nehme diese zum wiederholten Mal gestellte Frage als kleine Anfrage im Sinne unseres Parlamentsreglementes entgegen und werde sie innert nützlicher Frist beantworten.

Frau Ursula Wyss (LdU): Zur Abwechslung etwas Positives für den Gemeinderat: Ich danke dem Gemeinderat im Namen der Anwohnenden des Eichholzquartiers ganz herzlich für die rasche Umsetzung meiner Motion bezüglich Fahrverbotssignalisation. Ich hoffe, dass sich die Autofahrenden an die Signalisation halten und auch, dass die Polizei die notwendigen Kontrollen vornehmen kann.

Herr Beat Deuber (SP): Am 20. Juni sagte ich, ich sei Physiker und kein Jurist, an dieser Tatsache hat sich nichts geändert. Den Ausführungen des Gemeindepräsidenten zur Abschreibungspraxis kann ich nicht folgen. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist unser Reglement Makulatur, aber mir ist auch bekannt, dass in der Regel drei Juristen vier Meinungen haben. Ich möchte die Stellungnahme gerne schriftlich haben, und mich interessiert auch die Meinung des Regierungsstatthalters dazu. Die Aussage des Gemeinderates ist meines Erachtens - ich bin exakter Wissenschaftler - nicht mit Art. 62 vereinbar.

Herr Ignaz Caminada (EVP): In Niederscherli steht unser schönes neues Schulhaus an der Haltenstrasse. Ein Kompliment an alle am Bau Beteiligten, der Bau ist wirklich gut gelungen, und von meiner Terrasse her sieht er wirklich phänomenal aus. Das Schulhaus ist seit einer Woche bezogen, aber für mich bestehen nun einige Unklarheiten. Ich nahm die Abstimmungsbotschaft vom 24. November 2002 hervor. Dort steht, es seien zwei Kindergärten und je zwei erste und zweite Klassen vorgesehen. In einer Tageszeitung stand nun, im neuen Schulhaus seien fünf Klassen untergebracht, und dazu kämen im Parterre die beiden Räume für die Basisstufe. Nun wurde ich von einigen Personen aus Niederscherli darauf angesprochen, es gäbe auf dieser Seite der Schwarzenburgstrasse ein neues Schulhaus, aber ihre Kinder müssten für den Besuch des Kindergartens im Bodengässli-Schulhaus die Hauptstrasse überqueren. Das irritierte mich sehr, weil ich mich seinerzeit stark für den Bau des Schulhauses an der Haltenstrasse eingesetzt habe und immer wieder erklärte, es sei gut, wenn die untersten

Klassen - die Mehrheit davon wohnt auf dieser Seite von Niederscherli - möglichst nicht die Schwarzenburgstrasse queren müssen. Ich bemängle die nicht vorhandene Information bzw. Transparenz. Auch hörte ich, es sei eine 3. Klasse im Schulhaus.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ignaz Caminada, du hast richtig gelesen, im neuen Schulhaus an der Haltenstrasse befinden sich fünf Klassen, d.h. vier Klassen und eine Basisstufe, der zwei Räume zur Verfügung stehen. Ebenfalls richtig ist, dass der Kindergarten im Bodengässli-Schulhaus weiterläuft, weil er im neuen Schulhaus keinen Platz mehr fand. Zur Transparenz: Euch allen war bekannt, dass sich Niederscherli für da Führen der Basisstufe beworben hat, und wir haben zugestimmt. Man kann sicher über den Kindergarten im Bodengässli-Schulhaus diskutieren, da bin ich mit dir einig; aber vom Raumkonzept her wurde die Einteilung so vorgenommen, weil immer noch eine halbe Klasse Kindergärteler aus Mittelhäusern dem Bodengässli-Schulhaus zugeteilt ist. Ich kann, wenn dies verlangt wird, dem Parlament das Raumkonzept der Schulhäuser in Niederscherli zur Verfügung stellen.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Ich komme mit meinem Thema erst zum dritten Mal ans Rednerpult, also nicht ganz so oft wie Ueli Salvisberg. Auch auf die Gefahr hin, einen Teil von euch zu langweilen, muss ich das Problem des nicht mehr zur Verfügung stehenden Abendbetriebes der Linie 16 nochmals ansprechen. Für zahlreiche Quartierbewohnende stellt diese Situation tatsächlich ein Problem dar. Die Anwohnenden haben Gemeinderat Urs Wilk im Anschluss an die Versammlung im Mai einen Brief mit klaren Fragen zugestellt. Die Antwort kam nicht - wie versprochen - vor, sondern erst während den Sommerferien, und ihr wisst alle, dass es in dieser Zeit sehr schwierig ist zu reagieren. Darüber hinaus war der Inhalt enttäuschend, die Eingebenden waren damit gar nicht zufrieden, weil nicht auf ihre Fragen und Einwände eingegangen wurde. Der Spiegel-Leist hat die vielen Fragen aus der grossen Versammlung am 8. Juni in einem Brief an den Gemeinderat eingegeben, aber bis heute hat er keine Antwort erhalten.

Meine zwei Fragen: Urs Wilk, wie gedenkst du auf die vielen offenen Fragen einzugehen? Die Geduld der Anwohnenden der Gurten-Gartenstadt ist bereits sehr stark strapaziert. Was gedenkt die zuständige Abteilung zu unternehmen, um die drohende Einstellung der Buslinie 16 - auch des Tagesbetriebs - zu verhindern?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Zuerst zur zweiten Frage: Der Tagesbetrieb der Buslinie 16 ist nicht bedroht, das erklärte ich bereits mehrfach. Im Vorfrühling stand einmal in einem Presseartikel, der Regierungsrat überlege sich bei allfälligen Kürzungen der öV-Beiträge die vom Bund an den Kanton geleistet würden, allenfalls die Buslinie 16 insgesamt und das Postauto Niederscherli - Oberscherli - Oberbalm zu streichen. Diese Kürzung ist nicht im befürchteten Ausmass eingetreten, und vom Kanton erhielt ich - auf Anfrage hin - die Antwort, die Buslinie 16 sei nicht gefährdet. Zudem haben wir nach wie vor tendenziell steigende Frequenzen beim Tagesbetrieb der Buslinie 16. Zur ersten Frage: Wir haben uns erlaubt, die Beantwortung der offenen Fragen des Spiegel-Leistes umfassend und nicht im Detail abzufassen, weil der Gemeinderat im Moment keine Möglichkeit hat, auch nur eine Kleinigkeit an diesem System zu ändern. Beim Kanton hat ein Antrag für einen Versuchsbetrieb keine Chance, und anders kann der Abendbetrieb nicht wieder aktiviert werden. Auf der anderen Seite ist die Gemeinde finanziell derart eingeschränkt, dass wir uns die Finanzierung eines Abendbetriebs nicht vorstellen können.

Frau Verena Rohrbach (SVP): Mein Problem ist etwas kleiner: Man spricht in unserer Gemeinde von Zukunftsperspektiven, von Prosperität, man entwickelt neue Ideen, ist attraktiv, fortschrittlich usw. Ich frage mich aber, ob Köniz eine Neuverfilmung von "Back to the Future" plant. Weshalb: Erstens wurden im Anzeiger vom letzten Freitag die Resultate von Geschwindigkeitskontrollen von September bis Dezember 2004 veröffentlicht! Was bringt eine solche Publikation? Zweitens ist im Teletext von "Telebärn" ab Seite 758 seit Wochen die Traktandenliste der GGR-Sitzung vom 21. Januar 2000 zu sehen, und es geht noch weiter mit den besten Wünschen des Gemeinderates zum Jahreswechsel und den Ratschlägen, wie man Feuerwehr, Sanität und andere erreicht, falls das Natelnetz ausfalle. All dies scheint mir nicht professionell und zukunftsorientiert zu sein, dürfte jedoch durch die Exekutive begründbar sein. Ich bin auf die Antwort gespannt.

Die Parlamentspräsidentin: Mein Bericht über den Fussball-Match gegen den Stadtrat Biel: Der erste Auftritt des FC Parlament Köniz fand am letzten Freitag bei strömendem Regen auf

dem Fussballfeld im Schlatt statt. Der Match kam zustande, weil ein paar Fussballbegeisterte bei unserem letztjährigen Besuch in Biel meinten, man könnte sich zu einem Freundschaftsspiel treffen. In der Vorbereitungsphase zeigte sich, dass die Bieler mit einer kampferprobten Mannschaft antreten würden, und der Coach erklärte mir, "sini Giele" spielten ungefähr vier Mal pro Jahr und seien nicht alle reine Stadträte. So wurde ich, die von Fussball - nett ausge-drückt - wenig versteht, plötzlich Coach. Ich ertappte mich dabei, wie ich von "mine Giele" sprach, wenn ich mit meinem professionellen Kollegen aus Biel diskutierte. Ich muss zugeben, irgendwie gefiel es mir, so zu sprechen, aber ich werde diesen Begriff sofort wieder aus meinem Wortschatz kippen.

Jetzt interessiert euch sicher, wie sich meine Mannschaft geschlagen hat: Wir starteten souverän und gingen mit zwei Toren in Führung, womit wir den Gegner total demoralisierten. Dann nahm jedoch unsere Höflichkeit überhand, und wir liessen die Gäste schliesslich mit 4 : 3 gewinnen. Ich bin aber enorm stolz auf die Leistung des FC Parlament Köniz, die zu 100 Prozent aus Parlamentmitgliedern bestand, nämlich: Bernhard Bichsel, Ignaz Caminada, Hermann Gysel, Thomas Hänni, Niklaus Hofer, Valentin Lagger, Urs Maibach, Hans Moser, Ueli Salvisberg und Marco Streiff. Nochmals herzlichen Dank, auch an die Delegationen der Parteien, die anwesend waren. Wir erhielten vom Bieler Stadtrat ein Geschenk, das ich euch nicht vorenthalten will: Eine riesengrosse Swatch-Uhr, für welche die Verwaltung sicher einen Platz finden wird. Darf ich - ich sage es zum letzten Mal - "mini Giele" nach der Sitzung noch zu mir bitten? Ich wünsche euch noch einen schönen Abend. Die nächste Sitzung findet am 19. September 2005 statt.

Schluss der Sitzung 20.30 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 19. September 2005 19.00 bis 20.30 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend:

Antenen Peter, SP	Mader Mélanie, SP
Arm Alfred, SP	Matter Brigitta, SD
Balz Christian, FDP	Mooser Barbara, FDP
Bichsel Bernhard, jfk	Moser Hans, SVP
Bühler Evelyn, FDP	Pestalozzi Hansueli, GB
Burren Christian, parteilos	Riesen Anton, FDP
Bussard Lorenz, SVP	Rohrbach Verena, SVP
Caminada Ignaz, CVP	Salvisberg Ulrich, SVP
Egli Claudia, SP	Schörlin Marlise, SP
Graber Martin A., SP	Sedlmayer Katrin, SP
Gysel Hermann, EVP	Staub Hugo, SP
Hänni Thomas, FDP	Staub Stephie, SP
Henggi Harald, FDP	Stähli Markus, SVP
Hofer Niklaus, SVP	Streiff Marco, EVP
Krebs Daniel, SVP	Troxler Elisabeth, SP
Lagger Valentin, CVP	Vifian Christian, SP
Maibach Urs, GB	Wyss Ursula, LdU
Lehmann Stefan, SVP	Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt:

Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Giger Beat, SD

Gemeinderat

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Streiff Marianne, EVP
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident	Studer Ueli, SVP
Berger Verena, SP	Wilk Urs, FDP
Sommaruga Simonetta, SP	

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	106
2. Kommissionsersatzwahlen	106
3. Areal Alte Migros Landorfstrasse, Köniz, Architektur- und Investorenwettbewerb	106
Kredit; Präsidial- und Finanzdirektion / Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	
4. Grünflächen- und Baumpflege 2006 bis 2013	110
Verpflichtungskredit; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	
5. Städtepartnerschaft Köniz-Prijepolje, Spezialfinanzierung	112
Reglement; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule	
6. Verschiedenes	117

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich heisse euch zur heutigen Sitzung herzlich willkommen. Uns erwartet aller Voraussicht nach kein langer Abend, aber man kann sich täuschen.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 35 Parlamentsmitgliedern; das Parlament ist somit beschlussfähig. Die Herren Thomas Hänni und Valentin Lager treffen um 19.25 bzw. 19.30 Uhr ein, so dass schliesslich 37 Parlamentsmitglieder anwesend sind.

Mitteilungen

Die Parlamentspräsidentin: Zusammen mit dem Protokoll der letzten Sitzung wurden uns letzte Woche 4 Vorschläge für Kommissionsersatzwahlen zugestellt, und einen weiteren haben wir am Freitag per E-Mail erhalten.

1. Protokoll der Sitzung vom 22. August 2005:

Herr Ignaz Caminada (CVP): Richtig hinter meinem Namen ist nach wie vor CVP.

Mit dieser Korrektur wird das Protokoll der Sitzung vom 22. August 2005 genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegen folgende Ersatzvorschläge vor:

- 0521 Primarschulkommission Thörishaus: Wüthrich Richard, Freiburgstrasse 925, 3174 Thörishaus (parteilos / Sitzanspruch SP), anstelle von Burch Angela, Thörishaus
- 0522 Elternvertretung in der Primarschulkommission Oberwangen: Schären Claudia, Feldackerstrasse 1, 3173 Oberwangen (parteilos), anstelle von Klingebiel Thomas, Oberwangen
- 0523 Elternvertretung in der Primarschulkommission Mengestorf: Boschung-Inäbnit Judith, Wichelackerstrasse 51, 3144 Gasel (parteilos), anstelle von Werren Andreas, Gasel
- 0524 Elternvertretung in der Primarschulkommission Wabern (1. bis 4. Schuljahr) Mischler Marinella, Maygutstrasse 8, 3084 Wabern (parteilos), anstelle von Blaser Martin, Wabern
- 0525 Elternvertretung in der Schulkommission für die Sekundarstufe I Niederscherli: Lutz Franziska, Burisholzweg 110, 3145 Niederscherli (parteilos), anstelle von Flückiger Erika, Gasel.

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

3. Areal Alte Migros Landorfstrasse, Köniz, Architektur- und Investorenwettbewerb

Kredit; Präsidial- und Finanzdirektion / Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP; GPK-Sprecherin): Das vorliegende Geschäft wurde in der GPK mehrheitlich positiv aufgenommen. Die Idee, einen Wettbewerb mit Architekten und Investoren in einem zweistufigen Verfahren durchzuführen, ist für Köniz neu, hat sich jedoch andernorts bereits bewährt. Als erfolgreiche Beispiele für solche Teamwettbewerbe wurden von der Direktion PLUV die Voltastrasse in Basel und auch ein Gebäude in der vorderen Lorraine in Bern, das so genannte Wolo 1 erwähnt. Wichtig ist, dass bei der Ausschreibung klare Vorgaben in Bezug auf die Nutzung bestehen und die Jurierung nur über die Architektur erfolgt. In einem ersten Lauf werden aus allen Eingaben die acht architektonisch anspruchsvollsten und sich an die Vorgaben haltenden ausgewählt. In einem zweiten Lauf werden aus diesen acht die drei besten auserkoren. Bis dahin ist immer die Architektur des Projektes entscheidend und nicht der finanzielle Aspekt. Ein siebenköpfiges Fachpreisgericht, bestehend aus renommierten Architektinnen und Architekten, wird die Eingaben bewerten. Mir wurde gesagt, je

qualifizierter das Fachpreisgericht zusammengesetzt, sei um so mehr Eingaben gebe es für ein solches Projekt. Zudem sind als Sachpreisrichter auch unsere Gemeinderäte Urs Wilk und Verena Berger sowie Gemeindepräsident Luc Mentha in der Jury, und die Verwaltung begleitet den ganzen Wettbewerb. Wichtig sind bei diesem Projekt die Ziele: Das Grundstück für die Neuüberbauung wird im Baurecht abgegeben, es sind ökologische Kriterien zu erfüllen - dazu sitzt eine spezielle Fachperson in der Jury - und in Bezug auf mögliche Wohnnutzung wurde an das Wohnen im Alter gedacht. In der GPK gaben folgende Punkte Anlass zu Diskussionen: Was heisst verkehrsarme Nutzung? Das sind Dienstleistungen wie Arztpraxen, Coiffeursalons oder Physiotherapien, also Angebote, die nicht den täglichen Bedarf abdecken wie z.B. Einkaufsläden. Weiter wurde die Frage nach dem Wohnen im Alter gestellt. Dürfen nur Personen über 50 Jahre dort einziehen? Nein, lautete die Antwort, an diesem Ort sollen sich alle Leute niederlassen können, die eine zentrale, mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossene Wohnlage suchen. Das können 45- bis 90-Jährige sein. Es ist nicht Ziel des Projektes, eine Fünfsterresidenz für Seniorinnen und Senioren zu bauen, es soll eine Durchmischung der verschiedenen Generationen geben. Zu diskutieren gab anlässlich der GPK-Sitzung vor allem, ob die Parzelle B - Grundeigentümer Ernst Brönnimann - im Baurecht abgegeben oder verkauft werden soll. Ein Vorschlag lautete, diese Parzelle nur im Baurecht abzugeben, aber die Mehrheit der GPK war der Meinung, die Gemeinde sollte sich hier beide Optionen - Baurecht und Verkauf - offen halten. Zudem hat sich das Parlament heute nicht zu dieser Frage zu äussern, sie ist nicht Teil des Beschlusses.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, das Geschäft anzunehmen. Ich gebe noch die Stellungnahme der SP/JUSO-Fraktion bekannt: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst den Entscheid des Gemeinderates, das Areal der alten Migros zügig für eine attraktive Wohnüberbauung zu erschliessen. Das gewählte zweistufige Verfahren ist zukunftsweisend und innovativ. Zudem vereint die Vorlage verschiedene positive Aspekte: An einer zentralen, attraktiven Lage entsteht eine Wohnüberbauung, die optimal vom öffentlichen Verkehr erschlossen ist, in deren Nähe beste Einkaufsmöglichkeiten bestehen, ergänzt durch Dienstleistungen ohne grosses Verkehrsaufkommen. Auf dem Areal der alten Migros soll eine Überbauung nach ökologischen Kriterien entstehen, bei welcher Nachhaltigkeit, verkehrsarmes Wohnen und Minerigiestandard berücksichtigt werden. Das zweistufige Ausschreibungsverfahren für Architekten- und Investorentams mit einer erstklassigen Jury garantiert eine qualitativ hochstehende Überbauung mit nachhaltiger Nutzung. Die Abgabe des Landes im Baurecht wird der Gemeinde in Zukunft zusätzliche, regelmässige und sichere Einnahmen beschere; das ist uns sehr wichtig. Zudem wird mit dem Ziel Wohnen zum Älterwerden einem grossen Bedürfnis entsprochen, nimmt doch der Anteil Seniorinnen und Senioren zu, und gerade solche schauen sich oft nach einer attraktiven Wohnlage im Zentrum um. Für die SP/JUSO-Fraktion ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass hier keine Exklusivresidenz für hohe Einkommensschichten entstehen soll, sondern eine breite soziale Durchmischung angestrebt wird.

Die Parlamentspräsidentin: Die Federführung für dieses Geschäft liegt entgegen der Angaben auf der Traktrandenliste beim Gemeindepräsidenten Luc Mentha und bei Gemeinderat Urs Wilk gemeinsam.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Vor dem Eintreten möchte ich eine kleine Ergänzung anbringen: In der GPK fragte Rolf Zwahlen (EVP), wie hoch die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit diesen beiden Parzellen zur Zeit sind: Auf Parzelle A (Gemeinde Köniz) generieren wir Einnahmen von rund 120'000 Franken/Jahr - zum Teil basierend auf Schätzungen und inklusive Einnahmen aus den Ticketautomaten - und wir haben Ausgaben in der Höhe von rund 20 Prozent der Einnahmen. Bei Parzelle B (Eigentümer Ernst Brönnimann) haben wir Einnahmen von rund 58'000 Franken, denen wiederum der Unterhalt für die Häuser gegenüber steht und der Baurechtszins von gut 100'000 Franken, den wir bezahlen müssen.. Dieser Baurechtszins wurde in einer früheren Phase von der Migros abgegolten. Das war ein grösseres Projekt, bei welchem der Abtausch der Areale mit der Migros vorgenommen wurde.

Eintreten

Frau Barbara Mooser (FDP): Die FDP findet die Aufwertung des Areals als wichtig. Besonders gut fänden wir es, wenn eine Bauträgerschaft gefunden würde, welche ein Projekt für das Wohnen im Alter realisieren könnte. Der Standort ist sehr gut, da er zentral liegt, nicht weit von

Einkaufszentren und unmittelbar neben einer Haltestelle des öffentlichen Verkehrs. Auch Grünflächen wie der Könizbergwald befinden sich in der Nähe. Gut ist, wenn ältere Leute beim Umzug z.B. von einem Einfamilienhaus in eine Wohnung in ihrer Umgebung bleiben können, das bringt viele Vorteile, auch für die Gemeinde. Viele Personen überlegen sich in einem gewissen Alter sehr gut, wohin sie ziehen, und ein solches Projekt kann viel Interesse auf sich vereinigen. Im Moment sollte die Parzelle B (Brönnimann) nicht für einen überhöhten Preis gekauft werden, denn spätestens nach der endgültigen Planung wird das Geschäft wieder dem Parlament vorgelegt werden. Wir finden es richtig, dass diese Parzelle als separate Etappe realisiert wird, aber sie muss in die Planung integriert sein, damit das Areal als Einheit auftritt. Die FDP/jfk-Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Herr Christian Burren (parteilos/SVP): Die SVP-Fraktion steht dem Geschäft im Grossen und Ganzen positiv gegenüber. Das Wohnen im Alter ist sicher eine gute Nutzung, denn es ist zu begrüssen, wenn ältere Personen möglichst in ihrer Umgebung Wohnraum finden. Gut ist auch die Idee, den Boden im Baurecht abzugeben, das generiert der Gemeinde kontinuierliche Einnahmen. Wir müssen aber den zusätzlichen Verkehr im Auge behalten. Es ist gut, wenn dieses Areal aufgewertet wird, uns gibt aber der zusätzliche Verkehr zu denken. Dieser Umstand muss bei der Verkehrsplanung berücksichtigt werden, denn das Dreispitzareal wird bebaut, das grosse Swisscom-Gebäude wird fertiggestellt, auch das Winterthur-Dienstleistungszentrum wird gebaut, alles zusätzliches Verkehrsaufkommen. Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Solche Voten aus den Reihen der SVP zu hören ist schön. Auch für uns ist der Verkehr ein wichtiges Kriterium, und deshalb ist die Idee richtig, ältere Personen dort anzusiedeln. Wir stehen der Vorlage grundsätzlich positiv gegenüber, die meisten Argumente wurden bereits erwähnt. Wohnen in Zentrumsnähe führt auch zu einer Belebung des Zentrums, denn ausserhalb der Geschäftszeiten wirkt es doch ziemlich ausgestorben. Wir begrüssen auch, das geplant wird, im Minergiestandard zu bauen, gerade bei den momentanen Energiepreisen wird sich diese Bauweise finanziell lohnen. Unter ökologischem Aspekt verstehen wir nicht nur die eigentlichen ökologischen, sondern auch sozialökologische Aspekte. In diesem Zusammenhang wäre es wichtig, Gemeinschaftsräume einzuplanen, damit man vielleicht mit einer relativ kleinen Wohnung zurecht kommt und bei z.B. viel Besuch auf einen solchen Gemeinschaftsraum ausweichen kann. Die Abgabe im Baurecht ist ebenfalls wichtig, weil damit der gestalterische und finanzielle Spielraum für unsere Nachkommen erhalten bleibt. Wir finden es auch ein realistisches Vorgehen, dass Architekten und Investoren zusammen ein Projekt ausarbeiten müssen, so ist die Gefahr kleiner, dass ein zwar architektonisch grosser Wurf gewinnt, der jedoch nicht finanzierbar ist.

Wir haben noch zwei Bemerkungen anzubringen: Ist der Minergiestandard in den Wettbewerbsunterlagen wirklich verbindlich festgelegt und heisst das, dass ein Entwurf, der dieses Kriterium nicht erfüllt, disqualifiziert wird? Zur Parzelle Brönnimann: In den Unterlagen besteht ein Widerspruch. In Punkt 2, Ausgangslage steht klar, dass diese Parzelle Brönnimann spätestens im Jahr 2020 dem Terrain der Gemeinde zugeschlagen werden soll. In Punkt 3, Ziele heisst es plötzlich, die Parzelle Brönnimann könne im Baurecht oder verkaufweise abgetreten werden. Hier plädieren wir sehr stark dafür, dass die Gemeinde die Parzelle Brönnimann im Baurecht abgibt, denn es macht wenig Sinn, gerade diese Eckparzelle zu verkaufen.

Herr Hermann Gysel (EVP): Die CVP/EVP/LdU-Fraktion kann dem Antrag des Gemeinderates für den Verpflichtungskredit zur Durchführung des Architektur- und Investorenwettbewerbes zustimmen, weil der Wettbewerb in der vorliegenden Form durchaus sinnvoll ist und uns die eingesetzten Beträge realistisch erscheinen. Auf die Themen Verwendungszweck, Verkehrsaufkommen, Etappierung und Plausibilität der Ertragsrechnung sind andere bereits eingegangen, und das Parlament hat sich offenbar heute nur zum Kredit zu äussern. Ich nehme jedoch an, das eine oder andere Thema werde bei der Umzonung wieder zur Sprache kommen. Auch uns ist wichtig, dass die Gemeinde die Parzelle im Baurecht abgibt, um diese Option unseren Nachkommen offen zu halten. Zum Schluss: Zwischen der im Antrag aufgeführten Preissumme und jener im Internet besteht eine Differenz von 10'000 Franken.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Zuerst zu Christian Burren: Eine Verkehrszunahme ist mit der vorgesehenen Nutzung nicht zu erwarten, denn in den Berechnungen ist immer noch die Verkehrsbelastung für das Einkaufszentrum enthalten. Wir haben im Ausschreibungstext zum

Wettbewerb vorgesehen, die minimale Anzahl Parkplätze - welche gemäss Bauverordnung vorgesehen ist - und nicht die maximale zu realisieren, d.h. pro Wohnung ein Parkplatz plus einige Besucherplätze. Das Problem haben wir erkannt und wir sind im Gemeinderat einstimmig der Meinung, dass mit der vorgesehenen Nutzung die Verkehrssituation nicht verschärft, sondern eher entlastet wird.

Betreffend Minergiestandard, Herr Pestalozzi, ist im Ausschreibungstext festgehalten, dass die Eingebenden sich vertraglich verpflichten, den Minergiestandard zu 100 Prozent der Gebäudefläche zu erfüllen. An der Differenz von 10'000 Franken zwischen Internet und Antrag Gemeinderat "ist ganz sicher der Computer schuld."

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Zur Frage, ob die Parzelle Brönnimann im Baurecht abgegeben wird oder nicht, kann ich durchaus mit dem Votum leben, das Baurecht sei anzustreben, das ist auch meine Meinung. Wir sollten versuchen, dieses Terrain nach Ablauf des Baurechtsvertrages zu erwerben und im Baurecht weiterzugeben. Es wäre jedoch schlecht, wenn wir im Wettbewerb eine solche Bedingung aufführen würden, weil uns dieses Land zur Zeit noch nicht gehört, und ist nicht auszuschliessen ist, dass wir uns, um dem wirklich besten Vorschlag des Architektur- und Investorenwettbewerbes zum Durchbruch zu verhelfen, eine gewisse Flexibilität erhalten müssen. Dass es jedoch langfristig betrachtet Sinn macht, diese Bodenparzelle zu übernehmen und im Baurecht abzugeben, ist auch die Erkenntnis des Gemeinderates und wird angestrebt.

Detailberatung

Herr Ulrich Salvisberg (SVP): In Punkt 2, Ausgangslage sind die beiden Parzellen mit zwei verschiedenen Farben gekennzeichnet. Die Parzelle B (gelb) ist bis über die Landorfstrasse geführt. Ist das richtig?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ulrich Salvisberg, du hast richtig erkannt, dass sich beim Übertragen vom einen Dokument aufs andere der Raster verschoben hat. Die Parzelle geht bis an den linken Rand der Landorfstrasse. Ich entschuldige mich in aller Form für das Versehen.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich möchte zu Punkt 4, Vorgehen noch etwas "nachhaken": Wir haben hier eine schöne Auflistung, auch die Preissumme von 110'000 Franken ist wiederum genannt. Letzten Sonntag habe ich die Wettbewerbsausschreibung auf dem Internet näher betrachtet und bemerkt, dass das Preisgeld mit 120'000 Franken ausgeschrieben ist. Ich frage mich jedoch vor allem, ob es üblich und sauber ist, den Wettbewerb - im Prinzip eine Bestellung - auszuschreiben, wenn das Parlament den Kredit noch nicht bewilligt hat. Meiner Meinung nach ist es nicht richtig, etwas zu bestellen, das noch gar nicht vom Parlament beraten worden ist.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Offensichtlich sind die 110'000 Franken im Antrag ans Parlament ein Fehler, denn in den Ausschreibungsunterlagen sind 120'000 Franken eingesetzt. Auf die Gesamtsumme hat es jedoch keinen Einfluss. Selbstverständlich ist es dem Parlament vorbehalten, den Kredit heute abzulehnen und das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen. Dann werden die bereits Angeschriebenen über den Umstand informiert, dass das Geschäft neu aufbereitet werden muss. Der Gemeinderat hatte beschlossen, im Interesse einer raschen Abwicklung in dieser Angelegenheit vorwärts zu machen, aber nicht in der Absicht, das Parlament zu übergehen. Der Gemeinderat hat seinen Beschluss mit dem Vorbehalt der Genehmigung durch das Parlament gefasst.

Herr Martin Graber (SP): Urs Wilk, wenn im Internet 10'000 Franken mehr eingesetzt sind, weshalb haben diese keinen Einfluss? Eine Summe erhöht sich doch um den fehlenden Betrag, wenn er falsch eingesetzt ist?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Der Fehler hat deshalb keinen Einfluss, weil in der Gesamtrechnung die richtige Summe von 120'000 Franken eingesetzt ist. Der Gesamtkredit beläuft sich auf 280'000 Franken und die Korrektur wird andernorts aufgefangen, z.B. bei der Position Unvorhergesehenes.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Für die Durchführung eines Architektur- und Investorenwettbewerbes für das Areal Alte Migros Landorfstrasse, Köniz wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 280'000.00 zu Lasten Konto Nr. 142.581.1228 (Bilanz 1023.1228) bewilligt.

4. Grünflächen- und Baumpflege 2006 bis 2013

Verpflichtungskredit; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP; GPK-Sprecherin): Auch dieses Geschäft wurde in der GPK diskutiert und positiv aufgenommen. Kurz gesagt geht es darum, längerfristige Verträge mit Gärtnereibetrieben für die Pflege von öffentlichen Grünflächen der Gemeinde abzuschliessen. Damit werden Kontinuität und Ausführungsqualität der Arbeiten über längere Zeit sichergestellt. Wichtig war der GPK in diesem Zusammenhang, dass für die Ausschreibung genaue und auch ökologische Vorgaben vorhanden sind und dass die Verträge zwar langfristig, jedoch jährlich kündbar sind. Zu den Kosten tauchten noch Fragen auf. Es wurde gefragt, ob die Arbeiten nicht auch verwaltungsintern ausgeführt werden könnten. Diese Möglichkeit wurde bereits früher geprüft, erwies sich aber als nicht rentabel. Weiter wurde diskutiert, was die restlichen 15 bis 20 Prozent der Kosten ausmachen, welche bei der Grün- und Baumpflege anfallen. Hier handelt es sich vor allem um Mauer- und Zaunarbeiten, Behebung von Vandalen- und Unwetterschäden usw. Es wurde auch gefragt, wie die hier aufgeführten Zahlen erhoben wurden. Der Betrag von 295'000 Franken wurde für den Voranschlag 2005 aufgrund von Offerten berechnet und für die Beträge für die Jahre danach wurden Erfahrungswerte herangezogen und -annahmen getroffen. Die Grünflächen nehmen jährlich zu, z.B. neue Kreisel, neue Plätze, was die Kosten erhöht, zudem ist die Teuerung zu berücksichtigen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, das Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderates anzunehmen.

Ich gebe wiederum die Stellungnahme der SP/JUSO-Fraktion ab: Auch wir stehen dem Geschäft positiv gegenüber, können doch mit den längerfristigen Ausschreibungen Ressourcen in der Verwaltung gespart werden. Dank längeren Vertragsdauern können auch Kontinuität und Ausführungsqualität der Arbeiten in den grünen Gemeindelungen sichergestellt werden, was bei Naturobjekten nur Vorteile bringt. Wie erwähnt, macht die Gemeinde ökologische Auflagen in den Ausschreibungen, z.B. bezüglich Pflanzenarten, Brachflächen usw. Es wäre interessant gewesen, noch einiges mehr über diese Auflagen zu erfahren, das fehlte uns in der GPK ein wenig. Denn es scheint uns wichtig, dass eine Gemeinde, die über ein Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) verfügt, dieses auch auf ihre eigenen Grünflächen anwendet und eine Vorreiterrolle einnimmt. Wir empfehlen, das Geschäft anzunehmen.

Eintreten

Herr Niklaus Hofer (SVP): Ich nehme vorweg: Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Bei der Behandlung in der Fraktion wurden wir jedoch etwas "stutzig", denn uns liegt ein Verpflichtungskredit bis 2013 von über 2 Millionen Franken vor, und die Unterlagen dazu sind sehr dürftig. Ich hatte den Auftrag von meiner Fraktion, bei der zuständigen Abteilung mehr darüber in Erfahrung zu bringen, was ich heute Vormittag getan habe. Ich wurde von Urs Wilk und Rolf Fuchs sehr freundlich empfangen. Sie haben mir das Geschäft näher dargelegt. In der Gemeinde Köniz müssen 700 bis 800 Bäume geschnitten werden, und die Anzahl der Grünflächen und Rabatten ist ebenfalls hoch. Urs Wilk hatte Ausschreibungsunterlagen vor sich auf dem Pult und all diese Papiere zu kopieren und jedem Parlamentsmitglied zuzustellen, wäre tatsächlich etwas übertrieben gewesen.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Auch wir vom Grünen Bündnis stellen auf keine Art und Weise infrage, dass die Baum- und Grünflächenpflege notwendig ist. Für uns ist die Kontinuität sehr wichtig, gerade Bäume können nicht jedes Jahr nach einer anderen Methode geschnitten werden, das würde ihnen nicht bekommen. Ähnlich wie die Vorredner sind auch wir von der Vorlage nicht ganz befriedigt und haben einige Fragen an den Gemeinderat. Nach welchen Grundsätzen werden die Grünflächen gepflegt? Nach dem Konzept für eine ökolo-

gische Aussenraumgestaltung, welche kürzlich erarbeitet wurde, oder sind noch andere Konzepte vorhanden? Ein Hinweis, nach welchem Prinzip die Grünflächenpflege funktioniert, hätte genügt. Wir haben hier einem Betrag zuzustimmen, über dessen Umfang nichts in den Unterlagen vorhanden ist. Soeben konnten wir hören, dass es um 700 bis 800 Bäume geht. Ich wüsste auch gerne, wie viele Quadratmeter Grünfläche gepflegt werden müssen, denn das wäre die Grundlage für den Vergleich mit anderen Gemeinden. Erst so könnten wir uns ein Bild darüber machen, ob der zu bewilligende Betrag von rund 2 Millionen Franken (50 Franken je Einwohner) gerechtfertigt ist. Weiter steht in den Unterlagen, eine Vergabe über acht Jahre würde Kosten sparen. Ich sehe aus den uns vorgelegten Zahlen nicht, wo diese Kosten gespart werden können. Wir sind der Meinung, wenn die Gemeinde Aufgaben auslagert, müsse genau geprüft werden können, ob die Leistungen effizient erbracht werden, und das muss dem Parlament aufgezeigt werden. Wir machen die Zustimmung zu diesem Geschäft abhängig von der Antwort des Gemeinderates.

Herr Thomas Hänni (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion steht dem Geschäft sehr positiv gegenüber. Wir sind der Meinung, es sei eine gute Sache, weil erstens die Arbeiten in Lose aufgeteilt sind und zweitens Könizer Unternehmen berücksichtigt werden, welche während acht Jahren ein gesichertes Einkommen haben. 2 Millionen Franken sind ein hoher Betrag, da er aber auf acht Jahre verteilt ist - zwischen 240'000 und 295'000 Franken pro Jahr - und für saubere Grünflächen und gepflegte Bäume investiert wird, die Lungen unserer Gemeinde, ist er sicher gerechtfertigt. Wir hoffen, ihr stimmt alle dem Geschäft zu.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Die Mitte-Fraktion (CVP/EVP/LdU) unterstützt dieses Anliegen ganz klar. Wenn mit der Natur gearbeitet wird, muss langfristig gedacht werden und demnach sollen langfristige Verträge ausgehandelt werden. Ich muss nochmals, wie meine Vorredner auch, auf das Thema Genauigkeit und Umfang von Informationen an Parlamentsmitglieder zurückkommen: Der Verpflichtungskredit ist hoch und uns fehlt ein Inventar, um welche Bäume und Grünflächen es sich genau handelt. Ich finde es auch schade, dass für das Jahr 2006 mit 240'000 Franken eine Angabe aus bereits erhaltenen Angeboten vorliegt und für die restlichen Jahresberechnungen bis ins Jahr 2010 einfach 5'000 Franken hinzu addiert wurden, was einer jährlichen Zunahme von 2 Prozent entspricht. Diese Erhöhung kann mit der Zunahme von Grünflächen begründet werden. Daneben haben wir aber die Angabe, dass für den Gesamtumfang der Pflege im Jahr 2005 295'000 Franken benötigt werden, 2012 sind gemäss Finanzplan 305'000 Franken vorgesehen, was einer jährlichen Zunahme von 0,5 Prozent entspricht. Diese beiden Zahlen driften auseinander, entweder stimmen die Zahlen oder der Finanzplan nicht. Ich möchte anregen, die eine oder andere Zahl zu korrigieren.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke für die grundsätzlich positive Aufnahme des Geschäftes. Ich habe mir einmal Gedanken über Parlamentsanträge gemacht, und während meiner Zeit als Parlamentsmitglied hatte ich immer "grosse Freude" an möglichst dicken. Vielleicht habe ich nun bei der Vorlage dieses Geschäftes mit den Unterlagen etwas untertrieben, ich werde mich verbessern.

Zu Herrn Pestalozzi: Wenn wir als Gemeinde - gut gelungene - Merkblätter ausarbeiten, welche sich über die ökologische Aussenraumgestaltung auslassen, ist es selbstredend, dass unsere eigenen Flächen nach diesen Grundsätzen behandelt werden. Im Übrigen ist vom VRB ein weiteres Heft aus der Reihe Ökologie unterwegs, welches sich mit dem Aussenraum befasst, und das wir - wie die anderen Hefte auch - als anweisend definieren. Die Zahl der zu pflegenden Quadratmeter Grünfläche kann ich nicht nennen, denn es handelt sich zum Teil um Kleinstflächen, die nicht gemessen werden können. Jedes einzelne Rabättchen und jeder kleinste Streifen sind aber genau definiert und mit einer Einheit versehen, manchmal Quadratmeter, manchmal Leistungseinheiten, und daraus wird ein Marktpreis berechnet und kein Phantasiepreis. Die Einsparungen, welche mit der Ausschreibung über acht Jahre generiert werden können, liegen darin, dass nicht jedes Jahr neu ausgeschrieben werden muss und dadurch die Verwaltung entlastet wird. Aber - das ist wichtig - hier wird ein Verpflichtungskredit bewilligt und dem Parlament wird im Rahmen des Voranschlages und der Rechnung jedes Jahr über die Verwendung Rechenschaft abgelegt. Ihr als Parlamentsmitglieder habt somit jedes Jahr die Möglichkeit, diese Beträge zu beurteilen. Herr Pestalozzi, diese Aufgabe wird auch nicht neu ausgelagert, die Grünflächen- und Baumpflege hat die Gemeinde Köniz noch nie in Eigenregie betrieben. Eine Untersuchung, ob es sich lohnen würde, die Grünflächen-

und Baumpflege in Eigenregie vorzunehmen, kam zu einem negativen Ergebnis, denn unser Pensum ist zu klein, um eine Gärtnerei, wie z.B. die Stadtgärtnerei Bern, aufzubauen.

Detailberatung

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Ich ging nicht davon aus, dass die Gemeinde diese Arbeiten neu auslagert, sondern bin der Meinung, wenn die Gemeinde solche ausgelagerte Bereiche hätte, müsste man dafür sorgen, dass die entsprechenden Leistungen effizient erbracht werden. Mir fehlen nach wie vor Vergleichszahlen zu anderen Gemeinden; liegen wir im Schnitt? Dieser Wert fehlt mir.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Erstens einmal ist die Gemeinde Köniz unvergleichbar mit anderen, und zweitens kann ich keine Vergleichszahlen abgeben, weil ich sie nicht kenne. Tatsächlich sind Vergleiche auch schwierig, und im ganzen Gemeindewesen gibt es keine verlässliche Benchmark.

Die Parlamentspräsidentin: Das in Kursivschrift aufgeführte "*Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum*", ist nicht Bestandteil des Beschlusses, sondern lediglich ein Hinweis, der sich aus der Gemeindeordnung ergibt und zusammen mit dem Beschluss publiziert werden muss.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Für die Grünflächen- und Baumpflege in den Jahren 2006 bis 2013 wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 2'040'000.00 zu Lasten Konto Nr. 216.3145.74 bewilligt.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

5. Städtepartnerschaft Prijepolje, Spezialfinanzierung

Reglement; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Zuerst drei Bemerkungen. Erste Bemerkung zu Beilage 1: Richtig müsste dort stehen: "Das Parlament von Köniz erlässt gestützt auf Art. 86 der *kantonalen* Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 sowie Art. 44 der Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004". Bemerkung 2: Auf Seite 2 ist ersichtlich, dass der Gemeinderat das Geschäft dem Parlament unterbreitet, und weil er eine tragfähige Lösung wil, schlägt er uns eine Spezialfinanzierung vor, wozu ein Reglement notwendig ist. Dritte Bemerkung: Zu Absatz zwei unter 2. Spezialfinanzierung, liessen wir uns vergewissern, dass Henri Huber die Kompetenz hat, die heute auf dem bei der Finanzverwaltung Köniz bestehenden Konto "Gemeinden Gemeinsam Region Bern" vorhandenen 45'000 Franken der Spezialfinanzierung zuzuweisen.

Dieses Reglement regelt die Spezialfinanzierung und nicht die Zusammenarbeit, über diese erstattet uns der Gemeinderat jeweils Bericht. In der GPK wurde festgestellt, dass auf der politischen Ebene in den letzten zwei Jahren nicht mehr viel unternommen worden ist, was sicher mit dem Abgang von Henri Huber als Gemeindepräsident zusammenhängt. Es geht darum, eine effektive Partnerschaft zu pflegen, gegenseitige Erfahrungen auszutauschen und zu vermitteln und nicht darum, Geld zu verteilen. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 7 : 0 Stimmen, den Antrag anzunehmen.

Die Parlamentspräsidentin: Bei diesem Geschäft sind zwei Exekutivmitglieder involviert, die Federführung liegt bei Gemeinderat Ueli Studer und Gemeinderätin Verena Berger.

Eintreten

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich mache es kurz: Die FDP/jfk-Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Uns ist wichtig, dass mit kleinen Projekten etwas bewegt werden kann, und wir wünschen uns, dass keine grosse Bürokratie aufgebaut wird, sondern die Mittel gezielt eingesetzt werden und demokratischen Kräften zugute kommen. Ich erlaube mir noch eine persönliche Bemerkung und lese euch eine gemeinderätliche Antwort vor, die ich einmal auf eine Anfrage hin erhalten habe: "Der Gemeinderat lehnt die Motion aus folgenden Gründen ab: Spezialfinanzierungen sind grundsätzlich verpönt, weil sie den Handlungsspielraum der Gemeinde im Steuerhaushalt einschränken und die Vergleichbarkeit von Gemeinderechnungen erschweren." Wenn etwas grundsätzlich verpönt ist, sollte es auch nicht beantragt werden.

Detailberatung

Herr Martin Graber (SP): Ganz besonders möchte ich eine ZuhörerIn begrüßen:

Srdacan pozdrav gospodji Ivani Dragutinovic iz Prijepolja.

Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den Bericht und wird dem Antrag geschlossen zustimmen. Eine Städtepartnerschaft steht unserer Gemeinde gut an, auch wenn wir uns nicht Stadt nennen. Wenn die Beziehung zwischen Köniz und Prijepolje offiziell wird, stärkt dies die gegenseitige Verbindlichkeit und bringt hoffentlich auch eine höhere Qualität im Austausch. Wir sind froh, dass der Gemeinderat bereit ist, die Aufgabe zu übernehmen, weil man sonst bei der Übernahme von freiwilligen Aufgaben eher zögerlich ist. Es handelt sich hier jedoch nicht um eine neue Aufgabe, sondern um eine neue ~~Befindlichkeit~~.
Korrektur anlässlich Protokollgenehmigung: Verbindlichkeit. Durch die gewählte Form und die neuen Strukturen mit einer gemeinderätlichen Dreierdelegation wird das Projekt mit Prijepolje neuen Schwung erhalten, hiezu zitiere ich aus dem Protokoll des Grossen Gemeinderates vom 7. Februar 2000 Henri Huber: "Wenn die ganze Hilfe nur auf persönlichen Kontakten beruht und keine neuen Strukturen erstellt werden, ist das Engagement beendet und zeigt keine nachhaltige Wirkung, sobald jemand hüben oder drüben aussteigt. Darum muss das Projekt von jenen Personen unabhängig werden, die es zu Beginn vornehmlich getragen haben." Mit dem nun vorliegenden Bericht wird dies der Fall sein. Eine Spezialfinanzierung macht aus unserer Sicht Sinn, denn dadurch erhält das Parlament Einsicht und kann steuernd eingreifen. Der Zweckartikel ist sehr knapp formuliert, wir sind aber anlässlich einer Diskussion in der Fraktion zur Überzeugung gelangt, dass dies richtig ist, weil damit zukünftige und noch nicht abschätzbare Entwicklungen nicht gebremst werden. Die Partnerschaft mit Prijepolje muss sich entwickeln, einige mögliche Aktivitäten sind in Beilage 2 aufgeführt. In welche Richtung es sich aber bewegen wird, wissen wir noch nicht; wir erwarten vom Gemeinderat auf jeden Fall Berichterstattung und Bestandesaufnahme zu gegebener Zeit. Eine Beziehung - auch eine zwischen Städten - ist nur dann eine Partnerschaft, wenn beide Seiten profitieren. Deshalb müssen von der Städtepartnerschaft Köniz - Prijepolje oder auf serbisch "Bruderschaft" ebenfalls beide Seiten profitieren. In diesem Sinne mein Aufruf an Prijepolje: Ovo bratimljenje ce, uvjeren sam, biti korisno za oba grada. Ich freue mich auf den weiteren Austausch. Radujem se nasoj buducoj saradnji.

Die Parlamentspräsidentin: Auch ich begrüsse die Vertreterin aus Prijepolje herzlich bei uns.

Herr Urs Maibach (GB): Ich kam letztes Jahr zum ersten Mal durch meine Tochter mit Prijepolje in Berührung, sie war in jener Gymnasiums-Klasse, die Prijepolje besuchte. Nach einer relativ schwierigen Anfangsphase kam sie hell begeistert zurück und setzte sich sehr für einen Gegenbesuch ein, und diesen Frühling hatten wir nun zwei Schülerinnen aus Prijepolje bei uns zu Besuch. Das Projekt ist meiner Meinung nach sehr gut; es macht Sinn, dieses zu fördern und sich dafür einzusetzen. Der Bericht von Henri Huber ist sehr interessant; ausführlicher und noch interessanter sind aber die Berichte auf der Website von Köniz; ich denke an den Bericht über die 10-jährige Freundschaft und empfehle ihn allen zum Lesen. Man entdeckt, dass noch viele andere Personen grosse Verdienste am bisher Erreichten haben. Die ganze Partnerschaft hat sich schon längere Zeit vom Verein Gemeinden Gemeinsam Schweiz abgelöst und sich zu einer direkten Beziehung Köniz - Prijepolje entwickelt. Es ist nun wirklich an der Zeit, der Partnerschaft die entsprechenden Strukturen zu geben. Wie mein Vorredner bereits sagte, ist das Reglement sehr kurz und einfach gehalten, was sinnvoll ist; der Zweckartikel ist jedoch etwas zu breit gefasst, und auch die Kompetenzen sind sehr frei ausgelegt. Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass die Gruppe, die sich nun der Partnerschaft annehmen wird, gute Ideen hat und bereit ist, die schwierigen Beziehungen aufzuarbeiten und zu einer guten Lösung kommen wird. Ich wünsche mir eine regelmässige und umfassende Berichterstattung über ihre Aktivitäten. In diesem Sinn wird das Grüne Bündnis dem Reglement zustimmen.

Herr Marco Streiff (EVP): Jeder Mensch hat die Verantwortung, für seine Mitmenschen zu schauen, zu sorgen und sie zu unterstützen. Das beginnt in der Familie und geht weiter zum Arbeits- und Freundeskreis. Die Verantwortung geht aber noch weiter: Einige Menschen haben das Glück, sozial und ökonomisch besser gestellt zu sein als andere. Zu diesen gehören auch wir Schweizer und deshalb haben wir meiner Ansicht nach eine grössere Verantwortung zu tragen. Die Kreise gehen weiter, über die Landesgrenzen hinaus. Um diese Ver-

antwortung geht es meiner Ansicht nach auch bei diesem Geschäft, und die Städtepartnerschaft mit Prijepolje ist eine Möglichkeit, etwas weiter zu geben. Die Städtepartnerschaft hat - wie zu lesen war - bereits viel Erfolg gehabt. Das Projekt wurde vor allem durch unseren ehemaligen Gemeindepräsidenten Henri Huber getragen und voran getrieben, in letzter Zeit geriet es etwas in Vergessenheit, gerade auch bei uns im Parlament. Nicht alles lief wie gewünscht, es entwickelte sich eine Art Beziehungskrise, die nun genutzt werden soll, um neu über Zweck, Zukunft und Ziel der Beziehung nachzudenken. Dieses Nachdenken führte den Gemeinderat dazu, die Städtepartnerschaft wieder zu beleben und weiterzuführen. Wir von der CVP/EVP/LdU-Fraktion unterstützen das Anliegen und begrüßen den kulturellen und intellektuellen Austausch mit unserer Partnerstadt in Serbien. Es geht nicht darum, möglichst viel Geld in eine solche Beziehung "hinein zu buttern", sondern vor allem um einen Wissens- und Erfahrungsaustausch. Dazu muss aber die finanzielle Seite geregelt sein und günstige Voraussetzungen schaffen. Dafür sorgt das nun vorliegende Reglement über die Spezialfinanzierung. Die CVP/EVP/LdU-Fraktion stimmt dem Reglement über die Spezialfinanzierung zu und hofft, dass wir damit unsere gesellschaftliche Verantwortung ein wenig mehr wahrnehmen können.

Frau Marlise Schörlin (SP): Vor zwei Jahren durfte ich nach Prijepolje reisen. Ich denke noch oft mit grosser Nachhaltigkeit an diese Reise zurück und wage einen kurzen "Könizer-Blick" nach Serbien. Ich bin froh, dass wir dieses Geschäft heute beraten können, so erhält Prijepolje in Köniz ein offizielles Gesicht, denn bis heute war die Form des Austausches eher zurückhaltender Natur. Ich bin sicher, das Reglement wird nicht nur ein Papiertiger bleiben, sondern von Köniz aus neue Impulse schaffen. Köniz hat in Prijepolje selber schon lange ein Gesicht, sei es z.B. im Ortskundemuseum, wo die 12-jährige Zusammenarbeit dokumentiert ist, oder Spitalzimmern, die mit einfachsten Mitteln renoviert wurden, und nicht zu vergessen die Jugendarbeit. Der Bericht von Henri Huber zeigt auf, wie wichtig der Austausch ist, wie wichtig er gegen innen und aussen gewertet wird, und dass die Gemeinde Köniz in Prijepolje als Hoffnungsträgerin gilt. Nach schweren Jahren der Kriegswirren kommen jetzt schwere Jahre des Wiederaufbaus. Doch wie kann ein Wiederaufbau geplant werden, wenn die dazu notwendigen Mittel allerorten fehlen? Wie kann eine Demokratie gelebt werden - das heisst auch ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit -, wenn man seit Monaten arbeitslos ist oder monatelang auf den Lohn warten muss, obschon man jeden Tag arbeiten geht? Köniz tut gut daran, auch wenn es sich nur um ein Reglement handelt, innezuhalten und sich bewusst zu werden, was wir alles besitzen und weitergeben können: Hoffnung, gelebte Toleranz, Unterstützung - sei es im Bildungs- oder Gesundheitswesen - und neue Wege in Prijepolje aufzeigen, unser Knowhow weitergeben und vielleicht einmal einen unbürokratischen "Zustupf" anbieten, auch wenn dies 10'000 Franken im Jahr übersteigt. Ich weiss, es geht nicht ums Geld, manchmal kann Geld aber sehr viel bewirken. Die Einwohner von Prijepolje haben uns etwas voraus: Sie können mit sehr wenig sehr viel leisten, im Gegensatz zu uns, die wir manchmal aus sehr viel sehr wenig machen. Auch wenn es nur mittels eines Reglements geschieht, möchte ich Prijepolje sehr herzlich willkommen heissen.

Herr Peter Antenen (SP): Vieles ist bereits gesagt worden, ich möchte aber noch darauf hinweisen, dass dieses Reglement für mich schlussendlich eine Art Aussenpolitik ist. Sagen wir hier Ja zu einer Partnerschaft, zeigen wir letztendlich uns selber wie auch allen Gemeinden in Europa, dass wir offen sein und mitmachen wollen, wo wir können. Es ist sehr wichtig, dass wir - auf der Sonnenseite stehend - unser Zeichen setzen und damit Aussenpolitik auf Stufe Gemeinde machen und die Gemeinde Köniz offen halten wollen für all das, was in Europa passiert.

Detail

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke euch ganz herzlich für die positive Aufnahme des Geschäftes, das war hier im Saal auch schon anders. Wichtig ist - das spüre ich aus den abgegebenen Voten heraus -, dass wir die Unterstützung des Parlamentes haben. Das Gremium, welches sich für die Partnerschaft einsetzen wird, wird die notwendige Unterstützung des Parlamentes spüren. Man muss sich bewusst sein, dass es bei diesem Geschäft nicht darum geht, Geld zu verteilen, sondern um Freundschaft, Verlässlichkeit und Unterstützung, um Gegenseitigkeit und darum zu spüren, was in Prijepolje geschieht, aber auch was in Köniz passiert. Mich beeindruckt, wie positiv das Parlament das Geschäft aufge-

nommen hat und das gibt mir Hoffnung, eine sehr gute Partnerschaft mit Prijepolje weiterführen zu können. Martin Graber, ich nehme mir zu Herzen, etwas serbokroatisch zu lernen.

Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP): Ich finde es wirklich toll, wie gut das Geschäft aufgenommen worden ist und ich freue mich, zusammen mit Ueli Studer und Luc Mentha die Angelegenheit an die Hand zu nehmen. Es interessieren sich bereits sehr viele Personen, hier mitzumachen, auch sind viele Ideen vorhanden.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Das Parlament beschliesst das Reglement über die Spezialfinanzierung betreffend Städtepartnerschaft Köniz - Prijepolje gemäss vorgelegtem Entwurf.

6. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgende Vorstösse wurde eingereicht:

0520 Motion jfk betr. Parkkarte für Gewerbetreibende der Stadt und Region Bern

0521 Überparteiliches Postulat betr. Rappentöri zum Wohnen

0522 Überparteiliches Postulat Arm (SP/JUSO) / Wyss (LdU) / Lagger (CVP) betr. Belebung des Kultur- und Begegnungszentrums in Köniz.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich orientiere euch kurz über die Veranstaltung, welche am Wochenende hier im Saal des Hessgut-Schulhauses stattfand und worüber ihr die Berichterstattungen in den Medien sicher gelesen oder gehört habt: Wir erhielten die Information, dass eine Arbeiterpartei aus der Türkei die Aula des Hessgut-Schulhauses für die Durchführung einer Parteiversammlung gemietet hat. Wir wurden durch die Kantonspolizei Bern informiert, dass Herr Dogu Perincek - jener Mann, der die Massenmorde an der armenischen Bevölkerung leugnet - anwesend sein werde. Darauf haben wir reagiert und einen Brief an die Organisatoren geschrieben, mit welchem wir jegliche Demonstrationen oder Kundgebungen verbieten und allfällige Ansammlungen sofort auflösen würden. Wir haben auch Herrn Perincek angeschrieben, dass wir ihm verbieten, sich in der Aula zum Völkermord an der armenischen Bevölkerung zu äussern. Würde er dies trotzdem tun und gegen Art. 261bis StGB verstossen, behielten wir uns vor, Strafanzeige gegen ihn einzureichen. Mit der Kantonspolizei erstellten wir ein Sicherheitsdispositiv, waren vor Ort und beobachteten die Versammlung. Herr Perincek hielt sein Referat, das durch die Kantonspolizei aufgenommen und ausgewertet wurde. Er äusserte sich zur Armenienfrage und leugnete den Massenmord wiederum. Der Kanton hat nun Strafanzeige gegen Herrn Perincek eingereicht. Die Gemeinde Köniz hat das ihr Mögliche unternommen, und wir sind froh, dass der Kanton weiter vorgeht. Wir sind - wie ihr sicher auch - entsetzt, dass eine solche Veranstaltung überhaupt auf unserem Gemeindegebiet stattgefunden hat. Diese jedoch am Samstag - nach Erhalt der Informationen durch die Kantonspolizei - abzusagen, wäre zu spät gewesen, denn wir wollten eine Eskalierung vermeiden.

Frau Ursula Wyss (LdU): Ich war schockiert, als ich im "Bund" vom Samstag las, dass dieser Herr Perincek hier im Hessgut auftreten wird. Er leugnet den Völkermord an der armenischen Bevölkerung - eine historische Tatsache - seit Jahren. Gegen ihn laufen bereits Strafermittlungen aus zwei Kantonen, und ich kann nicht verstehen, dass er seine Lügen weiterhin ungestraft verbreiten kann, das ist in meinen Augen ein Skandal. Ich möchte mich als Könizer Bürgerin und Parlamentarierin in aller Form davon distanzieren.

Herr Peter Antenen (SP): Letzte Woche wurden im Zusammenhang mit der Überbauung Schwandenhubel gewisse Korrekturen an der Talboden- und Büschiackerstrasse vorgenommen. Es wurde eine kleine Notumfahrung erstellt. Mit einem PW war es jedoch fast unmöglich, diese zu befahren, geschweige denn mit einem LKW. Eine Lieferung z.B. von Heizöl oder die Durchfahrt für die Feuerwehr wäre unmöglich gewesen. Wenn solche Sperren erfolgen müssen, wäre es nach meiner Meinung richtig, die betroffene Bevölkerung mittels eines Flugblatts zu informieren. Eine Publikation im "Anzeiger" ist zu wenig.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Anscheinend ist das Thema Informationsfluss des Gemeinderates gegenüber Parlament und Öffentlichkeit unter dem Traktandum Verschiedenes sehr

wichtig: Ich habe folgende Frage: Die kantonale Alterspolitik hat eine Änderung in Bezug auf die Defizitgarantie für öffentliche Altersheime vorgesehen. Welche finanziellen Folgen hat das nun für unseren Altersheim-Verein und die Altersheime Lilienweg und Stapfen?

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich kann die finanziellen Folgen hier nicht beziffern, aber mitteilen, dass wir im Rahmen der Ermächtigungsgesuche an den Kanton eine Eingabe machen müssen. Nach Erhalt einer Antwort wird es uns möglich sein, die gewünschte Auskunft zu erteilen.

Herr Hans Moser (SVP): Vor kurzer Zeit war den Medien das Stelleninserat für die Neubesetzung des Parlamentssekretariates zu entnehmen. Uns scheint der Zeitpunkt der Ausschreibung recht spät, da doch die Pensionierung der jetzigen Stelleninhaberin schon bald erfolgt. Die Neubesetzung sollte nach meiner Meinung für diese wichtige Stelle gut eingeführt werden können.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich nehme das Votum entgegen und kann euch sagen, dass wir nach einer ersten Sichtung der Dossiers zusammen mit der Gemeindeschreiberin der Meinung sind, sehr gute Bewerbungen erhalten zu haben. Wir werden den Entscheid für die Neubesetzung möglichst bald fassen, damit für die Einarbeitung ein möglichst hohes Mass an Überschneidung erreicht werden kann.

Herr Martin Graber (SP): Während der letzten Woche konnte ich in Köniz viele glückliche Gesichter beobachten, ein tolles und schönes Kibuk-Festival in einer warmen und guten Atmosphäre hat stattgefunden; das einzig kühle Element war das Wetter. Falls unser Schatzmeister der Nation - Bundesrat Hans Rudolf Merz - in den nächsten Tagen krank würde, müsste ihm Köniz einen grossen Blumenstrauss zukommen lassen.

Am 22. August 2005 informierte uns Gemeinderat Ueli Studer unter dem Traktandum Verschiedenes über den Stand bei der familienexternen Kinderbetreuung, über die Ablehnung des Kantons für zusätzliche Mittel und die Aufrechterhaltung des Aufnahmestopps. Einen Tag später lasen wir höchst erstaunt im "Bund", dass das Gesuch aufgrund einer verpassten Frist nicht gewährt worden sei. In der KsF (Kommission für soziale Fragen) liessen wir uns den Sachverhalt durch Ueli Studer erklären. Wichtig ist nun festzuhalten, dass nicht eine verpasste Frist - falls überhaupt eine Frist bekannt gewesen wäre - zur Ablehnung des Gesuches führte. Wir wurden von Ueli Studer in dieser Angelegenheit korrekt informiert. Für die betroffenen Eltern ist das jedoch kein Trost, und Köniz muss in Sachen familienexterner Kinderbetreuung hart am Ball bleiben und das Angebot optimieren.

Frau Brigitta Matter (SD): Ich komme auf das alte Migros-Areal zurück und dies im Zusammenhang mit einem Text in der "BZ" vom 1. September 2005, in welchem die Herren Mentha und Wilk über das Bauvorhaben berichteten. In diesem Bericht titulieren die beiden Herren das alte Migros-Areal einen städtebaulichen Schandfleck. Das Wort Schandfleck ist den dort ansässigen Klein- und Mittelunternehmen sauer aufgestossen, sie empfinden es als Beleidigung und nicht förderlich für ihre Geschäfte. Sie zahlen der Gemeinde Zinsen und Steuern und erwarten Wohlwollen und nicht Degradierung. Unter Schandfleck verstehe ich selber etwas anderes als dieses Areal.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Peter Antenen, du hast noch keine Antwort betreffend die Sperrung der Talbodenstrasse erhalten, ich kann dir jedoch keine geben. Mir war nicht bekannt, dass dort gebaut wird, auch Kollege Siegenthaler weiss von nichts. Wir nehmen deine Anfrage auf und werden uns informieren.

Zu Frau Matter. Das Wort Schandfleck kam weder aus meinem Mund noch aus jenem von Gemeindepräsident Luc Mentha. Das kann journalistische Freiheit sein. Wir wollten mit diesem Bericht keineswegs die umliegenden Geschäfte diskreditieren.

Die Parlamentspräsidentin: Ich habe zwar gerne kurze Sitzungen, aber ich bin momentan in Verhandlungen mit dem Gemeindepräsidenten, ob die Sitzung vom 24. Oktober überhaupt nötig ist und werde euch zu einem späteren Zeitpunkt informieren. Ich warne euch jedoch bereits jetzt vor, dass im Dezember sicher zwei Sitzungen stattfinden werden. Haltet euch den 19. Dezember 2005 frei.

Die nächste Sitzung findet am 24. Oktober 2005 statt.

Schluss der Sitzung 20.30 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 24. Oktober 2005 19.00 bis 21.35 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend:

Arm Alfred, SP	Maibach Urs, GB
Balz Christian, FDP	Matter Brigitta, SD
Bichsel Bernhard, jfk	Mooser Barbara, FDP
Bühler Evelyn, FDP	Moser Hans, SVP
Burren Christian, parteilos	Pestalozzi Hansueli, GB
Bussard Lorenz, SVP	Riesen Anton, FDP
Caminada Ignaz, CVP	Rohrbach Verena, SVP
Deuber Beat, SP	Salvisberg Ulrich, SVP
Deutsch Sandra, FDP	Schörlin Marlise, SP
Giger Beat, SD	Sedlmayer Katrin, SP
Graber Martin A., SP	Staub Hugo, SP
Gysel Hermann, EVP	Staub Stephie, SP
Hänni Thomas, FDP	Streiff Marco, EVP
Henggi Harald, FDP	Troxler Elisabeth, SP
Hofer Niklaus, SVP	Vifian Christian, SP
Krebs Daniel, SVP	Wyss Ursula, LdU
Lagger Valentin, CVP	Zwahlen Rolf, EVP
Lehmann Stefan, SVP	

Entschuldigt:

Antenen Peter, SP
Egli Claudia, SP
Mader Mélanie, SP
Stähli Markus, SVP

Gemeinderat

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Streiff Marianne, EVP
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident	Studer Ueli, SVP
Berger Verena, SP	Wilk Urs, FDP
Sommaruga Simonetta, SP	

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	120
2. Kommissionersatzwahlen	120
3. Reglement der Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz, Teilrevision	
Reglement; Präsidial- und Finanzdirektion.....	120
4. Reglement über die familienergänzende Tagesbetreuung in der Gemeinde Köniz, Teilrevision	
Reglement; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule.....	126
5. Reglement für die Vormundschaftsbehörde, Teilrevision	
Reglement; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule.....	131
6. Sporthalle Oberstufenzentrum Köniz, Sanierungsmassnahmen	
Kredit; Direktion Gemeindebauten.....	132
7- Kreditabrechnungen	
Kenntnisnahme; Präsidial- und Finanzdirektion.....	133
8. Verschiedenes	136

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Sitzung

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 36 Parlamentsmitgliedern; das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Die Parlamentspräsidentin: Anstelle der entschuldigten Claudia Egli schlage ich vor, Ignaz Caminada für die heutige Sitzung als Stimmzähler einzusetzen (keine Opposition).

Zusammen mit dem Protokoll der letzten Sitzung wurden uns 5 Vorschläge für Kommissionsersatzwahlen zugestellt.

1. Protokoll der Sitzung vom 19. September 2005

Herr Martin Graber (SP): Auf Seite 113, Traktandum 5, Städtepartnerschaft Prijepolje, Spezialfinanzierung, ist im Satz: "Es handelt sich hier jedoch nicht um ein neue Aufgabe, sondern um eine neue Befindlichkeit", das Wort *Befindlichkeit* durch *Verbindlichkeit* zu ersetzen.

Mit dieser Korrektur wird das Protokoll der Sitzung vom 22. August 2005 genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegen folgende Ersatzvorschläge vor:

- 0526 Primarschulkommission Liebefeld: Handschin Evelyne, Falkenstrasse 3, 3097 Liebefeld (parteilos / Sitzanspruch EVP), anstelle von Widmer Christine, Köniz (Beruf von Frau Handschin: Musikerin, Familienfrau)
- 0527 Elternvertretung in der Schulkommission für die Sekundarstufe I Köniz: Lüthi Elsbeth, Kleingschneit, 3096 Oberbalm (parteilos), anstelle von Abegglen Hans Jörg, Schliern
- 0528 Elternvertretung in der Schulkommission für die Sekundarstufe I Köniz: Nacht Heinz, Gaselstrasse 22, 3098 Schliern (parteilos), anstelle von Läng Marlene, Schliern
- 0529 Elternvertretung in der Primarschulkommission Mittelhäusern: Dussex Nicolas, Riedholzweg 27b, 3147 Mittelhäusern (parteilos), anstelle von Probst Kurt, Mittelhäusern
- 0530 Elternvertretung in der Primarschulkommission Niederscherli: Roder Ruth-Lisa, Haltenstrasse 77, 3145 Niederscherli (parteilos), anstelle von Minder Brigitte, Niederscherli

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

3. Reglement der Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz

Reglement; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher anstelle von Herrn Markus Stähli resp. Herrn Peter Antenen): Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, das Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderates anzunehmen. Uns liegt ein Reglement vor, das bereits durch die Verwaltungskommission der Pensionskasse, den Gemeinderat und die ausserordentliche Hauptversammlung der Pensionskassenmitglieder genehmigt worden ist. Bei der vorliegenden Reglementsrevision geht es darum, die notwendigen Anpassungen an die BVG-Revision und -gestützt auf das Gutachten Locher - einige weitere Präzisierungen vorzunehmen. Grundsatzfragen wurden keine behandelt, so wird sich der Gemeinderat mit der Frage, ob Leistungs- oder Beitragsprimat zu einem späteren Zeitpunkt befassen. Zur Rechtsform der Pensionskasse hat sich der Gemeinderat in seiner Antwort auf die überparteiliche Motion gegen eine Änderung ausgesprochen; dazu liegt kein Antrag vor. Allerdings steht der Postulatsbericht noch aus. Zur Präzisierung: Auf Seite 2 des Berichts und Antrags ist bei Art. 13/a das Wort

"zur Kenntnisnahme" zu streichen, hier bleibt "zur Genehmigung" bestehen. Im Weiteren unterhielt sich die GPK über Detailfragen, auf welche ich nicht im Einzelnen eingehen will.

Die Parlamentspräsidentin: Ich habe folgende Ergänzung: Auf Seite 2 des Berichts und Antrags ist noch eine kleine Korrektur anzubringen: In Art. 15/f liegt die Zuständigkeit nicht bei der Verwaltungskommission, sondern bei der Hauptversammlung. Im Reglement ist dies richtig aufgeführt.

Eintreten

Herr Valentin Lager (CVP): Ich kann die für den Gemeinderat gute Botschaft gleich vorweg nehmen: Die CVP/EVP/LdU-Fraktion stimmt der heute vorliegenden Revision des Pensionskassenreglementes zu. Wir werden eine kleine Änderung im Reglement vorschlagen, die Art. 14 betrifft und folgenden den Fraktionspräsidenten bereits unterbreiteten Wortlaut hat: "Die Verwaltungskommission ist paritätisch zusammengesetzt und hat acht Mitglieder". Zur Begründung: Die aktuelle Formulierung ist von uns aus gesehen nicht ganz präzise, weil nicht ganz klar ist, ob die Kommission aus vier plus vier Mitgliedern plus einer Persönlichkeit besteht, die die Leitung übernimmt, oder aus vier plus vier inklusive die leitende Persönlichkeit. Auf meine Nachfrage bei der Finanzverwaltung erhielt ich die Antwort, dass die Kommission heute aus acht Mitgliedern besteht, vier plus vier inklusive die leitende (externe) Persönlichkeit.

Nun komme ich zum Grundsätzlichen: Wir werden dem Geschäft zustimmen, aber nicht ohne vorher unser Missfallen dazu geäußert zu haben. Bereits vor einigen Jahren wurde mittels Motion bzw. Postulat die Ausgliederung respektive Verselbstständigung der Pensionskasse gefordert. Im Oktober 2004 berieten wir den Bericht zum Postulat mit folgendem Beschluss: "Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament gemäss Motionsberatung vom 23.10.2002 einen vollständigen Bericht und Antrag über eine allfällige Änderung der Rechtsform der Pensionskasse zu unterbreiten." Der damalige Beschluss wurde mit 23 : 12 Stimmen gefasst. Im Übrigen wurde der Gemeinderat beauftragt, die offenen Punkte einer allfälligen Überführung genau abzuklären.

Bei näherer Betrachtung der Vorlage stolpert man fast auf jeder Seite über irgendeinen Interessenkonflikt einer nicht ausgelagerten Pensionskasse. Ich gehe auf die wichtigsten Probleme ein: In der heutigen Ausgestaltung der Pensionskasse besteht eine Gemeindegarantie, d.h. die Gemeinde garantiert alle Leistungen, was dazu führen würde, dass ich als Steuerzahler die Renten der Angestellten der Gemeinde Köniz zahlen müsste. Das kann wirtschaftlich nicht sein, man stelle sich vor, die Pensionskasse z.B. der Firma Roche würde mit Staatsgeldern finanziert, nicht auszudenken! Es gibt genug Beispiele dafür, dass eine Staatsgarantie nicht immer zu einem effizienten Geschäftsgang führt. Der Einfluss von Entscheidungsträgern der Gemeinde - in diesem Fall der Gemeindepräsident - in der Pensionskasse ist in der heutigen Situation definitiv zu gross. Die Finanzierung des neuen Gemeindehauses Bläuacker ist ein schönes Beispiel für einen grossen Interessenkonflikt, der sich irgendwann einmal negativ zulasten der Gemeinde oder negativ für die Pensionskasse auswirken könnte. Dass der Gemeinderat die Arbeitgebervertreter in die Verwaltungskommission wählt, ist in meinen Augen unglücklich, auch hier findet eine Vermischung von Ausführung und Aufsicht statt. Wenn schon, müsste das Parlament die Vertreter gemäss seiner Aufsichtsfunktion wählen. Heute hatte ich die Gelegenheit, mit einem hohen Vertreter des Schweizerischen Pensionskassenverbandes zu sprechen, der mich in meiner Ansicht bestätigte. Er erklärte mir, dass bei einer selbstständigen Pensionskasse der Einsitz des Gemeindepräsidenten höchst problematisch sei, weil an den Sitzungen niemand wage, ihm als obersten Personalchef der Gemeinde zu widersprechen. In der Vergangenheit habe diese Situation immer wieder zu Problemen geführt, wofür es prominente Beispiele gebe. Sei eine Kasse selbstständig, sei der Einsitz des Gemeindepräsidenten als Arbeitgebervertreter in einer Kommission völlig unproblematisch, ja sogar angezeigt. Der Präsident des Schweizerischen Pensionskassenverbandes merkte noch an, dass in der Vergangenheit bei solchen unselbstständigen Konstrukten häufig Probleme bei der Immobilienverwaltung aufgetreten seien, was wir auch schon hatten. Ich verzichte darauf, weiter ins Detail zu gehen, wer Interesse hat, kann im Protokoll vom 18. Oktober 2004 weitere Details nachlesen. Wird uns der - bereits mehrmals verlangte - Antrag vorgelegt, werden wir diesen unter den aufgeführten Gesichtspunkten prüfen können.

Was dürfen oder müssen wir heute Abend feststellen? Nichts von alledem wurde gemacht. Der Gemeinderat hat eine - aus meiner Sicht - seltsame Art, mit demokratischen Entscheiden umzugehen. Es ist schlicht unglaublich, dass eine Motion, die Mitte 2002 eingereicht wurde, zwei Jahre mehr oder weniger verschleppt und dann halbherzig Bericht erstattet wurde. Ein Jahr später werden Beschlüsse, welche im Rahmen der Berichterstattung gefällt wurden, einfach ignoriert. Der Gemeinderat diskreditiert sich im Bericht selber, wenn er begründet: "Das Parlament berät parlamentarische Vorstösse wegen den Gemeindewahlen vom 27. November 2005 erst im Dezember 2005. Der verlangte Bericht über eine allfällige Änderung der Rechtsform kann dem Parlament somit frühestens auf diesen Zeitpunkt abgegeben werden." Das Geschäft betreffend Änderung der Rechtsform hat das Stadium eines parlamentarischen Vorstosses schon sehr, sehr lange überschritten. Der Gemeinderat weigert sich schlicht, die Angelegenheit an die Hand zu nehmen, und dafür fehlt mir definitiv jegliches Verständnis. Es ist aber noch nicht zu spät. Den heute vorgeschlagenen Änderungen werden wir zustimmen, und wir beantragen dem Gemeinderat, den verlangten Bericht und Antrag zur Änderung der Rechtsform bis spätestens Ende März 2006 vorzulegen. Sonst werden wir - einmal mehr - den mühsamen Weg via Vorstoss gehen müssen, was wir im Sinne von Verwaltungseffizienz vermeiden möchten.

Zusammenfassend: Die heutige Vorlage heissen wir gut und hoffen gleichzeitig, dass wir im März 2006 die vierjährige Leidensgeschichte des Vorstosses abschreiben können.

Die Parlamentspräsidentin: Wir werden den Antrag zu Art. 14 in der Detailberatung behandeln und den Beschlussesentwurf vor der Abstimmung nochmals diskutieren.

Herr Urs Maibach (GB): Ich war ebenfalls enttäuscht, dass wir zu Grundsatzentscheiden nicht bereits Stellung nehmen konnten, die Gründe dafür wurden zum Teil von meinem Vordner erwähnt. Das Problem der Anlagegrundsätze, die uns vom Grünen Bündnis interessieren, blieb ebenfalls unverändert. Wir möchten jedoch gerne wissen, wie und wo die Pensionskassengelder angelegt werden, denn wir sind der Ansicht, dass in einem guten und fortschrittlichen Pensionskassenreglement einer Gemeinde die Anlagegrundsätze im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach ökologischen und sozialen Richtlinien erfolgen sollten. Das heisst, die Pensionskasse sollte zukunftsweisende Projekte wie Biogas, Solartechnik, aber auch Projekte innerhalb der Gemeinde berücksichtigen. Natürlich hat die Pensionskasse eigene Grundsätze, worin jedoch die Begriffe ökologisch und sozial bis anhin nicht explizit enthalten sind. Das Geld wird von den Banken unabhängig investiert. Wo und was dahinter steckt, ist praktisch nicht eruiierbar und wir können nur hoffen, dass tatsächlich in seriöse Firmen angelegt und investiert wird. Das grösste Interesse bei Anlagen ist im Moment die gute Performance. Uns ist klar, dass vor allem an die Pensionskassenmitglieder zu denken ist, für welche eine gute Performance ganz wichtig ist. Gerade heute kann aber eine ökologische Anlage für die Zukunft äusserst interessant und ebenfalls sehr rentabel sein; das zeigen z.B. die stark steigenden Energiepreise, die eine gute Ausgangslage darstellen, um in Zukunft sichere, rentable Anlagen zu generieren, die eine vergleichbare Performance erreichen. Wir werden bei der nächsten Anpassung des Reglementes - die vermutlich schon bald erfolgt - die klare Forderung nach ökologischen und sozialen Anlagegrundsätzen einbringen. Wir werden die vorliegende Anpassung untersützen, stellen hier und jetzt aber die Forderung, dass die Anlagegrundsätze neu diskutiert und allenfalls angepasst werden.

Herr Beat Deuber (SP): Ich habe die Berichterstattung über das Geschäft vor einer Viertelstunde vom erkrankten Peter Antenen übernommen, entschuldigt mich also, wenn ich nicht allzu tief ins Detail gehe. Für die SP-Fraktion ist wichtig festzustellen, dass es sich hier grösstenteils um Anpassungen an übergeordnetes Recht handelt, die durch die BVG-Revision notwendig wurden. Der Postulatsbericht steht noch aus, aber es stimmt nicht ganz, dass - wie hier kritisch geäussert wurde - nichts gemacht wurde. Bis auf eine Empfehlung von Professor Locher - ich gebe zu, die umstrittenste - sind alle aufgenommen worden. Wir sind der Meinung, dass hier das Moratorium durchaus angewendet werden kann, denn was für sämtliche anderen Vorstösse gelten soll, gilt auch für dieses Postulat. Wenn sich alle anderen Themen dafür eignen sollen, Wahlkampf im Parlament zu betreiben, dann auch das vorliegende. Die SP/JUSO-Fraktion untersützt den Gemeinderat in der Haltung, mit dem Geschäft noch zuzuwarten. Schlussendlich habe ich noch eine Frage an Valentin Lagger: Du hast nur die Hälfte deines Antrages vorgelesen, den Teil: "Die Leitung der Verwaltungskommission darf nicht

dem Könizer Gemeindepräsidenten übertragen werden", hast du nicht mehr vorgelesen. Ist dieser Teil auch Bestandteil des Antrages? Gemäss deiner Auskunft ist er nicht mehr Bestandteil, danke.

Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich nehme dankend zur Kenntnis, dass das Parlament den Antrag des Gemeinderates unterstützt. Damit kann ein wichtiges Geschäft, dessen Abschluss noch in diesem Jahr notwendig ist, erledigt werden.

Die Kritik von Valentin Lagger habe ich zur Kenntnis genommen, teile sie jedoch nicht. Die Verschiebung der Berichterstattung zum Postulat in die neue Legislatur hat den Vorteil, dass wir im Gemeinderat - wo es mindestens zwei neue Mitglieder geben wird - die Grundfrage nochmals betrachten können. Vielleicht liegt es auch im Interesse jener Parlamentsmitglieder, die hinter dem Vorschlag stehen, die Chance so zu nutzen. Wir konnten und wollten dieses Parlamentsgeschäft in der Moratoriumszeit tatsächlich nicht bringen. Die Zwischenzeit seit der Debatte um dieses Postulat wurde jedoch genutzt, um jene Empfehlungen von Professor Locher umzusetzen, hinter die wir uns stellen können. Das war wichtig und richtig.

Zu den Ausführungen von Urs Maibach kann ich erklären, dass wir die Anlagerichtlinien bei Gelegenheit sicher näher betrachten und seine eingebrachten Fragen und Anliegen in die Debatte aufnehmen und prüfen werden; ich persönlich hege durchaus eine gewisse Sympathie dafür. Ich bestätige, dass wir Anlagerichtlinien haben, die durch die Verwaltungskommission erlassen worden sind, und als oberstes Primat Rendite und Sicherheit der Anlagen gewährleistet sein müssen. Die anderen Fragen sind interessant, wir werden diese näher betrachten. Ich kann mir aber vorstellen, dass unsere Versicherten bei der Frage, ob z.B. in eine Biotechfirma investiert wird - eine Zukunftstechnologie -, eine ganz andere Beurteilung darüber abgeben, ob es sinnvoll ist, solche Investitionen mit Pensionskassengeldern zu tätigen. Nichtsdestotrotz ist das Anliegen meiner Meinung nach durchaus prüfenswert.

Die Parlamentspräsidentin: Wir gehen das Reglement kapitelweise durch, und ihr könnt parallel dazu Bemerkungen auf den Seiten 1,2 und 3 des Berichtes mit einbeziehen. Dann gehen wir zurück zum Bericht auf Seite 3.

Detailberatung

Artikel 14

Herr Valentin Lagger (CVP): Der Antrag betrifft nur eine kleine Änderung in Abs. 1: "Die Verwaltungskommission ist paritätisch zusammengesetzt und hat 8 Mitglieder." Zur Begründung kann ich wiederholen, dass wir in der Fraktion längere Zeit gerätselt haben, ob die Verwaltungskommission nun aus neun oder acht Mitgliedern besteht, denn man kann durchaus zum Schluss kommen, dass vier plus vier plus eine externe Persönlichkeit neun Mitglieder ergibt. Wie uns von der Gemeindeverwaltung bestätigt wurde, besteht die Verwaltungskommission aus vier plus vier inklusive externe Persönlichkeit.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Der Antrag ist meiner Meinung nach nicht notwendig. Aus dem Wortlaut von Art. 14 Abs. 1 ergibt sich, dass die Verwaltungskommission paritätisch zusammengesetzt ist, d.h. mit vier plus vier plus einer Persönlichkeit wäre sie nicht mehr paritätisch, also kann es keine andere Interpretation ergeben, als dass sie acht Mitglieder hat.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Mich verwirrte Abs. 1 ebenfalls, denn ich fragte mich, ob die externe Persönlichkeit Stimmrecht hat oder nicht. Ich denke, es wäre hilfreich zu erklären: "Die Leitung der Verwaltungskommission ist einer Persönlichkeit zu übertragen, die nicht selber Kassenmitglied ist und kein Stimmrecht hat."

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Das Präsidium hat Stimmrecht.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich bin nicht ganz der Meinung von Gemeindepräsident Luc Mentha, denn paritätisch zusammengesetzt heisst, je vier Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-/Rentnerseite. Die externe Persönlichkeit fürs Präsidium wäre neutral. Aus dem Wortlaut von Art. 14 Abs. 1 geht nicht klar hervor, ob das Präsidium noch hinzu kommt oder nicht und ob dieses der Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerseite zugerechnet respektive abgezogen wird. Aus der heutigen Zusammensetzung ist klar, dass die externe Persönlichkeit eines der vier Mitglieder der Arbeitgeberseite ist. Mir scheint die Änderung notwendig zu sein.

Herr Valentin Lager (CVP): Meinen spärlich vorhandenen Lateinkenntnissen muss ich entnehmen, dass pars Teil heisst und nicht zu gleichen Teilen. Man kann paritätisch auch mit fünf und drei oder sieben und einem Mitglied zusammensetzen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich schliesse mich dem Votum von Valentin Lager an, denn wir sind uns einig, dass die Kommission aus acht Mitgliedern besteht.

Die Parlamentspräsidentin: Der Antrag von Valentin Lager auf Änderung von Art. 14 Abs. 1: "Die Verwaltungskommission ist paritätisch zusammengesetzt und hat 8 Mitglieder", wird mit 27 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen.

Art. 19 und 20

Herr Urs Maibach (GB): Zu Art. 20 Abs. 2 bezüglich Teilpensionierung steht im letzten Satz: "Der reduzierte Beschäftigungsgrad darf bis zur Vollpensionierung nicht mehr geändert werden." Ich interpretiere das wie folgt: Ein Mitarbeitender reduziert seinen Beschäftigungsgrad mit 60 Jahren auf 80 Prozent und will mit 63 Jahren aus irgendwelchen Gründen auf 50 Prozent reduzieren. Das ist jedoch nicht möglich, er muss gemäss Abs. 2 bei 80 Prozent bleiben. Fehlt ihm die Motivation, arbeitet er trotzdem nur 50 Prozent. Das macht in meinen Augen keinen Sinn. Erinnern wir uns an die Diskussionen über die Pensionskasse vor einem Jahr: Die Verwaltung rechnete uns vor, es sei für die Gemeinde wesentlich günstiger, wenn Mitarbeitende früher in Pension gehen. Demnach müssen wir doch ein Interesse daran haben, dass diese Personen ohne grosse administrative Schwierigkeiten ihre Arbeitspensen reduzieren können. Ich stelle den Antrag, den Satz "Der reduzierte Beschäftigungsgrad darf bis zur Vollpensionierung nicht mehr geändert werden", zu streichen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich bitte das Parlament, diesen Antrag abzulehnen, denn wir hatten bis anhin praktisch keine Fälle von Teilpensionierungen. Unsere Angestellten überlegen sich in aller Regel sehr gut, ob und in welchem Umfang sie diesen Schritt tun wollen, und aus den bisherigen Fällen resultierte jeweils eine klare Situation. Zur Beschränkung des doch erheblichen administrativen Aufwandes wollen wir diese Bestimmung nicht infrage stellen. Wenn sich tatsächlich einmal ein Härtefall ergeben sollte, kann dieser über die Härtefallklausel von Art. 32 abgewickelt werden, und ich bin überzeugt, dass die Verwaltungskommission in diesem Fall eine Lösung finden wird. Wir wollen nicht, dass Teilpensionierte ihren Beschäftigungsgrad jedes Jahr neu definieren können. Wir müssen im Bereich der Teilpensionierung Möglichkeiten anbieten, das ist wichtig, aber gleichzeitig verhindern, dass wir mit allzu häufigen Änderungswünschen konfrontiert werden. Wir dürfen von unseren Angestellten erwarten, sich die Teilpensionierung gut zu überlegen. Der Antrag von Urs Maibach ist unnötig und abzulehnen.

Herr Valentin Lager (CVP): Ich gehe durchaus einig mit dem Gemeindepräsidenten Luc Mentha, dass bei einer Teilpensionierung die Änderungen des Beschäftigungsgrades mit erheblichem administrativem Aufwand verbunden sind. In meinem Augen ist dieser administrative Mehraufwand vor allem auf der Seite der Gemeinde als Arbeitgeber zu suchen. Immer wieder wechselnde Beschäftigungsgrade sind nach meiner Meinung Führungsaufgaben und gehören nicht in ein Pensionskassenreglement. Ich unterstütze den Antrag von Urs Maibach.

Herr Anton Riesen (FDP): Ich verstehe die Teilpensionierung folgendermassen: Nach unten kann der Beschäftigungsgrad immer reduziert werden, aber nach oben nicht mehr. Wenn jemand mit 60 Jahren auf 80 Prozent reduzieren will und mit 63 auf 60 Prozent, ist das möglich. Ich sehe ein, dass eine Wiedererhöhung eine komplizierte Angelegenheit ist.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Nach meiner Auffassung ist es, wenn wir den letzten Satz von Abs. 2 streichen, durchaus möglich, den Beschäftigungsgrad zu reduzieren wie auch zu erhöhen, was definitiv zu Schwierigkeiten in der Abwicklung führen würde. Unser Finanzverwalter erklärt mir, dass sich auch in der Frage der Berechenbarkeit der Pension Probleme ergeben könnten, wenn wir Reduzierungen und Erhöhungen von Teilpensionen möglich machen. Deshalb soll der Antrag abgelehnt werden, denn er führt zu nicht gerechtfertigten Unsicherheiten und administrativen Aufwänden.

Herr Valentin Lager (CVP): Der Gemeindepräsident hat Recht, nachdem man teilpensioniert wurde, kann der Beschäftigungsgrad auf Ebene BVG von den gesetzlichen Voraus-

setzungen her reduziert oder erhöht werden. Wenn ich mich nicht irre, kann man sich gemäss Beitragsstatut der AHV-Gesetzgebung voll pensionieren lassen und bleibt es. Lässt man sich jedoch nur teilpensionieren und bezieht nur eine BVG-Teilrente im Voraus, kann mit dem Beschäftigungsgrad gespielt werden.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich wäre erstaunt, wenn wir diesen Antrag annehmen würden. Er führt nicht nur zu einem administrativen Mehraufwand, sondern auch zu personellen Problemen. Eine Reduzierung auf 80 Prozent, dann auf 40 Prozent und dann wieder eine Erhöhung auf 80 Prozent innerhalb von drei Jahren führt schlichtweg in ein Chaos. Ich bitte euch, den Antrag nicht zu unterstützen.

Die Parlamentspräsidentin: Der Antrag von Urs Maibach auf Streichung des letzten Satzes von Art. 20 Abs. 2: "Der reduzierte Beschäftigungsgrad darf bis zur Vollpensionierung nicht mehr geändert werden", wird mit 26 : 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Valentin Lager (CVP): Zu Ziffer 3 des vorliegenden Beschlussesentwurfes lautet mein Antrag: "Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Parlament den Bericht und Antrag zur Änderung der Rechtsform der Pensionskasse bis spätestens Ende März 2006 vorzulegen." Das entspricht dem vom Gemeinderat in seinem uns heute vorliegenden Bericht aufgeführten Versprechen, uns den Bericht betreffend Rechtsform der Pensionskasse im ersten Halbjahr 2006 vorzulegen. Zu Beat Deuber: Er erklärte, im vorliegenden Reglement sei bereits vieles aufgenommen, das Professor Locher in seinem Gutachten erwähnt habe. Damit bin ich nicht ganz einverstanden, denn Professor Locher fordert ganz klar eine Verselbstständigung der Pensionskasse und nicht "nur", dass der Gemeindepräsident nicht mehr Präsident der Verwaltungskommission sei. Er erklärte weiter, dass die Staatsgarantie einer Pensionskasse sehr problematisch und deshalb aufzuheben sei. In Art. 11 wird Buchstabe c, die bisher garantierte Verzinsung der Kassengelder zu einem technischen Zinsfuss von 4 Prozent, ersatzlos gestrichen. Das ist jedoch keine Aufhebung der Gemeindeggarantie, weil in Buchstabe a die Gemeinde die Erfüllung der Kassenverpflichtungen garantiert und in Buchstabe c - neu b -, die Verzinsung und Tilgung versicherungstechnischer Fehlbeiträge. Ob die Verzinsung der Kassengelder zu 4, 3 oder 2 Prozent erfolgt, ändert gar nichts, weil unsere Pensionskasse eine Leistungsprimat- und keine Beitragsprimatkasse ist.

Herr Beat Deuber (SP): Zuerst eine Feststellung: Professor Locher hat nichts zu fordern, sondern kann lediglich empfehlen. Ich bin der Meinung, der Antrag von Valentin Lager sei überflüssig, denn es gibt Erfüllungsfristen und es kann sein, dass diese demnächst abläuft oder gar bereits abgelaufen ist. Dann liegt es am Gemeinderat eine Verlängerung dieser Fristen zu verlangen. An dieses bei Vorstössen übliche Vorgehen sollten wir uns halten, denn es kann nicht sein, dass das Parlament je nach Vorstoss andere Mechanismen für die Behandlung einführt.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich stelle keinen Gegenantrag zum Antrag von Valentin Lager. Wir haben im Bericht bereits erklärt, dass wir in der ersten Jahreshälfte 2006 den Postulatsbericht erstatten werden. Nach meinem Wissen - der Finanzverwalter zeigte mir noch entsprechende Passagen aus dem Gutachten Locher -, haben wir mit der Zustimmung zum heutigen Antrag sämtliche Empfehlungen von Professor Locher erfüllt, ausgenommen die Änderung der Rechtsform, und zu dieser Frage hat der Experte die Empfehlung aus vorsorgerechtlicher Sicht abgegeben. Der damalige Gemeinderat, der dieses Geschäft noch behandelte, war der Meinung, auch wirtschaftliche Aspekte seien zu gewichten. Aus wirtschaftlicher Sicht würde eine Verselbstständigung der Pensionskasse zu einer Schwächung ihrer Ertragskraft führen. Die verschiedenen Gründe, welche dazu führen könnten, sind im Bericht nachzulesen. Der Gemeinderat gewichtete die wirtschaftlichen Überlegungen höher als die vorsorgerechtlichen. Wir nehmen den Ball wieder auf und werden die Fragen im Gemeinderat nochmals gründlich neu betrachten und Bericht erstatten.

Herr Valentin Lager (CVP): Ich gebe Beat Deuber bezüglich Wortklauberei Recht. Ich mache gleich eine weitere: Wir fordern hier Bericht und Antrag, der Gemeindepräsident spricht nur von Bericht.

Mit 35 Stimmen, bei einer Enthaltung (Ziffer 1), einstimmig (Ziffer 2) und mit 23 zu 10 Stimmen, bei 3 Enthaltungen (Ziffer 3) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

- 1. Das Parlament beschliesst die Teilrevision des Reglementes der Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz gemäss vorgelegtem Entwurf, mit einer Ergänzung in Art. 14 Abs. 1.**
- 2. Die Änderungen treten per 1. Januar 2006 in Kraft. Davon ausgenommen bleibt Art. 30 Abs. 5, dessen Inkraftsetzung vom Gemeinderat bestimmt wird.**
- 3. Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Parlament den Bericht und Antrag zur Änderung der Rechtsform der Pensionskasse bis Ende März 2006 vorzulegen.**

Die Parlamentspräsidentin: Ich möchte noch etwas nachholen: Wir haben heute Abend spezielle Gäste unter uns, die Lernenden unserer Verwaltung. Aus gut unterrichteten Kreisen weiss ich, dass sich die jungen Leute mit dem Studium der Geschäfte für die heutige Sitzung sehr gut vorbereitet haben. Ich danke für euer Interesse und wünsche einen interessanten Abend.

4. Reglement über die familienergänzende Tagesbetreuung in der Gemeinde Köniz, Teilrevision

Reglement; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

Herr Harald Henggi (FDP); GPK-Sprecher: Dieses Geschäft wurde letzten Montag in der GPK und am Donnerstag in der Kommission für soziale Fragen eingehend besprochen. Der Regierungsrat des Kantons Bern hat die Verordnung über die Angebote für soziale Integration (ASIV) am 4. Mai 2005 verabschiedet. ASIV regelt unter anderem - und für uns wichtig -, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit die von der Gemeinde bereit gestellten Angebote in den Lastenausgleich zugelassen werden, wie auch die Gebühren für die Tagesbetreuungsangebote. Die kantonale Verordnung ist am 1. August 2005 in Kraft getreten, für bereits bestehende Leistungsangebote gelten die neuen Vorschriften ab 1. Januar 2006 und für die Erhebung der Gebühren gilt nach den Vorgaben der Verordnung der Termin 1. Juli 2006. Es geht heute darum, das Reglement und die Verordnung den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Teilrevision des Reglementes wird durch das Parlament beschlossen. Die Verordnung wird durch den Gemeinderat erlassen, und er bringt sie - gemäss Beilage 3 - dem Parlament zur Kenntnis. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, das Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderates anzunehmen.

Uns liegt als Beilage 1 der Bericht der Abteilung soziale Einrichtungen (ASE) über die Umsetzung von ASIV in der Gemeinde Köniz vor. Gemäss den Aussagen von Gemeinderat und ASE ist dieser Bericht ein Zwischenstand und nicht schlüssig, um die Vorgaben des Kantons in Köniz umsetzen zu können. Der Gemeinderat beauftragte die ASE, grundsätzlich die Vorgaben des Kantons durchzusetzen, d.h. in Zusammenarbeit mit den Leistungserbringern jene Massnahmen zu erarbeiten, mit welchen die neuen kantonalen Kosten- und Qualitätsvorgaben eingehalten werden können. Die Massnahmen sind in die neuen Leistungsvereinbarungen einzubeziehen, wir geben somit auch grünes Licht dafür, dass die ASE weiterarbeiten kann. Aufgrund des Berichtes nehmen wir zur Kenntnis, dass gemäss den Bestimmungen und Standards der Gemeinde Köniz künftig ungefähr 440'000 Franken nicht mehr in den Lastenausgleich eingegeben werden könnten und voll zulasten unserer Gemeinde gehen würden. Es geht um die Differenz zwischen den Vollkosten von Köniz und den Normkosten, die der Kanton bezahlt. Auch ist festzuhalten, dass von den heute bestehenden Tagespflegeplätzen kein Platz verloren geht. Seite 4 des Berichtes zeigt neben den vorläufigen Schlussfolgerungen auch den Zeitplan für die politischen Entscheide der Gemeinde Köniz. Dabei ist der Termin des Budgets von November auf Dezember zu korrigieren, weil die Budgetdebatte im Dezember stattfindet. Warum sage ich das? Diskussionen um Standards sind im Budget zu führen. Das Thema Standards wurde sowohl in der GPK als auch in der KsF erörtert, und dazu kann ich erklären, dass der Gemeinderat vorschlägt, das Budget 2006 im KITA-Bereich auf dem bisherigen Niveau zu belassen. Sobald die ASE ihren Auftrag betreffend Umsetzung der Massnahmen erfüllt hat, werden wir sehen, was die Vorgaben vom Kanton für uns bedeuten. Das heisst, wir sind mit den richtigen Unterlagen erst im Laufe des nächsten Jahres ausgerüstet und können die Debatte - in welche Richtung sie auch immer geht - im Rahmen des Budgets 2007 führen. Umgekehrt heisst das auch, dass wir im Jahr 2006 möglicherweise ein

gewisses Risiko tragen, jene Kosten zu übernehmen, die nicht mehr in den Lastenausgleich eingegeben werden können, weil sie nicht mehr anerkannt werden und somit zulasten der Gemeinde fallen. Aufgrund der Diskussionen in den Kommissionen kann ich sagen, dass in der ganzen Geschichte noch lange nicht überall Klarheit herrscht und es weitere Diskussionen geben wird, sei es im VRB-Bereich oder mit dem Kanton. Zudem ist die Angelegenheit durchaus zeitkritisch, die Gemeinde Köniz ist beispielsweise noch nicht im Besitz der notwendigen kantonalen Ermächtigungen, um die Leistungsvereinbarungen abzuschliessen. Es schien mir notwendig gewesen zu sein, euch einen kurzen Überblick über das mögliche weitere pragmatische Vorgehen zu geben.

Ich komme zurück auf das heutige Geschäft: Die GPK empfiehlt einstimmig, die Teilrevision des Reglementes über die familienergänzende Tagesbetreuung in der Gemeinder Köniz im Sinne des Antrages des Gemeinderates zu beschliessen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Harald Henggi befasste sich sehr intensiv mit dem Geschäft und gab mit seiner Berichterstattung korrekt wieder, worum es bei diesem Geschäft geht. Danke.

Mit dem ASIV legte der Regierungsrat die Ausführungsbestimmungen für die Umsetzung des neuen Sozialhilfegesetzes in den Bereichen Jugendarbeit, Mütter- und Väterberatung, familienexterne Kinderbetreuung, Tagesschulen, KITA und Tagespflege fest. Bei diesem Geschäft geht es ausschliesslich um die familienergänzende Kinderbetreuung von KITA und Tagespflege und darum, die vom Kanton verbindlich vorgegebenen Rechtsgrundlagen im Bereich der Tarife anzupassen. Somit schafft ihr heute die Voraussetzungen dafür, dass die notwendigen Umsetzungsarbeiten in die Wege geleitet werden können. Aus dem vorliegenden Bericht kommt noch ein anderer wichtiger Aspekt zum Vorschein: Die neu von der GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) festgelegten Normkosten von 100 Franken liegen deutlich tiefer als die Vollkosten der Gemeinde von 108 Franken. Damit ist klar, dass nicht die ganzen Vollkosten in den Lastenausgleich eingegeben werden können. Der Gemeinderat beauftragte die SGS, insbesondere die ASE, in Zusammenarbeit mit dem Leistungserbringer Massnahmen auszuarbeiten, mit welchen die neuen kantonalen Kosten- und Qualitätsvorgaben eingehalten und in die neuen Leistungsvereinbarungen ab 2006 einbezogen werden können. Die ASE ist mit dem Verein FKB (Familienergänzende Kinderbetreuung) daran, diese Massnahmen zu prüfen und Ende November, anfangs Dezember dem Gemeinderat einen Bericht über die Auswertung zu unterbreiten.

Eintreten

Herr Hans Moser (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die klare und transparente Vorlage, welcher wir entnehmen können, dass für die Umsetzung der neuen kantonalen Verordnung ein mehrstufiges Verfahren notwendig ist. Das Parlament muss das Reglement ändern, damit die vom Kanton vorgegebenen Gebühren umgesetzt werden können. Der Tarif weist durchaus diskussionswürdige Punkte auf und weil er den Gemeinden bei den Gebühren keinen realistischen Spielraum zugestehen will, ist die vorläufige Reglementsanpassung eine unumgängliche Formsache. Eine Abweichung zu den kantonalen Gebührentarifen würde Kosten zulasten der Gemeinde verursachen, was bei unserer unsicheren Finanzlage nicht infrage kommt. Der Gemeinderat wird in seiner Verordnung die betrieblichen Rahmenbedingungen so anordnen, dass die Normkosten des Kantons nicht überschritten werden. Die familienexterne Kinderbetreuung ist eine Notwendigkeit, die SVP-Fraktion steht dazu und setzte sich bereits in den vergangenen Jahren für die Leistungsabgaben in der Gemeinde ein. Es wird in den nächsten Jahren im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auch notwendig sein, das Angebot auszubauen. Wir gehen davon aus, dass mit den kantonalen Vorgaben qualitativ gute Angebote bereit stehen; wir können dazu stehen, dass die vom Gemeinderat aufgezeigten Massnahmen weiter geprüft und - wo notwendig - umgesetzt werden. Bei den Öffnungszeiten können durchaus Korrekturen angebracht werden, womit ein immer noch guter Standard gewährleistet ist. Deshalb erwarten wir, dass der Gemeinderat alles unternimmt, damit die Normkosten von 100 Franken eingehalten werden können. Wir werden im Dezember bei der Budgetberatung nachfragen, um wieviel der Defizitbetrag reduziert werden kann. Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, wenn während der Umsetzungszeit das Ziel von 100 Franken nicht vollständig erreicht wird. Obwohl wir für neue Plätze einstehen, werden wir auf keinen Fall Hand dafür bieten, mit einem eventuell gesparten Kostenbetrag im Jahr 2006

mehr Plätze zu schaffen. Das Parlament hat die heutige Platzzahl festgelegt und soll im Rahmen eines Sachgeschäftes über eine erneute Erhöhung befinden können.

Noch eine Bemerkung zum Vorgehen des Kantons: Wir haben keine Freude daran, dass der Kanton die Gemeindeautonomie je länger desto mehr beschneidet. Wegen des Mechanismus des Lastenausgleiches ist es aber nötig, einheitliche Gebührentarife vorzugeben. Die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Das Grüne Bündnis befasste sich eingehend mit der Materie und bevor ich von Normkosten, Leistungsabgaben, Defizitbeträgen etc. spreche, möchte ich zuerst einmal erklären, worum es grundsätzlich geht: Wir stellen heute in der Schweiz eine Geburtenrate von 1.4 pro Frau fest, notwendig - damit die Bevölkerungszahl konstant bleibt - wären 2,1 Kind pro Frau. Diese Entwicklung ist fatal, d.h wir haben über eine Generation nur noch 66 Prozent Kinder und in vier Generationen nur noch 20 Prozent. Das wird wirtschaftlich und gesellschaftlich fatale Folgen haben. Das ist nach meiner Meinung der Hintergrund dieser Vorlage. Der Grund für die tiefen Geburtenraten ist klar, wenn Kinder und Beruf nicht vereinbar sind, entscheiden sich immer mehr Frauen für den Beruf. Hinzu kommt, dass der Faktor Kind ein Armutsrisiko sein kann, man rechnet, dass die Erziehung eines Kindes mit direkten und indirekten Kosten rund 500'000 Franken kostet. Der Trend ist europaweit derselbe, in den südeuropäischen Ländern noch viel extremer als bei uns. Wir können diesen nicht aufhalten, aber zumindest beeinflussen. In Ländern, wo die Kinderbetreuung sehr gut ausgebaut ist, liegt die Geburtenrate deutlich höher, wie z.B. in Frankreich oder Schweden, oder - sehr begrenzt - am Prenzlauer Berg in Berlin. Ein anderer Aspekt ist die Attraktivität von Köniz als Wohnort. Dort wo beide Elternteile gut ausgebildet und berufstätig sind, kann das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung ein viel wichtigerer Standortfaktor sein als z.B. der Steuersatz. Es gilt auch zu betonen, dass jeder in eine gut ausgebaute familienergänzende Kinderbetreuung investierte Franken mehrfach als Steuereinnahme wieder zurückfließt. Wenn wir sehen, wie viele Arbeitsplätze momentan in der Gemeinde Köniz geschaffen werden und wie viele potenzielle Steuerzahler überlegen, sich in Köniz anzusiedeln, kann das für unsere Gemeinde nur positiv sein.

Diese Vorlage scheint mir für uns Parlamentsmitglieder recht schwierig zu sein, weil sie unter dem Motto läuft: "Wer zahlt, befiehlt". Bis anhin zahlte der Kanton, und nun will er auch befehlen. Die Folge davon ist, dass sich unser Parlament ein Stück weit entmachten lassen und einem Reglement zustimmen muss, das nichts mehr regelt, sondern nur noch delegiert. Ausserdem habe ich Problembe damit, dass der Umfang der familienergänzenden Kinderbetreuung vom Kanton vorgegeben wird. Diesen Sommer wurde klar, dass die Könizer Lösung der familienexternen Kinderbetreuung ein Erfolgsmodell ist. Gerade aus diesem Grund muss sie reduziert werden, obwohl fast alle Parteien eine Ausweitung des Angebotes fordern, auch das Grüne Bündnis. Die Vorlage kostet uns, ohne jegliche Qualitätseinbusse - Hans Moser erwähnte dies bereits - 440'000 Franken. Das Grüne Bündnis ist der Meinung, das Sparpotenzial auszuschöpfen, aber nur dort, wo keine gravierenden Qualitätseinbussen resultieren. Gleichzeitig fordern wir ganz klar eine Ausweitung der familienergänzenden Kinderbetreuung; das ist, wie bereits erwähnt, eine Investition in die finanzielle Zukunft.

Zum Schluss: Wenn wir 1,2 Millionen Franken für die Friedhofsverwaltung ausgeben, sollte die Ausgabe von 440'000 Franken für die familienergänzende Kinderbetreuung möglich sein.

Herr Martin Graber (SP): Die SP/JUSO-Fraktion wird diesem Geschäft ohne Begeisterung zustimmen, denn es geht lediglich darum, übergeordnetes Recht umzusetzen; den eigentlichen politischen Spielraum könnte man als nichtexistent bezeichnen. Das Geschäft besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil ist die Anpassung des Gebührenreglements ans ASIV, worüber wir heute befinden. Im zweiten Teil geht es um die Umsetzung der Vorgaben von ASIV gemäss Beilagen 1 bis 3. In diesem zweiten Teil - über den wir heute nicht befinden können - ist Zündstoff enthalten.

Zum Gebührenreglement: Arme müssen in Zukunft mehr bezahlen, Reiche dafür weniger, das ist kurz zusammengefasst die Änderung, welche die Teilrevision mit sich bringt. Auf den ersten Blick ist klar stossend, dass die Gutbetuchten geschont werden und jene, die jeden Franken zwei- bis dreimal umdrehen müssen, tiefer in die Tasche greifen müssen. Es gibt trotzdem Gründe, diesem Geschäft zuzustimmen: Stimmen wir diesen Änderungen nicht zu, werden wir vom Kanton via Lastenausgleich sanktioniert, was schlussendlich zu einem grösseren Abbau

führen würde. Ferner ist die soziale Durchmischung in den KITA sehr wichtig für das soziale Lernen der Kinder, aber auch fürs Funktionieren der KITA. Steigen die Tarife in den öffentlichen KITA auf die Höhe der privaten, werden gut verdienende Eltern ihre Kinder in die privaten Krippen schicken, was negative Folgen für die öffentlichen hätte; einerseits die bereits erwähnten sozialen Folgen und andererseits einen negativen Einfluss auf die Ertragsstruktur. Drittens ist die Erhöhung des Minimaltarifes um 25 Prozent massiv. Wenn wir aber daran denken, dass für 12.80 Franken pro Tag plus Verpflegung eine qualifizierte Betreuung vorhanden ist, scheint uns dieser Betrag gerechtfertigt zu sein. Wir werden der Teilrevision zustimmen.

Damit komme ich zu den Beilagen 1 bis 3: Köniz hat im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton Bern ein Angebot an familienexterner Kinderbetreuung, das sich sehen lassen kann. Im europäischen Vergleich schneiden wir aber schlecht ab, das ist schade, denn der volkswirtschaftliche und soziale Nutzen der familienexternen Kinderbetreuung ist erwiesen und sehr gross. Zurück zu Köniz: Wir sind stolz auf unser gutes Angebot, und möchten die hohe Qualität und Professionalität erhalten, denn es geht um unsere Kinder. Quantitativ ist unser Angebot leider noch ungenügend, immer noch warten zu viele Kinder auf einen Betreuungsplatz. Jetzt führt die Verordnung dazu, dass zwar die Qualität bestehen bleibt, die Quantität jedoch nicht zunimmt. Der Kanton erstattet nur noch so genannte Normkosten und uns bleibt ein Defizit. 100 Franken Normkosten sind ein theoretischer Begriff, mir scheint, der Begriff Normkosten kommt nicht von Norm, sondern davon, dass der Betrag von 100 Franken *normalerweise* nicht ausreicht. Um die momentanen Vollkosten von 108 Franken zu reduzieren, wurde uns ein ganzer Strauss von Massnahmen präsentiert, welche jedoch alle die Qualität herabsetzen. Offensichtlich ist, dass Kosteneinsparungen in dieser Grössenordnung nur über Personalkosten möglich sind. So setzt ASIV das Betreuungsverhältnis herauf; auf eine Betreuerin sollen neu fünf bis sechs Kinder fallen anstatt wie bis anhin vier bis fünf. Das ist eine klare Qualitätseinbusse, mit der man aber leben kann, der schweizerische Krippenverband gibt diesen Standard vor. Wir verlangen mittels - heute Abend kursierendem - Postulat, dass eine der im Bericht aufgeführten Massnahmen umgesetzt wird: Die Erhöhung der Platzzahl in der KITA Tabaluga um drei Plätze; die Schaffung einer zusätzlichen Gruppe in der KITA Piccolo. Wir fordern den Gemeinderat auf, die dazu nötigen Schritte einzuleiten. Wir sind froh, dass der Gemeinderat den Betrag im Budget belässt, denn jeder in die Kinderbetreuung investierte Franken kommt zurück; Kinder, Eltern, Schulen, Wirtschaft und auch Frauen profitieren. Leisten wir uns die gute Kinderbetreuung, das ist sinnvoll und nachhaltig eingesetztes Geld.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Zum Reglement selber gibt es nicht viel zu sagen, darin ist auch kein Zündstoff enthalten. Die Änderungen sind notwendig, damit die neue Gebührenordnung umgesetzt werden kann. Diesem Geschäft stimmen wir ohne Murren zu. Aber Brisantes - politisch wie finanziell - wird folgen. Ich unterstütze die laufenden Arbeiten und Aufträge, das Sparpotenzial zu untersuchen. Auch die Entscheidung des Gemeinderates, einen Auftrag zum Sparen - wo sinnvoll und möglich - zu erteilen, kann ich teilen. Ich bitte sogar um möglichst speditive Bearbeitung, damit Entscheidungsgrundlagen so schnell als möglich vorliegen. Jetzt sind Entscheidungen notwendig, und die erste Gelegenheit wäre beim Budget 2006. Dort aber werden, wie Harald Henggi bereits ausführte, Zahlen aus dem Budget 2005 präsentiert. Wo bleibt da der Sparauftrag? Aber auch die Einnahmen bleiben dieselben, obwohl - wenn nicht auf irgendeine wundersame Weise die Bestimmungen von ASIV noch geändert werden - heute bekannt ist, dass sie tiefer sein werden. Wir schreiben mehr oder weniger bewusst eine falsche Zahl ins Budget 2006 und das Parlament soll dies absegnen. Ich bitte den Gemeinderat, im Rahmen des heute Vorhersehbaren und Möglichen die Zahlen nochmals zu überprüfen. Weiter mache ich darauf aufmerksam, dass der Bereich familienexterne Kinderbetreuung ein doch relativ empfindlicher ist. Der Bevölkerung und auch uns Parlamentsmitgliedern ist er wichtig. Wäre ich Gemeinderat, würde ich mit meinen Erkenntnissen ins Parlament gehen und den Puls spüren, sobald ich erste Erfahrungen gesammelt hätte. Dafür habe ich beim Gemeinderat keine Bereitschaft bemerkt, was ich nicht verstehe, denn das heisst, dass unsere erste Möglichkeit, ohne Vorstoss etwas dazu äussern zu können, bei der Beratung des Budgets 2007 bestehen wird.

Die CVP/EVP/LdU-Fraktion steht weiterhin zu einer gut ausgebauten familienexternen Kinderbetreuung. Wenn Sparmassnahmen angesagt sind, unterstützen wir sie dort, wo sie sinnvoll sind und die Qualität nicht unnötig beschneiden. Wir sind auch bereit, für den im nächsten Jahr garantiert auftauchenden Fehlbetrag Geld zu sprechen. In diesem Sinne wird die

CVP/EVP/LdU-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke dem Parlament für die Aufnahme des Geschäftes, welches sicher zum Teil schwierig zu verstehen ist. Tatsächlich nimmt der Kanton in diesem Bereich eine Ausnivellierung der Normkosten vor. Ich gehe auf einige Voten ein: Ich gehe einig mit Herrn Pestalozzi betreffend Armutsrisiko und bin auch seiner Meinung, dass die Gemeinde Köniz in Sachen familienergänzender Kinderbetreuung ein attraktiver Standort ist und bleiben soll. Der Gemeinderat ist sich dessen bewusst, und wird sich darum bemühen, dass wir die familienexterne Kinderbetreuung nicht einschränken müssen. Die BAS-Studie (Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien) sagt klar aus, was die familienexterne Kinderbetreuung volkswirtschaftlich bringt. Ich gehe zu Martin Graber: Ich gebe ihm vollumfänglich Recht, dass die drei zusätzlichen Plätze der KITA Tabaluga - die im Bericht erwähnt werden - wie auch der Ausbau der KITA Tabaluga mit der Ermächtigung des Kantons zusammen hängen. So schnell können diese Massnahmen jedoch nicht umgesetzt werden. Wir haben euch aufgezeigt, wo Möglichkeiten vorhanden sind. Zu Herrn Zwahlen: Er hat erklärt, dass er den vom Gemeinderat versprochenen Bericht vermisste. Diese Kritik nehme ich entgegen und bin bereit, euch Mitte nächsten Jahres, wenn wir mit der Umsetzung von ASIV Erfahrungen gesammelt haben, einen Bericht vorzulegen.

Detailberatung

Die Parlamentspräsidentin: Ich schlage vor, zuerst das Reglement - Beilage 2 - kapitelweise durchzugehen. Dann können Fragen zu Beilage 3 gestellt werden, anschliessend gehen wir zur Beilage 1, dem Bericht über die Umsetzung, und zum Schluss behandeln wir den Bericht und Antrag.

Beilage 3, Verordnung über den Betrieb und die Erhebung von Gebühren

Herr Thomas Hänni (FDP): Die Öffnungszeiten werden am Abend von 18.30 Uhr auf 18.15 gekürzt. Allein erziehende Mütter oder Väter, die im Verkauf arbeiten, sind jedoch auf längere Öffnungszeiten angewiesen. Was geschieht mit den Kindern? Diese Kürzung scheint mit nicht richtig zu sein. Wäre es nicht besser, die KITA am Morgen später zu öffnen?

Herr Rolf Zwahlen (EVP): In Art. 5 sind neu Betriebsferien vorgesehen. Wer bestimmt Dauer und Zeitpunkt der Betriebsferien?

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Zu Thomas Hänni: Die Öffnungszeiten befinden sich innerhalb einer Bandbreite, in welcher die Geschäftsleitung der FKB die Kompetenz hat, diese zu schieben und den Gegebenheiten anzupassen. Zu Rolf Zwahlen: Die Betriebsferien werden in Verhandlungen zwischen der FKB und der ASE definiert und die beste Lösung dafür gesucht.

Bericht ASIV

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Betreffend dem "zu erwartenden Fehlbetrag" ist bei mir noch die Frage offen, welche entsprechenden Massnahmen für dessen Verminderung vorgesehen sind.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Wir haben pragmatisch budgetiert. Heute ist noch nicht abzuschätzen, wie ASIV umgesetzt werden kann und deshalb kann kein genauer Betrag ins Budget eingesetzt werden. Wir haben uns auf die Erfahrungen der letzten Jahre abgestützt, was nach meiner Meinung der richtige Weg ist.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Diese Erklärung kann ich nicht unwidersprochen lassen, weil gemäss heutigem Wissensstand die Zahlen von 2005 falsch sind, denn es ist klar, dass die Einnahmen zurückgehen werden. Wird das Budget auf den Zahlen von 2005 berechnet, ist es hingegen für die Ausgabenseite sehr feudal. Ich habe keine grosse Freude daran, dass das Parlament ein Budget genehmigen soll, bei welchem im Voraus bekannt ist, dass Teile davon nicht richtig sind.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Wir führen heute keine Budgetdebatte und können zum heutigen Zeitpunkt noch nicht genau sagen, wie sich die Massnahmen einnahmenseitig auswirken, deshalb bleiben wir bei den eingestellten Zahlen. Im Dezember können wir anlässlich der Budgetdebatte darüber diskutieren und dannzumal kann ich Rolf Zwahlen vielleicht genauere Zahlen abgeben.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich kann die Ausführungen von Gemeinderat Ueli Studer unterstützen. Diese Einnahmen sind Teil einer Sammelposition in Millionenhöhe unter dem Titel "Lastenausgleich", weil dort sämtliche Aufwendungen der Gemeinde Köniz im Sozialwesen enthalten sind, die nach durchgeführtem Lastenausgleich unter den Gemeinden rückerstattet werden. Dort eine Korrektur vorzunehmen, würde uns bloss das Gefühl geben, präziser zu sein.

Frau Ursula Wyss (LdU): Ich habe eine Frage zu Kapitel 2, mögliche Massnahmen: Im Bereich der Tagespflege schlägt der Gemeinderat Massnahmen für Einsparungen vor. Die ersten drei Punkte wage ich infrage zu stellen. Wie will man die Qualität sicher stellen, wenn auf Kontroll- oder Abklärungsbesuche verzichtet werden soll oder man die Tageseltern nicht mehr in Kurse schickt? Man ist sich ja bewusst, dass die Tageseltern zum grössten Teil Laien sind.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich verstehe diese Frage. Wir haben im Bericht über die Umsetzung von ASIV in der Gemeinde Köniz mögliche Massnahmen zur Kostenreduktion unter Beachtung der vorgegebenen Standards aufgeführt. Kosteneinsparungen können ohne Veränderungen des Standards nicht durchgeführt werden. Es wird unsere Arbeit zusammen mit dem FKB sein, diese Veränderungen vorzunehmen, ohne allzu heftig am Standard "herumzuschrauben".

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Zum Schluss möchte ich folgendes feststellen: Dem Gemeinderat ist sehr wohl bewusst, dass die Nachfrage nach familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen wesentlich grösser ist als das Angebot und dementsprechend sind wir an der Arbeit.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Das Parlament beschliesst die Teilrevision des Reglements über die familienergänzende Tagesbetreuung in der Gemeinde Köniz gemäss vorgelegtem Entwurf und setzt sie per 1. Juli 2006 in Kraft.

5. Reglement für die Vormundschaftsbehörde, Teilrevision

Reglement; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Bei dieser Teilrevision geht es darum, im Reglement für die Vormundschaftsbehörde den gemeindeinternen Rechtsweg auszuschliessen. Den konkreten Anlass gab ein Fall vom August 2005, in welchem eine Beschwerde im Zusammenhang mit der Anordnung eines Erbschaftsinventars von der Regierungsstatthalterin auf den gemeindeinternen Beschwerdeweg verwiesen wurde. Beschwerdeinstanz der Vormundschaftsbehörde - als Exekutivorgan - ist jedoch grundsätzlich der Regierungsstatthalter. Dementsprechend empfiehlt die GPK dem Parlament, das Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderates zu beschliessen. Bei dieser Gelegenheit sollte im Reglement zugleich der "Grosse Gemeinderat" durch "Parlament" ersetzt werden. Ich gebe die Meinung der FDP/jfk-Fraktion bekannt: Wir stimmen dem Geschäft einstimmig zu.

Detailberatung

Seite 2

Herr Valentin Lagger (CVP): Die CVP/EVP/LdU-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Ich habe aber folgende Frage: Hat sich der Gemeinderat überlegt, was passiert, wenn der Kanton oder der Regierungsstatthalter die Definition der Beschwerdewege so nicht akzeptiert? Das dürfte durchaus im Bereich des Möglichen liegen, weil in der Sozialversicherungsgesetzgebung bekanntlich die verfügende Stelle als erste Einsprachestelle definiert ist. Das gleiche gilt, wenn ich mich nicht täusche, auch für Steuerbelange.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Die Teilrevision wurde rechtlich abgeklärt und sollte „verhalten“. Unter anderem geht es um Erbschaftsbelange, und die Abklärungen bei unserem Rechtsdienst wie auch beim Kanton haben ergeben, dass an der neuen Regelung nichts auszusetzen ist.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Der Reglementsbeschluss wird am 28. Oktober 2005

im Anzeiger publiziert. Geht innert 30 Tagen keine Einsprache ein, können wir ihn umsetzen.
Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

1. **Das Parlament beschliesst die Teilrevision des Reglements für die Vormundschaftsbehörde gemäss vorgelegtem Entwurf (neuer Wortlaut von Art. 8) und mit der terminologischen Anpassung an die Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004.**
2. **Die Teilrevision tritt sofort in Kraft.**

**6. Sporthalle Oberstufenzentrum Köniz, Sanierungsmassnahmen
Kredit; Direktion Gemeindebauten**

Herr Rolf Zwahlen (EVP; GPK-Sprecher): Ich hebe einzelne Punkt aus dem Bericht hervor: Die bestehende Tribüne muss jährlich überprüft und häufig nachgebessert werden, da sie in einem schlechten Zustand ist. Der Hallenboden ist 32 Jahre alt und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Ich befürworte das Vorgehen der Verantwortlichen der Abteilung Gemeindebauten, welche externe Berater vom Bundesamt für Sport beigezogen haben. Der Zugang für Behinderte und - quasi gratis - eine praktische Einrichtung für Materialtransporte in die Halle ist keineswegs als Luxus zu bezeichnen. Weshalb wird nicht die heute bestehende Tribüne einfach ersetzt, was Kosteneinsparungen in der Höhe von 30'000 bis 40'000 Franken mit sich bringen würde? Die geplante Teleskoptribüne bringt eindeutige Vorteile bezüglich Anpassung an die unterschiedlichen Gegebenheiten je nach Sportart betreffend Feldgrösse und Sturzraum. Die GPK erkundigte sich, ob es irgendeinen Zusammenhang zwischen dieser Sanierung und dem Projekt Ballsporthalle gibt, was klar verneint wurde. Eine Frage betraf die kleinere Anzahl von Tribünenplätzen nach der Sanierung. Wegen des Einbaus des Behindertenliftes, den verbesserten Fluchtwegen, und auch dem zusätzlichen Komfort auf der Tribüne ist es nicht möglich, die gleiche Anzahl Plätze zu erhalten. In naher Zukunft sind keine weiteren Sanierungen in anderen Hallen fällig, die einzig vorhersehbare Sanierung betrifft die Turnhalle in Niederwangen, wo die Fensterfront aus Sicherheitsgründen sofort zu ersetzen und die Sanierung des Hallenbodens für 2007 geplant ist. Die GPK empfiehlt einstimmig, diesem Geschäft zuzustimmen. Ich füge gleich noch die Meinung der CVP/EVP/LdU-Fraktion an: Wir stimmen diesem Geschäft einstimmig zu.

Eintreten

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Wie jeder verantwortungsbewusste Besitzer von Liegenschaften hat sich auch die Gemeinde Köniz periodisch mit Sanierungen von gemeindeeigenen Gebäuden zu befassen. In diesem Geschäft sind verschiedene Komponenten zu berücksichtigen: Es geht um einen Sporthallenboden, der den heutigen Ansprüchen punkto Sicherheit und Verletzungsgefahr tatsächlich in keiner Weise mehr genügt. Wir wissen alle, dass dieser Boden aus dem Jahr 1973 stammt und stark beansprucht wird, einerseits durch den Schul- und Breitensport und andererseits - ein ganz wichtiger Punkt - durch den Spitzensport. Es kann auch nicht mehr akzeptiert werden, dass die Halle nicht rollstuhlgängig ist. Im Sanierungskonzept wird diesem Umstand mit dem Einbau eines Plattformliftes Rechnung getragen, notabene auch gut brauchbar für Materialtransporte, z.B. für Ausstellungen. Im Weiteren geht es hier um eine Neukonzipierung der Tribünenanlage, deren Konstruktion veraltet ist. Neu wurde ein Mischsystem zwischen einer Teleskop- und einer fixen Holztribüne gewählt, damit je nach Sportart die optimale Tribünenform gewählt werden kann. Die Verantwortlichen der Abteilung Gemeindebauten haben aus unserer Sicht in enger Zusammenarbeit mit Spezialisten ein Konzept erarbeitet, das aufgrund der aktuellen finanziellen Situation durchaus vertretbar ist. Zum Schluss gebe ich zu bedenken, dass eine solche Sanierung durchaus einen präventiven Aspekt haben kann, denn je besser die Infrastruktur ist desto mehr Sportbegeisterte treiben dann auch Breitensport. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates geschlossen zu. Diese Sanierung ist nicht nur werterhaltend, sondern wertvermehrend.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Auch die FDP/jfk-Fraktion stimmt dem Geschäft geschlossen zu, für uns sind die Massnahmen nicht nur wertvermehrend, sondern absolut notwendig. Uns gefällt die Multifunktionalität des Konzeptes und dass, neben den sportlichen Anlässen, mit dem Einbau der Liftplattform Gewerbeausstellungen einfacher eingerichtet werden können.

Wir stimmen dem Geschäft einstimmig zu.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Dass nach 32 Jahren nun bauliche Massnahmen in der Sporthalle notwendig sind, ist absolut nachvollziehbar. Meine Vorredner haben bereits erwähnt, dass es sich hier nicht um eine Luxussanierung handelt, sondern um eine Notwendigkeit. Die vorgeschlagenen Investitionen sind in die Zukunft dieser Halle, aber auch des Könizer Sports, gerichtet. An den vorgeschlagenen Massnahmen überzeugt vor allem, dass sie gleichzeitig mehrere Probleme angehen und auf langlebiges und robustes Material setzen, was allen Sport Treibenden Nutzen bringt, nicht nur den Spitzensportlern und -sportlerinnen. Der Boden ist elastisch - beugt somit Gelenkschäden vor -, pflegeleicht und langlebig. Die Tribünenanlage ist flexibel, an verschiedene Sportarten mit unterschiedlichen Sturzräumen und auch an die Anzahl Zuschauer anpassbar und entspricht heutigen Sicherheitsnormen. Zudem ist die Teleskoptribüne verstaubar. Mit dem aus unserer Sicht günstigen Behindertenlift werden Möglichkeiten für Behinderte geschaffen, künftig an Sportanlässen teilzunehmen, und gleichzeitig ist er für Materialtransporte einsetzbar. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt den Sanierungsmassnahmen der Sporthalle zu.

Herr Urs Maibach (GB): Am Alter der Sporthalle bemerke ich mein eigenes Älterwerden. Wer von euch kannte noch die alte Turnhalle mit dem riesigen Schwingkeller? Wir alle waren 1973 sehr stolz, die neue Sporthalle benützen zu können. Was alles sich in den über 30 Jahren ereignete, war phantastisch; ich wage sogar zu behaupten, es gibt nicht sehr viele Orte in der Gemeinde Köniz, wo so viel Sinnvolles über so lange Zeit gemacht wurde; ich verbrachte selber unzählige Stunden darin. Nun benötigt diese Halle eine Auffrischung, und die uns unterbreiteten Sanierungsmassnahmen sind notwendig und sinnvoll. Wir brauchen diese Halle je länger desto mehr. Das Grüne Bündnis unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Detailberatung

Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP): Ganz herzlichen Dank für die positive Aufnahme des Geschäftes. Ich selber sprang auch noch ins Sägemehl des Schwingkellers und bin fast neidisch auf die heutigen Möglichkeiten, mag aber allen Sportlern und Schülern die Sanierung der Halle gönnen.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

- 1. Für Sanierungsmassnahmen in der Sporthalle im Oberstufenzentrum Köniz wird ein Kredit von Fr. 350'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 362.503.1227 bewilligt.**
- 2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, Änderungen, die im Laufe der Bauausführung im Interesse des Werkes notwendig werden, vorzunehmen, sofern sie den Rahmen des Bauprojektes und des Kredites nicht sprengen.**

7. Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme; Präsidial- und Finanzdirektion

Frau Katrin Sedlmayer (SP); GPK-Sprecherin: Die GPK hat die Kreditabrechnungen an zwei Sitzungen besprochen. Nach der ersten Sitzung wurden noch Begründungen zu einzelnen Abrechnungen verbessert, die für uns nun nachvollziehbarer sind. Nicht ganz zufrieden waren wir mit dem Kredit betreffend Kreisell Hessstrasse, dessen Bewilligung in die Kompetenz des Parlamentes gehört hätte, aber der damals zuständige Gemeinderat ist nicht mehr im Amt. Die GPK beantragt dem Parlament, von den Kreditabrechnungen Kenntnis zu nehmen und die Nachkredite zu bewilligen. Kurz noch die Stellungnahme der SP/JUSO-Fraktion: Auch wir stimmen dem Geschäft zu.

Eintreten

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich fühle mich bei diesem Geschäft im wahrsten Sinne des Wortes um Jahre zurück versetzt. Erstens liegt uns wieder einmal eine Liste von Abrechnungen aus alten Zeiten vor - 1988, 1990, 1991 - und als Folge davon konnten wir in den Revisionsbemerkungen lesen, dass die Belege nicht mehr vorhanden sind. Zweitens: Als ich - bis vor zwei Jahren - GPK-Mitglied war, fragten wir den Gemeinderat jedesmal bei der Vorlage

der Kreditabrechnungen, ob dies nun die letzte Tranche von alten Abrechnungen sei, und erhielten die aufrichtige und ehrliche Antwort, das seien nun die letzten "Leichen aus dem Keller". Die CVP/EVP/LdU-Fraktion fragt nochmals an, ob dies nun wirklich das letzte Paket alter Abrechnungen ist, wenigstens aus den Achtzigerjahren, oder ob noch solche aus den Neunzigerjahren vorhanden sind. Wie will der Gemeinderat solche "Leichen im Keller" in Zukunft verhindern? Dieses Thema wurde bereits zu meinen GPK-Zeiten diskutiert.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich werde mich hüten, nachdem an mir und meinem Vorgänger Kritik geübt worden ist, diese Frage hier und jetzt zu beantworten. Ich verleihe lediglich meinem Erstaunen Ausdruck, dass diese Frage nicht anlässlich der GPK-Sitzung gestellt wurde, dann hätte ich Zeit für die Abklärungen gehabt und sie euch heute beantworten können. Ich werde diese Frage spätestens an der nächsten Parlamentssitzung beantworten.

Detailberatung

Herr Anton Riesen (FDP): Ich äussere mich zu Kredit 15, Neubau Werkhof Muhlernstrasse. Die Ausgaben liegen zwar innerhalb der Kreditüberschreitung von $\pm 15\%$, die Begründung der Abteilung jedoch, dass Projektänderungen (v.a. Tunnel und Lager) dafür verantwortlich seien, ist für mich nicht klar. Was heisst Tunnel und Lager? Ist vorgesehen, irgendwo noch Sondermüll zu lagern? Ich stosse mich auch am letzten aufgeführten Punkt: "Einige beauftragte Lieferfirmen gingen während der Bauzeit in Konkurs, was zum Teil Mehrkosten für die Suche von Erstzulieferanten und auch Preisänderungen zur Folge hatte". Es wäre interessant, vom Gemeinderat zu hören, wie hoch der Betrag ist, der für die Suche nach Nachfolge-Lieferfirmen aufgeworfen werden musste, inklusive Projektierung, wie auch inklusive zusätzliche Verwaltungskosten der Gemeinde. Weshalb - eine weitere Frage - waren gerade bei diesem Projekt mehrere berücksichtigte Firmen konkursit? Wurden die Selbstdeklarationen überprüft und wurde alles richtig abgeklärt? Mir erscheint der Umstand, dass gleich mehrere Firmen konkursit sind, etwas obskur. Als weitere Folge dieser Nachtragskredite frage ich mich, ob wir im Beschaffungswesen, wo wir uns dem VRB angegliedert haben, auf dem richtigen Weg sind. Müssen wir uns nicht Überlegungen dahingehend machen, dass das billigste Angebot nicht immer das günstigste ist?

Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP): Ich weiss, dass das Submissionswesen das Steckenpferd von Anton Riesen ist. Die Aussage, dass mehrere Firmen in Konkurs gegangen seien, ist masslos übertrieben, es handelte sich lediglich um zwei Firmen. Die Abklärungen wurden seriös und nach Vorgabe gemacht; all das, was du verlangst, wurde erledigt. Wer hätte z.B. gedacht, dass die Firma Heller Bau AG - eine damals berühmte Baufirma - gerade zu jenem Zeitpunkt in Konkurs gehen würde? Ich kann dich betreffend Mehrkosten für die Suche von Nachfolge-Lieferfirmen beruhigen, Anton Riesen: Beim Konkurs der Firma, die für die Lieferung der Leitungsisolation vorgesehen war, ergaben sich keine Mehrkosten, weil wir einen Barrückhalt vorgenommen hatten. Bei jener Firma, die Logistik und Lagergestelle liefern sollte, entstanden ebenfalls keine Zusatzkosten, wir gewärtigten jedoch etwas mehr Verwaltungsaufwand, der in Abzug gebracht wurde. In die Konkursmasse haben wir nichts bezahlt, und die Sache ging für uns relativ glimpflich über die Bühne. Wir werden sicher weiterhin "den Finger drauf halten" und die Abklärungen gemäss Vorgaben tätigen. Ich kann einfach erklären, dass wie immer alle Abklärungen vorgenommen wurden und diese Konkurse nicht vor-aussehbar waren.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich spreche zu Kredit 1, wo sich mir eine juristische Frage stellt. Wir stellen fest, dass der Gemeinderat ohne Kompetenz einen Kredit von über 200'000 Franken auf zwei Sitzungen verteilte und bewilligte. Nun liegt der Antrag vor, diesen Kredit zur Kenntnis zu nehmen, was nach meiner Meinung nicht richtig ist. Der Fehler muss auf irgendeine "Krautart" korrigiert werden, denn dieser Kredit müsste im Nachhinein vom Parlament bewilligt werden. Abreissen können wir das Bauwerk nicht mehr. Trotzdem würde ich gerne gemäss der Empfehlung des Finanzinspektorates vorgehen und die Abrechnung dem Parlament unterbreiten.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Zu diesem Kredit könnt ihr einen anderen Beschluss fällen als bloss die Kenntnisnahme. Der Gemeinderat ist jedoch überzeugt, dass die Kenntnisnahme vom Kredit durch das Parlament korrekt ist. Ich kann im Namen des Gemeinderates erklären, dass wir das Problem sehen und die Verletzung der Kompetenzordnung aus früheren Zeiten besteht. Ihr habt eure Kritik angebracht, wir haben diese entgegengenommen und

euch in diesem Sinne zugesichert, dass wir nicht mehr so vorgehen werden. Mir erschiene es des Guten etwas zu viel, diesen Kredit zurückzunehmen, um euch einen korrekten Kreditantrag zu unterbreiten. Das würde einen unnötigen Aufwand generieren, den ich lieber für ein Schiessen auf dem Hornberg ausgeben würde.

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich habe eine Frage zum Kredit 7, Dachstockausbau Schulanlage Bodengässli, Niederscherli, wo eine Kreditüberschreitung von knapp 20 Prozent festgestellt wird. Als Begründung der Abteilung steht, zusätzliche Kosten seien für die Liftanlage - wegen der Erhöhung des Liftschachtes und der Anpassung der Lüftungs- Elektro- und Sanitärinstallationen - angefallen. Für mich stellt sich die Frage, ob man nicht bereits von Anfang an den Ausbau des Liftschachtes bis ganz nach oben hätte denken können. Wurde bei der Planung ungenau gearbeitet?

Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP): Es ist kein Fehler passiert, denn effektiv war nicht vorgesehen, den Dachstock mit einem Lift zu erschliessen. Im Laufe der Projektierung wurde jedoch festgestellt, dass die Erschliessung des Dachstockes mit einem Lift wichtig ist; einerseits, damit Behinderte Zugang haben und andererseits auch die Reinigung mit einem Lift einfacher und günstiger ist, denn ohne muss auf jedem Stockwerk eine Reinigungsmaschine deponiert sein. Die Diskussionen auf der Baustelle waren lange und zusammen mit Gemeinderat Daniel Pauli wurde beschlossen, den Ausbau vorzunehmen. Es handelt sich somit um keine Fehlplanung.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich komme nochmals auf Kredit 1 zu sprechen und stelle folgenden Antrag: Kredit 1 ist aus dem Beschlussesentwurf zu entfernen und unter einem anderen Punkt wie folgt aufzuführen: Das Parlament bewilligt Kredit 1. Anschliessend werden die anderen Kredite zur Kenntnis genommen. Das wäre nach meiner Meinung als Nichtjurist korrekt.

Herr Gemeindepräsident Luc Menta: Ich habe keinen Einwand. Kredit 1 muss somit zuerst bewilligt und anschliessend die Abrechnung zur Kenntnis genommen werden.

Herr Hugo Staub (SP): Ich habe Mühe damit, einen Kredit zu bewilligen, für welchen kein Antrag vorhanden ist. Ich schlage vor, gemäss Antrag des Gemeinderates vorzugehen.

Die Parlamentspräsidentin: Wir stimmen darüber ab, ob Kredit 1 aus dem Beschlussesentwurf herausgenommen und separat behandelt wird, oder ob die 16 Kredite gemäss Antrag des Gemeinderates zur Kenntnis genommen werden.

Herr Rolf Zwahlen: Der Antrag wäre so zu verstehen, dass als erstes Kredit 1 nachträglich bewilligt werden muss und anschliessend werden die Kreditabrechnungen inklusive Kredit 1 zur Kenntnis genommen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich kann mich dem Vorschlag von Rolf Zwahlen anschliessen. Für mich ist jedoch entscheidend, dass ihr die Kompetenzverletzung des Gemeinderates zur Kenntnis genommen habt. Die Abrechnung - nehmt auch das zur Kenntnis - endet mit einer leichten Unterschreitung. Der Vorschlag von Rolf Zwahlen erscheint juristisch korrekter als jener des Gemeinderates, und in diesem Sinn müsste zuerst Kredit 1 bewilligt werden und anschliessend im Beschlussesentwurf davon Kenntnis genommen werden.

Die Parlamentspräsidentin: Wir stimmen zuerst darüber ab, ob wir gemäss Antrag von Ignaz Caminada und Rolf Zwahlen vorgehen, vor der Kenntnisnahme von den Kreditabrechnungen den Kredit nachträglich zu bewilligen. Der Antrag wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Mit 27 Stimmen zustimmend und mit 7 Stimmen teilweise zustimmend (Ziffer 1) sowie mit grossem Mehr (Ziffer 2) und ohne Abstimmung (Ziffer 3) fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

1. Das Parlament nimmt Kenntnis von folgenden Kreditabrechnungen:

Nr.	FIK	Konto	Dir.	Objekt	Kredit	Kosten	Abw.	In %	NK Par.
1	14	242.501.0278	PLUV	Kreisel Hessestrasse, Liebefeld	215'540.00	208'755.85	-6'784.15	-3.15	
2	8	140.565.0501	PFD	Walderschliessung Mengestorfberg	127'500.00	77'697.50	-49'802.50	-39.06	
3	3	210.581.0109	PLUV	Station Wangenbrüggli, Niederwangen	260'000.00	205'376.50	-54'623.50	-21.01	
4	4	270.501.3602	PLUV	Mittelhäusern, Hubelhüsistrasse, neue Beleuchtung	61'155.25	53'327.05	-7'828.20	-12.80	
5	5	270.501.3604	PLUV	Mittelhäusern, Strassweid und Riedholzweg, Detailerschliessung, öffentliche Beleuchtung	31'987.00	16'818.45	-15'168.55	-47.42	
6	12	311.365.71	SGS	Früherfassungsnetz Köniz	757'000.00	337'774.60	-419'225.40	-55.38	
7	9	362.503.1571	GBAU	Dachstockausbau Schulanlage Bodengässli, Niederscherli	900'000.00	1'065.069.55	165'069.55	18.34	165'069.55
8	10	641.503.6306	GBAU	Friedhof Nesslerenholz, Erweiterung 2. Etappe	480'000.00	377'450.80	-102'549.20	-21.36	
9	6	530.501.1705	GBET	Oberwangen, Gschick, Detailerschliessung	28'225.00	4'046.90	-24'178.10	-85.66	
10	20	520.501.4659	GBET	Niederwangen, Freiburgstrasse 556, Leitungssanierung	269'767.40	228'267.85	-41'499.55	-15.38	
11	22	520.501.4112	GBET	Schieberschächte, Sanierung 1. Etappe	270'000.00	216'434.15	-53'565.85	-19.84	
12	17	320.524.0305	GBAU	Stiftung APH Weyergut, Sanierung und Erweiterung Abwaschküche	510'000.00	462'227.5	-47'772.50	-9.37	
13	26	1023.1255	PFD	Kauf Fuchsweg 15, Parzelle 6286	1'050'000.00 + Verschreibungskosten	1'055'558.90	5'558.90	0.53	
14	28	210.581.0106	PLUV	Werkhofplanung	148'000.00	137'331.60	-10'668.40	-7.21	
15	25	143.503.2220	GBAU	Neubau Werkhof	19'218'000.00	21'051'623.40	1'833'623.40	9.54	1'833'623.40
16	7	530.501.1706	GBET	Oberwangen Gschick, Detailerschliessung	24'500.00	0.00	-24'500.00	-100.00	Aufhebung

2. Das Parlament bewilligt die erforderlichen Nachkredite:

- **Fr. 165'069.55 zu Lasten Konto Nr. 362.503.1571 / Dachstockausbau Schulanlage Bodengässli, Niederscherli**
- **Fr. 1'833'623.40 zu Lasten Konto Nr. 143.503.2220 / Neubau Werkhof**

3. Das Parlament nimmt davon Kenntnis, dass der von ihm bewilligte Kredit von Fr. 24'500.00 zu Lasten Konto Nr. 530.501.1706 / Oberwangen Gschick, Detailerschliessung wegen Nichtgebrauchs aufgehoben wurde.

8. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgende Vorstösse wurde eingereicht:

0523 Postulat SP betr. zusätzliche Kita-Plätze

0524 Überparteiliche Motion GB, SP, GFL/LdU, EVP, CVP betr. Integrationsleitbild

0525 Dringliche Interpellation Deuber (SP/JUSO), Ackermann (FDP), Maibach (GB) betr. Agglomerationsstrategie

Zur Interpellation „Agglomerationsstrategie“ möchte ich einige Informationen weitergeben: Beat Deuber, Urs Maibach und ich nahmen letzten Freitag an der Tagung zum Thema Parlamente und Agglomerationsstrategie in der Region Bern teil. Vielleicht erinnert ihr euch, dass sich 104 Gemeinden, vertreten durch die Gemeindepräsidenten, in einer Agglomerationskonferenz zusammenschliessen, um überregional anstehende Probleme zu lösen. Dieses Modell geht nächstens in die Vernehmlassung, und deshalb ist es höchste Zeit, uns damit auseinanderzusetzen, wo und wie die Einflussmöglichkeiten des Parlamentes sind. Aus diesem Grund hat das Büro Dringlichkeit der Interpellation bewilligt.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Es ist mir ein Bedürfnis, euch einiges zu erklären: In der vergangenen Woche haben wir alle unter den Bauarbeiten am neuen Kreisel an der Schwarzenburgstrasse/Bündenackerstrasse gelitten. Einige mehr, einige weniger, aber sehr viele ganz stark. Der Einbau des Feinbelages machte gemäss Beurteilung des Bauleiters die vollständige Sperrung der Strasse notwendig. Dieser Entscheid erwies sich ab Montag als Fehl-

entscheid mit unglaublichen Auswirkungen, konnte jedoch nicht mehr rückgängig gemacht werden. Für den Einbau des Belages während der Nachtstunden waren die Temperaturen bereits zu tief, und die Offenhaltung eines Fahrstreifens konnte aus Qualitätsgründen nicht vorgenommen werden, weil sonst die Nahtverbindungen der Beläge qualitativ gelitten hätten. Mir bleibt nur festzustellen, dass Strassenbauarbeiten mit solchen Auswirkungen in Zukunft mit wesentlich mehr Sensibilität für alle Strassenbenützer angegangen werden. Gegenüber der Bevölkerung von Köniz und deren Vertretungen im Parlament bleibt mir nur, mich von Herzen für diesen Fauxpas zu entschuldigen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Noch kurz etwas zum Geschäft 6, Sanierungsmaßnahmen Sporthalle Oberstufenzentrum Köniz: Der Gemeinderat erklärte richtigerweise, dieses Geschäft stehe in keinem Zusammenhang mit dem eventuellen Bau einer Ballsporthalle. Seit etwa einem halben Jahr vertröste ich das Parlament immer wieder betreffend Entscheide in Sachen des eventuellen Baus einer Ballsporthalle in Zusammenarbeit mit Bern. Verena Rohrbach fragte bereits mehrmals an, wie weit hier Entscheide getroffen wurden. Leider muss ich zum heutigen Zeitpunkt immer noch erklären, dass die Stadt Bern zusammen mit der Bürgergemeinde noch nicht weiter gekommen ist, d.h. für uns, weiterhin warten. Wir haben eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, in einem ganz kleinen Bereich abzuklären, ob in Köniz vielleicht doch eine Ballsporthalle realisiert werden könnte.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Wir haben es bereits bei der familienergänzenden Kinderbetreuung gesehen: Etwas gut Funktionierendes läuft immer Gefahr, gekürzt oder gar gestrichen zu werden. Das gleiche passierte mit den Fussgängerstreifen im Könizer Ortszentrum, sie wurden entfernt. Seither gilt Tempo 30, und der Gemeinderat benannte diesen ganzen Abschnitt beschönigend "Koexistenzzone". Zum Glück verbot das ASTRA (Bundesamt für Strassen) diesen Begriff, denn es ist klar, dass bei Tempo 30 der Stärkere - d.h. das Auto - Vortritt hat. Wir erklärten uns trotzdem mit dem Experiment einverstanden, weil festgestellt wurde, dass die Fussgänger aufmerksamer sind, der berühmte Blickkontakt findet statt. Wir forderten jedoch mittels Motion eine klare Signalisation dieser Zone, damit sich die Fussgänger sicher fühlen und hatten Freude, als der Gemeinderat ankündigte, er würde einen sehr starken visuellen Effekt aufmalen. Unter anderem verlangten wir einen roten Belag - wie z.B. beim Bahnhof Schwarzenburg -, damit allen Verkehrsteilnehmenden die spezielle Zone auf den ersten Blick klar ist. Der Tagespresse mussten wir dann aber entnehmen, dass gerademal eine weisse Signalisation von Tempo 30 aufgemalt wird, die Mittelzone um etwa 20 Zentimeter verbreitert wird. Als einziger Hinweis für ortsunkundige Aufofahrende, dass hier jederzeit Fussgänger queren könnten, wurde die Aufstellung eines überdimensionierten "n" mit Füßen geplant. Ein "n" ist für mich verbunden mit Nein, und die Botschaft könnte so interpretiert werden, dass Fussgänger hier nicht erlaubt sind. Die vorgesehene Markierung ist nach unserer Meinung überhaupt nicht klar, der visuelle Effekt bleibt aus, und ich hoffe, dass keine Unfälle passieren. Ich habe Fragen an den Gemeinderat: Die Ausbesserungen haben Kosten von 135'000 Franken zur Folge, wovon die Gemeinde 40 Prozent übernehmen muss. Wieviel genau muss die Gemeinde Köniz für diese Nachbesserungen bezahlen? Wieso kann die Querungszone nicht so markiert werden, dass allen - auch Ortsfremden - auf Anhieb klar ist, dass hier jederzeit Fussgänger die Strasse queren können?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich schildere kurz die Entstehung dieser Nachbesserungsmassnahmen: Die Gemeinde hat auf der Schwarzenburgstrasse in diesem Bereich lediglich ein Antragsrecht, weil es sich um Kantonsstrasse handelt. Der Kanton muss die entsprechenden Verfügungen erlassen. In einem Workshop wurden, unter Einbezug von Verkehrsexperten, Planenden, Signaletikern, Geh- und Sehbehinderten, mit Vertretern von Kanton, Bund und Gemeinde, verschiedene Massnahmen diskutiert, und aus diesem ganzen Strauss ging die realisierte Lösung hervor. Herr Pestalozzi, Sie regten an, einen durchgehenden roten Belag aufzumalen, wie sie z.B. in Schwarzenburg oder Neuenegg vorhanden sind. Auf diesen Strassen ist ein Verkehrsaufkommen von vielleicht 5000 - 7000 Fahrten pro Tag zu gewärtigen und kein Dreiminutentakt durch den öffentlichen Verkehr. Bei uns herrscht ein Verkehrsaufkommen von rund 18'000 Fahrten sowie ein hohes Aufkommen des öffentlichen Verkehrs, wobei sich die flächigen Markierungen als nicht sehr dauerhaft zeigen. Hinzu kommt, dass rote Beläge für Sehbehinderte ausgesprochen ungünstig sind, weil diese nur starke Farbunterschiede erkennen können. Dass sich Ortsunkundige nicht zurecht finden, glaube ich nicht, weil die von uns angebrachte Signalisation von Tempo 30 in der ganzen

Schweiz zunehmend sichtbar ist. Zum Beispiel erlebt die Stadt Zürich einen richtigen "Tempo-30-Boom". Ich bin der Meinung, dass ein bekanntes Signal jedem ortsunkundigen Verkehrsteilnehmenden auffällt.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Meine zweite Frage betreffend Kosten ist noch nicht beantwortet.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Die Zahl von 135'000 Franken war im Sinne einer Kostenschätzung korrekt. Mittlerweile stellte sich heraus, dass die Schätzung zu hoch war. Korrekt ist auch, dass die Gemeinde Köniz 40 Prozent der Kosten übernehmen muss, was dem Kostenteiler von Kantonsstrassen im besiedelten Raum entspricht. Die entsprechenden Kosten sind in den bewilligten Krediten enthalten, sowohl beim Kanton wie auch bei der Gemeinde.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich habe noch eine Anschlussfrage zur Schwarzenburgstrasse: Bei der Kreuzung zur neuen Bündenackerstrasse entsteht im Kreisel eine riesige Betonbadewanne. Ich nehme an, sie wird bepflanzt. Was kostet diese Betonbadewanne und wäre es möglich, die Kosten mit einer einfachen Bepflanzung tief zu halten? Die Gemeinde Köniz sollte dem Kanton "auf die Füsse stehen", um hier keine unnötigen Kosten bezahlen zu müssen.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Im Gegensatz zur Schwarzenburgstrasse von der Höhe der alten Steuerverwaltung bis zum Schloss, ist dieser Teil leider Gemeindestrasse und somit zahlen wir die entstehenden Kosten selber. Deren Höhe ist mir im Moment nicht präsent, ich kann sie dir jedoch mailen. Vorgesehen ist, diesen Kreisel zu bepflanzen, aber es ist noch nicht klar, wie. Wir wollen zuerst abwarten, was der Wettbewerb zur Gestaltung des Parks entlang der Schwarzenburgstrasse ergibt, damit diese beiden Bauwerke zusammen korrelieren.

Die Parlamentspräsidentin: Ich bestätige hiermit, dass die Parlamentssitzung im November ausfällt. Die nächste Sitzung findet am 12. Dezember 2005 um **18.00 Uhr** statt. Nach der Sitzung findet die Verabschiedung der Gemeinderatsmitglieder Simonetta Sommaruga und Hans Siegenthaler statt. Die Einladungen werden im November verschickt. Somit sehen wir uns erst nach den Wahlen wieder. Ich wünsche allen Kandidierenden viel Glück.

Schluss der Sitzung 21.30 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 12. Dezember 2005 18.00 bis 20.30 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend: Antenen Peter, SP
Arm Alfred, SP
Balz Christian, FDP
Bichsel Bernhard, jfk
Bühler Evelyn, FDP
Burren Christian, parteilos
Bussard Lorenz, SVP
Caminada Ignaz, CVP
Deuber Beat, SP
Deutsch Sandra, FDP
Egli Claudia, SP
Graber Martin A., SP
Gysel Hermann, EVP
Hänni Thomas, FDP
Henggi Harald, FDP
Hofer Niklaus, SVP
Krebs Daniel, SVP
Lehmann Stefan, SVP
Lagger Valentin, CVP
Maibach Urs, GB
Mooser Barbara, FDP
Moser Hans, SVP
Pestalozzi Hansueli, GB
Riesen Anton, FDP
Rohrbach Verena, SVP
Salvisberg Ulrich, SVP
Schörlin Marlise, SP
Sedlmayer Katrin, SP
Stähli Markus, SVP
Staub Hugo, SP
Staub Stephie, SP
Streiff Marco, EVP
Troxler Elisabeth, SP
Vifian Christian, SP
Wyss Ursula, LdU
Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Giger Beat, SD
Mader Mélanie, SP
Matter Brigitta, SD

Gemeinderat Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident
Siegenthaler Hans, SVP, I. Vizepräsident
Berger Verena, SP
Sommaruga Simonetta, SP
Streiff Marianne, EVP
Studer Ueli, SVP
Wilk Urs, FDP

Ratssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	140
2. Kommissionsersatzwahlen	140
3. Spezialkommission Bildungsreglement, Einsetzung und Wahl der Mitglieder	140
4. Voranschlag 2006 Genehmigung; Präsidial- und Finanzdirektion.....	141
5. Finanzstrategie 2006 bis 2010 Kenntnisnahme; Präsidial- und Finanzdirektion	142
6. Strassenlärmsanierung, Realisierung von Lärmschutzmassnahmen Rahmenkredit; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	--
7. Anbau Polizeigebäude, Sägestrasse 42, Köniz Kredit; Direktion Gemeindebauten.....	--
8. Projekt stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen Kredit; Polizeidirektion	--
9. Dringliche Interpellation Deuber (SP/JUSO), Ackermann (FDP), Maibach (GB) betr. Agglomerationsstrategie Beantwortung 0525; Präsidial- und Finanzdirektion	--
10. Motion Wyss (LdU) betr. „Köniz Innerorts“ Beantwortung 0504; Präsidial- und Finanzdirektion	--
11. Überparteiliche Motion Troxler (SP/JUSO), Maibach (GB), Lagger (CVP) betr. Einführung der „Lokalen Agenda 21“ in der Gemeinde Köniz; Beantwortung 0505; Präsidial- und Finanzdirektion	--
12. Motion Graber (SP/JUSO) betr. „Rauchfreies Köniz“ Beantwortung 0508; Präsidial- und Finanzdirektion	--
13. Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen Beantwortung 0512; Präsidial- und Finanzdirektion	--
14. Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitätsmanagement Beantwortung 0513; Präsidial- und Finanzdirektion	--
15. Motion GB betr. Fussgängerverkehr Könizer Ortszentrum Beantwortung 0514, Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	--
16. Motion FDP betr. beeinflussbare und nicht beeinflussbare finanzielle Verpflichtungen Beantwortung 0515; Präsidial- und Finanzdirektion	--
17. Motion SVP betr. Konzept zur Verkehrsentslastung der Region Mengestorfberg Beantwortung 0516; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	--
18. Überparteiliches Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) / Zwahlen (EVP) betr. Aufnahmestopp Familienergänzende Kinderbetreuung Beantwortung 0517; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule	--
19. Motion SVP betr. Aufhebung der Poller-Lösung an der Landorfstrasse Beantwortung 0519; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	--
20. Verschiedenes	
Nachtrag:	
5a Verwaltungsorganisationsreglement und Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat Reglement; Präsidial- und Finanzdirektion.....	--

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Ich begrüsse euch herzlich zum heutigen sehr speziellen Abend. Einerseits verdauen alle noch die Wahlen vom 27. November 2005, und ich möchte es nicht unterlassen, allen Gewählten herzlich zu gratulieren; andererseits verabschieden wir nach der offiziellen Sitzung zwei Gemeinderätinnen und einen Gemeinderat. Heute ist alles etwas anders, und deshalb dauert die Sitzung bis höchstens 20.45 Uhr.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 34 Parlamentsmitgliedern. Unmittelbar nach dem Appell trifft Herr Marco Streiff und um 18.10 Uhr Herr Rolf Zwahlen ein. Herr Anton Riesen nimmt ab 19.00 Uhr an der Sitzung teil, so dass schliesslich 37 Parlamentsmitglieder anwesend sind. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Die Parlamentspräsidentin: In einem Nachversand wurde uns die Antwort auf die dringliche Interpellation Deuber / Ackermann / Maibach betr. Agglomerationsstrategie zugestellt.

Letzte Woche wurde uns noch das Geschäft 5a betreffend Verwaltungsorganisationsreglement zugestellt, nachdem die Spezialkommission K2005 ihre Vorberatungen am 1. Dezember abschliessen konnte. Der Grund für die Eile dieses Geschäftes ist folgender: Es ist sinnvoll, wenn der neu gewählte Gemeinderat bei der Zuteilung der Direktionen gleich zu Beginn der Legislatur weiss, ob das Parlament "grünes Licht" für die Reorganisation gibt oder ob alles beim Alten bleibt.

Ich schlage vor, die Traktandenliste der Reihe nach abzuarbeiten und den übrig gebliebenen Rest am nächsten Montag zu behandeln.

1. Protokoll der Sitzung vom 24. Oktober 2005

Das Protokoll der Sitzung vom 24. Oktober 2005 wird ohne Bemerkungen genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen

Für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2006, liegt folgender Ersatzvorschlag vor:

- 0531 Primarschulkommission Oberscherli: Merz Turkmani Gabrielle, Untere Zelg 12, Oberscherli, 3145 Niederscherli (SP), anstelle von Lüthi Roland, Oberscherli

Die Parlamentspräsidentin erklärt die vorgeschlagene Kandidatin als gewählt und wünscht ihr alles Gute für das neue Amt.

3. Spezialkommission Bildungsreglement, Einsetzung und Wahl der Mitglieder

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Die GPK schlägt euch vor, das Geschäft Bildungsreglement, in welchem es unter anderem um die Neuorganisation der Schulkommissionen geht, vor der Behandlung im Parlament durch eine Spezialkommission vorprüfen zu lassen. Vorgeschlagen wird eine 9er-Kommission, möglichst mit Vertretern aus allen Ortsteilen der Gemeinde. Weil diese Kommission vor dem Jahresende noch eine erste Sitzung abhalten sollte, können nur Parlamentsmitglieder Einsitz nehmen, die für die nächste Legislatur wiedergewählt wurden. Zuerst muss jedoch nun darüber befunden werden, ob die Spezialkommission eingesetzt werden soll und - wenn ja - wie viele Mitglieder sie haben soll.

Die Parlamentspräsidentin: Wir stimmen darüber ab, ob überhaupt eine Spezialkommission eingesetzt wird und wenn ja, über deren Anzahl Mitglieder.

Herr Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt die Einsetzung einer Kommission für die Bearbeitung des Bildungsreglementes. Wir dürfen keine Zeit verlieren, wenn wir das Bildungsreglement bis Schulbeginn 2006 in Kraft setzen wollen. Reicht die Zeit nicht für eine Kommissionssitzung, haben wir jedoch immer noch den Puffer, das Bildungsreglement im

Februar im Parlament zu behandeln. Die SVP-Fraktion beantragt die Bildung einer 9er-Kommission.

Herr Martin Graber (SP): Bildung ist wichtig, das bezweifelt niemand, nur beim Wie scheiden sich die Geister. Ich persönlich bin sehr überzeugt, dass teilautonom geführte Schulen erfolgreichere Schulen sind und das Bildungsreglement - das bereits in der Vernehmlassung war - ist ein erster Schritt dazu. Die Diskussion über die Schule wird mit Engagement geführt, nicht immer geht es jedoch sachlich zu und her. Immerhin hat man es ausnahmslos mit Expertinnen und Experten zu tun, denn wir besuchten alle einmal die Schule. Gerade wegen der Vehemenz, mit welcher über die Schule und ihre Strukturen diskutiert wird, muss das Bildungsreglement sehr sorgfältig eingeführt werden, und die Spezialkommission kann hiezu einen wichtigen und guten Dienst erfüllen. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt deshalb die Einsetzung einer Spezialkommission, auch wenn wir dazu Fragezeichen haben. Fragezeichen zur eiligen Terminierung und zur Einsetzung der Mitglieder nach altem Proporz, denn über das Reglement wird das neu zusammengesetzte Parlament befinden. Die SP/JUSO-Fraktion befürwortet die Einsetzung einer 9er-Kommission.

Mit grossem Mehr beschliesst das Parlament die Einsetzung einer Spezialkommission mit 9 Mitgliedern für die Vorberatung des Bildungsreglementes.

Die Parlamentspräsidentin: In die Kommission können bei einer Grösse von 9 Mitgliedern folgende Parteien Wahlvorschläge einbringen: SVP und SP je 3, FDP 2 und EVP 1.

Herr Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion schlägt Hans Moser, Christian Burren und Daniel Krebs für die Spezialkommission Bildungsreglement vor.

Herr Valentin Lagger (CVP): Seitens der CVP/EVP/LdU-Fraktion schlagen wir euch Marco Streiff als Mitglied der Spezialkommission Bildungsreglement vor.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Die SP/JUSO-Fraktion schlägt folgende Mitglieder für die Spezialkommission Bildungsreglement vor: Martin Graber, Christian Vifian (den wir euch zugleich als Präsidenten vorschlagen) und Hansueli Pestalozzi vom Grünen Bündnis.

Herr Harald Henggi (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion schlägt euch für die Spezialkommission Bildungsreglement Barbara Mooser und Evelyn Bühler vor. Es wäre nun angebracht, zu kontrollieren, ob alle Ortsteile genügend vertreten sind.

Die Parlamentspräsidentin: Auf den ersten Blick ist die Vertretung aller Ortsteile gewährleistet. Die Anzahl der Kandidierenden entspricht der effektiven Anzahl Sitze, somit sind die vorgeschlagenen Mitglieder gewählt.

Für das Präsidium wird der vorgeschlagene Christian Vifian einstimmig gewählt.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Die Kommission ist nun gebildet, und die Arbeit beginnt sofort. Nach Abschluss der Sitzung bitte ich die Kommissionsmitglieder zu mir, damit wir Terminfragen besprechen können und ich die Unterlagen abgeben kann.

4. Voranschlag 2006

Genehmigung; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Markus Stähli (SVP; GPK-Sprecher): Die GPK behandelte am 7. November 2005 sowie am 5. Dezember 2005 die Traktanden Voranschlag 2006 und Finanzstrategie 2006 bis 2010. Im Namen der GPK teile ich folgendes mit: Zuerst unser bester Dank an die Verwaltung und den Gemeinderat für die Arbeit am Voranschlag. Wir haben die an der Sitzung vom 7. November verlangten zusätzlichen Begründungen und Erläuterungen für die Sitzung vom 5. Dezember erhalten, insbesondere auch die Liste der Objekte, welche 2006 gestrichen oder reduziert wurden. Die GPK ist weiterhin nicht erfreut über die Landverkäufe, die getätigt werden müssen, um ein ausgeglichenes Budget zu erhalten, das vom AGR genehmigt wird. Sie nimmt jedoch davon Kenntnis, dass allfällige neue Landverkäufe sehr vorsichtig getätigt und mit sicheren Werten eingesetzt werden und nicht einfach "auf Vorrat" hin verkauft wird. Wir sind ebenfalls nicht erfreut über den gestiegenen Personalaufwand wie auch über die ständig steigenden Überwälzungen von nicht beeinflussbaren Kosten des Kantons auf die Gemeinden. Es gilt auch zu erwähnen, dass in der Phase der Budgetierung lediglich 60 Prozent der Steuererklärungen definitiv veranlagt waren und die 40 Prozent der noch nicht definitiv veran-

lagten grossen Schwankungen unterworfen sind. Der Weg bis zum Ziel, das sich der Gemeinderat gesetzt hat - bis 2009 den Bilanzfehlbetrag ausgeglichen zu haben - ist noch steinig. Ich gehe bewusst nicht auf Detailfragen ein, weil wir dazu in der GPK Unterlagen erhalten haben, die in den Fraktionen sicher bereits besprochen wurden.

Ich gebe noch die Empfehlungen der GPK bekannt: Sie empfiehlt euch einstimmig, Ziffer 1 und 2 des Beschlussesentwurfes zu genehmigen und mit 6 zustimmend und 1 teilweise zustimmend von Ziffer 3 Kenntnis zu nehmen. Vom Geschäft 5, Finanzstrategie empfiehlt die GPK dem Parlament einstimmig, Kenntnis zu nehmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich gebe euch als weiteren Gesichtspunkt für die Entscheidungsfindung zum Budget 2006 die Hochrechnung zur Rechnung 2005 bekannt. Es sieht nicht sehr gut aus: Unsere Hochrechnung ergibt ein Defizit von 1,158 Millionen Franken, womit die Rechnung bei einem prognostizierten Ertragsüberschuss von 1,5 Millionen Franken um 2,6 Millionen Franken schlechter abschliessen wird als das Budget 2005. Allerdings muss festgehalten werden, und das sage ich in einem Atemzug mit der ersten Feststellung: Sehr Vieles ist noch nicht verbucht, was jedoch in der öffentlichrechtlichen Buchhaltung üblich ist. Zahlreiche Buchungen können erst im Dezember, zum Teil erst im Januar und Februar des nächsten Jahres vorgenommen werden.

Analysiert man die Hochrechnung und versucht die wichtigsten Elemente heraus zu filtern, kann folgendes erklärt werden: Beim Personalaufwand zeichnet sich ein Zuwachs von 600'000 Franken ab, was vor allem auf die Teuerungszulage und auf mehr Stellen im Sozialbereich zurückzuführen ist. Letztere Aufwendungen werden wir im Lastenausgleich gemäss Sozialhilfegesetz zu wesentlichen Teilen zurück erhalten. Beim Sachaufwand rechnen wir mit einem um ungefähr 1 Million Franken besseren Abschneiden als budgetiert. Dort zeigen die verbuchten Zahlen ein sehr erfreuliches Bild. Wir müssen jedoch davon ausgehen, dass viele Zahlungen noch im Dezember erfolgen werden. Bei den Erträgen kann festgestellt werden, dass die Steuern immer noch zu optimistisch budgetiert worden sind, wir rechnen mit Minder-einnahmen von ungefähr 860'000 Franken. Bereits im Budget 2005 wurden weniger Steuer-einnahmen budgetiert, aber offenbar immer noch zu wenig. Das genaue Resultat in diesem Bereich - der GPK-Sprecher erwähnte es - kennen wir erst im Februar 2006, wenn die Steuer-erklärungen definitiv veranlagt sind. Bei den Vermögenserträgen können hohe Mehreinnahmen verzeichnet werden. Das ist auf erhöhte Rückerstattungen von steigenden Transferaufwendungen - z.B. für den Sozialbereich - des Kantons zurückzuführen, aber auch auf eine sehr rege und aktive Tätigkeit unserer Baubewilligungsbehörde. Bei den Investitionen stellen wir fest, dass am Stichtag rund 54,4 Prozent realisiert waren; das ist, wie ein Blick in andere Investitionsrechnungen zeigt, ein sehr guter Wert. Auch hier lehrt uns aber die Erfahrung, dass die Investitionsrechnung im Dezember noch stark belastet wird.

Fassen wir alles zusammen, kann folgendes festgestellt werden: Im nicht beeinflussbaren Transferbereich sind Verschlechterungen - aus heutiger Sicht in der Höhe von rund 1 Million Franken - zu verzeichnen. Im beeinflussbaren autonomen Bereich stehen wir um rund 650'000 Franken schlechter da. Nehmen wir noch die prognostizierten Steuermindereinnahmen dazu, kommen wir auf die rund 2,6 Millionen Franken. Es handelt sich hierbei - ich betone dies - um eine Hochrechnung, grosse "Brocken" fehlen noch. Im Verlaufe der nächsten Jahre werden wir dank den gesammelten Erfahrungen die Hochrechnung immer besser erstellen können.

Detailberatung

Die Parlamentspräsidentin: Zuerst behandeln wir den Vorbericht, dann den Voranschlag 2006, anschliessend die gelben Seiten direktionsweise und die goldgelben Seiten, zum Schluss noch den Investitions- und den Finanzplan.

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich bin der Meinung, dass zu einem solchen Geschäft ein grundsätzliches, übergreifendes Votum abgegeben werden kann. Ich nehme vorweg, dass das Budget 2006 keine Freude macht. Im Gegenteil, es macht eher etwas perplex, weil gerade neulich von einer Verbesserung der Situation gesprochen und versprochen wurde, den Bilanzfehlbetrag stetig abbauen zu können und die Situation im Griff zu haben. Perplex, weil erst vor kurzem gesagt wurde, die investitionsreichen Jahre seien nach dem Abschluss der Umbauten im Zentrum beendet. Betrachte ich die Gesamtinvestitionssumme der Gemeinde in der Höhe von über 15 Millionen Franken, kann kaum von einer Drosselung gesprochen werden. Perplex, weil wir zur Zeit noch von tieferen Abschreibungssätzen, die uns der Kanton

zugesichert hat, profitieren. Wäre dies nicht der Fall, müssten wir fast das Doppelte abschreiben, die Folgen wären fatal. Perplex, weil der Selbstfinanzierungsgrad mit knapp 40 Prozent für eine Zeit, die als Konsolidierungsphase gedacht war, geradezu dramatisch tief ist. Perplex, weil wir zur Zeit immer noch daran sind, Tafelsilber zu verscherbeln und trotzdem kein besseres Budget aufstellen können. Perplex, weil wir jetzt gerade gehört haben, dass die Hochrechnung für das Jahr 2005 noch viel schlechter ist als im Budget angenommen.

All dies führt für uns zu folgendem Fazit: Das Budget ist schlecht; die Hausaufgaben wurden nicht gut gemacht. Betrachten wir die Sache noch etwas näher, fällt auf, dass zum Teil noch Schlimmeres versteckt ist. Ein Detail: Überwiesene parlamentarische Vorstösse werden ohne klare Mitteilung nicht ganz umgesetzt, ich denke an die Erwachsenenbildung. In der heutigen Zeit ist Sparen durchaus angezeigt, das soll aber transparent geschehen. Trotz der schlechten Finanzsituation werden weiterhin Stellen geschaffen, und die Personalkosten sind seit der Rechnung 2004 um 4,3 Prozent gestiegen, was in der heutigen Situation sicher fehl am Platz ist. Im "Bund" konnte nachgelesen werden, dass die Rechnung bei der familienergänzenden Kinderbetreuung nicht aufgeht. Diese Aufgabe soll uns eine halbe Millionen Franken mehr kosten. Ich finde die Haltung des Gemeinderates in dieser Sache zumindest diskutabel. Man verzichtet auf eine Korrektur des Budgets, weil es sich - ich zitiere - um ein "Worst-Case-Szenario" handelt und weil - ich zitiere wiederum - "das Budget schon vor Monaten erstellt wurde und keine Möglichkeit bestanden hat, auf die neueste Entwicklung einzugehen". Mit dieser Aussage habe ich Mühe, denn der Gemeinderat weiss genau, dass die Situation so eintreten wird, wie seit Monaten bekannt ist. Über die familienergänzende Kinderbetreuung Köniz diskutieren wir bereits seit fast einem halben Jahr. Seit langem ist auch bekannt, dass der Kanton die Ansätze senken wird, und dass dies im Budget nicht mehr aufgenommen werden kann, bezeichne ich bestenfalls als Wahltaktik. Dass die Gemeinde beim Kanton in dieser Sache vorstellig werden will, ist zwar schön und sicher notwendig, jedoch zu hoffen, es ändere sich etwas an der heutigen Situation vonseiten des Kantons, dafür fehlt mir der Glaube.

Einige Kosten für Geschäfte, die wir heute eventuell beschliessen werden, sind nicht im Budget enthalten, während z.B. erkleckliche Mehrerträge aus Busseneinnahmen bereits im Budget berücksichtigt sind. Auch sind Stellen, die vielleicht geschaffen werden müssen, noch nicht im Budget enthalten. Fazit: Die Hausaufgaben sind nicht erfüllt. Das Könizer Parlament verhält sich schon seit längerer Zeit nach dem Prinzip des Produktebudgets, wir führen als strategisches Führungsorgan. Deshalb verzichten wir hier ganz bewusst auf Detailänderungsanträge. Es liegt am Gemeinderat zu sagen, wo was eingespart werden soll. Wir sagen nur, dass wir z.B. eine gute familienergänzende Kinderbetreuung in Köniz wollen. Kostet uns dies eine halbe Million Franken mehr, ist es Sache des Gemeinderates, dieses Geld zu finden. Die heute bereits gehörte Argumentation im Zusammenhang mit der Hochrechnung, dass die Transferzahlungen enorm gestiegen seien, greift letztendlich kurz. Richtig ist, dass die Transferzahlungen enorm gestiegen sind, aber diese werden von uns mit verursacht. Schaffen wir Stellen im Bereich des FILAG (Finanz- und Lastenausgleich), geben wir damit höhere Kosten in den FILAG ein.

Die CVP/EVP/LdU-Fraktion wird das heutige Budget mehrheitlich genehmigen, jedoch ohne Freude, im Bewusstsein, dass es wahrscheinlich noch viel schlimmer kommen könnte, und mit der ultimativen Aufforderung an den Gemeinderat, die notwendigen Sanierungsmassnahmen dringend an die Hand zu nehmen.

Herr Harald Henggi (FDP): Bevor wir in die Detailberatung gehen, ist nach meiner Meinung noch ein allgemeines Votum notwendig: Zuerst danke ich dem Gemeindepräsidenten für die Hochrechnung. Wir wissen, wie sie zu verstehen ist. Sie wird sicher mit der steigenden Erfahrung an Wert und Qualität gewinnen. Der Voranschlag 2006 ist nur im Zusammenhang mit dem Finanzplan und der Finanzstrategie zu betrachten, alle beginnen im Jahr 2006. Ich rufe in Erinnerung, dass die Rechnung im Jahr 2003 um 2,5 Millionen Franken besser abschloss als budgetiert, wir konnten 3,5 Millionen Franken vom Bilanzfehlbetrag abschreiben. Im Jahr 2004 lag es um 1,2 Millionen Franken besser, wir konnten etwas mehr als 1,5 Millionen Franken des Bilanzfehlbetrages abschreiben. Wie gesagt, müssen der Voranschlag 2006 und die Finanzstrategie 2006 - 2010 zusammen betrachtet werden. Nach unserer Meinung zeigt die Finanzstrategie in die richtige Richtung, die sechs erörterten Ziele können wir voll und ganz unterstützen. Nur muss jetzt der Weg auch konsequent gegangen werden. Angesichts der Hochrechnung - bei aller Würdigung der Ungenauigkeiten - stellen wir folgendes fest: Die familien-

externe Kinderbetreuung wird uns auf jeden Fall mehr kosten. Zum Geschäft 8, stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen: Im Budget 2006 ist ein Ertrag von 200'000 Franken aufgeführt, mögliche Zusatzkosten für EDV und Betriebskosten sind jedoch nicht enthalten. Dieses Geschäft ist notabene noch nicht beschlossen. Im Investitionsplan sind 2006 für Radaranlagen 800'000 Franken mit der Priorität C3 aufgeführt, was "Wunschbedarf mittelfristig" heisst. Auch die Blechpolizisten gehören somit in diese Kategorie. Bereits erwähnt wurde, dass für freiwillige Leistungen, auch für Personal, Beträge im Budget enthalten sind. Weitere Begehren - dessen bin ich sicher - werden folgen. Ich bitte das Parlament, die notwendige Disziplin walten zu lassen, damit erstens die Finanzziele erreicht werden können und wir zweitens wieder Handlungsfreiheit für unsere Gemeinde erhalten. Die FDP/jkf-Fraktion wird das hier vorliegende Budget genehmigen, ebenfalls die Finanzstrategie, zusätzliche Gelüste aber nie gutgeheissen.

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den ausgeglichenen Voranschlag 2006. Wir anerkennen, dass zum Teil restriktive Massnahmen für die Erreichung dieses Ziels notwendig sind und der Gemeinderat mit dieser Aufgabe gefordert war. Ist dieses Budget auf Kurs? Ich müsste eher sagen "jein". Für das Ziel, den Bilanzfehlbetrag um 178'000 Franken abzuschreiben, sind ausserordentliche Erträge von 3,4 Millionen Franken notwendig. Wir müssen erneut "Filetstücke" aus unserem Vermögen einsetzen, um die Laufende Rechnung zu decken und man kann sich leicht vorstellen, dass dieses Geld sinnvoller ausgegeben werden könnte. Ein grosse Unbekannte bleibt der Transferhaushalt, es ist noch nicht ersichtlich, welche zusätzlichen Belastungen auf die Gemeinde zukommen, wenn Standards wie z.B. jener der familienexternen Kinderbetreuung aufrecht erhalten bleiben sollen. Hier wird ein gewisses Lobbying beim Kanton notwendig sein. Wir haben festgestellt, dass im Finanzplan für das Jahr 2006, der dem Budget 2005 beilag, eine Abschreibung des Bilanzfehlbetrages in der Höhe von 514'000 Franken vorgesehen war, jetzt sind es nur noch 178'000 Franken. Hier wurde das Ziel nicht ganz erreicht. Im Jahr 2007 sind für die Abschreibung des Bilanzfehlbetrages 2,3 Millionen Franken vorgesehen, womit dem Gemeinderat noch ein grosses Stück Arbeit bevor steht. Der Bilanzfehlbetrag muss zwingend abgeschrieben werden, denn es kann nicht sein, dass der Kanton im Jahr 2010 der Gemeinde Köniz den Steuersatz vorgibt. Dies zu verhindern, wird in den nächsten Jahren unsere Hauptaufgabe sein, was kein Sonntagsspaziergang sein wird. Die SVP-Fraktion genehmigt Ziffer 1 und 2 des Beschlussesentwurfes des Gemeinderates und nimmt Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan.

Herr Christian Vifian (SP): Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeindepräsidenten für die Darstellung der Hochrechnung. Auch wir haben den Eindruck, dass die Bekanntgabe einer Hochrechnung anlässlich der Budgetdebatte der richtige Weg ist. Wir geben hier bekannt, dass wir Ziffer 1 und 2 des Beschlussesentwurfes des Gemeinderates genehmigen und von Ziffer 3 Kenntnis nehmen. Fragen werden wir später stellen. Ich gebe noch zwei, drei Bemerkungen zu den weissen Seiten ab: Der Voranschlag sieht einen kleinen Gewinn vor, mindestens auf dem Papier, und das ist zu begrüssen. Mir ist klar, dass es schwierig zu prognostizieren ist, wie die Realität aussehen wird, und wir können vom Gemeinderat nicht verlangen, hieb- und stichfeste Prognosen zu stellen. Wir müssen immer bestrebt sein, die Finanzen im Griff zu halten. Ein wenig mehr Sorgen bereitet uns der sehr tiefe Selbstfinanzierungsgrad von lediglich 39,6 Prozent. Das Ziel wäre ein Anteil von 100 Prozent, was heissen würde, Finanzierungen mit eigenem Geld vornehmen zu können. Auch der Selbstfinanzierungsanteil von lediglich 3,51 Prozent ist bedenklich tief, sollte er doch bei rund 15 Prozent liegen. Wir können von Glück sprechen, dass wir im Moment auf dem Kapitalmarkt günstig Geld beschaffen können. Die Situation ist noch nicht alarmierend, aber ihr wisst selber, wie fragil der Geldmarkt ist, und ich bin nicht davon überzeugt, dass wir in den kommenden Jahren weiterhin mit solch tiefen Zinssätzen rechnen können. Aus diesem Grund sollte vor allem einem möglichen Schuldenabbau grosse Bedeutung beigemessen werden. Noch etwas Formales: Wir haben den Eindruck, dass die Darstellung des Voranschlages noch nicht optimal ist. Es geht nicht um die inhaltliche Korrektheit der Zahlen, sondern vielmehr um die Darstellung der Zusammenhänge. Wir bringen aus diesem Grund folgende Wünsche an: So lange der Voranschlag nicht gemäss den neuen Kriterien erfolgt - integrierte Aufgaben- und Finanzplanung - wäre es gut, wenn vermehrt auf folgende zwei Punkte Wert gelegt würde: A) auf eine generell bessere Lesbarkeit, vor allem im Zusammenhang mit einer Verbesserung der weissen Seiten. B) auf

die Darstellung - ein bereits alter Wunsch - der so genannten gebundenen Finanzströme im Verhältnis zu jenem Teil, über den die Gemeinde selber bestimmen kann. Sprechen wir von 182 Millionen Franken, stimmt das so nicht. Jener Teil, über welchen die Gemeinde effektiv bestimmen kann, macht im Schnitt 15 Prozent der Gesamtsumme aus, was im vorliegenden Budget rund 27 Millionen Franken sind. Aus diesem Grund wäre es für uns Parlamentsmitglieder - wir sind nicht alle bilanzgewohnt - sehr hilfreich, eine Darstellung vorzufinden, die relativ unkompliziert und transparent aufzeigt, wofür wir jene 27 Millionen Franken einsetzen, über welche wir bestimmen. Selbstverständlich kann dies auch aus dem heute vorliegenden Budget heraus gelesen werden, aber es ist nicht einfach. Vielleicht würde dann auch nicht mehr über die zweckgebundenen Ausgaben diskutiert, an welchen wir nicht "herumschrauben" können. Wir hoffen, dass sich der Gemeinderat diesem Anliegen annehmen wird, und danken ihm für die geleistete Arbeit.

Herr Urs Maibach (GB): Ich nehme vorweg, dass wir vom Grünen Bündnis Ziffer 1 und 2 genehmigen und von Ziffer 3 Kenntnis nehmen. Wir haben ebenfalls mit einer gewissen Besorgnis von der Hochrechnung Kenntnis genommen und hoffen, dass sich diese mit den endgültigen Zahlen noch etwas verbessern wird. Für uns ist ein gutes Budget ein ausgeglichenes. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das Budget nach den ersten Eingaben um 4 Millionen Franken reduziert werden musste und gehen davon aus, dass in gewissen Direktionen noch etwas Luft vorhanden ist, um allenfalls noch weitere Reduktionen zu erreichen. Uns ist folgendes wichtig: Wenn derartige Kürzungen vorgenommen werden, müssen die entsprechenden Posten genau betrachtet werden. Ganz sicher dürfen Kürzungen nicht bei zukunftssträchtigen und für die Gemeinde Köniz wichtigen Positionen vorgenommen werden. Ich spreche explizit Aufgaben wie den öffentlichen Verkehr, Schulwegsicherungen oder familienexterne Kinderbetreuung an. Das Grüne Bündnis wird in den nächsten Budgetplanungen sehr genau darauf achten, dass in diesen Bereichen nicht zu viel gespart wird.

Herr Thomas Hänni (FDP): Valentin Lager sagte, das Parlament wolle dem Gemeinderat in Hinsicht auf die Kostenrechnung nur noch strategische Weisungen abgeben und nicht mehr an einzelnen Posten "schleifen". Er sprach jedoch Verschiedenes an, das die Rechnung ins Negative rutschen lässt, und aus diesem Grund stellt die FDP/jfk-Fraktion folgenden Antrag: In Anbetracht der sehr knappen Finanzlage möchten wir keine neuen Stellen mehr schaffen, bis der Bilanzfehlbetrag abgeschrieben ist. Nach unserer Meinung will der Gemeinderat gewisse nicht unbedingt notwendige Aufgaben erfüllen. Über jene zu schaffenden Stellen, die in den FILAG gehen, kann diskutiert werden, aber im jetzigen Moment den Service public auszubauen, ist nach unserer Meinung fehl am Platz. Ebenfalls ist die Teuerung, die dem Gemeindepersonal ausbezahlt ist, bei 0,5 Prozent zu belassen und die Beförderungskosten in der Höhe von 200'000 Franken dürfen daher nicht höher ausfallen.

Die Parlamentspräsidentin: Thomas Hänni, dieser Antrag muss bei der Diskussion über die einzelnen Direktionen bei der PFD (Präsidial- und Finanzdirektion) gestellt werden.

Herr Thomas Hänni (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion stellt folgenden Antrag: In Anbetracht der knappen Finanzlage sollen keine neuen Stellen mehr geschaffen werden, bis der Bilanzfehlbetrag abgetragen ist.

Herr Beat Deuber (SP): Ich bitte euch, diesen Antrag aus folgenden Gründen abzulehnen: Im Bericht steht, wo die neuen Stellen geschaffen werden sollen. Die Stärkung im Bereich Kommunikation/Marketing ist ein jungfreisinniges Anliegen, das im Parlament bereits mehrmals gefordert wurde. Die Stellen im Bereich Sozialberatung und Vormundschaft sind lastenausgleichsberechtigt. Der grösste "Brocken" ist die neu zu schaffende Stelle in der Schulsozialarbeit, die von fast allen Parlamentsmitgliedern als wichtig betrachtet wurde, denn Schulsozialarbeit ist ein Teil von möglichen und effizienten Massnahmen gegen Gewalt und Vandalismus von Jugendlichen. Ich bitte euch, den beantragten neuen Stellen zuzustimmen.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Beat Deuber, es ist richtig, dass Marketing ein jungfreisinniges Anliegen ist, aber diese Stelle kann intern geschaffen werden, d.h. die Stellenprozente sollen nicht erhöht werden.

Herr Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion verlangt einen Sitzungsunterbruch, um sich mit ihren beiden Gemeinderäten zu besprechen.

Einstimmig beschliesst das Parlament einen Sitzungsunterbruch von 10 Minuten.

Herr Thomas Hänni (FDP): Nach einigen Diskussionen in unserer Fraktion stellen wir den Antrag wie folgt: Wir beantragen dem Gemeinderat, den Status quo der vorhandenen Stellenprozente zu erhalten und bis zum Ausgleich des Bilanzfehlbetrages keine zusätzlichen zu schaffen. Stellen können jederzeit bewilligt werden, jedoch nur innerhalb der bestehenden Stellenprozente.

Herr Valentin Lagger (CVP): Die CVP/EVP/LdU-Fraktion wird sich dem Antrag teilweise anschliessen. Die Zustimmenden sind der Meinung, dass es grundsätzlich nicht unsere Aufgabe ist, zu jedem Detail des Voranschlages Änderungen anzubringen, das Parlament aber durchaus das Recht hat, strategische Vorgaben zu machen. In Anbetracht der doch sehr schlechten Finanzlage ist es angemessen, zumindest eine Plafonierung der heute bestehenden Stellenprozente vorzunehmen.

Herr Urs Maibach (GB): Wir vom Grünen Bündnis sehen die Ausgaben und möchten dem Gemeinderat die Auflage erteilen, nach Möglichkeit nicht neue Stellen zu schaffen, sondern die Bedürfnisse innerhalb der vorhandenen Stellenprozente zu decken. Wir sind der Ansicht, dass der Gemeinderat dafür verantwortlich ist, uns ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Es gilt jedoch zu bedenken, dass diese Stellenplafonierung nicht bis ins Jahr 2009 festgelegt werden sollte. Wir sprechen hier über den Voranschlag 2006 und nicht über die weiteren Jahre. Einen Antrag, der eine Stellenplafonierung über das Jahr 2006 hinaus verlangt, würden wir auf jeden Fall ablehnen.

Herr Christian Burren (SVP): Die SVP-Fraktion bringt dem Antrag durchaus Sympathie entgegen. In Anbetracht des Budgets 2006 wissen wir um die angespannte finanzielle Lage, und es ist angebracht, keine neuen Stellen zu schaffen, sondern Vakanzen und allfällige neue Bedürfnisse durch Verschiebungen vorhandener Stellenprozente abzudecken, denn wir wollen nicht Projekte wie die Schulsozialarbeit oder die Beschäftigungsprogramme gefährden. Wir behalten uns jedoch vor, zu gegebener Zeit mit einem parlamentarischen Vorstoss eine Plafonierung der Stellenprozente bis zum Ausgleich des Bilanzfehlbetrages zu fordern.

Herr Beat Deuber (SP): Nach meiner Meinung ist dieser Antrag ein Hüftschuss - er kann nicht von mir sein, denn meine Hüfte ist defekt -, denn es ist illusorisch zu meinen, die Aufgaben könnten tel quel andernorts eingespart werden. Ich möchte dem Gemeinderat nicht unterstellen, dass der Antrag für die Stellenprozente einfach so gestellt wurde und mit Verschiebungen innerhalb der vorhandenen Stellenprozente geregelt werden kann. In diesem Antrag sind neue, zum Teil vom Parlament beschlossene Aufgaben enthalten. Wenn das Parlament A sagt, soll es nach meiner Meinung auch B sagen. Es ist nicht einfach - ich komme auf die Schulsozialarbeit zu sprechen - die Stelle des Schulsozialarbeiters an einem andern Ort in der Verwaltung einzusparen, rein technisch ja, aber dann "brennt" es im nächsten Budget andernorts bereits wieder. Ich bin der Meinung, wir müssen unsere bestellten Leistungen bezahlen oder uns bei der Bestellung deren Finanzierung überlegen. Ich hätte gerne noch eine Aussage des Gemeinderates zum Vorschlag, dass neue Stellen innerhalb der vorhandenen Stellenprozente gesucht werden sollen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich hole etwas aus, um letztendlich zum Antrag Stellung zu nehmen: Das Budget 2006 ist tatsächlich als kritisch zu betrachten. Der Konsolidierungsprozess läuft, aber unter immer schwieriger werdenden Bedingungen. Wir sprachen nie von "klar auf Kurs sein". Seit meinem Amtsantritt erklärte ich immer, es brauche relativ wenig, um vom Kurs abzukommen. Der Gemeinderat erliess strenge Budgetweisungen, und die Verwaltung sowie Vorsteherinnen und Vorsteher lieferten eine erste Budgeteingabe unter deren Einhaltung ab. Das Ergebnis lag 4 Millionen über dem Budget. In einem sehr, sehr langen und aufwändigen Prozess wurden 500 Einzelkorrekturen vorgenommen und der von mir beschriebene Ertragsüberschuss erreicht. Somit ist ein erstes Fazit gezogen; wir haben die zusätzlichen im Budget aufgeführten Stellen kompensiert. Heisst ihr den Antrag der FDP gut, sehe ich brandschwarz für die hier eingesetzten zusätzlichen Stellenprozente, auf deren einzelne Bedeutung ich noch zurück kommen werden.

Wir haben bereits einen Bremsweg von 4 Millionen Franken hinter uns, um die Veränderungen im Transferbereich und die Entwicklung im Steuereinnahmenbereich aufzufangen. Den Personal- und Sachaufwand haben wir, trotz dieser zusätzlichen Stellenprozente, im Griff. Auf Seite 13 des Voranschlages ist die von mir aus gesehen entscheidende Grösse für die Beurteilung, ob wir den Aufwand im Griff haben, aufgeführt: Der Personalaufwand beträgt 22,85

Prozent. Trotz Teuerung und einer kleinen Beförderungsquote sinken unsere Personalaufwendungen bezogen auf den Gesamtumsatz. Die Steuereinnahmen mussten erheblich nach unten korrigiert werden, und im Transferhaushalt mussten wir von einer Erhöhung um netto 2,7 Millionen Franken Kenntnis nehmen. Ich verstehe die Voten von Harald Henggi, Valentin Lagger und weiteren sehr gut, welche ihre Sorge um die finanzielle Situation der Gemeinde Köniz zum Ausdruck bringen, gebe aber folgendes zu bedenken: Die Gemeinde Köniz sowie zahlreiche andere Gemeinden im Kanton haben dieselben Sorgen, und die Entwicklung im Transferbereich, welche nur zu einem kleinen Teil beeinflussbar ist, ist ein Phänomen, das uns einen ganz bösen Strich durch die Rechnung macht. Im Parlament können sehr wohl auf der strategischen Ebene Forderungen gestellt werden. Steht man jedoch als Exekutive im Budgetprozess und sieht, dass im Finanzplan vorgesehene Einnahmen nicht eintreffen, dass Transferhaushalte steigen, ist es nicht einfach, noch weitergehende Kompensationen vorzunehmen, um notwendige Stellen zu schaffen. Wir haben die Investitionen im steuerfinanzierten Bereich auf 8 Millionen Franken gedrosselt, auch das ist ein Fahren mit angezogener Bremse. Alles andere, das uns hier als Kritik entgegengericht ist, kann ich nicht verstehen.

Eine Bemerkung zum Selbstfinanzierungsgrad: Es wurde richtig festgestellt, dass dieser dramatisch tief ist. Wenn man ihn jedoch bezogen auf den steuerfinanzierten Haushalt analysiert - das ist im Papier Finanzstrategie nachzulesen - liegt er bei über 60 Prozent, aber immer noch nicht am vom Gemeinderat gewünschten Ort. Er liegt deshalb so tief, weil uns der Kanton tiefere Abschreibungssätze eingestanden hat, was die Berechnung des Selbstfinanzierungsgrades verändert. Im spezialfinanzierten Haushalt wird die Deponie Gummersloch für ungefähr 2,6 Millionen Franken saniert, was den Selbstfinanzierungsgrad nach unten drückt. Diese Spezialfinanzierung wird auslaufen, wenn das Geld aufgebraucht ist. Das deshalb entsprechend schlechte Ergebnis der Selbstfinanzierung in den spezialfinanzierten Aufgaben darf uns nicht mit derselben Sorge erfüllen, wie sie zum Teil geäußert wurde.

Zur Verscherbelung des Tafelsilbers: Was zu diesem Thema geäußert wurde, ist zum Teil nicht falsch, aber der Gemeinderat hat die Weichen für künftige Landgeschäfte dahingehend gestellt, dass Land nur noch im Baurecht abgegeben werden soll. Im Rahmen einer strategischen Landpolitik, welche der Gemeinderat seit Jahrzehnten betreibt, Land im Baurecht abzugeben und zusätzliche Einwohner und Unternehmen in die Gemeinde zu holen, kann nicht mehr von "Verscherbeln von Tafelsilber" gesprochen werden. Das sind meine wichtigsten Einwände. Zum Einwand in Bezug auf die familienexterne Kinderbetreuung wird Herr Gemeinderat Ueli Studer Stellung nehmen.

Ich komme nochmals auf die bereits erwähnten Stellenprozente zu sprechen: Ich versuchte euch klar zu machen, dass wir einen ganz schwierigen Weg für die Erreichung der schwarzen Null mit der Abschreibung des Bilanzfehlbetrages um 178'228 Franken zurücklegen mussten. Wenn hier noch zusätzliche Kompensationen für die Schaffung dieser Stellen verlangt werden, verlangt ihr zuviel. Der Gemeinderat ist der Meinung, diese zusätzlichen Stellen seien zu verantworten und wichtig für die Entwicklung unserer Gemeinde. Es geht letztlich auch darum, dass wir als Gemeinde attraktiv bleiben und in diesem Sinne auch unser Steuersubstrat pflegen. Kommunikation und Marketing gehören zu jenen Bereichen, die gepflegt werden müssen, hier teile ich die Auffassung der Jungfreisinnigen. Wir machen einen kleinen dosierten Schritt in Richtung Verstärkung von Kommunikation und Marketing, was für die Attraktivität der Gemeinde Köniz wichtige Konsequenzen hat. Im Kulturbereich geht es um dasselbe, wir haben einen grossen Nachholbedarf und Mitarbeiterinnen, die viel mehr arbeiten als sie bezahlt sind. Dieser Umstand ist unwürdig und nicht korrekt. Wir sollten ihn beenden und dosiert einen kleinen Schritt vorwärts machen. Bei Sozialberatung und Vormundschaft ist zu beachten, dass der Kanton im Lastenausgleich Rahmen vorgibt, wann zusätzliche Stellen geschaffen werden können. In der Gemeinde Köniz ist es üblich, die vom Kanton vorgegebenen Rahmen nie voll auszuschöpfen. Wir müssen aber dafür sorgen, dass unser Personal im Vormundschaftsbereich und in der Sozialberatung nicht völlig ausbrennt und wir nicht eine Kündigungswelle haben, die uns arg in die Bredouille bringen könnte. Ich wiederhole: Wir stellen im Sozialbereich immer weniger Stellen zur Verfügung als wir vom Kanton her die Möglichkeit hätten und schaffen neue Stellen nur, wenn sie wirklich notwendig sind. Werden die Fallzahlen in der Sozialhilfe grösser, muss eine gewisse Verstärkung des Personals erlaubt werden, sonst riskieren wir in diesen Diensten Burnout-Syndrome, was wir nicht verantworten können. Die Schulsozialarbeit gehört ebenfalls zum Stichwort Pflege des Steuer-

substrates und der Attraktivität unserer Gemeinde. Sie gehört zu einem System, das Schulen, die entsprechende Bedürfnisse wegen hohen Ausländerzahlen und anderen Phänomenen der Soziodemographie haben, zusätzlich Hilfestellung geben kann. Das ist wichtig für die Einwohnenden der Gemeinde. Wir haben nicht an jeder Schule Schulsozialarbeitende, sondern nur gezielt an jenen, an welchen es wirklich notwendig ist.

Deshalb ersuche ich euch, den Antrag - für welchen ich als Finanzminister durchaus Verständnis habe - abzulehnen. Wir haben die Mehraufwendungen für die Stellenschaffungen von 190'000 Franken in einer sehr schmerzhaften und anstrengenden Bremsübung kompensiert. Wir haben mit dieser Übung der Verwaltung sehr viel zugemutet, und mehr liegt nach meiner Auffassung nicht drin. Im Übrigen wird sich der Gemeinderat an seine Kompetenzen im Bereich des Personalwesens halten. Ich versuchte euch aufzuzeigen, dass ich Verständnis dafür habe, dass ihr diesen kritischen Weg mit Argusaugen betrachtet, auch dafür, wenn ihr erklärt, der Stellenmehraufwand solle kompensiert werden. Ich versuchte euch aufzuzeigen, dass wir den Stellenmehraufwand zusammen mit dem Finanzplan und der Finanzstrategie - wo wir auch noch ein Sanierungspaket von 2 Millionen Franken pro Jahr schnüren wollen - so vorgenommen haben, dass die Zielsetzung der Sanierung unseres Finanzhaushaltes erreicht wird. Aus diesem Grund bitte ich euch, den Antrag abzulehnen, denn eine Gemeinde, die gar nichts mehr macht und sich nur noch auf die Verwaltung ihrer Aufgaben beschränkt, verliert an Profil, und das wäre schade.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich bin nicht ganz sicher, ob der Zeitpunkt richtig ist, aber ich gebe meine Stellungnahme zur familienergänzenden Kinderbetreuung ab: Valentin Lagger, dein Votum verstehe ich aus eurer Sicht, muss jedoch deutlich sagen: Wenn der Kanton die Spielregeln während des Spiels ändert, wird es für uns extrem schwierig. Zum Zeitpunkt - das erkläre ich nun zum wiederholten Mal - der Budgetierung lagen uns noch keine Fakten vor und wir konnten deshalb die Auswirkungen des ASIV noch nicht im Budget aufführen. Der Gemeinderat hat sich in der Zwischenzeit intensiv damit befasst, und gemäss dem heutigen Wissensstand müssen wir davon ausgehen, dass die Gemeinde im Jahr 2006 487'000 Franken ausserhalb des Lastenausgleiches selbst finanzieren muss. Gemäss Kalkulation hätte die Gemeinde 592'000 Franken übernehmen müssen. Der Gemeinderat beauftragte die Direktion SGS deshalb damit, die qualitativen und quantitativen Standards gemäss ASIV umzusetzen, woraus sich Einsparungen von 181'000 Franken pro Jahr ergaben. Davon können im Jahr 2006 105'000 Franken und im Jahr 2007 75'900 Franken (Personalmassnahmen) realisiert werden. Ich teile euch mit, dass zum heutigen Zeitpunkt - kurz vor Weihnachten und Ende Jahr - vom Kanton noch keine Ermächtigung für die familienergänzende Kinderbetreuung Köniz für das nächste Jahr vorliegt.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich ergänze diesen Punkt noch: Was wir euch aufgezeigt haben und Gemeinderat Ueli Studer anlässlich der GPK-Sitzung offen legte, ist der Zwischenstand eines Verfahrens, in welchem wir zusammen mit dem Kanton stecken. Die aufgeführten Beträge sind in diesem Sinn der schlimmst mögliche Tatbestand, der eintreten könnte, und ich gehe davon aus, dass er im Rechnungsergebnis 2006 anders aussehen wird, und zwar aus verschiedenen Gründen: Erstens werden wir direkt bei der GEF vorstellig und wehren uns, zusammen mit dem VRB (Verein Region Bern) und mit dem Verband bernischer Gemeinden, gegen die Kostenvorgaben des Kantons. Falls der Kanton nicht einlenkt, werden wir zweitens eine entsprechende Beschwerde einreichen und den Rechtsweg beschreiten, weil ASIV, welches uns zu diesen Sparmassnahmen zwingt, auf stillem und heimlichem Weg den Selbstbehalt der Gemeinden im Bereich der sozialen Aufgaben des Kantons einführt. Es gibt den FILAG und ein Sozialhilfegesetz, die vorschreiben, dass sich der Kanton mit 50 Prozent an den entsprechenden Kosten beteiligen muss. ASIV verletzt den Grundsatz von FILAG und Sozialhilfegesetz, und deshalb hat eine entsprechende Beschwerde durchaus Chancen. Wenn letztlich alle Stricke reissen, gibt es noch folgendes Phänomen zu bedenken: Sollte der Kanton bei uns erfolgreich 480'000 Franken herausstreichen, kann er dies bei allen anderen Gemeinden im Kanton Bern, welche Kinderkrippen- und Tagespflegeplätze anbieten, auch tun. Entsprechend wird das Volumen der Aufwendungen in diesem Bereich sinken, und wir werden entsprechend weniger daranbezahlen müssen. Der Betrag von 480'000 Franken ist ein Zwischenstand und der schlimmst mögliche Tatbestand. Bei dieser ungewissen Sachlage eine präzisere Budgetierung der Rückerstattungen aus dem Sozialhilfeausgleich vorzunehmen, wäre nicht seriös und kann zum heutigen Zeitpunkt nicht gemacht werden.

Herr Harald Henggi (FDP): Erstens, Luc Mentha zur Sparübung von 4 Millionen Franken bei 500 Konten: Das ist nicht mehr als üblich, denn jeder Budgetprozess hat bereits mehrere "Knetphasen" hinter sich. Zweitens möchte ich betreffend Personal persönlich etwas erklären: Ihr wisst, ich bin kein grosser Freund davon, dass das Parlament wieder operativ eingreift. Wir haben einen Beschluss, über welchen wir abstimmen werden und ich denke, es wird am Gemeinderat sein, das Beschlossene zu erreichen. Diese Chance müssen wir ihm geben. Wir können die Geschichte immer verfolgen und entsprechend mit einem Vorstoss eingreifen, wenn uns dies als notwendig erscheint.

Herr Valentin Lagger (CVP): Mir ist ein Satz von Luc Mentha in seinem Votum vorhin aufgefallen: Der Gemeinderat werde sich an seine Kompetenzen halten. Übersetzt heisst das völlig richtig, der Gemeinderat wird jene Stellen, die er als absolut notwendig erachtet, trotzdem schaffen. Wir werden im Parlament eine politische Meinungsäusserung dazu abgeben und sagen, die Situation sei im Moment - um es freundlich zu formulieren - ungünstig und erwarten vom Gemeinderat, dass er alle ihm möglichen Massnahmen trifft, um die Situation zu entschärfen, und erklären in unserer Eigenschaft als strategisches Führungsorgan noch, nach Lösungen sei unter anderem in diesem Bereich zu suchen. Mit dem vorliegenden Antrag nehmen wir eine politische Führungsaufgabe wahr und nicht mehr.

Herr Thomas Hänni (FDP): So wie der Gemeindepräsident sein Votum abgegeben hat, könnte man meinen, es gehe in Köniz am 1. Januar 2006 nicht mehr weiter, wenn keine neuen Stellen geschaffen werden können, die Gemeinde werde absolut unattraktiv. Ich sehe das etwas anders, denn wir haben in unserer Gemeinde viel Attraktives, wir verfügen z.B. im Dreispitz, wo neue Gebäude entstehen, über eine wunderschöne Wohnlage. Ob ein Interessierter in Köniz eine Wohnung kauft oder nicht, wird nicht daran scheitern, ob in Niederscherli Schulsozialarbeit besteht oder nicht. Unsere Gemeinde verfügt über viel Schönes, das Leute dazu bewegt, sich hier anzusiedeln, auch wenn wir in dieser knappen Phase den Service public etwas bremsen und nicht ausbauen. Deswegen, dessen bin ich mir sicher, wird unsere Gemeinde nicht unattraktiver. Ich habe noch eine Frage: Luc Mentha erklärte, der Personalaufwand gehe von 23,02 auf 22,58 Prozent zurück, auf Seite 3 steht jedoch im Vergleich zur Rechnung + 4,3 Prozent, und gegenüber dem Voranschlag 2005 wird eine Zunahme von 2,8 Prozent ausgewiesen. Ich bin nicht dagegen, Stellen zu schaffen, wenn die Finanzen dies zulassen, aber im jetzigen Zeitpunkt, wo das Geld dafür nach meiner Meinung wirklich fehlt, müssen die bestehenden Stellenprozente erhalten bleiben und dürfen nicht ausgebaut werden. Der Bürger auf der Strasse versteht solches nicht, und wer zahlt schlussendlich die Zeche dafür?

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich beginne beim zuletzt gefallenen Votum: Die Zahl auf Seite 3 beim Personalaufwand betrachtet allein den Personalaufwand und die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr. Aber die Zahl auf Seite 13 setzt den Personalaufwand in Relation zum Gesamtaufwand und zeigt aus unserer Sicht eine Entwicklung auf, die als kontrolliert bezeichnet werden kann. Zu Harald Henggi möchte ich bestätigen, dass es üblich ist, in Budgetphasen Überarbeitungsrunden vorzunehmen. Nicht üblich ist es jedoch, dass Verwaltung und Direktionen die Vorgaben bereits in der ersten Runde eigentlich einhalten, Entwicklungen im Transferhaushalt und bei den Steuern aber Korrekturen in der Höhe von 4 Millionen Franken notwendig machen. Diese Sparübung war sehr erheblich und im heutigen Zeitpunkt muss ich erklären: Ich sehe schwarz, wenn ihr erwartet, die zusätzlichen Stellen könnten mittels Kompensationen geschaffen werden.

Der Antrag der FDP/jfk-Fraktion, die Stellenprozente auf dem Status quo zu halten, bis der Bilanzfehlbetrag abgebaut ist, wird mit 10 : 19 Stimmen, bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Ich habe eine Frage zum Konto 241 öffentlicher Verkehr auf Seite 118. Es betrifft die Position 241.361, eigene Beiträge / Kanton. Wie viel Geld sparte die Gemeinde mit der Einstellung des Abendbetriebes der Linie 16 Gurten-Gartenstadt ein und wie wirkt sich das auf die Laufende Rechnung aus? Dieser Betrag ist sicher klein, lediglich 15'000 bis 17'000 Franken, aber die Quartierbewohnenden interessieren sich sehr dafür. Wie steht es im Bereich des Kontos 241.361 in der Hochrechnung, das auf 3,97 Millionen Franken budgetiert ist? Ich frage dies, weil das Budget im Jahr 2004 um fast 100'000 Franken unterschritten wurde. Budgetunterschreitungen sind immer positiv, aber muss die Gemeinde ausgerechnet beim öffentlichen Verkehr sparen?

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Mit der Einstellung des Abendbetriebes der Linie 16 wird die Rechnung des öffentlichen Verkehrs um rund 17'000 Franken entlastet, wirksam wird das erst im nächsten Jahr sein, weil nicht "echtzeitmässig" abgerechnet wird, denn wir bezahlen dieses Jahr das im letzten und nächstes Jahr das in diesem Verursachte. Die Kosten für den öffentlichen Verkehr sind mit insgesamt 4 Millionen Franken budgetiert, eine Zahl, die uns vom Kanton - jeweils im September - angegeben wird. Was alles anfällt und vorgenommen wird, können wir nicht beeinflussen, einmal können es 50'000 Franken weniger sein als vom Kanton veranschlagt, aber ein anderes Mal auch 150'000 Franken mehr. Dies hängt z.B. davon ab, wie viele bauliche Massnahmen getroffen werden. Darauf ist unser Einfluss sehr klein. Unser Einfluss ist dort grösser, wo wir sagen können, ob z.B. eine Haltestelle gebaut werden soll oder nicht. Diese Kosten werden in einen Topf geworfen und proportional allen betroffenen Gemeinden verrechnet. In der Hochrechnung sind - wie im Budget - 4 Millionen Franken aufgeführt, und die Bestätigung kam mit Datum 5. Dezember 2005, wir benötigen 3'964'096.08 Franken. Diese Zahl ist jedoch noch nicht garantiert und kann sich immer noch verändern.

Herr Alfred Arm (SP): Ich bin der vielleicht etwas naiven Ansicht, dass Vorstösse, wenn sie angenommen werden, und kostenfällig sind, im Budget zu erkennen sind. Ich spreche vom Vorstoss 0415 betr. Förderung zeitgemässer Erwachsenenbildung, der vom Parlament erheblich erklärt wurde. Ich gebe ein paar Stichworte: Der Kanton erstellt neu ein Weiterbildungsgesetz und die Befürchtungen waren gross, Geld zu verlieren. In neuer Form können nun Projekte und Programme eingegeben werden, um Mittel für deren Durchführung in der Gemeinde Köniz zu erhalten. Wir entdeckten damals ein Kürzungsszenario, denn für das Könizer Kursprogramm der Erwachsenenbildung "Rebeka" sollten die Mittel gestrichen werden. Nun ist im Voranschlag auf Seite 129, Position 370 Hauswirtschaft und Erwachsenenbildung ersichtlich, dass gegenüber dem Vorjahr Kürzungen vorgenommen wurden. Die Position 370.365, Institutionen, wurde im Voranschlag 2006 weggestrichen. Ich spreche noch zu den Einnahmen, welche gleich hoch budgetiert wurden wie im Vorjahr und gehe davon aus, dass weiterhin Projekte eingegeben werden. Besonders stossend finde ich aber, dass der Ertrag mit 82'000 Franken und der Aufwand mit 64'000 Franken budgetiert wurde, denn nach meiner Meinung will man auf Kosten der Erwachsenenbildung noch einen Gewinn heraus holen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Die Fragen wurden von Alfred Arm schon zu einem früheren Zeitpunkt gestellt, und wir beantworteten sie bereits schriftlich. Trotzdem ein paar Worte: Wir haben im neuen Bildungsreglement - für dessen Beratung heute eine Kommission gebildet wurde - die Erwachsenenbildung aufgenommen, und diese Arbeit wird weitergehen. Die Erwachsenenbildung ist in Köniz eine rein freiwillige Aufgabe und die Übernahme der Kosten ist als fortschrittlich zu bezeichnen. Zu den Kürzungen der Beiträge an den Ortsverein Schliern und an die Landfrauen Niederscherli: Diese Kürzungen wurden vorgenommen, jedoch in Absprache und mit dem Verständnis der beiden Vereine. Zu den Löhnen für Lehrkräfte: Für diese Kurse gab es weniger Anmeldungen als budgetiert. Steigen die Teilnehmerzahlen für die Kurse wieder, wird der Betrag entsprechend erhöht.

Herr Urs Maibach (GB): Ich habe eine Frage zum Investitionsplan: Die Anpassung der Bushaltestelle Blinzern ist für 2007 vorgesehen, kann aber für die Situation der Buslinie 16 von Bedeutung sein. Bei der Position 242.501.0113 war für das Budget 2005 noch ein Betrag enthalten, der in diesem Jahr aber fehlt. Die Arbeiten sind jedoch noch nicht erledigt. Bei den Verkehrsanlagen 242.501 Basiserschliessung Fuss- und Radwegverbindungen - sicher ein Thema für das Grüne Bündnis - scheinen uns die eingesetzten Mittel doch etwas hoch gegriffen. Wir wollen nicht, dass hier Mittel gebunden werden, die andernorts dringender benötigt werden. Ich führe noch einen letzten Punkt auf: Die im Investitionsplan ab 2009 aufgeführte neue Querverbindung Köniz - Niederwangen scheint uns in Anbetracht der finanziellen Situation der Gemeinde sicher einer jener Punkte zu sein, die grundsätzlich aus dem Investitionsplan gestrichen werden könnten, was uns einige Einsparungen bringen würde.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich bin zwar vehementer Anhänger von Veloverbindungen, beim Betrachten der Seiten 207 und 208, Position 242.501 Fussgänger- und Veloverbindung Schwarzenburgstrasse/Neuhausplatz, mit Kosten von rund 3 Millionen Franken, wurde mir aber etwas mulmig beim Gedanken daran, als Velofahrer auf dieser vergoldeten Verbindung zu fahren. Da die Position noch mit der Priorität A3 bezeichnet ist, scheint der

Wunsch nach dieser Verbindung gross zu sein. Ich begutachtete die Situation vor Ort und musste sachlich feststellen, es sei durchaus vertretbar, wenn die Velo Fahrenden, vor allem die Schulkinder - durch die nicht stark befahrene Stationsstrasse von der Schwarzenburgstrasse an den Neuhausplatz fahren können. Wir können hier keinen Streichungsantrag anbringen, aber 3,5 Millionen Franken für etwas einzusetzen, das nach meiner Meinung nicht notwendig ist, scheint mir nicht richtig zu sein.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich beginne bei der Position 242 oben: Für die Tempo-30-Zone Gurten-Gartenstadt ist kein Betrag mehr enthalten, weil in der Position 242.501, Einführung Tempo-30-Zonen alle entsprechenden Vorhaben zusammengefasst sind. Für 2006 wurden dort 165'000 Franken eingesetzt. Zur Fussgänger- und Veloverbindung Schwarzenburgstrasse/Neuhausplatz: Du hast Recht, Ignaz Caminada, die Stationsstrasse ist eine hervorragende Querverbindung, aber offensichtlich ist das Bedürfnis vorhanden, diese Verbindung noch zu verbessern. Ich muss allerdings erklären, dass die Zahlen nach 2006 im Investitionsplan zwar eingestellt, aber noch auf keine Art und Weise konsolidiert sind. Der Gemeinderat wird die Zahlen zu gegebener Zeit auf die richtige Höhe zurechtbiegen. Zu den diversen Positionen für die Basiserschliessung Fussgänger- und Veloverbindung Juch/Hallmatt: Das sind Massnahmen, die in der Überbauungsordnung Juch/Hallmatt vorgesehen sind und auch durch die Stimmberechtigten in der entsprechenden Volksabstimmung beschlossen wurden. Bei den eingesetzten Beträgen handelt es sich um die daraus resultierenden Kosten. Für die Fuss- und Radwegverbindung Moosbach sind 510'000 Franken Ausgaben und 330'000 Franken Einnahmen eingesetzt. Die Einnahmen werden von den Grundeigentümern bestritten, mit welchen ein Infrastrukturvertrag abgeschlossen wurde. Das gilt für alle Positionen Juch/Hallmatt. Wir bauen sicher nichts Luxuriöses oder Unnötiges, der Gemeinderat merkt von sich aus, wenn eine Investition keinen Sinn macht. Die Anpassung der Bushaltestelle Blinzern hat zwei Gründe: Erstens ist der Verbundsteinbelag an verschiedenen Orten defekt, und zweitens möchten wir die Haltestelle der Buslinie 16 an die Station der Buslinie 19 verlegen, was bauliche Massnahmen erfordert. Diese Haltestelle ist grosszügig bemessen, denn sie ist gleichzeitig noch Wendepplatz, und die Instandsetzung ist deshalb relativ teuer. Die Investition ist für das Jahr 2007 vorgesehen und somit noch nicht konsolidiert. Die neue Querverbindung Köniz - Niederwangen ist ab 2009 im investitionsplan enthalten, und sie daraus zu streichen wäre unvernünftig, weil der Kanton kürzlich eine Zweck- und Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat, die genau diese Verbindung prüft. Kommt die Studie zum Schluss, die Querverbindung mache Sinn, und wir haben kein Geld mehr im Investitionsplan vorgesehen, haben wir ein Problem.

Die Parlamentspräsidentin: Wir stimmen zum Beschlussesentwurf über Ziffer 1 und 2 einzeln ab und von Ziffer 3 könnt ihr zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis nehmen.

Einstimmig (Ziffern 1 und 2) bzw. 22 Stimmen zustimmend und 14 Stimmen teilweise zustimmend, bei einer Enthaltung (Ziffer 3 / Finanzplan) bzw. 16 Stimmen zustimmend und 19 Stimmen teilweise zustimmend, bei 2 Enthaltungen (Ziffer 3 / Investitionsplan) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. **Das Parlament genehmigt den ausgeglichenen Voranschlag der Laufenden Rechnung 2006, der einen Gesamtaufwand und einen Gesamtertrag von jeweils Fr. 182'875'052 aufweist.**
2. **Im Jahr 2006 sind folgende Steuern zu erheben:**
 - **die ordentliche Gemeindesteuer im 1.54-fachen Betrag der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze**
 - **die Liegenschaftssteuer von 1.2 o/oo auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft**
 - **die Hundetaxe von Fr. 80.00 für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund.**
3. **Das Parlament nimmt Kenntnis von folgenden Plänen:**
 - **Finanzplan 2007 bis 2010 vom 19. Oktober 2005.**
 - **Investitionsplan 2006 bis 2011 vom 19. Oktober 2005..**

5. Finanzstrategie

Bericht; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Markus Stähli (SVP; GPK-Sprecher): Hierzu gibt es vonseiten der GPK nicht mehr mitzuteilen als das Resultat: Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, vom Beschlussesentwurf des Gemeinderates zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Der Gemeinderat arbeitete intensiv an der Finanzstrategie. Daraus resultierten einfache Zielsetzungen und ein Konzept von Massnahmen, das auf drei Beinen steht. Wie anlässlich der GPK-Sitzung erkläre ich diese wie folgt: Im Rahmen der Finanzstrategie nahm der Gemeinderat eine Stärken/Schwächen- und Chancen/Gefahren-Analyse unserer Gemeinde vor. Unter dem Stichwort Stärken stellten wir fest, dass der Selbstfinanzierungsgrad an sich hoch ist, momentan jedoch, bedingt durch zwei von mir vorher erklärte Phänomene, tiefer ist. Wir haben im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton Bern eine mittlere Verschuldungsquote, d.h. wir sind nicht bis über beide Ohren verschuldet, was für eine Gemeinde, welche die "Kosten der Weite" wie auch Zentrumskosten tragen muss, nicht schlecht ist. Wir haben den autonomen Aufwand unter Kontrolle. Das sind Stärken. Unsere Schwäche ist, dass der Wuchs im Steuersubstrat nicht wunschgemäss erfolgt; unsere Steuereinnahmen stagnieren vor allem bei den natürlichen Personen, genauso wie die Einwohnerzahl der Gemeinde Köniz. Wir haben, das ist allen bekannt, einen Bilanzfehlbetrag, der bis 2009 abzubauen ist. Bei den Chancen haben wir festgestellt, dass wir Landgeschäfte mit hohem Ertragspotenzial realisieren können, aber auch Siedlungsprojekte anderer Grundeigentümer haben, die wir unterstützen und realisieren wollen. Diese geben uns die Chance, mit Baurechtszinsen nicht nur zusätzliche Erträge zu erzielen, sondern mit Neuansiedlungen von Firmen und mit neuen Einwohnenden das Steuersubstrat zu pflegen. Als Gefahr müssen wir die Konjunktur beachten, die ungewiss ist und im Moment noch nicht richtig anzieht. Wir hatten in den vergangenen Jahren im Transferbereich ein überdurchschnittliches Wachstum hinzunehmen und wir wissen nicht, welche weiteren Massnahmen Bund und Kanton erfinden werden, um zusätzliche Kosten zu überwälzen. Gemäss neuesten Untersuchungen des Bundesamtes für Statistik wird sich ein Trend mit einer negativen Dynamik in der Bevölkerungszahl abspielen. Es gibt aber genauere Analysen für den Kanton Bern, die aufzeigen, dass für Zentren und Agglomerationsgemeinden Chancen vorhanden sind, noch etwas zu wachsen. Deshalb haben wir den Eindruck, wir sollten in neue Landgeschäfte und Ansiedlungsprojekte investieren können. Man muss übers Ganze sehen, dass wir uns in einem Markt bewegen, der nicht mehr gross wachsen, wenn nicht sogar schrumpfen wird. Wir können nicht nur auf Entwicklungsprojekte setzen, sondern müssen auch andere Massnahmen ins Feld führen.

Im Rahmen eines kleinen Eintretens skizziere ich euch kurz, wie wir die sechs Zielsetzungen erreichen wollen. Die Strategie basiert auf drei Beinen: Als erstes wollen wir ein Gemeinde-lobbying aufbauen, im Kanton, im VRB, beim Verband bernischer Gemeinden, um weitere Kostenüberwälzungen zu verhindern, die uns Kanton und Bund auferlegen könnten. Ein Beispiel ist die Neuberechnung der Zentrumslasten, wo wir uns mit den Agglomerationsgemeinden aus dem Raum Bern, Thun und Biel zusammengeschlossen haben, um diese, mindestens bis zu einer Gesamtanalyse des FILAG, aufzuschieben. Das zweite Standbein unserer Strategie im Teil Massnahmen ist die Gemeindeentwicklung. Wir wollen unsere Landgeschäfte vorantreiben und die privaten Projekte zur Ansiedlung von neuen Unternehmen und Einwohnenden von der Gemeinde aus unterstützen. Das dritte Standbein ist die Sanierung des Haushaltes. Den ersten Schritt haben wir im Budget 2006 mit der Einsparung von 4 Millionen Franken gemacht und der zweite Schritt ist ein Sanierungspaket 2007 und 2008, mit welchem wir pro Jahr 2 Millionen Franken Verbesserungen in der Laufenden Rechnung ausgaben- und einnahmenseitig anbringen wollen, allerdings mit klaren Spielregeln.

Die Parlamentspräsidentin: Nun besteht die Möglichkeit, zu diesem Bericht Stellung zu nehmen oder Erklärungen abzugeben.

Herr Valentin Lagger (CVP): Zuerst danke ich dem Gemeinderat für die hier angebrachten Präzisierungen. Der Appetit kommt bekanntlich mit dem Essen und jetzt, da wir mehr wissen als in früheren Zeiten, machen wir vielleicht zwischendurch Bemerkungen, ich füge ein paar an: Den finanzpolitischen Zielen des Gemeinderates ist nichts beizufügen, diese sind korrekt und müssen zum grossen Teil, da von Kanton und Bund vorgegeben, auch so umgesetzt werden. Bezüglich der Massnahmen, welche der Gemeindepräsident vorhin erläuterte, ist aus

unserer Sicht richtig, was vorgeschlagen wird. Ich hätte eine Präzisierung betreffend Priorisierung: Luc Mentha hat mit dem Gemeindelobbying begonnen, das mir absolut notwendig und wichtig erscheint, aber ob diesem Ziel dürfen die anderen - wahrscheinlich wichtigeren - Massnahmen nicht aus den Augen gelassen werden. Ich erinnere mich an eine wunderschöne Aussage des damaligen Finanzministers Otto Stich, als er sagte, der Bundesfinanzminister sei ein Armer, der Finanzminister des Kantons ein noch Ärmerer und jener auf Gemeindeebene könne gar nichts mehr tun, weil unter ihm keiner mehr sei. Die Erfolgchancen eines Gemeindelobbyings sind zwar durchaus vorhanden, wahrscheinlich aber nicht sehr hoch einzustufen. Die Gemeindeentwicklung ist an die Hand zu nehmen und weiterzutreiben, wir werden hoffentlich in den nächsten Jahren davon profitieren können. Die Sanierung mittels Budgetverbesserungen reichen wahrscheinlich noch nicht weit, und wir müssen sicher noch weitere schmerzhafteste Prozesse hinter uns bringen. Im Übrigen unterstütze ich die Haltung von Harald Henggi, der vorhin sagte, Budgetrunden mit Kürzungen seien normale Prozesse. Bezüglich der Aufgabenverzichtsplanung sind vermutlich grössere Anstrengungen zu machen, und in diesem Zusammenhang müssen auch wir im Parlament wahrscheinlich jedes Geschäft sehr kritisch unter die Lupe nehmen. Wenn steht, dass jährliche Verbesserungen von wiederkehrend 2 Millionen Franken erreicht werden müssen, heisst dies massive Kürzungen an Vorlagen, die da kommen werden, womit der Gemeinderat gefordert sein wird. Betrachte ich z.B. das Geschäft Nr. 6 auf der heutigen Traktandenliste betr. Strassenlärmsanierung, Realisierung von Lärmschutzmassnahmen: Nice to have, bis 2018 umzusetzen, aber durchaus ein Projekt, für dessen Realisierung man sich der schlechten finanziellen Situation der Gemeinde bewusst sein muss. Geschäft Nr. 7 betr. Anbau Polizeigebäude, Sägestrasse 42, Köniz: Gerade erst wurde ein Verwaltungsgebäude gebaut, und nun sind für die Erstellung eines weiteren wieder 2 Millionen Franken zu bewilligen. Vielleicht auch nice to have und - das ist aus meiner Sicht unglücklich - zur Zeit im Investitionsplan nicht sichtbar, d.h. 2 Millionen Franken, die dann irgendwo gesucht werden müssen. Das Geschäft Nr. 8 betr. Projekt stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen ist im Investitionsplan mit Priorität C3 aufgeführt, wird jedoch bereits jetzt behandelt. Der Ertrag ist im Budget 2006 ausgewiesen, der Aufwand jedoch nicht; auch das muss kritisch hinterfragt werden. Die Situation ist wirklich nicht gut, und ich würde anregen, dass dem Parlament in Zukunft die finanzpolitischen Abhängigkeiten der einzelnen Geschäfte transparent dargelegt werden.

Zusammengefasst: Wir unterstützen die Finanzstrategie 2006 - 2010, befürchten aber, dass die Situation noch schlechter ist, als sie hier dargestellt wird.

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die klar abgefasste Finanzstrategie. Das Grundproblem ist auch hier der Bilanzfehlbetrag, der keinen Spielraum zulässt und bis 2009 abgebaut sein muss. Die SVP-Fraktion erklärt sich mit den getroffenen Massnahmen einverstanden. Die Unsicherheitsfaktoren wie Wirtschaftswachstum, Transferhaushalt und Steuereinnahmen bleiben bestehen. Richtig wird auch festgehalten, dass sicher kein Spielraum für Steuererhöhungen besteht. Eine gewisse Nachhaltigkeit ist vonnöten, denn die Gemeinde Köniz muss sich weiterhin entwickeln können, wofür Parlament und Gemeinderat einen gewissen Spielraum benötigen. Die Gemeinde kann durchaus neue Aufgaben erfüllen, nur muss sie dafür auf eine andere verzichten, was die grosse Prüfung dieser Aufgabenüberprüfung sein wird. Neue Einnahmequellen sind auch erwünscht, wenn man dem Bürger nicht einfach ohne Grund "Geld aus dem Sack ziehen" will. Wenn die Finanzstrategie die Grundlage für das Handeln des Gemeinderates auch in der neuen Zusammensetzung sein wird, haben wir etwelche Hoffnungen auf ein gutes Gelingen. Die SVP-Fraktion wird von der Finanzstrategie zustimmend Kenntnis nehmen.

Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP): Ich möchte Valentin Lager erwidern: Betrachte den Investitionsplan etwas genauer, denn Vorlagen wie z.B. die Radaranlagen oder das neue Polizeigebäude sind darin enthalten. Ich wäre froh, wenn hier im Parlament nur Wahrheiten verbreitet würden.

Herr Hugo Staub (SP): Ich beginne gleich mit der Zusammenfassung, die ebenfalls die Zusammenfassung des letzten Geschäftes sein könnte: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Nicht hoffnungslos, weil Köniz über ein grosses Potenzial verfügt und sich die Gemeinde insgesamt in den meisten Bereichen positiv entwickelt und ein grosses Gewicht als Schlüsselgemeinde in der wichtigsten Region des Kantons Bern hat. Wir haben aber eine

noch mehrere Jahre dauernde Gratwanderung vor uns: Auf der einen Seite muss darauf geachtet werden, dass nicht unnötig Geld ausgegeben wird, und auf der anderen Seite ist dafür zu sorgen, dass die nötigen Ausgaben getätigt und Investitionen in die Zukunft nicht verhindert werden. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst deshalb, dass sich der Gemeinderat zu einer Doppelstrategie bekennt, einerseits aufs Sparen zu schauen und andererseits auch der Pflege des Steuersubstrates Rechnung zu tragen. Wir sehen darin ein Bekenntnis zu Schlüsselinvestitionen, zu attraktiven Dienstleistungen und zur Schaffung von guten Lebensbedingungen im Wohn- und Wirtschaftsstandort Köniz. Die SP/JUSO-Fraktion hätte noch mehr Freude, wenn sie einer Finanzstrategie mit besseren Eckwerten zustimmen könnte, aber hier zeigen Tatsachen und Lageanalysen, die man zwar beklagen kann, welche aber eine transparente und ehrliche Darlegung der Ausgangslage widerspiegeln, etwas anderes auf. Die SP/JUSO-Fraktion wird zustimmend Kenntnis von der Finanzstrategie nehmen.

Herr Urs Maibach (GB): Wir werden es vermutlich nur knapp schaffen, ich hoffe aber doch, den Bilanzfehlbetrag abzubauen. Passieren darf jedoch gar nichts, denn sonst haben wir für dringliche zusätzliche Aufgaben gar keine Reserven mehr. Das Grüne Bündnis steht hinter der vom Gemeinderat vorgelegten Finanzstrategie. Wir unterstützen die drei aufgezeigten Standbeine und hoffen, dass damit ein gutes Ziel erreicht werden kann. Die Steuererträge seien die Haupteinnahmequellen, und diese würden hauptsächlich durch die natürlichen Personen bestritten, die Einwohnerzahl sei in den letzten Jahren stabil geblieben, ist im Strategiepapier zu lesen. Wie kann eine Einwohnerzahl stabil gehalten oder sogar erhöht werden? Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie z.B. eine gute familienexterne Kinderbetreuung. Wenn im Strategiepapier steht, ein Anstieg der Steuererträge sei nur durch Ansiedlung von neuen Unternehmen und die Förderung von Wohneigentum oder Wohnbau möglich, muss ich dem entgegenhalten, dass noch eine weitere Möglichkeit besteht, diese zu erhöhen. Wenn wir die familienexterne Kinderbetreuung so ausbauen, dass beide Elternteile arbeiten können, entstehen erhöhte Einkommen und dadurch erhöhte Steuereinnahmen. Ich rege an, diese Überlegung noch zu vertiefen. Heute wurde erklärt, der Gemeinderat wolle keine Landverkäufe mehr tätigen, sondern Land nur noch im Baurecht abgeben, was wir vom Grünen Bündnis als eine gute Strategie erachten.

Herr Harald Henggi (FDP): Ich äusserte mich bereits anlässlich der Budgetdebatte kurz zur Finanzstrategie. Ich danke dem Gemeinderat für die umfassende Ausarbeitung der Finanzstrategie. Wir haben den Eindruck, auf dem richtigen Weg zu sein. Nach wie vor ist die dringliche Aufgabe die Sanierung des Bilanzfehlbetrages bis 2009, dieser Weg ist konsequent zu gehen. Wenn ich jedoch an die heutige Diskussion denke, habe ich gemischte Gefühle, und deshalb bleibt nur die Aufforderung an den Gemeinderat, die Ziele und Massnahmen konsequent und beharrlich weiter zu verfolgen, aber auch an uns Parlamentsmitglieder, die notwendige Disziplin für die Zielerreichung walten zu lassen und somit etwas Handlungsfreiheit zu erhalten. Die FDP/jfk-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der Finanzstrategie.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ein Satz in der Finanzstrategie machte mir grosse Freude, Luc Mentha: "Zweitens soll durch gezielte Aufgabenüberprüfung.." Ein von mir gefordertes Ziel, wozu es hiess, es sei eine Worthülse. Diese so genannte Worthülse hier wiederzufinden, freut mich.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die gute Aufnahme der Finanzstrategie. Dieses Geschäft gehört nicht zu den Lieblingsbeschäftigungen des Gemeinderates, sondern ist eine zu erledigende Pflicht die wir so gut als möglich erfüllen wollen. Wir haben bereits den Vorsatz gefasst, unseren Finanzhaushalt im Rahmen der Umsetzung der Finanzstrategie gesund zu schrumpfen, aber nicht kaputt zu sparen. Dieser Grat ist relativ schmal, und wir bewegen uns noch auf der strategischen Ebene. Die Stunde der Wahrheit wird aber folgen, und vielleicht tönt es vom einen oder anderen Parlamentarier - je nach getroffener Massnahme - plötzlich anders. Dem Gemeinderat ist klar, dass mit einem Gemeindelobbying nur Einfluss genommen werden kann, aber wir wollen diesen Weg trotzdem beschreiten, und wenn es uns beispielsweise gelingt, im Bereich der Neuberechnung der Zentrumslasten rund 1 Million Franken an Mehrkosten, die auf uns zukommen könnten, um zumindest ein paar Jahre zu verschieben, hat sich das entsprechende Lobbying bereits gelohnt. Im Grossen Rat wird in der Januarsession ein dringlicher Vorstoss der Parlamentarier Feller (Steffisburg), Bernasconi (Worb) und einem Politiker aus Lyss behandelt, den ich euch bitte zu unterstützen,

indem ihr euren Einfluss bei euren Parteimitgliedern im Grossen Rat geltend macht. Die Gratwanderung soll durchaus im Sinn des Votums von Hugo Staub absolviert werden, indem wir laufend versuchen wollen, neue Erkenntnisse zu gewinnen und zu bestimmen, ob der Aufwand bei den drei von uns vorgesehenen strategischen Beinen notwendig ist oder ob wir mehr oder weniger Mittel benötigen. Das Sanierungspaket wird anfangs 2006 ausgelöst und im Laufe des Jahres erarbeitet, und die Entscheide gehen zurück in den Gemeinderat, der im Einzelnen zu entscheiden hat, was umzusetzen ist.

Bernhard Bichsel, ich möchte nun die leere Worthülse noch etwas füllen und euch bekannt geben, was hinter dieser Aufgabenprüfung steht, und das Sanierungspaket kurz beschreiben: Der Fokus liegt auf der Laufenden Rechnung, auf beeinflussbaren Ausgaben, es wird keine linearen Kürzungen geben, und wir werden Ausgaben und Einnahmen prüfen. Der Steuersatz darf nicht erhöht werden, das ist ausgeschlossen. Landgeschäfte dürfen nicht nach dem Prinzip "Verscherbelung des Tafelsilbers" abgewickelt werden. Es wird darum gehen, freiwillige Aufgaben zu reduzieren, eventuell sogar darauf zu verzichten, und es geht auch darum, dem Gemeinderat Effizienzsteigerungsmassnahmen vorzuschlagen und Standardüberprüfungen vorzunehmen. Wir werden die 2 Millionen Franken Einsparungen auf die Direktionen aufteilen mit Richtwerten, wie viel jede einzelne umzusetzen hat und wie hoch die Querschnittvorgabe z.B. im Personalwesen sein muss. Als persönliche Bemerkung, weil der Gemeinderat dies noch nicht beraten hat: Ich könnte mir vorstellen, dass wir dem Parlament in Bezug auf das Budget eine Vorgabe mitgeben werden, womit es statt nur strategisch auch operativ handeln könnte und schauen, wie die entsprechende Sparquote im Parlamentskredit eingehalten werden kann. Das muss jedoch zuerst noch im Gemeinderat besprochen werden. Die Direktionen werden Richtwerte erhalten, sind verantwortlich für die Erarbeitung der Sanierungsvorschläge und müssen dem Gemeinderat Bericht erstatten, wie sie die Vorgaben erfüllen werden. Die Vorschläge müssen einen Raster ausfüllen, wir müssen wissen, ob Kündigungen im Spiel sind, ob es um Mehreinnahmen geht, ob es in einer ersten Beurteilung ein politisch heikles Geschäft ist usw. Der Gemeinderat wird erst dann im Einzelfall auf die Sanierungsvorschläge eingehen und sagen, ob sie akzeptiert werden können oder für weitere Abklärungen an die entsprechende Direktion zurück gehen. Wir werden euch eine erste Tranche im Budget 2007 vorlegen und eine zweite im Budget 2008. Damit hoffe ich, dass der Begriff Aufgabenüberprüfung etwas mehr Konturen erhalten hat.

Mit grossem Mehr - zustimmend - fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Finanzstrategie 2006 bis 2010 des Gemeinderates.

Die Parlamentspräsidentin: Wir unterbrechen hier die Traktandenliste und fahren nächsten Montag weiter. Wir behandeln noch das Traktandum Verschiedenes.

6. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgender Vorstosse wurde eingereicht:

0527 Interpellation SP/JUSO betr. Mobilfunkantennen

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Am 9. Dezember 2005 wurde eine Medienorientierung über den Wettbewerb für den "Park im Liebefeld" durchgeführt. Ihr wurdet alle eingeladen, mir war aber der ungünstige Zeitpunkt für euch um 11.00 Uhr mittags klar. Aus diesem Grund gebe ich zwei weitere Termine bekannt, an welchen durch die Ausstellung im Gemeindehaus Bläuacker geführt wird: Am 13.12.2005 um 18.00 Uhr und am 22.12.2005 um 16.00 Uhr. Beide Male führt Manfred Leibundgut durch die Ausstellung. Wir sind alle hoch begeistert über die eingegangenen Wettbewerbsbeiträge, wir hatten die Wahl zwischen zwölf guten Projekten, und das von uns gewählte war das sehr gute Projekt. Für jene, die an einer Führung interessiert sind, aber an keinem der beiden Termine teilnehmen können, stehen Manfred Leibundgut oder ich auf Voranmeldung persönlich zur Verfügung.

Herr Urs Maibach (GB): In den letzten Wochen hörten wir gelegentlich davon, dass auf dem Gurten eine Schneekanone installiert werden solle. Dank grosser Opposition wurde diese Idee

glücklicherweise nicht umgesetzt. Am 9. Dezember konnte ich der Zeitschrift "20 Minuten" entnehmen, dass nun der Abrieb von der Eisbahn Oberlangenegg für eine griffige Unterlage Sorge. Dieser Eisabrieb gelangt höchst wahrscheinlich mittels Lastwagen auf den Gurten. Weiss der Gemeinderat davon und wenn, sind diese Fahrten bewilligt oder was gedenkt der Gemeinderat - wenn er es noch nicht weiss - zu unternehmen, um das zu wissen?

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Der Gemeinderat erhielt weder eine dahingehende Anfrage noch Kenntnis von Tatsachen, die über das in der Presse Gelesene hinausgehen. Der Gurten-Park im Grünen verfügt über ein Jahreskontingent an Fahrbewilligungen, und wenn die Fahrten innerhalb dieses Kontingentes durchgeführt werden, haben wir dazu nichts zu sagen.

Herr Urs Maibach (GB): Ich frage nach, wie dieses Fahrbewilligungskontingent aussieht. Nach meiner Meinung hat ein Heranführen von Schnee auf den Gurten nicht in einer normalen Betriebsbewilligung Platz.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Die Bewilligung gilt für gewisse Autonummern, bei welchen jedoch die Art der Transporte nicht definiert ist.

Die Parlamentspräsidentin: Wir verschieben uns nun in den Rittersaal vom Schloss Köniz für den Abschiedsapéro der Gemeinderätinnen Simonetta Sommaruga und Verena Berger sowie Gemeinderat Hans Siegenthaler. Die Fortsetzungssitzung findet am nächsten Montag, 19. Dezember, um 19.00 Uhr statt.

Schluss der Sitzung 20.30 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 19. Dezember 2005 19.00 bis 22.30 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend:

Antenen Peter, SP	Mader Mélanie, SP
Arm Alfred, SP	Maibach Urs, GB
Balz Christian, FDP	Matter Brigitta, SD
Bichsel Bernhard, jfk	Mooser Barbara, FDP
Bühler Evelyn, FDP	Moser Hans, SVP
Burren Christian, parteilos	Pestalozzi Hansueli, GB
Bussard Lorenz, SVP	Rohrbach Verena, SVP
Caminada Ignaz, CVP	Salvisberg Ulrich, SVP
Deuber Beat, SP	Schörlin Marlise, SP
Deutsch Sandra, FDP	Sedlmayer Katrin, SP
Egli Claudia, SP	Stähli Markus, SVP
Graber Martin A., SP	Staub Hugo, SP
Gysel Hermann, EVP	Staub Stephie, SP
Hänni Thomas, FDP	Streiff Marco, EVP
Henggi Harald, FDP	Troxler Elisabeth, SP
Hofer Niklaus, SVP	Vifian Christian, SP
Krebs Daniel, SVP	Wyss Ursula, LdU
Lehmann Stefan, SVP	Zwahlen Rolf, EVP
Lagger Valentin, CVP	

Entschuldigt: Giger Beat, SD
Riesen Anton, FDP

Gemeinderat:

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Streiff Marianne, EVP
Siegenthaler Hans, SVP, Vizepräsident	Studer Ueli, SVP
Berger Verena, SP	Wilk Urs, FDP
Sommaruga Simonetta, SP	

Parlamentssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	-
2. Kommissionsersatzwahlen	-
3. Spezialkommission Bildungsreglement, Einsetzung und Wahl der Mitglieder	-
4. Voranschlag 2006 Genehmigung; Präsidual- und Finanzdirektion.....	-
5. Finanzstrategie 2006 bis 2010 Kenntnisnahme; Präsidual- und Finanzdirektion	-
6. Strassenlärmсанierung, Realisierung von Lärmschutzmassnahmen Rahmenkredit; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	163
7. Anbau Polizeigebäude, Sägestrasse 42, Köniz Kredit; Direktion Gemeindebauten.....	166
8. Projekt stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen Kredit; Polizeidirektion	168
9. Dringliche Interpellation Deuber (SP/JUSO), Ackermann (FDP), Maibach (GB) betr. Agglomerationsstrategie Beantwortung 0525; Präsidual- und Finanzdirektion	173
10. Motion Wyss (LdU) betr. „Köniz Innerorts“ Beantwortung 0504; Präsidual- und Finanzdirektion	174
11. Überparteiliche Motion Troxler (SP/JUSO), Maibach (GB), Lager (CVP) betr. Einführung der „Lokalen Agenda 21“ in der Gemeinde Köniz; Beantwortung 0505; Präsidual- und Finanzdirektion	174
12. Motion Graber (SP/JUSO) betr. „Rauchfreies Köniz“ Beantwortung 0508; Präsidual- und Finanzdirektion	175
13. Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen Beantwortung 0512; Präsidual- und Finanzdirektion	176
14. Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitätsmanagement Beantwortung 0513; Präsidual- und Finanzdirektion	177
15. Motion GB betr. Fussgängerverkehr Könizer Ortszentrum Beantwortung 0514, Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	178
16. Motion FDP betr. beeinflussbare und nicht beeinflussbare finanzielle Verpflichtungen Beantwortung 0515; Präsidual- und Finanzdirektion	179
17. Motion SVP betr. Konzept zur Verkehrsentlastung der Region Mengestorf-berg Beantwortung 0516; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	-
18. Überparteiliches Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) / Zwahlen (EVP) betr. Aufnahmestopp Familienenergänzende Kinderbetreuung Beantwortung 0517; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule	-
19. Motion SVP betr. Aufhebung der Poller-Lösung an der Landorfstrasse Beantwortung 0519; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	-
20. Verschiedenes	179
Nachtrag:	
5a Verwaltungsorganisationsreglement und Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat Reglement; Präsidual- und Finanzdirektion.....	158

Begrüssung

Die Parlamentspräsidentin: Zur Fortsetzung der Sitzung vom 12. Dezember 2005 begrüesse ich euch herzlich.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 36 Parlamentsmitgliedern. Herr Markus Stähli trifft um 19.07 Uhr und Frau Evelyn Bühler um 19.27 Uhr ein, so dass schliesslich 38 Parlamentsmitglieder anwesend sind. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Die Parlamentspräsidentin: Zum Geschäft Nr. 5a, mit welchem wir heute beginnen, wurde euch eine zusätzliche Unterlage zugesandt. Ich hoffe, wir können die Traktanden bis um 22.00 behandeln. Wenn nicht, werden die verbleibenden Geschäfte auf die Januar-Sitzung verschoben.

5a Verwaltungsorganisationsreglement / Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat Reglement; Präsidial- und Finanzdirektion

Die Parlamentspräsidentin: Dieses Geschäft wurde nicht durch die GPK, sondern durch die Spezialkommission K2005 vorgeprüft.

Herr Harald Henggi (FDP; Präsident der Spezialkommission K2005): Zu diesem Thema muss ich etwas ausholen und gleichzeitig eine Standortbestimmung zum Projekt K2005 abgeben. Die Spezialkommission K2005 hat zum zweiten Mal "das Falsche gemacht". Statt die Arbeiten fortzuführen, für welche sie im Jahr 2001 gewählt wurde, befassten wir uns 2004 mit der neuen Gemeindeordnung (GO), und jetzt steht die Revision des Verwaltungsorganisationsreglementes an, die wegen der neuen GO, aber auch nach der Aufgabenüberprüfung des Gemeinderates vorgenommen werden muss. Im August 2005 wurden wir über die Resultate der Aufgabenüberprüfung durch den Gemeinderat orientiert, und die K2005 befasste sich im September 2005 an zwei Sitzungen mit dem Verwaltungsorganisationsreglement. Sie stellte die Behandlung des Reglementes zurück. Der Hauptgrund lag darin, dass die Kommission die Ansicht vertrat, das Reglement gehe zwar in Bezug auf Verantwortlichkeiten durchaus in Richtung "NPM-light", doch sollte es gleichzeitig mit einer verbindlichen Übersicht beraten werden, die aufzeigen würde, wie die erforderlichen Punkte zur Erfüllung der Motion K2005 betreffend Strukturanpassungen sowohl zeitlich wie auch inhaltlich behandelt werden sollen. An der Sitzung vom 1. Dezember 2005 wurde uns diese Planung vorgelegt. Die Kommission stimmte dem Vorschlag des Gemeinderates samt Zeitplan zu und erklärte sich mit dem gemeinsamen weiteren Vorgehen einverstanden. Das Blatt, das dem Parlament abgegeben wurde, enthält die Planung und beschreibt, mit welchen Schritten der Gemeinderat die Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) einführen will. Selbstverständlich folgt jetzt die Feinplanung der einzelnen Schritte. Ferner wird ermittelt, was dem Parlament vorzulegen ist und abgeklärt, ob allenfalls eine Volksabstimmung - Teilrevision der GO - erforderlich ist. Die neue Darstellung des Voranschlages wird, entgegen der Forderung der Motion der Kommission K2005, erst im Budgetprozess 2008 erfolgen, weil die Zeit für die Vorbereitungen des Budgets 2007 in der neuen Form schlicht nicht ausreicht. Einzelne Punkte, die bereits in der Kommission besprochen wurden, werden durchaus noch zu diskutieren geben, insbesondere Punkt 7. Auf Details möchte ich jedoch nicht weiter eingehen. Damit ist in diesem Projekt - dies als Orientierung - ein Meilenstein gesetzt worden, und wir gehen davon aus, dass es jetzt weiter vorankommen wird.

Im Anschluss an die Diskussion über den Vorgehens- und Zeitplan befasste sich die Kommission mit dem Verwaltungsorganisationsreglement, das sich - wie bereits erwähnt - auf die neue GO und die Aufgabenüberprüfung des Gemeinderates abstützt. Die Unterlagen zur Aufgabenüberprüfung wurden dem Parlament zugestellt. Ein Schwerpunkt ist die Schaffung der neuen Direktion Umwelt und Landschaft (DUL). Damit soll die bisherige Direktion PLUV (Planung, Umwelt und Verkehr), die sich weiterhin mit Siedlung, Verkehrsplanung, Strassenbau und Bauaufsicht befassen wird, entlastet werden. Ferner ist eine "Blaulichtdirektion", Direktion

Sicherheit (DSI), vorgesehen, d.h. alles, was mit Sicherheit zu tun hat, wird zusammengelegt. Weitere Verschiebungen und Konzentrationen, wie z.B. das Zuweisen des Kulturbereiches an eine einzige Stelle, sollen das Projekt abrunden. Das Verwaltungsorganisationsreglement ist sehr schlank ausgestaltet - der erste Entwurf war noch schlanker -, es konzentriert sich auf das Wesentliche. Die Details wird der Gemeinderat in der Verwaltungsorganisationsverordnung regeln. Dieser Erlass liegt noch nicht vor. Die Direktionen und Bereiche werden somit durch das Parlament bestimmt und die untergeordneten organisatorischen Einheiten vom Gemeinderat festgelegt. Der Gemeinderat möchte den heutigen Zustand nicht allzu lange in die neue Legislatur hinein nehmen und strebt die Inkraftsetzung spätestens per 1. April 2006 an. Die Kommission stimmte deshalb der Behandlung des Geschäftes an der heutigen Parlamentssitzung zu. Sie befasste sich sehr sachlich mit dem Reglement und beschloss einstimmig, dem Parlament zu empfehlen, das Verwaltungsorganisationsreglement gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu beschliessen. Ich gehe davon aus, dass die politische Würdigung insbesondere der Aufgabenüberprüfung zu Diskussionen führen wird und werde mich dazu später melden.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke Harald Henggi für die sorgfältige und umfassende Berichterstattung herzlich. Ich runde das Bild mit einigen Ergänzungen ab: Der Gemeinderat sah keine zwingende Verbindung zwischen der Aufgabenüberprüfung und dem Projekt K2005; die Kommission stellte diese Verbindung jedoch her, und wir waren gezwungen, darauf einzugehen. Richtig ist, dass für die Umsetzung des Projektes K2005 mit der Einführung der IAFP auch die Frage geprüft werden muss, ob die Gemeindeordnung zu ändern, d.h. eine Volksabstimmung durchzuführen ist. Der Gemeinderat möchte die neue Organisation spätestens per 1. April 2006 umsetzen, denn wir wollen die Direktionen wenn möglich nicht gemäss der alten Aufgabenverteilung zuteilen und nach kurzer Zeit bereits wieder einen Wechsel vornehmen. Nochmals zum Projekt K2005: Der Gemeinderat ist damit einverstanden, dass die IAFP gemäss dem euch vorliegenden zeitlichen Raster umgesetzt wird. Ich weise darauf hin, dass damit - gemäss unseren ersten Schätzungen - Zusatzkosten in der Höhe von maximal 150'000 Franken entstehen werden. Diese Ausgaben sind nicht budgetiert und wir haben erst begonnen, Offerten einzuholen. Wir sind bereit - auf der Basis der Vorarbeiten (Produktgruppenbudgets), welche die Kommission bereits vor längerer Zeit erhalten hat - die Aufgaben der Verwaltung innerhalb der IAFP in dieser Form zu präsentieren. Das war ein wichtiges Anliegen der Kommission. Der Gemeinderat geht dabei davon aus, dass diese Art der Darstellung nicht flächendeckend über sämtliche Dienstleistungen und Aufgaben in der Verwaltung nach dem Grundgedanken von "NPM" erfolgen muss, sondern dass wir eine vertiefte Darstellung unserer Dienstleistungen dort in Form von Produktgruppen wählen, wo wir den Eindruck haben, wir könnten und wollten in dieser Form steuern. Das ist ein Prozess, der noch gemeinsam auszuhandeln ist. In diesem Sinn kann ich die Aussagen, welche ich im Namen des Gemeinderates gegenüber der Kommission machte, im Parlament nochmals zum Ausdruck bringen.

Eintreten

Frau Ursula Wyss (LdU): Die Verlierer der diesjährigen Gemeindewahlen jammern über das Könizer Wahlsystem, es sei ungerecht und undurchsichtig. Nicht das Wahlsystem ist ungerecht, sondern die Struktur des Gemeinderates mit der Aufteilung in Voll- und Nebenämter. Das Wahlsystem ist nur die Folge davon. Mit dem vorgelegten Reglement würde genau diese Struktur zementiert. Wollen wir das? Wäre es nicht besser, sich in Ruhe Gedanken über andere Modelle zu machen, statt jetzt schnell, noch vor der Arbeitsaufnahme des neuen Gemeinderates, das Reglement zu verabschieden und die Direktionen anders einzuteilen? Das ist doch reine Zwängerei und lediglich Symptombekämpfung. Ihr wisst, dass die Initiative betreffend Kronprinzenregelung eingereicht wurde. Hinzu kommt, dass zur Zeit Unterschriften für eine Initiative "5 statt 7 Gemeinderäte" gesammelt werden. Beides wird Auswirkungen auf das Wahlreglement haben, und die Direktionen müssten wiederum geändert werden, wie es übrigens in der Stadt Bern praktiziert wurde. Kurz nach einer Reorganisation wurde die Initiative für 5 Gemeinderäte angenommen. In der Privatwirtschaft habe ich X-Male kurz aufeinander folgende Reorganisationen erlebt. Das hat immer Auswirkungen auf die Mitarbeitenden, es bringt Unruhe und benötigt viel Energie. Köniz sollte nach meiner Meinung nicht dieselben Fehler machen. Ich schlage deshalb vor, im Moment nichts zu ändern, sondern andere Modelle zu prüfen, z.B. 6 gleichwertige Gemeinderatsmitglieder und ein Gemeindepräsidium.

Auch soll der Ausgang der Initiativen abgewartet und erst dann eine wirkliche Reorganisation vorgenommen werden, die Hand und Fuss und für längere Zeit Bestand hat. In diesem Sinne bitte ich euch, das Reglement abzulehnen.

Frau Stephie Staub (SP): Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin teile ich mit, dass die SP/JUSO-Fraktion klar hinter der neuen Aufgabenzuteilung steht und dem neuen Verwaltungsorganisationsreglement einstimmig zustimmt. Vor allem ist wichtig, dass die neu eingeteilten Direktionen politisch gleichwertige Aufgabenbereiche erhalten, die von der "alten Crew" des Gemeinderates anlässlich mehrerer Klausursitzungen erarbeitet wurden. Ich denke, diese Personen verfügen über viele Jahre Erfahrungen und haben die Probleme erkannt. Uns scheint die neue Einteilung logisch und durchdacht zu sein, denn für die Neuteilung wurden z.B. Veränderungen im Zivilschutz und bei der Polizei berücksichtigt. Ebenso ist ein Vorstoss von Peter Antenen betreffend Zusammenschluss der "Blaulichtorganisationen" berücksichtigt worden, d.h. diese sind neu im gleichen Gebäude untergebracht und die Synergien können bestens genutzt werden. Neu entstehen soll - wie auf Bundesebene das BUWAL - die Direktion DUL (Direktion Umwelt und Landschaft). In dieser neuen Direktion sollen die Landschaftspflege inkl. Ackerbaustelle - bisher Planungsabteilung - und die Aufgaben der bestehenden Abteilung Umweltschutz zusammengefasst werden, wodurch die Direktion PLUV entlastet wird. Die neue Direktion ist sehr wichtig, denn der Umweltschutz braucht das nötige Gehör und Gewicht, und die verschiedenen vom Kanton auferlegten Vollzugsaufgaben können so viel besser als bisher bewältigt werden. Der Bereich Kultur ist heute auf mehrere Direktionen aufgeteilt und soll nun einer einzigen Direktion unterstellt werden. Wir finden es sehr wichtig, dass der Aufbau der neuen Direktionen sehr gründlich und gut gestaltet werden kann, d.h. die neue Crew im Gemeinderat soll spätestens im April mit dem neuen System starten und damit noch Gelegenheit haben, organisatorische und technische Details mitzubestimmen. Die Grundlagen wurden vom Gemeinderat festgelegt, und nun denke ich, mit dieser Struktur müsse weitergearbeitet werden können.

Herr Christian Burren (SVP): Ich nehme vorweg, dass die SVP-Fraktion dem Reglement mehrheitlich zustimmt. Es enthält keine riesigen Veränderungen, und ich gebe Ursula Wyss dahingehend Recht, wenn sie fordert, nicht noch schnell etwas zu ändern, wenn noch grössere Änderungen bevorstehen könnten. Aber z.B. bei der neuen Blaulichtdirektion werden keine grossen Bewegungen notwendig sein, denn Polizei, Zivilschutz und Feuerwehr haben auf Abteilungsstufe bereits heute die gleiche Leitung. Hier ändert mit der neuen Direktion lediglich, dass ein Gemeinderatsmitglied für alle drei Abteilungen zuständig ist. Die neue DUL macht durchaus Sinn, aber ich rege an, nicht nur das LEK (Landschafts-Entwicklungs-Konzept), das für die Landwirtschaft von grosser Bedeutung ist, sondern auch die Ackerbaustelle dort anzusiedeln. Somit hätten die Landwirte der Gemeinde Köniz eine einzige Ansprechstelle. Wie wir gehört haben, wird der Bereich Kultur in der DBS (Direktion Bildung und Soziales) angesiedelt. Weshalb? Die heutige Direktion SGS verliert gewisse Aufgaben im Spitalversorgungsbereich, die an den Kanton gehen, und wir liessen uns vom Vorsteher erklären, die Übernahme des Kultursekretariates bilde kein Problem. Die SVP wird dem Verwaltungsorganisationsreglement in der vorliegenden Fassung mehrheitlich zustimmen.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Auch das Grüne Bündnis unterstützt das Verwaltungsorganisationsreglement mit der Begründung "lieber den Spatz in Hand als die Taube auf dem Dach". Für uns macht diese Neuorganisation Sinn. Die Wahlen vom 27. November 2005 haben gezeigt, dass die Stimmbevölkerung eine grünere Politik wünscht, und mit der Schaffung der DUL trägt der Gemeinderat diesem Umstand Rechnung. Es sieht so aus, als habe er damit politische Weitsicht bewiesen. Die Zusammenfassung der "grünen Bereiche" schafft Synergien, was uns sehr wichtig scheint. Diese Direktion wird sich somit mit dem Thema Nachhaltigkeit befassen, d.h. mit der Lokalen Agenda 21 und mit dem Mobilitätsmanagement, wenn das Parlament diesen Geschäften zustimmt. Schliesslich geht es um die Erarbeitung einer Gesamtstrategie, wie die Gemeinde nachhaltig funktionieren kann. Ein Punkt könnte z.B. sein, wie wir bis in ungefähr 40 Jahren ohne fossile Brennstoffe auskommen werden. Wir fragen uns allerdings, ob für all diese Aufgaben genug personelle Mittel zur Verfügung stehen. Wir finden weiter, das Thema Nachhaltigkeit dürfe auf keinen Fall in dieser Direktion isoliert werden, sondern sei eine Querschnittsaufgabe, die alle Direktionen übernehmen müssen. Die DUL soll jedoch die Federführung übernehmen. Auch die anderen Punkte scheinen uns sinnvoll, z.B. das Zusammenführen der Blaulichtorganisationen unter einer Direktion. Beim Kultur-

sekretariat stellten wir uns dieselben Fragen wie die SVP. Wir sahen aber, dass der Gemeinderat in Zukunft mehr mit Gemeinderatsdelegationen arbeiten will, d.h. drei Gemeinderäte bearbeiten zusammen ein Thema, was uns sehr sinnvoll erscheint. Gerade dafür bieten sich Themen wie Kultur oder Nachhaltigkeit geradezu an.

Herr Harald Henggi (FDP): Auch die FDP/jfk-Fraktion ist von der Arbeit der Aufgabenüberprüfung des Gemeinderates nicht begeistert. Nach unserer Auffassung wurden die Rahmenbedingungen zu eng gesteckt, die grundlegenden Fragen nicht gestellt, d.h. die Frage, welche Regierung und Verwaltung die Könizer Bevölkerung braucht. Die Resultate gehen entsprechend zu wenig tief, es gibt einige Verschiebungen, Rückverschiebungen, eine neue Direktion, Prozessanpassungen - durchaus auch gute - und Verbesserungen von Nahtstellen. Wir gehen davon aus, dass wir in der nächsten Legislatur Gelegenheit haben werden, uns mit diesen Fragen noch intensiver zu befassen. Wir müssen auch erklären, dass der heutige Zustand, insbesondere mit der unterschiedlichen Belastung der nebenamtlichen Direktionen, nicht befriedigt, was für uns der Grund ist, dass der jetzige Schritt, als Zwischenschritt gesehen, absolut möglich ist.

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich kann mich den Ausführungen meines Vorredners 1 : 1 anschliessen und ergänze noch, dass wir mit der Verabschiedung des Verwaltungsorganisationsreglementes, das auf zweieinhalb Seiten Platz findet, eine grosse Strategieänderung vornehmen. Genau hier geht es um die Führung einer Verwaltung nach NPM (New Public Management). Stimmen wir dem Reglement heute zu, stimmen wir der Einführung von NPM zu. In diesem Sinne war die Kommission K2005 einstimmig der Meinung, dass - entgegen den Ausführungen des Gemeindepräsidenten - das Verwaltungsorganisationsreglement einen sehr klaren, direkten und grossen Zusammenhang mit der Einführung oder Nichteinführung von Produktbudgets hat. Wir geben mit diesem Reglement gewisse Kompetenzen - wahrscheinlich richtigerweise - an den Gemeinderat ab. Dann muss aber zwingend der zweite Schritt kommen, nämlich dem Parlament müssen die nötigen Kompetenzen gegeben werden, damit das Ganze nach dem Prinzip von NPM ausgewogen vor sich gehen kann.

Detailberatung

Die Parlamentspräsidentin: Zuerst behandeln wir die Beilage 3, d.h. die Aufgabenüberprüfung, anschliessend das Reglement (Beilage 1) artikelweise und schliesslich kommen wir zurück zum Bericht und Antrag. Die Beilage 2 ist lediglich eine Information und wird nicht beraten.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Der SVP-Sprecher erklärte vorhin, alle die Landwirtschaft betreffenden Aufgaben sollten in einer Direktion zusammengefasst sein. In Art. 5 wird die Landschaftsplanung und in Art. 10 die Landschaftspflege erwähnt. Belassen wir dies so, wird es schwierig. Ich schlage folgende Änderung vor: In Art. 5 ist statt *Siedlungsplanung, Landschaftsplanung* nur *Planung* und in Art. 10 statt *Landschaftspflege* nur *Landschaft* einzufügen. Diese Formulierung würde es dem Gemeinderat erlauben, noch selbst bestimmen, wie er die Aufteilung genau vornehmen will. Für uns Parlamentarier ist schwierig abzusehen, ob die Auseinanderdividierung der einen Abteilung sinnvoll ist oder nicht.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich hole noch etwas zu den gefallen Voten aus: Ich danke jenen Votanten, die das Geschäft unterstützen und sei es auch nur - wie seitens der FDP - weil der heutige Zustand nicht zu befriedigen vermag. Hier standen die Unterstützung für Reformvorhaben, wie 5 statt 7 Gemeinderäte, Pate und schicken ihre Vorboten aus. Ich muss feststellen, dass gegenwärtig in Bezug auf die Grösse des Gemeinderates und auf die Aufteilung in Haupt- und Nebenämter alles, was nicht dem Status quo entspricht, unwahrscheinlichen Charme hat und sehr "in" ist. Ich denke, wir werden im weiteren Verlauf der neuen Legislatur Gelegenheit haben, in die Tiefe zu gehen und sehen, ob die vorgesehenen Modelle ihre Versprechungen einhalten könnten und ob sie so viel besser wären als die heutige Aufteilung in drei Voll- und vier Nebenämter. Für den Gemeinderat, der Ungleichheiten zwischen den politischen Aufgaben der einzelnen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte feststellte, war klar, dass Handlungsbedarf besteht und wir - wenn auch möglicherweise nur für vier Jahre - eine neue Lösung haben wollen. Im Rahmen kleinerer Veränderungen soll eine neue Struktur geschaffen werden, die nicht alles auf den Kopf stellt. Vier Jahre sind eine lange Zeit und auch für die Verwaltung eine absolut zumutbare zeitliche Perspektive, selbst wenn bei Beginn der übernächsten Legislatur eine weitere Regierungsreform in Kraft treten sollte.

Das Modell macht im Übrigen nach Auffassung des Gemeinderates sehr wohl auch Sinn, wenn z.B. eine Verkleinerung von 7 auf 5 Gemeinderäte käme. Es enthält Grundsatzentscheide, die wir bei der Aufgabenüberprüfung fällen, und Weichenstellungen. Ich denke z.B. an die DSI (Direktion Sicherheit). Dieser Entscheid würde nicht so schnell wieder rückgängig gemacht werden. Ich bestätige zu Händen von Christian Burren, dass wir die Ackerbaustelle in die DUL integrieren werden. Das ist jedenfalls die Absicht, die im Schlussbericht dargelegt wird. Diese Frage wird im Detail im Teilprojekt Schaffung der DUL geprüft. Dass die Kultur in der DBS zu einer Aufgabenerweiterung führt, ist grundsätzlich richtig. Nicht vergessen dürfen wir aber, dass durch Veränderungen in der übergeordneten Gesetzgebung auch deutliche Entlastungen stattgefunden haben, allein das Beispiel der stationären Gesundheitsversorgung im Kanton Bern zeigt dies auf. Diese Aufgabe wurde gemeinsam von Kanton und Gemeinden neu zugeteilt und forderte den Vorgänger von Ueli Studer, Daniel Pauli, im Rahmen seines Mandates im Vorstand des Spitalverbandes - wie auch Mitarbeitende der Verwaltung - sehr stark. Mit der Änderung der Regelung der Spitalversorgung, die jetzt in der alleinigen Kompetenz des Kantons liegt, ist diese Aufgabe der Direktion weitgehend weggefallen. Ein Wort noch zu Valentin Lagger: Ich gestatte mir als Widerlegung zu seiner Aussage, dass die Genehmigung des Verwaltungsorganisationsreglements zwingend den Startschuss zu NPM bedeutet, den Hinweis auf zahlreiche Beispiele aus andern Gemeinden, welche die Aufgabenverteilung noch viel radikaler anders regeln als das von uns gewählte Modell, mit welchem das Parlament weiterhin über eine grosse Regelungskompetenz verfügen wird. Diese Gemeinden haben nicht alle NPM eingeführt, sondern sie hüten sich, dies zu tun. Es gibt somit nach meiner Auffassung keinen zwingenden Konnex zwischen diesen beiden Themen.

Ich komme nun zum Einwand von Hansueli Pestalozzi: Würdet ihr den Antrag von Hansueli Pestalozzi zur Änderung von Art. 5 und 10 annehmen, wäre das nicht gut. Im Schlussbericht, der auch der Spezialkommission zur Verfügung stand, stellten wir klar fest, dass die strategischen Linien der Siedlungs- und Landschaftsplanung in der Direktion DPV (Direktion Planung und Verkehr) bleiben sollen, jedoch alles Operative (Landschaftspflege, Landschaftsschutz inkl. Ackerbaustelle) an die DUL übergehen soll. Nach Auffassung des Gemeinderates ist dies der richtige Schnitt. Wenn wir den Begriff *Planung* ohne jegliche Präzisierung einfügen, ist nicht mehr klar, ob es um Finanzplanung oder weitere Planungen geht, die dort angesiedelt sein sollen. Die Präzisierung in Art. 5 ist notwendig. Wenn in Art. 10 nur noch der Begriff *Landschaft* und in Art. 5 nur noch *Planung* steht, werden die Definitionen nicht klar abgegrenzt. Die von uns gewählte Umschreibung - einerseits die Landschaftsplanung zusammen mit der Siedlungsplanung als wichtiges Aufgabengebiet der Direktion DPV und andererseits das Operative wie Landschaftspflege und Landschaftsschutz in der DUL - ist eine saubere Aufteilung, die im Detailprojekt noch fein zu justieren sein wird.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Ich erklärte vorhin, der Gemeinderat habe die Absicht, vermehrt in Gemeinderatsdelegationen zu arbeiten, was wir sehr befürworten. Wir sähen es gerne, wenn dies in Art. 11 mit einem weitem Punkt in Abs. 2 erwähnt wäre. Unser Antrag lautet "über das vernetzte Arbeiten in Gemeinderatsdelegationen".

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich bitte euch, die beiden - nach meiner Meinung überflüssigen - Anträge abzulehnen.

Die beiden Anträge von Hansueli Pestalozzi, in Art. 5 statt Siedlungsplanung und Landschaftsplanung nur Planung und in Art. 11 Abs. 2 zusätzlich die Bestimmung "über das vernetzte Arbeiten in Gemeinderatsdelegationen" einzufügen, werden mit grossem Mehr abgelehnt.

Mit 35 zu 2 Stimmen, bei einer Enthaltung, fasst das Parlament den

Beschluss

Das Parlament beschliesst das Verwaltungsorganisationsreglement gemäss vorgelegtem Entwurf und beauftragt den Gemeinderat mit der Inkraftsetzung.

6. Strassenlärmsanierung der Gemeinde Köniz, Realisierung von Lärmschutzmassnahmen, Rahmenkredit

Kredit; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Frau Katrin Sedlmayer (SP/JUSO), GPK-Sprecherin: Ich habe dieses Geschäft zusammen mit Herrn Gemeinderat Urs Wilk und mit dem zuständigen Sachbearbeiter, Herrn Geiser, angeschaut. Kurz die wichtigsten Fakten dazu: Es geht um Sanierungsmassnahmen bei acht Gemeindestrassen. Dafür wird die Bewilligung eines Rahmenkredits von 2,1 Millionen Franken, wovon die Gemeinde voraussichtlich 1,5 Millionen Franken selbst bezahlen muss, beantragt. Ein wichtiger Punkt: Bei der Lärmschutzverordnung (LSV) handelt es sich um eine eidgenössische Verordnung, wonach die Sanierungsmassnahmen bis 2018 auszuführen sind, d.h. wir müssen die Lärmschutzsanierungen realisieren, ob wir dies nun wollen oder nicht. Bewilligen wir den Rahmenkredit, heisst das nicht, dass diese Mittel in jenem Jahr ausgegeben werden, das im Antrag aufgeführt ist. Jedes Projekt muss einzeln durch den zuständigen Vorsteher dem Gemeinderat vorgelegt und die Ausführung von der Exekutive bewilligt werden. Als wichtig zu erwähnen scheint mir noch der Umstand, dass - gemäss Lärmschutzverordnung - bei eventuellen Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte zuerst Lärmschutzwände erstellt und erst bei effektiven Überschreitungen der Alarmwerte zusätzlich Schallschutzfenster eingebaut werden müssen. Der Bund hat die Beiträge für Lärmschutzmassnahmen von 58 auf aktuell 28 Prozente gekürzt.

In der GPK wurde gefragt, ob es zu Lärmübertragungen kommen könne, wenn auf der einen Strassenseite Lärmschutzwände aufgestellt werden, auf der anderen aber nicht. Nein, wurde geantwortet, die Schallschutzwände schlucken den Schall und geben ihn nicht weiter. Die Kosten von 3'000 Franken pro Schallschutzfenster an der Wabersackerstrasse schienen einigen GPK-Mitgliedern sehr hoch zu sein. Dazu wurde erklärt, auch die Storen und die Fensterrahmen hätten geändert werden müssen, und das Spezialglas für die Fenster koste 1'000 Franken pro Quadratmeter. Bei 22 Liegenschaften wurden der Gemeinde Erleichterungen zugestanden, d.h. dort muss nicht saniert werden. Wie reagierten die betroffenen Bürgerinnen und Bürger? Zum Teil kam es zu Einsprachen, die jedoch bereits bereinigt sind. Ein wichtiger Punkt auch hiezu: Vielfach wurden Erleichterungen zugestanden, weil nicht - vor allem wegen Garagezufahrten - durchgehend Lärmschutzwände erstellt werden konnten. Sobald in einer Lärmschutzwand eine Öffnung besteht, ist die Wirkung eingeschränkt. Weiter wurde gefragt, ob das Geschäft bis ins Jahr 2018 hinausgeschoben werden könnte, was jedoch nicht im Interesse der Betroffenen sein dürfte. Man kann sich auch fragen, ob die Lärmschutzwerte, die vor ein paar Jahren gemessen wurden, in zehn Jahren noch stimmen. Gefragt wurde auch, ob an der Hessesstrasse der Lärmwert mit einer Reduktion auf Tempo 30 herunter gesetzt werden könnte. Hier wurde geantwortet, Tempo 30 auf der Hessesstrasse sei nicht möglich, weil es sich um einen Autobahnzubringer handle.

Mit 6 : 1 Stimmen beantragt die GPK dem Parlament, dem Geschäft zuzustimmen.

Eintreten

Herr Peter Antenen (SP): Ich nehme gleich vorweg, dass für die SP/JUSO-Fraktion Strassenlärmsanierungen keine wünschenswerten, sondern - leider, in der heutigen Zeit - notwendige Investitionen sind. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst die Absicht, dass der Gemeinderat die Anwohnenden vor Lärmimmissionen schützen will. Die vom Gemeinderat aufgezeigten Strassenteilstücke zeigen, dass in unserer Gemeinde vielerorts Handlungsbedarf bezüglich Lärmschutz besteht. Für die SP/JUSO-Fraktion ist die Sanierung jedes der vorgesehenen Strassenteilstücke unbestritten. Uns ist wichtig, dass der Gemeinderat jetzt vorwärts macht, nicht zuletzt auch deshalb, weil - wie wir gehört haben - der Bund die Beiträge von 58 auf 28 Prozente gekürzt hat. Wer weiss, was auf übergeordneter Stufe noch alles beschlossen werden wird? Die Subventionen machen jedoch einen grossen Teil der Finanzierung aus. Die gesamten Kosten in der Höhe von 1,512 Millionen Franken sind nicht ganz ohne, auch wenn sie bis ins Jahr 2018 aufgeteilt werden können. Um diese Kosten allenfalls etwas zu senken, stellen wir, zusammen mit dem Grünen Bündnis, den Antrag, dass der Gemeinderat im Teilstück Hessesstrasse zusätzlich verkehrsberuhigende Massnahmen, wie Tempo 30, Flüsterbelag oder eine mögliche Verkehrsumlagerung auf die neue Bündenackerstrasse prüft. Gerade mit solchen Massnahmen könnten eventuell bauliche Sanierungsmassnahmen umgangen und

Kosten gespart werden. Massnahmen wie Tempo 30 oder der Ausschluss von Schwerverkehr auf der Hessesstrasse würde nicht zuletzt auch einer aktiven Schulwegsicherung dienen. Baulicher Lärmschutz, der zweckmässig sein soll, ist vielerorts bezüglich Ortsbild nicht gerade als schön zu bezeichnen. Wir stellen deshalb den Antrag, den Gemeinderat zu verpflichten, die Gestaltung der Lärmschutzwände oder sonstigen Lärmschutzbauten durch Fachleute begleiten zu lassen. Für uns ist es sehr wichtig, dass sich Lärmschutzbauten gut ins Ortsbild einfügen und nicht als störend empfunden werden. Zu Händen der Sitzungsleitung formuliere ich die beiden Anträge, die wir zusammen mit dem Grünen Bündnis stellen, nochmals. Der Beschluss ist wie folgt zu ergänzen: In Punkt 4: Der Gemeinderat prüft beim Strassenteilstück Hessesstrasse zusätzliche verkehrsberuhigende Massnahmen wie Tempo 30, Verkehrsumlagerung auf die Bündenerstrasse und/oder den Einsatz von lärmarmem Belag. In Punkt 5: Die Planung der Lärmschutzwände muss gestalterisch durch Fachleute begleitet werden, damit sie optimal ins Ortsbild integriert werden. "Schluchtsituationen" müssen vermieden werden.

Frau Barbara Mooser (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion stellt einen Rückweisungsantrag zu diesem Geschäft. Gemäss LSV wird die Sanierungsfrist bis Mai 2018 festgelegt, demnach haben wir genügend Zeit, um die Lärmschutzmassnahmen - die wir nicht bestreiten und die zweifellos notwendig sind - erst in vielleicht zwei Jahren, wenn unsere finanzielle Situation besser sein wird, zu verwirklichen. Köniz muss dem Kanton und dem Bund gegenüber nicht immer sofort Gehorsam erbringen. Besser ist es doch, zuerst den Bilanzfehlbetrag abzubauen. Damit hat der Gemeinderat die Möglichkeit, die dringendsten Massnahmen ohne Zeitdruck zu treffen. Man könnte das Geschäft auch fünf oder sechs Jahre hinausschieben, und die Zeit würde immer noch ausreichen, um die Sanierungen bis im Jahr 2018 zu realisieren. Wer weiss, vielleicht wird diese Frist sogar noch verlängert. Wenn die notwendigen Mittel nicht vorhanden sind, muss für eine gewisse Zeit auf etwas verzichtet werden können. Aus diesem Grund stellt die FDP/jfk-Fraktion den Rückweisungsantrag.

Die Parlamentspräsidentin: Zuerst wird über Eintreten und erst danach über den Rückweisungsantrag entschieden.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Lärm ist eines der grössten Umweltprobleme der Schweiz. Man rechnet mit Kosten von etwa einer Milliarde Franken pro Jahr, die durch Lärm verursacht werden. Das sind vor allem Verluste von Hausbesitzern, die weniger Miete für lärmbelastete Wohnungen verlangen können, und Gesundheitskosten. Für die Gemeinde Köniz wären dies Kosten von ungefähr 5,6 Millionen Franken pro Jahr, d.h. der Betrag, über welchen wir abstimmen, wäre innert eines halben Jahres bereits wieder "eingespielt". Hätten wir diese Massnahmen vor zwei Jahren beschlossen, müssten wir bereits 630'000 Franken weniger ausgeben. Umweltschutzmassnahmen hinauszuschieben, kann sehr teuer zu stehen kommen. Ich ergänze noch, dass versucht wird, bei den gesetzlich vorgeschriebenen Lärmsanierungen immer zuerst die Lärmquelle zu vermindern. Das ist meistens die beste und billigste Lösung, wovon sämtliche Anwohnenden profitieren. In einem zweiten Schritt - wenn der erste nicht möglich ist - wird versucht, die Ausbreitung des Lärms zu verhindern und erst in einem dritten Schritt werden Gebäude mit Lärmschutzfenstern ausgestattet, aber nur, wenn die Alarmwerte überschritten werden. Für den ersten von mir erwähnten Schritt kommen drei verschiedene Massnahmen in Frage: Erstens eine Verkehrsreduktion, zweitens eine Geschwindigkeitsreduktion - Autos die langsamer fahren, verursachen weniger Rollgeräusche - und drittens lärmarme Beläge. In den geplanten Sanierungsprogrammen sind in keinem einzigen Fall Massnahmen an den Lärmquellen vorgesehen. Punkte lärmarme Beläge (Flüsterbeläge): Ich selber arbeite an einem Projekt für die Entwicklung lärmarmen Beläge mit. Das sind offenporige Beläge, in welchen das Wasser versickern kann, und die Lärm schlucken. Auf Autobahnen haben sich diese Beläge bereits langfristig bewährt und vermindern den Lärm so stark, wie wenn der Verkehr um 75 Prozent reduziert würde. Im Innerortsbereich stellen wir ähnliche Resultate fest, verfügen aber erst über eine Erfahrung von einem Jahr. Die Kosten eines Flüsterbelages liegen um 30 bis 40 Prozent höher als bei normalen Belägen. Lärmschutzwände sind immer schwierig zu realisieren, teuer und, bieten einen nur sehr begrenzten Schutz. Zudem ist es schwierig, sie ins Ortsbild einzupassen, und oft führen sie zu Schluchtsituationen. In der Gemeinde Köniz - das muss ich doch noch erwähnen - verfügen wir über sehr gute Beispiele von Lärmschutzwänden, z.B. an der Schwarzenburgstrasse oberhalb des Oberstufenzentrums. Wir haben jedoch auch ganz schlechte Beispiele, wie z.B. an der Könizstrasse, wo Einfamilienhäuser richtiggehend eingemauert wurden. Dies als Begründung für die von Peter Antenen

gestellten Anträge.

Ich habe noch folgende Rechnung erstellt: Würde an der Hessesstrasse Tempo 30 realisiert und davon ausgegangen, dass der Verkehr nicht mehr zunimmt, würde eine Lärmreduktion in jener Grössenordnung realisiert, die ermöglichen würde, zwei bis vier Lärmschutzwände einzusparen. Gleichzeitig würde die Schulwegsicherheit massiv erhöht. Deshalb bitte ich euch, den beiden Anträgen zuzustimmen und auf die Vorlage einzutreten.

Herr Marco Streiff (EVP): Die CVP/EVP/LdU-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag mehrheitlich. Besser wäre es gewesen, wenn dieses Geschäft vor zwei Jahren "über die Bühne gegangen" wäre, die Kosten wären wesentlich tiefer gewesen. Wir haben sehr lange über dieses Geschäft diskutiert. Vor- und Nachteile abzuwägen, war sehr schwierig, und wir sind zum Schluss gekommen, mit dem Realisieren der Sanierungen solle noch etwas gewartet werden. Wir begrüssen das Vorgehen des Gemeinderates, uns das Geschäft als ganzes Paket vorzulegen, damit wir uns der gesamten Kosten bewusst sind, aber wenn wir den Investitionsplan betrachten, stellen wir fest, dass der Gemeinderat die geplanten Lärm reduzierenden Massnahmen zurückgestellt hat. Beim vorliegenden Geschäft geht es nach unserer Meinung lediglich um reine Symptombekämpfung. Unsere Gemeinde hat zur Zeit sehr grosse finanzielle Schwierigkeiten und - wie bereits erwähnt wurde - sind diese zu bewältigen, bevor die Lärmsanierungen an die Hand genommen werden. Weil wir bis ins Jahr 2018 Zeit haben, um die Lärmschutzmassnahmen zu realisieren, wollen wir dieses Geschäft zurückstellen und hoffen, dass die finanzielle Situation zu einem späteren Zeitpunkt etwas besser aussehen wird. Zudem sollte die Umsetzung der finanzpolitischen Ziele des Gemeinderates abgewartet werden, und vielleicht verfügen wir dannzumal auch über mehr Erfahrungen bei Lärmschutzbelägen innerorts.

Herr Peter Antenen (SP): Wenn gesagt wird, man wolle aus finanzpolitischen Gründen nicht auf das Geschäft eintreten, mag das wohl ein Grund sein, aber der Lärm kann nicht zurückgestellt werden, er ist letztendlich vorhanden. Gegen den Lärm, den wir alle tagtäglich produzieren, müssen wir etwas tun. Das wird auch mit übergeordnetem Gesetz von uns verlangt, und bis ins Jahr 2018 haben wir Zeit für das Realisieren von Sanierungen. Das Problem muss jetzt angegangen werden, und in der Vorlage können wir nachlesen, dass die Projekte etappiert werden und jedes einzelne Projekt Eingang in den rollend zu überprüfenden Finanzplan finden wird. Ich glaube, wir dürfen dieses Geschäft nicht zurückstellen, denn letztendlich wollen wir eine attraktive Wohngemeinde sein und Steuermehreinnahmen generieren. Dafür müssen Wohnungen, die zentrumsnah an verkehrsreichen Strassen liegen, vor Lärm geschützt werden. Es kann nicht sein, dass Leute, die sich teure Wohnungen in ruhigen Quartieren nicht leisten können, an lärmreichen Strassen wohnen müssen.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Die SVP-Fraktion steht klar dafür ein, die Lärmschutzmassnahmen zu realisieren. Das vorgesehene etappierte Szenario des Gemeinderates ist nach unserer Meinung gut, aber nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt, denn uns drückt der finanzielle Schuh, und deshalb werden wir den Rückweisungsantrag unterstützen. Wir sind nicht explizit gegen die Lärmschutzwände, aber wir müssen zuerst die Gemeindefinanzen sanieren und anschliessend - wenn wir uns dies leisten können - können wir für die Realisierung des Geschäftes Hand bieten.

Herr Hugo Staub (SP): Ich stelle immer wieder fest, dass bei Diskussionen um Lärm Worte fallen, welche die Angelegenheit verharmlosen. Lärmschutz tönt fast so, als müsse man den Lärm schützen. Hier geht es um Lärmverschmutzung und um Lärmopferhilfe. Verwenden wir diese Begriffe, sieht alles anders aus. Tätigen wir diese Investitionen nicht, entsteht ganz klar wachsender Schaden an Substanz und Erträgen von Liegenschaften, aber auch an der Gesundheit der Bevölkerung. Man kann das Geschäft nicht nur aus der finanzpolitischen Optik betrachten. Ich verstehe die Argumente aus finanzpolitischer Sicht, aber es geht hier um äusserst wertvolle und schützenswerte Güter wie z.B. die Gesundheit der Bevölkerung und die Wohnqualität an den Hauptverkehrsachsen. Damit gute Wohnqualität auch an verkehrsreichen Strassen erreicht werden kann, braucht es einen grossen Effort, der meines Erachtens erbracht werden muss.

Herr Markus Stähli (SVP): Der Ordnung halber erlaube ich mir eine Bemerkung zu den Lärm verhindernden Belägen, deren Befürworter ich bin. Richtig wurde von Hansueli Pestalozzi gesagt, dass diese Beläge 30 bis 40 Prozente teurer sind; aber nicht erwähnt wurde, dass die

Herstellung solcher Beläge mehr Energie benötigt, dass ein kunstmodifiziertes Bindemittel benötigt wird, mehr Pneubetrieb entsteht und demzufolge mehr Wasser gereinigt werden muss. Diese drei Punkte werden gerne vergessen.

Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Lärmschutzmassnahmen sind eine Pflicht, die uns vom Bund auferlegt wurde. Wir haben keine Wahl, ob wir diese realisieren oder nicht. Lärmschutzmassnahmen bestehen zum heutigen Zeitpunkt, in welchem man mit so genannten Flüsterbelägen - wie Hansueli Pestalozzi richtig erwähnt hat - noch keine grosse Erfahrung hat, in Lärmschutzwänden und Schallschutzfenstern. Wir unterbreiten euch das Geschäft so, damit ihr einen Überblick habt, welche gewaltige Kosten auf die Gemeinde zukommen. 1,5 Millionen Franken sind kein Pappenstiel, und die Beiträge des Bundes wurden bereits gekürzt. Dem Antrag ist auch zu entnehmen, dass sich der Gemeinderat ausbedingt, jedes einzelne Projekt erneut zu beraten, damit ihr Gewähr habt, dass wir keine "Lärmschutzorgie" abhalten, die ausserhalb sämtlicher finanzieller Möglichkeiten liegt. Der Gemeinderat ist sich seiner Verantwortung bewusst. Wenn das Parlament dieses Geschäft zurückweist, muss er dies zur Kenntnis nehmen, nach meiner Meinung wäre das jedoch nicht gut.

Mit 20 zu 15 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, fasst das Parlament den

Beschluss

Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

7. Anbau Polizeigebäude Sägestrasse 42, Köniz

Kredit; Direktion Gemeindebauten

Herr Rolf Zwahlen (EVP), GPK-Sprecher: Zuerst gebe ich einige Ergänzungen und Erklärungen zum vorliegenden Bericht ab: Auf Seite 3 ist unter Punkt 4.1 / Anlagekosten der Landpreis nicht enthalten, aber bei der Berechnung des Mietzinses auf 330 Franken pro Quadratmeter wurde er berücksichtigt. Das ist wichtig, damit eine marktgerechte Miete errechnet werden kann. Zu den Einnahmen ist zu bemerken, dass mit dem Kanton der Abschluss eines Mietvorvertrags vereinbart wurde. Der Kanton sichert uns - gemäss meinem letzten Wissensstand - eine Miete von 200 Franken pro Quadratmeter zu. Die GPK wünschte noch genauere Angaben, wie viele Quadratmeter genau an den Kanton vermietet werden. Ich richte die Frage an den Gemeinderat, wie weit der Vertrag fortgeschritten ist.

Im Anhang ist ein grosser "Bereich Wohnen" gelb eingezeichnet, der zu Fragen Anlass gab. Das ist lediglich als Information zu verstehen und hat mit dem hier vorliegenden Geschäft gar nichts zu tun. Der Bereich Wohnen wurde richtigerweise in die Planung einbezogen, damit der Anbau so ausgerichtet werden kann, dass die restliche Parzelle zu einem späteren Zeitpunkt möglichst ohne Beschränkungen irgendwelcher Art bebaut werden kann. Weiter wurde durch die GPK darüber diskutiert, ob die Anzahl Arbeitsplätze, der weitere Raumbedarf der Verwaltung, die Nutzung und die versprochenen Synergien - wie im Bericht beschrieben - angemessen sind und stimmen. Wir können die Angaben des Gemeinderates bestätigen, und die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, das Geschäft zu beschliessen.

Ich füge noch die Meinung der CVP/EVP/LdU-Fraktion an: Uns tut dieses Geschäft weh. Wenn wir an die nächsten zwei Jahre denken, müssen wir dieses Geschäft ablehnen. Der Werkhof und das Gemeindehaus waren teure Bauten, viele der versprochenen Einsparungen sind noch nicht realisiert worden, und mit dem vorliegenden Geschäft schaffen wir bereits wieder neuen Raum für die Verwaltung. Wir müssen aber über das Jahr 2006 hinaus denken. Wir müssen alle Einsparungen realisieren, die im Zusammenhang mit den neuen Verwaltungsgebäuden möglich sind, und deshalb dem Geschäft zustimmen. Denken wir an die Zukunft, ist dieser Anbau die beste Lösung. Die Gemeinde- und die Kantonspolizei benötigen einen gemeinsamen Standort, und dafür eignet sich die Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 263/65 nicht. Wir sind auch davon überzeugt, dass die vorgeschlagene Lösung mit Blick auf die so genannte Blaulichtorganisation der richtige Weg ist, und stimmen dem Geschäft grossmehrheitlich zu, allerdings unter der Bedingung, dass die Mietzinseinnahmen von 90'300 Franken pro Jahr vom Kanton garantiert sind.

Eintreten

Herr Peter Antenen (SP): Die SP/JUSO-Fraktion steht hinter dem Antrag des Gemeinderates. Für uns ist es keine Frage, dass einer zusammengeführten Kantons- und Gemeindepolizei, die in absehbarer Zeit Realität wird, auch die dazu notwendigen Räumlichkeiten bzw. zweckmässige Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden sollen. Gleichzeitig kann sichergestellt werden, dass wir unserer Bevölkerung in Zentrumsnähe optimale Polizeidienstleistungen anbieten können, was nicht unwichtig ist. Polizeidienstleistungen müssen im Zentrum zur Verfügung stehen und nicht irgendwo in der Peripherie. Im Werkhof an der Muhlernstrasse, wo im Moment noch Räumlichkeiten frei wären, würden diese Dienstleistungen keinen grossen Sinn machen. Die Polizei muss die Möglichkeit haben, mit ihren Fahrzeugen schnell auszurücken, was an der Sägestrasse optimal gelöst werden kann. Die Möglichkeit, die Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 263/65 für die Polizei auszubauen, wurde geprüft, aber schnell wieder verworfen. Wir glauben, dass der Gemeinderat keine andere Alternative hatte als den Anbau an der Sägestrasse 42. Uns scheinen die Zahlen im Mietvertrag mit dem Kanton Bern realistisch zu sein; aus dieser Sicht ist die Investition möglich. Die Ästhetik des Anbaus passt nach unserer Meinung in die Umgebung bzw. stellt eine gelungene Erweiterung des bestehenden Gebäudes dar. Abschliessend möchte die SP/JUSO-Fraktion zum Ausdruck bringen, dass wir Ja sagen zu einer neuen Polizei der Zukunft und dass wir ihr mit dem Anbau die notwendigen Räumlichkeiten und die Infrastruktur zur Verfügung stellen wollen, damit sie ihren Dienst zu Gunsten unserer Bevölkerung auch wirklich erbringen kann.

Herr Urs Maibach (GB): Wir vom Grünen Bündnis finden es schade, dass die Polizei mit dem geplanten Anbau an der Sägestrasse 42 nicht mehr so zentral liegen wird wie heute. Wir finden es auch schade, dass der Anbau nicht - wie andere gemeindeeigenen Bauten - nach Minergiestandard erstellt wird. Wir sehen aber auch ein, dass es sinnvoll ist, wenn Synergien bei der Zusammenlegung von Gemeinde- und Kantonspolizei genutzt werden können. Wir sehen auch ein, dass eine Zusammenlegung in den alten Räumlichkeiten kaum Sinn gemacht hätte. Ganz wesentlich ist in unseren Augen, dass der Mietvertrag mit dem Kanton klar und sauber definiert ist, was den vom Kanton zu übernehmenden Kostenanteil ab sofort betrifft, aber auch dann, wenn die Einheitspolizei eingeführt wird. Die Frage nach dem Mietvertrag mit dem Kanton wurde bereits aufgeworfen. In Punkt 4.2 wurde erklärt, dass das Projekt erst ausgelöst werde, wenn der Mietvertrag vom Kanton unterschrieben sei, was für uns Bedingung ist. Ist dies der Fall, werden wir vom Grünen Bündnis dem Geschäft zustimmen.

Herr Daniel Krebs (SVP): Das uns vorliegende Geschäft ist logisch, wenn man die Zukunftsplanung im Bläuacker weiter verfolgen will. Dass in das Gebäude an der Schwarzenburgstrasse 263/265, das nur zur Hälfte der Gemeinde gehört, investiert wird, macht in unseren Augen wenig Sinn. Die Alternative eines Anbaus an das Feuerwehrgebäude scheint uns richtig zu sein, zumal Kantons- und Gemeindepolizei im gleichen Gebäude vereint werden können. Wenn sich der Kanton in Köniz weiter einmietet, kann davon ausgegangen werden, dass wir auch in Zukunft über einen Kantonspolizeiposten verfügen werden, was von der Bevölkerung bezüglich Sicherheit sicher geschätzt wird. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft einstimmig zu.

Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP): Danke für die positiven Voten. Die Lösung mit dem Anbau an der Sägestrasse 42 ist in unseren Augen eine gute. Urs Maibach erkläre ich, dass der Minergiestandard für uns bereits so klar und in der Gemeinde Köniz Voraussetzung fürs öffentliche Bauen ist, dass wir nicht einmal mehr davon sprechen. Gemeinderätin Marianne Streiff kann sicher noch Einzelheiten zum Mietvertrag abgeben.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich kann euch beruhigen, der Mietvorvertrag mit dem Kanton Bern ist unterschrieben. Der Kanton wird mindestens 400 Quadratmeter Bürofläche mieten, zusätzlich Autoeinstell- und Parkplätze, und der Betrag, welcher im Bericht und Antrag erwähnt ist, stimmt. Der Mietvertrag ist für mindestens 10 Jahre verlängerbar und umfasst eine Fläche von mindestens 400 Quadratmetern, damit genug Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, wenn der Kanton für Police Bern von uns Personal übernehmen muss.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

Beschluss

- 1. Für den Neubau des Polizeipostens Sägematte, Köniz, wird ein Kredit von Fr. 2'050'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 630.503.0254 bewilligt.**
- 2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, Änderungen, die im Laufe der Bauausführung im Interesse des Werkes notwendig werden, vorzunehmen, sofern sie den Rahmen des Bauprogrammes und des Kredites nicht sprengen.**

Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

8. Projekt stationäre Geschwindigkeitsmessenlagen

Kredit; Polizeidirektion

Herr Peter Antenen (SP), GPK-Sprecher: Betrachten wir die Motion Deuber 0316, "Tempo 30 muss eingehalten werden", als Ausgangslage, ist der Gemeinderat letztendlich verpflichtet, Massnahmen zur Überwachung der Geschwindigkeit auf den Strassen der Gemeinde Köniz zu treffen. Geschwindigkeitsmessenlagen, wie sie vom Gemeinderat zur Anschaffung beantragt werden, sind in vergleichbaren Gemeinden im In- und Ausland längst in Betrieb und erprobt. Dass der Gemeinderat handeln und neueste Technologie auf diesem Gebiet anschaffen möchte, war in der GPK unbestritten. Auf dem Markt gibt es nicht allzu viele Anbieter, somit ist die Auswahl an geeigneten Produkten beschränkt. Auch dass im EDV-Bereich Anpassungen bzw. Ergänzungen der bestehenden Software notwendig sind, damit eine lückenlose Auswertung erfolgen kann, war in der GPK unbestritten. Was die Anzahl der Geräte bzw. die Auswahl der Standorte betrifft, war eine Mehrheit der GPK der Ansicht, sechs stationäre Messstellen und drei portable Messgeräte als Ersatz des bisherigen mobilen Radargerätes würden für unsere Gemeinde ausreichen. Für die Mehrheit der GPK ist auch klar, dass die automatischen Radaranlagen primär an neuralgischen Punkten installiert und schwergewichtig der Verkehrs- und Schulwegsicherung dienen sollten. Es darf und soll nicht um ein Abzocken von Autofahrenden gehen, sondern um die Einhaltung der vorgeschriebenen Maximalgeschwindigkeiten und somit um eine Steigerung der Verkehrssicherheit; auch dieser Umstand war in der GPK unbestritten. Im Fall einer Fusion der Gemeindepolizei mit der Kantonspolizei gehen die Messgeräte in den Besitz der neuen Polizei über bzw. werden dann zumal vom Kanton zum Zeitwert finanziell abgegolten. Das wäre frühestens im Jahr 2010 der Fall. Bis dann sind wir für die Abschreibung selber verantwortlich. Dass im Zusammenhang mit der hier zur Diskussion stehenden Infrastruktur auch eine 50-Prozent-Stelle geschaffen werden soll, hängt damit zusammen, dass dieses Projekt eine neue Dimension erhält, und nicht einfach so nebenbei erledigt werden kann. Eine solche Anschaffung macht nur dann Sinn, wenn auch das entsprechende Backoffice, d.h. entsprechend gut ausgebildetes Personal vorhanden ist. Eine Mehrheit der GPK teilt die Auffassung des Gemeinderates. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 5 : 1 Stimmen, bei einer Enthaltung, diesem Geschäft zuzustimmen.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich weiss, der Zeitpunkt für die Anschaffung von "Blechpolizisten" ist äusserst unattraktiv. Der "Blechpolizist" ist in aller Munde und umstritten, weil er vielerorts als Abzockerei missbraucht wird. Ich kann euch beruhigen, denn Köniz hat nicht zum Ziel, die Verkehrsteilnehmenden abzuzocken, wir wollen die "Blechpolizisten" ausschliesslich zur Sicherheit und zur Umsetzung der Motion 0316 brauchen. Die Standorte wurden nicht nach "lukrativen" Gesichtspunkten ausgewählt, sondern mit Rücksicht auf die Schulwegsicherung und zum Schutz der Fussgänger im Ortszentrum. Würden wir die Standorte nach "Lukrativität" aussuchen, wären Raserstrecken ausserhalb der Ortszentren die besseren Standorte. Wir wählten sie jedoch zum Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer. Die Aussage von Peter Antenen zur gemeinsamen Polizei stimmt so nicht ganz. Der Kanton überlässt laut den bestehenden Gesetzen den Gemeinden die stationären Geschwindigkeitsmessungen, d.h. die Gemeinde wird weiterhin dafür zuständig sein. Für die Wartung der "Blechpolizisten" und das Auswerten der Aufzeichnungen benötigen wir keine ausgebildeten Polizisten. Ich nehme noch Stellung zur Schaffung der 50-Prozent-Stelle für die Auswertung. Diese Stellenprozente sind nicht budgetiert, aber ich kann hier erklären, dass die Polizeiabteilung in den letzten drei Jahren je 100 Stellenprozente Abteilungs- und Dienstzweigleitung, 20 Stellenprozente Schaltdienst bei den Einwohnerdiensten und 30 Stellen-

prozente Mitarbeit in der Ordnungsdienstzentrale eingespart hat. Wir haben somit sehr viele Stellenprozente abgebaut, und diese 50 Prozente sind längstens im Stellenpool enthalten. Wir konnten diese 50-Prozent-Stelle auch nicht budgetieren, weil wir erst nachdem das Budget erstellt war, bei andern Gemeinden in Erfahrung bringen konnten, dass diese Stelle einem Sachbearbeiter zugewiesen werden sollte, denn es kann nicht sein, dass ein ausgebildeter Polizist - diese sind dünn genug gesät - für solche Aufgaben "missbraucht" wird. Wenn als nächstes erklärt würde, die 200'000 Franken Einnahmen seien im Voranschlag aufgeführt, die Ausgaben für die Geräte und Installationen aber nicht, gilt es zu bedenken, dass es sich bei den 200'000 Franken um Nettoeinnahmen handelt. Darin sind die Ausgaben für die 50 Stellenprozente für die Auswertung der Bussen bereits enthalten. Ich hoffe, damit einige Fragen, die sicher gestellt worden wären, bereits beantwortet zu haben.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich habe einige Fragen. Eine davon betrifft ein Interview im "Bund" vom 21. November 2005, als Gemeinderätin Marianne Streiff aussagte, die Einnahmen aus Bussen würden zweckgebunden zu Gunsten der Sicherheit eingesetzt. Ich wüsste gerne von dir, wie du zu diesem Schluss kommst, denn nach meiner Meinung fließen diese Gelder in die allgemeine Rechnung. Meine zweite Frage ist, wieso der Gemeinderat im Investitionsplan dem Geschäft die Priorität C3 zuwies, d.h. Wunschbedarf mittelfristig, uns das Geschäft aber bereits jetzt vorlegt. Die dritte Frage betrifft die Sicherheit: Nach dem Studium verschiedener Studien über Sicherheit vermisste ich noch einige Punkte, auf welche ich in der Detailberatung zurückkommen werde. Mich interessiert, welche Studien für die Sicherheit der Kinder in diesem Geschäft allenfalls beigezogen und welche Vergleiche vorgenommen wurden. Der vierte Punkt betrifft eine kleine Rechnung meinerseits. Im Bericht ist aufgeführt, dass die Anlage in zwei bis drei Jahren amortisiert sein werde. Nehme ich jedoch die Nettoeinnahmen für Bussen in der Höhe von 200'000 Franken und rechne diese mal 3 Jahre, komme ich auf höchstens 600'000 Franken Einnahmen, und allein die Investitionen werden auf 800'000 Franken veranschlagt. Ich wäre froh, wenn hier Klarheit geschaffen werden könnte.

Herr Beat Deuber (SP): Mich freut besonders, dass an meiner letzten Parlamentssitzung das Geschäft, welches auf einen Vorstoss von mir zurückgeht, hoffentlich zu einem guten Ende kommt. Ich nehme das Votum von Gemeinderätin Marianne Streiff auf, in welchem sie erklärte, die Gemeinde Köniz wolle keine Abzockerei betreiben. Aus meiner Sicht sind "Blechpolizisten" nie Abzockerei, Verkehrsteilnehmende müssen sich vor "Blechpolizisten" in keiner Art und Weise fürchten, ausser sie verhalten sich nicht korrekt. Die "Blechpolizisten" sind keine "Gelddruckerei" auf Bürgerkosten. Wer sich an die Verkehrsregeln hält, erfährt keine Nachteile mit der Aufstellung dieser Geräte, und die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass - wie in allen Bereichen des Zusammenlebens - auch im Strassenverkehr die gängigen Regeln und Gesetze eingehalten werden müssen. Wer sich nicht daran hält, gefährdet im Strassenverkehr seine Mitmenschen - insbesondere auch die Schulkinder - und muss im Fall von Übertretungen auch dafür gebüsst werden. Ich komme zurück zur Geschwindigkeit: Ich nehme an, dass von den hier anwesenden Personen ungefähr 80 Prozent oder mehr dazu befähigt sind, ein Auto zu lenken und somit eine Theorieprüfung erfolgreich bestanden haben. Anlässlich der Theorieschulung lernte man die gängige Faustregel, dass doppelte Geschwindigkeit einen viermal so langen Anhalteweg ergibt. Auch wenn die Fahrprüfung zum Teil bereits weiter zurück liegt als bei mir, hat diese Faustregel nach wie vor Gültigkeit, auch in Zeiten von ABS und anderen elektronischen Helfern im Auto, denn die Physik der Strasse kann nicht von der Technik überlistet werden. Schlägt man in "Köniz in Zahlen" die Seiten mit der Kontrollstatistik der Gemeindepolizei auf, zeigt sich, dass an gewissen Punkten in der Gemeinde Handlungsbedarf in Bezug auf das Einhalten der vorgeschriebenen Geschwindigkeiten vorhanden ist. Die Geräte, welche mit diesem Kredit angeschafft werden sollen, helfen mit, an diesen neuralgischen Punkten die Geschwindigkeitsüberschreitungen zu reduzieren, werden sie aber sicher nicht eliminieren. Sie leisten jedoch sicher einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, jetzt müsse gehandelt werden. Bei der Behandlung meiner Motion "Tempo 30 muss eingehalten werden" wurde mir vorgeworfen, ich doziere zu viele Zahlen. An meiner letzten Parlamentssitzung bin ich uneinsichtig und tue dies nochmals: Ein Auto, das mit 30 Stundenkilometern unterwegs ist, hat bei trockener Fahrbahn einen Anhalteweg von 12 bis 15 Metern, inklusive Reaktions- und Bremswirkungszeit. Mit 50 Stundenkilometern beträgt der Anhalteweg 21 bis 25 Meter, d.h. rund 10 Meter mehr. Betrachtet man die Zahlen und vergleicht, wo sich das mit 50 Stundenkilometern fahrende

Auto befindet, wenn das mit 30 Stundenkilometern fahrende bereits steht, ist dies doch eine rechte Strecke. 50 Stundenkilometer sind ungefähr 16 Meter/Sekunde, in der Reaktionsphase von 1 Sekunde fährt man demnach 16 Meter. Eine Studie der Stadt Zürich zeigt, dass die Einführung von grossflächigen Tempo-30-Zonen die Anzahl Verletzungen, insbesondere aber deren Schwere, signifikant reduzierte. All diese verkehrssichernden Massnahmen müssen jedoch immer bewilligt werden. Sicherheitsbestimmungen im Strassenverkehr sind unwirksam, wenn sie nicht eingehalten werden, denn alle Verkehrsteilnehmenden dürfen damit rechnen, dass die Höchstgeschwindigkeiten eingehalten werden. Kurz zusammengefasst: Tempolimiten einhalten bedeutet Leben schützen, Leben retten. Die 800'000 Franken, über welchen wir heute abstimmen, sind sinnvoll eingesetzte Mittel. Auch das Konzept des Gemeinderates, die stationären Geschwindigkeitsmessanlagen insbesondere bei Schulhäusern einzusetzen, ist für uns richtig und zeigt, wie wichtig diese Geräte zur Sicherung von Schulwegen sind. Wir sind auch der Meinung, es sei richtig, wenn die Gemeinde das bisherige mobile Gerät durch ein zeitgemässes ersetzt, das weniger Aufwand pro Einzelbusse verursacht und somit effizient genutzt werden kann. Ich mache noch einen Ausblick auf das Geschäft Nr. 17, die Motion 0516 betr. Konzept zur Verkehrsentslastung der Region Mengestorfberg: Das ist genau ein solcher Punkt, an welchem ein "Blechpolizist" Entlastung und eine wirksame Verbesserung der Situation bringen könnte. Die Tempolimiten werden dort immer stark überschritten, sicher meistens von Auto fahrenden, für welche die Mengestorfstrasse Autobahnzubringer ist. In diesem Sinne bitte ich euch, dem Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Herr Thomas Hänni (FDP): Ich habe noch eine Frage an den Gemeinderat: Wie viele Unfälle gab es seit der Einführung von Tempo 30 in jenen Zonen, in welchen die "Blechpolizisten" nun aufgestellt werden sollen, und mit welchen Folgen liefen sie ab? Gab es Verletzte, sogar Tote? Wurde das überprüft?

Herr Urs Maibach (GB): Vor kurzem stieg ich bei einem Bekannten ins Auto, und als erstes legte er einen Pager auf das Armaturenbrett. Auf meine Frage, was das bedeuten solle, antwortete er mir, dies sei eine mobile Warnung für Radarkontrollen. In der Tat, bereits nach kurzer Zeit piepste dieses Ding und zeigt eine mobile Radarkontrolle an der Schwarzenburgstrasse im Moos an. Ich behaupte, dass all jene, die vermutlich oft zu schnell fahren, innerhalb weniger Minuten solche Kontrollen weiter melden. Daraus ist zu schliessen, dass bei mobilen Radarkontrollen oft gar nicht jene erfasst werden, die in der Regel zu schnell fahren, meistens werden eher die "Unerfahrenen" erwischt, denen kein entsprechendes Gerät zur Verfügung stand. Dass immer noch viele Kontrollen durchgeführt werden, zeigen die alljährlichen Zahlen der Polizeidirektion. Mobile Radarkontrollen sind sicher notwendig, aber in den sensiblen Bereichen von Tempo 30, vor allem bei Schulhäusern in Verbindung mit Schulweg-sicherung, müssen wir, wollen wir wirkungsvolle Resultate erreichen, fest installierte Geschwindigkeitskontrollmessgeräte realisieren. Die Standorte der Geräte sind bald einmal bekannt und da die "Chance", geblitzt zu werden, sehr gross ist, werden in der Regel sicher alle Verkehrsteilnehmenden die entsprechenden Tempolimiten einhalten, womit das Ziel grundsätzlich erreicht wäre. Solche stationären Geschwindigkeitsmessgeräte sind im Grunde genommen viel ehrlicher, für alle gleich und können nicht umgangen werden, und die Sicherheit wird erhöht. Wir vom Grünen Bündnis stimmen dem Geschäft einstimmig zu.

Frau Ursula Wyss (LdU): Auch unsere Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Denn - wie ich auch schon erklärt habe - nützen Verbots- und Geschwindigkeitsbeschränkungstafeln ohne Kontrollen nicht viel. Deshalb ist dieses Geschäft nach unserer Meinung wichtig. Es geht nicht darum, wie meine Vorredner zum Teil bereits erwähnten, mit diesen "Blechpolizisten" Personen zu Sündern zu stempeln und zu büssen. Wer die angezeigte Geschwindigkeit einhält, hat nichts zu befürchten. Es geht darum, unsere Strassen sicherer zu machen, indem dafür gesorgt wird, dass eine bestimmte Geschwindigkeit eingehalten wird. Gerade auf Schulwegen ist dies von enormer Wichtigkeit. Ich selber bin entweder als Fussgängerin oder Radfahrerin unterwegs und staune immer wieder, wie schnell für gewisse Auto fahrende Tempo 30 oder 50 ist. Mit diesen sechs "Blechpolizisten" werden jedoch nur 6 Strassen oder Teile davon sicherer. Normale Kontrollen müssen weiterhin vorgenommen werden, sei es für die Geschwindigkeitsüberwachung oder z.B. Überwachung von Fahrverboten, und zwar nach meiner Meinung mehr als heute.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich habe Mühe damit, wenn nach Anzahl Verletzter oder gar

Toter an jenen Orten gefragt wird, wo die Aufstellung von "Blechpolizisten" vorgesehen ist. Ich stelle die Gegenfrage: Will man zuerst einen Todesfall und dann den "Blechpolizisten" oder zuerst den "Blechpolizisten" und damit Verletzte oder gar Todesfälle verhindern?

Herr Hugo Staub (SP): Ich spreche noch zum Thema "Abzocken": Vielleicht sind euch auch Meldungen im Radio aufgefallen, die auf Radarkontrollen aufmerksam machen. Eine solche Meldung wird von der Polizei nicht verhindert, das darf offenbar gemacht werden. Ginge es der Polizei um Abzockerei, würden solche Warnungen sicher bestraft, weil mit ihnen die Einnahmen vereitelt würden. Es geht jedoch um die Reduzierung der Geschwindigkeit, die mit der Meldung im Radio, dass Radarkontrollen gemacht werden, genau so erreicht wird, wie über das Messen selber. Ob das Warnsignal von einem Auto aus der Gegenrichtung kommt oder vom Polizisten, spielt letztendlich keine Rolle, wenn es um den Kern der Sache geht, nämlich um die Einhaltung der Tempolimiten.

Herr Thomas Hänni (FDP): Katrin Sedlmayer, ich habe nichts gegen mobile Radarkontrollen, aber die "Blechpolizisten" stören mich wegen des finanziellen Aufwandes in der momentanen gespannten finanziellen Situation. Wenn bis jetzt nichts passiert ist, sind wir alle vernünftige Leute und fahren in diesem Sinne normal. Du baust bei deinem Haus auch keinen Hochwasserschutz, wenn gar nie Hochwasser kommen kann. Wer zu schnell fährt, kann mit mobilen Kontrollen an neuralgischen Punkten erfasst und dementsprechend gebüsst werden. Diese Blechpolizisten jetzt "durchpauken" zu wollen, ist nach meiner Meinung nicht sinnvoll, denn die finanzielle Situation lässt die Investition nicht zu.

Herr Beat Deuber (SP): Ich entgegne Thomas Hänni: Die Geschwindigkeitskontrollen zeigen auf, das insbesondere in Tempo-30-Zonen viel zu schnell gefahren wird. Ich bin auch darüber froh, dass sich noch keine Unfälle mit gravierenden Verletzungen oder gar Todesfällen ereignet haben, aber wenn etwas passiert, ist es für Betroffene zu spät für eine Reaktion. Ich erinnere an den Bahnübergang im Moos, der bis zum tragischen tödlichen Unfall auch nie ein Problem war. Plötzlich mussten dann 2,5 Millionen Franken für den Bau eines sicheren Übergangs bewilligt werden. Die Investition von 800'000 Franken für Blechpolizisten, mit welcher wegen uneinsichtiger Auto fahrender noch Geld hereinkommt, ist gut angelegt, denn wir wollen nicht warten, bis etwas passiert.

Herr Peter Antenen (SP): Ich beleuchte die Angelegenheit noch von einer anderen Seite: Letztendlich wollen wir die "Blechpolizisten" nicht irgendwo nach dem Zufallsprinzip in eine Quartierstrasse stellen. Die vorgesehenen Stellen befinden sich schwergewichtig in unmittelbarer Nähe von Schulhäusern. Schulkinder gehen, ausserhalb der Ferien, diesen Weg täglich. Wenn dort eine Radaranlage steht, ist dies ein aktiver Beitrag an die Schulwegsicherung, und das muss uns allen ein Anliegen sein.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich danke für die Diskussion. Leider sind nicht alle Automobilisten vernünftig genug und halten sich immer an die vorgeschriebene Geschwindigkeit. Ihr könnt euch nicht vorstellen, wie viele Schreiben, E-Mails und Telefone bei der Polizeiabteilung eintreffen, welche mehr Geschwindigkeitskontrollen fordern. Auch haben viele Eltern Angst um ihre Kinder auf dem Schulweg. Solche Kontrollen sind ein Bedürfnis vieler Einwohnerinnen und Einwohner. Eine Unfallstatistik über jene Zonen, wo nun "Blechpolizisten" aufgestellt werden sollen, haben wir nicht, eine solche führt der Kanton. Ich denke, es werden nicht viele Unfälle sein. Jeder Unfall ist jedoch einer zu viel, und schon nur ein Invaliditätsfall, der verhindert werden kann, könnte unter Umständen wesentlich mehr kosten als die 800'000 Franken für die Messanlagen. Mir scheint die Aussage, "Blechpolizisten" erst dann sollten erst dann aufgestellt werden, wenn etwas passiert ist, nicht richtig. Zum Thema Sicherheit: Gerade die Erfahrungen der Gemeinde Ostermundigen zeigten, wie gut die Geschwindigkeitslimiten eingehalten werden, wenn den Auto fahrenden bewusst ist, dass ein "Blechpolizist" steht. Damit ist das Ziel erreicht. Bernhard Bichsel fragte noch, ob die eingenommenen Bussen zweckgebunden ausgegeben werden. Schöne wäre es, wenn ich allein bestimmen könnte, was mit den Busseneinnahmen zu geschehen hat. Leider ist das nicht möglich, denn Gemeinderat und Parlament haben auch "etwas dazu zu sagen". Ich wurde von der Presse angefragt, ob vorgesehen sei, mit den Einnahmen aus den Bussen das Gemeindebudget zu verbessern. Das ist jedoch nicht das Ziel, wie wir bereits gehört haben, sondern wir wollen die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer erhöhen. Ihr wisst alle, wie knapp die Ressourcen bei der Polizei sind und wie wenig Personal vorhanden ist. So werden z.B. erst drei

der sechs zu beschaffenden "Blechpolizisten" mit Kameras ausgestattet sein. Wir haben 200'000 Franken Einnahmen budgetiert, und Bernhard Bichsel sagte, damit sei die Amortisation in zwei bis drei Jahren nicht möglich. Diese 200'000 Franken sind Einnahmen ohne Radarkontrollen und mobile Messgeräte, über die wir bereits verfügen. Wir haben die Einnahmen auch sehr vorsichtig budgetiert, sie werden sicher höher ausfallen. Die Frage betreffend Priorität C3, mittelfristig, wird der Gemeindepräsident beantworten. Wenn wir diese stationären Geschwindigkeitsmessanlagen nicht jetzt aufstellen, so lange noch die Gemeinde zuständig ist, müssten wir für die Schulwegsicherung kämpfen, sie würde dann nicht mehr in unseren Händen liegen. Deshalb ist es für mich richtig und wichtig, das Geschäft jetzt anzugehen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Der aufmerksame Parlamentarier Bernhard Bichsel hat einen wunden Punkt gefunden, das muss ich einräumen. Die Klassifizierung dieses Projektes mit C3 wurde in einer sehr frühen Phase der Budgetierung vorgenommen, und uns zwingt kein übergeordnetes Recht dazu, diese Anschaffung so rasch als möglich zu tätigen. Es geht auch nicht um den Unterhalt eines Investitionsgutes der Gemeinde wie z.B. eines Schulhauses. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, führte dies in der frühen Budgetierungsphase zur Priorität C3. Der Gemeinderat nahm eine Priorisierung vor und erachtete diese Anschaffung als wichtiges Anliegen im Zusammenhang mit der Schulwegsicherung und der Durchsetzung der Tempolimiten, weshalb er das Projekt im späteren Verlauf der Budgetphase politisch anders gewichtete. Er unterliess es aber, die Klassifizierung zu ändern. Im Bericht auf den weissen Seiten des Budgets ist in der Zusammenfassung zu lesen, dass der Gemeinderat trotz angespannter Finanzlage im einen oder anderen Politikbereich Akzente setzen will, und einer davon ist die Schulwegsicherung. Wir wollen eine attraktive Gemeinde für Familien sein. Dazu gehört auch der Aspekt der Durchsetzung von Tempolimiten in Bereichen, in welchen schwächere Verkehrsteilnehmer Strassen queren müssen. Als Finanzminister bin ich auch davon überzeugt, dass sich die Ausgaben in dem Sinne rechnen werden, dass die Anschaffungs- und Betriebskosten durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich danke für die Antworten, von welchen ich befriedigt bin. Ich kann dem Geschäft durchaus auch positive Seiten abgewinnen, ich gebe Beat Deuber insofern Recht, dass Handlungsbedarf besteht. Es wird zu oft zu schnell gefahren, das ergaben Messungen. Ich begrüsse auch sehr, dass Schulwegsicherung als prioritär betrachtet wird. Hingegen muss ich erklären: Jedes Auto wird in der Schweiz im Durchschnitt 30 Mal im Jahr kontrolliert. Ein paar Punkte störten mich jedoch, wie z.B., dass Busseneinnahmen bereits im Budget enthalten sind, bevor das Parlament darüber beraten hat. Der grösste Fehler ist in meinen Augen folgender: Eine Studie der Verkehrspsychologin Maria Limburg zeigt auf, dass "Blechpolizisten" alleine nicht ausreichen, um die Geschwindigkeitsübertretungen zu drosseln. Ich zitiere: "Die Überwachung ist am effektivsten in Verbindung mit Aufklärung, also z.B. mit Hinweistafeln. Scharfe Kontrollen alleine machten die Polizei unglaubwürdig, und umgekehrt bringt Aufklärung ohne Kontrolle auch nichts." Hier sehe ich nur das Kontrollelement, ich vermisse die Aufklärung komplett. Will man diese "Blechpolizisten" einführen, muss ich den Gemeinderat auffordern, dies in einer Komplettbetrachtung zu tun. Ich stelle einen Rückweisungsantrag, denn ich möchte, dass das Geschäft entsprechend der Priorisierung C3 im verabschiedeten Investitionsplan dem Parlament wieder vorgelegt wird, mit den entsprechenden Sicherheitskorrekturen.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich bitte euch, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Verkehrssicherheit und Schulwegsicherung sind wichtig, und das Projekt sollte jetzt angegangen werden.

Herr Markus Stähli (SVP): Ich habe eine grosse Frage. So quasi nebenbei habe ich vernommen, dass ein "Blechpolizist" im Zentrum von Köniz vorgesehen ist. Wenn dieser in der Tempo-30-Zone aufgestellt wird, kann ich diesem Geschäft nicht zustimmen, und zwar aus folgendem Grund: Wir haben eine neue Strasse mit Tempo 30 und es wird ein "Blechpolizist" aufgestellt. Vielleicht ist man sensibel genug und lässt ihn am Sonntagmorgen bei Tagesanbruch nicht laufen, denn es könnten Personen durchfahren, die ihrem Hobby frönen, vielleicht zum Fischen fahren, was mit dem Fahrrad nicht möglich ist, denn wie sollen mit dem Velo die gefangenen Fische heim transportiert werden... Was passiert nun aber, wenn der "Blechpolizist" eingeschaltet ist? Wer am Sonntagmorgen früh zu schnell durchfährt, wird gebüsst, ohne irgendeine Person gefährdet zu haben, unter Umständen muss sogar der Fahrausweis abge-

geben werden.

Herr Beat Deuber (SP): Heute bin ich hartnäckig. Tempolimit 30 gilt auch am Sonntagmorgen früh. Auch ich fröne meinen Hobbys und muss mich auf dem Weg dazu geltendem Recht unterwerfen. Hätte ich z.B. Graffiti als Hobby und würde am Sonntagmorgen das Haus von Markus Stähli versprayen, würde ich geltendes Recht verletzen, denn Sprayen ist auch am Sonntagmorgen verboten.

Detailberatung

Frau Barbara Mooser (FDP): Ich stelle im Namen der FDP/jfk-Fraktion zwei Anträge: der erste lautet: *"Vor jedem 'Blechpolizisten' muss vorher eine Warntafel, z.B. 'Vorsicht Radar' stehen, die dem Verkehrsteilnehmer ein Radar ankündigt"*, nach dem Motto "lieber informieren als schikanieren". Informieren erhöht das Verantwortungsbewusstsein, die Schikane bewirkt das Gegenteil. Holland, Dänemark und Schweden kennen die transparente Kommunikation schon längst und verstecken "Blechpolizisten" nicht hinter Bäumen oder Häusern. Man will mit diesen "Blechpolizisten" ja bewirken, dass entsprechend den Tempolimiten gefahren wird. Deshalb ist es in meinen Augen wichtig, Warntafeln anzubringen. Der zweite Antrag lautet: *"Die 'Blechpolizisten' sind nur an besonders sensiblen Orten wie Kindergärten, Schulen, Spitätern und Heimen aufzustellen"*. Ich bin der Meinung, ein "Blechpolizist" im Ortszentrum sei Abzockerei. Die neuen Radargeräte messen genau, und dann ist man unter Umständen mit 33 oder 34 Stundenkilometern bereits zu schnell unterwegs. Deshalb bitten wir von der FDP/jfk-Fraktion um Annahme der beiden Anträge.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Ich bitte darum, die beiden Anträge anzunehmen. Wie Studien zeigen, bringen Warnungen vor Blechpolizisten viel. Es gibt noch weitergehende Massnahmen im Aufklärungsbereich, die das Tempo in Kombination mit Kontrollen herunter bringen.

Herr Beat Deuber (SP): Die SP/JUSO-Fraktion kann dem ersten Antrag von Barbara Mooser zustimmen. Wir haben nichts dagegen, mit der Aufstellung von Warnschildern den präventiven Gedanken aufzunehmen. Mit dem zweiten Antrag erklären wir uns nicht einverstanden, denn auch das Ortszentrum ist Schulweg und wird von älteren Personen benützt.

Mit grossem Mehr zu 7 Stimmen lehnt das Parlament den Rückweisungsantrag von Herrn Bernhard Bichsel ab.

Mit grossem Mehr (Antrag 1) bzw. mit 19 zu 19 Stimmen und mit dem Stichentscheid der Präsidentin (Antrag 2) heisst das Parlament die Anträge der FDP/jfk gut.

Mit grossem Mehr (beide Ziffern) fasst das Parlament den

Beschluss

- 1. Für die Realisierung des Projektes „stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen“ wird ein Kredit von Fr. 800'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 630.506.0123 bewilligt.**
- 2. Die Motion Deuber (0316) betr. Tempo 30 muss eingehalten wird als erfüllt abgeschrieben.**

9. Dringliche Interpellation Deuber (SP/JUSO) / Ackermann (FDP) / Maibach (GB) betr. Agglomerationsstrategie

Beantwortung 0525; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Beat Deuber (SP): Die Interpellanten danken dem Gemeinderat für die erhaltene Antwort. Ich erkläre kurz, dass die Veranstaltung des Stadtrates von Bern für Parlamentarierinnen und Parlamentarier sehr informativ war und es ist schade, dass nicht alle Fraktionen von diesem Angebot Gebrauch machten. Wir danken dem Gemeinderat auch, dass er beabsichtigt, das Parlament in Form von Berichterstattung in den Prozess einzubeziehen. Wir sind der Meinung, das Parlament sollte noch einen Schritt weiter gehen, und regen an, dass sich das Büro überlegen soll, in welcher Form sich das Parlament selber mit der Agglomerationsstrategie befassen soll. Wird das entsprechende Gesetz angenommen, wird dann wichtig sein zu wissen, wie das Parlament mit der Regionalkonferenz umgehen soll.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

10 Motion Wyss betr. „Köniz Innerorts“

Beantwortung 0504; Präsidial- und Finanzdirektion

Frau Ursula Wyss (LdU): Ich danke dem Gemeinderat für die positive Aufnahme meines Vorstosses. Seit einiger Zeit publiziert die Gemeinde Köniz ihr offizielles Blatt "Köniz Innerorts" nicht mehr selber, sondern in der Könizer Zeitung. Damit ist die Könizer Zeitung das offizielle Mitteilungsorgan der Gemeinde. Dieser Status macht die Könizer Zeitung bekannter, sie hat quasi ein Monopol. Versteht mich richtig, mein Vorstoss richtet sich nicht gegen die Könizer Zeitung, ich will aber nicht, dass die Gemeinde eine private Zeitung bevorzugt. Eine Bevorzugung ist es nämlich in meinen Augen, wenn das offizielle Mitteilungsorgan der Gemeinde in einer privaten Zeitung veröffentlicht wird. In seiner Antwort gibt mir der Gemeinderat auch Recht, und dazu kommt, dass der Beachtungsgrad nicht klar ist, was heissen würde, die offiziellen Mitteilungen der Gemeinde gingen ins Leere. Ich wohne in Wabern, und die Wabern Post wird in Wabern mehr gelesen als die Könizer Zeitung, sie hat eine wichtige Funktion für die Vereine und die Bevölkerung von Wabern. Trotzdem kämpft sie ums Überleben. Wenn sie anstelle der Könizer Zeitung "Köniz Innerorts" publizieren könnte, hätte sie die Möglichkeit zu überleben. Was gibt es für Auswege? Eigentlich nur zwei: Entweder publiziert die Gemeinde "Köniz Innerorts" selber oder sie publiziert es in allen Könizer Zeitungen. Der Gemeinderat schlägt nun vor, alle Kommunikationskanäle zu untersuchen und in einen Gesamtzusammenhang zu stellen, also ein Gesamtkonzept zur Kommunikation zu erarbeiten. Das ist in meinen Augen gut und sinnvoll. Ich erkläre mich mit dem Antrag des Gemeinderates einverstanden und bitte euch, ihn anzunehmen.

Beschluss

Die Motion Wyss (0525) betr. „Köniz Innerorts“ wird als Postulat erheblich erklärt.

11. Überparteiliche Motion Troxler (SP/JUSO) / Maibach (GB) / Lager (CVP) betr. Einführung der „Lokalen Agenda 21“ in der Gemeinde Köniz

Beantwortung 0505; Präsidial- und Finanzdirektion

Frau Elisabeth Troxler (SP): Ich fasse mich kurz. Ich danke dem Gemeinderat für die sehr positive Antwort, und es freut die SP/JUSO-Fraktion, dass der Gemeinderat die Wichtigkeit des Entwicklungsprozesses der "Lokalen Agenda 21" anerkennt und sich damit befassen will. Einige Stichworte: Man will vor allem auf Bestehendem aufbauen, das Bestehende vernetzen, und ein ganz wichtiger Punkt ist der Einbezug der Bevölkerung. Konkret und beschränkt auf einzelne Projekte soll in der Gemeinde Köniz etwas passieren, d.h. nicht alles Wünschenswerte soll auf einmal umgesetzt werden. Ich bin gespannt auf die in Aussicht gestellten Erläuterungen des Gemeinderates und bitte euch, die Motion anzunehmen.

Herr Urs Maibach (GB): Auch ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort und die positive Aufnahme des Anliegens. Die Wahlen im letzten Monat haben gezeigt, dass die Bevölkerung mehr Ökologie und mehr Nachhaltigkeit will und es der Gemeinde Köniz gut ansteht, mit der "Lokalen Agenda 21" zu starten. Zweifellos machte die Gemeinde bereits viele gute Schritte in diese Richtung, in der Antwort ist einiges aufgeführt. Wir haben eine gute Grundlage und können weiter darauf aufbauen. Es wird und muss ein längerfristiger Prozess in Angriff genommen werden. Zielbereiche und Handlungsfelder sind in der Antwort des Gemeinderates grundlegend aufgelistet, und ich bin davon überzeugt, dass der Gemeinderat gute Projekte finden wird. Es geht vor allem darum, Projekte mit einer Win-Win-Situation zu finden. Wir können uns konkret Projekte wie z.B. Biogasanlagen, Secondhand-Workshop im Werkhof oder rentable Energieproduktionen mit Solarzellen auf Könizer Dächern vorstellen. Es geht auch darum, heute noch bestehende schlechte Beispiele zu betrachten und zu verbessern, ich denke an den Transport von Abrieb von Eisbahnen auf den Gurten. So gut und ausführlich die Antwort des Gemeinderates auch ist, bei den Entscheidungsgrundlagen unter Punkt 6 vermissemich noch einen Punkt, der mir sehr wichtig ist, nämlich den Einbezug der Bevölkerung inklusive Schulen. Dieser Punkt ist im Motionstext enthalten, und es geht mir darum, dass er in den Ausführungen nicht vergessen wird. Wir vom Grünen Bündnis empfehlen dem Parlament, der Motion zuzustimmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: In der Schweiz gibt es 3000 Gemeinden, und 140 davon schliessen sich vollumfänglich dem Prozess der "Lokalen Agenda 21" an. Das Prinzip

der nachhaltigen Entwicklung ist in der Bundesverfassung verankert, auch der Kanton Bern bekennt sich in den Regierungsrichtlinien und im kantonalen Richtplan zum Prinzip der nachhaltigen Entwicklung, wie es in der "Lokalen Agenda 21" festgeschrieben ist. Nach Auffassung des Gemeinderates sind die "Lokale Agenda 21" und das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung kein "fakultatives Sonntagsprogramm", sondern etwas, das getan werden muss. Nachhaltigkeit hat mit Zukunftssicherung für unsere Nachkommen zu tun, das geht uns jetzt und hier etwas an, und auch uns Könizer, auch wenn wir in immer dichter werdenden Rhythmen durch Unwetterkatastrophen auf der ganzen Welt, aber auch in unserem Kanton daran erinnert werden, dass im Bereich der Nachhaltigkeit irgendetwas auf dieser Welt nicht mehr stimmt. Es ist falsch, wenn man auf andere verweist, die zuerst schauen sollen. Wir müssen bei uns selber beginnen; nur so kann vernünftige Politik entwickelt werden. Der Umweltschutz hat seinen Grundcharakter im Verlaufe der Jahre verändert. Er war lange ein Politikbereich, bei dem man am Schluss der Röhre mit technischen Massnahmen versuchte, Wirkung zu erreichen. Dieser Weg war richtig und gut, und er läuft weiter, aber der technisch verstandene Umweltschutz erschöpft sich mehr und mehr. Er stösst an seine Limiten, weil das Potenzial ausgeschöpft ist und alles, was in Richtung Vorbildaufgaben und Kampagnen geht, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Der Gemeinderat will kein "Allerweltsprogramm" starten, das sich in luftigen Höhen bewegt, sehr viele Kräfte bindet, unzählige Sitzungen in der Verwaltung erfordert, hohe Kredite für externe Beratungen beansprucht und zu 150-seitigen Büchern führt, sondern er will ein konkretes Projekt entwickeln, bei welchem man weiss, worum es geht. Er will ein Projekt entwickeln, das nicht alles Wünschbare erfüllt. Er will ein Projekt, das Wirkung nach aussen hat, bei der Bevölkerung, die merken soll, dass die Gemeinde im Bereich der nachhaltigen Politik konkrete Projekte entwickelt, die auch umgesetzt werden. Es soll freiwillig sein, denn wir wollen nicht mit staatlichem Zwang etwas erreichen, sondern wir wollen die Bevölkerung überzeugen. Der Parlamentsentscheid, den ihr heute hoffentlich gemäss dem Antrag des Gemeinderates fällt, hat Signalwirkung für die künftige Entwicklung der Gemeinde. Er gibt den Startschuss für eine Standortbestimmung in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung. Er gibt den Startschuss zur Erarbeitung einer Kreditvorlage, die wir euch gestützt auf die Standortbestimmung und die Formulierung von zu erreichenden Zielen vorlegen werden. Über die Kreditvorlage wird das Parlament dann entscheiden, und dort könnt ihr den Gemeinderat messen. Habt ihr das Gefühl, das Projekt sei zu teuer, könnt ihr die Handbremse anziehen. Die Motion ist der Startschuss zur Ausarbeitung eines Programms. Noch eine Bemerkung: Wir haben viel über Gemeindemarketing gesprochen, ich bin der Auffassung, dass sich Gemeindemarketing und die "Lokale Agenda 21" teilweise überschneiden. Unsere Gemeinde hat sich mit dem Label "Energistadt" ein sehr positives Merkmal erarbeitet, das man unter der nachhaltigen Entwicklung subsumieren kann. Wenn wir eine gute "Lokale Agenda 21" entwickeln und sie umsetzen, werden wir in diesem Bereich weitere Punkte sammeln, was für unser Gemeinderat ausserordentlich wichtig ist. Ich bitte euch, die Motion anzunehmen.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

Beschluss

Die Überparteiliche Motion Troxler (SP/JUSO) / Maibach (GB) / Lagger (CVP) (0505) betr. Einführung der „Lokalen Agenda 21“ in der Gemeinde Köniz wird erheblich erklärt.

12. Motion Graber (SP) betr. „Rauchfreies Köniz“

Beantwortung 0508; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Martin Graber (SP): Im März 1996 kündigte der "Blick" an, der Bund wolle ein umfassendes Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bahnen erlassen, und löste damit einen grossen Sturm der Entrüstung aus. Ende 2005 zeigte eine repräsentative Umfrage bei 2000 Personen in der Schweiz deutlich: 62 Prozent sind für ein generelles Rauchverbot in öffentlichen Räumen. So ändern sich Meinungen. Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat erkläre ich mich einverstanden und bitte das Parlament um ein deutliches Zeichen zu Gunsten einer gesunden und zeitgemässen Gemeinde. Ich danke dem Gemeinderat für sein schnelles Rauchzeichen: Am 14. März 2005 wurde die Motion eingereicht und bereits neun Tage später erliess der Gemeinderat ein Rauchverbot für die Verwaltungsgebäude. Köniz steht damit nicht alleine da, der Trend zu rauchfreien Orten ist deutlich, und die Wirksamkeit von Rauchverboten ist in Bezug auf Gesundheit und Prävention ganz klar erwiesen. In

sehr vielen öffentlichen Gebäuden in der Schweiz ist das Rauchen grundsätzlich verboten, im Kanton Graubünden seit Juli 2004, im Kanton Genf seit August 2005. Die Universität Zürich kennt das generelle Rauchverbot seit April 2005, und im Inselspital darf seit dem 1. Juli 2005 nicht mehr geraucht werden. Auch in Thun, einer mit uns vergleichbaren Gemeinde, sind seit dem 1. Dezember 2005 alle Verwaltungsgebäude, Schulhäuser, Kindergärten, Turn- und Sporthallen rauchfrei. Die Gemeinde Köniz steht mit ihrer Regelung nicht alleine da, lässt sich aber bereits wieder überholen, denn die Regelung des Gemeinderates geht nach meiner Ansicht insbesondere bezüglich der Schulanlagen zu wenig weit. Wenn der Gemeinderat von Fumoirs in Schulhäusern schreibt, ist das ein sehr schöner Begriff, der doch etwas an der Realität vorbei geht. Ich würde die Raucherzimmer in den Schulhäusern - mindestens teilweise - eher als "Raucherhöhlen" bezeichnen. Wir haben im Budget 2006 den Betrag von rund einer halben Million Franken für die Fachstelle Prävention vorgesehen. Das Geld ist sinnvoll und volkswirtschaftlich gesehen auch Gewinn bringend angelegt. Ein generelles Rauchverbot in den Schulhäusern und mindestens während der Schulzeiten auch auf dem gesamten Schulareal würde nichts kosten, aber zusätzlich viel bringen, denn das würde Schülerinnen und Schülern zeigen, dass nicht nur über Prävention gesprochen, sondern auch entsprechend gehandelt wird. Das Suchtpotenzial von Nikotin entspricht jenem von Heroin, und je früher mit Rauchen begonnen wird, desto schwieriger wird das Aufhören. Deshalb muss in den Schulen gehandelt werden, der blaue Dunst hat dort nichts mehr zu suchen. Die WHO stellt seit dem 1. Dezember 2005 keine Rauchenden mehr an, mit der Begründung, man könne nicht für die Gesundheit kämpfen und gleichzeitig rauchen. Am Anfang sagte ich, 62 Prozent seien für rauchfreie öffentliche Räume, das muss ich noch etwas präzisieren: 62 Prozent der Raucher sind für ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen, nehmen wir die Gesamtbevölkerung, sind satte 77 Prozent für ein solches Verbot. Ich bitte euch, das Postulat anzunehmen und damit ein deutliches Rauchzeichen an den Gemeinderat zu senden.

Herr Christian Balz (FDP): Es geht hier um unser Wertvollstes, um unsere Gesundheit. Nachdem viele Gross- und Kleinfirmen, wie auch öffentliche Unternehmen - z.B. die SBB - ein generelles Rauchverbot erlassen bzw. rauchfreie Zonen geschaffen haben, ist es nichts als richtig, wenn auch die Gemeinde Köniz die Verwaltungsgebäude und die Schulen als rauchfreie Zonen definiert. Es geht nicht nur darum, die nicht rauchenden Mitarbeitenden vor dem Passivrauchen zu schützen, es ist auch für die Kunden der Verwaltung viel angenehmer, in Büros zu treten, die nicht nach Rauch stinken. Die FDP/jfk-Fraktion unterstützt den Erlass des Gemeinderates vom 23. März 2005 betreffend ein allgemeines Rauchverbot in Verwaltungsgebäuden, Schulhäusern wie auch in Kulturräumen im Schloss. Wir fordern den Gemeinderat auf, ein noch weiter gehendes generelles Rauchverbot zu prüfen und umzusetzen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich stelle das Votum von Christian Balz klar: Es gibt keine Büros mehr, in welchen Kunden der Verwaltung auf rauchende Mitarbeitende treffen sollten. Wir haben aber immer noch Zonen in öffentlichen Gebäuden, wo geraucht werden darf, so genannte Raucherecken wie z.B. in der Cafeteria im Gemeindehaus Bläuacker.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

Beschluss

Die Motion Graber (SP) (0508) betr. „Rauchfreies Köniz“ wird als Postulat erheblich erklärt.

13. Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen

Beantwortung 0512; Präsidial- und Finanzdirektion

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort auf meinen Vorstoss. Mich freute es zu lesen, dass Neuzuziehende bereits jetzt mit diversen wichtigen Informationen zum Thema Mobilität, wie Mobility-Unterlagen, Libero-Wochenabonnements und Infos über den Liberotarifverbund versorgt werden. Zieht man neu in die Gemeinde, überdenkt man sein eigenes Mobilitätsverhalten, und genau in dieser sensiblen Phase ist es deshalb wichtig, ein solches Set zu erhalten. Wichtig ist, dass die Dokumentationsmappe für Neuzuziehende im Rahmen des Kommunikationskonzeptes überprüft werden soll und der Bereich Mobilität vielleicht noch verbessert werden kann. Die zweite Stossrichtung des Gemeinderates, die Einführung eines Mobilitätssets mit dem Beizug grösserer Firmen und anderer Ge-

meinden zu prüfen, unterstütze ich sehr. Ich bin davon überzeugt, dass damit auch Kosten gesenkt und die Idee breiter abgestützt werden kann. Es ist wichtig, dass wir zur Reduktion oder zumindest zur Stabilisierung der Anzahl Autofahrten sämtliche Möglichkeiten ausloten. Zudem muss gesagt werden, dass es nicht nur um Lärm- und Abgasreduktion geht, sondern auch um ein gesünderes Verhalten unserer Bevölkerung. Wird der öffentliche Verkehr genutzt, muss eine gewisse Strecke zu Fuss gegangen werden, denn oft sieht man Personen in lockerem Laufschrift zum Bus oder zum Tram rennen, was eindeutig gesund und zugleich Prävention ist. Ich bitte euch deshalb, das Postulat zu unterstützen, denn es ist ein günstiges Angebot mit einer nachhaltigen Wirkung und gehört sicher zum Thema "Lokale Agenda 21".

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Zum Mobilitätsset gehört nach meiner Meinung auch die Karte "Velotouren Köniz", in welcher verschiedene Freizeitvelotouren eingezeichnet sind. Ich rege an, noch eine zweite solche Karte zu erstellen, in welcher Arbeitswege auf verkehrssamen Strassen für Velo fahrende eingezeichnet sind.

Frau Sandra Deutsch (FDP): Zwei Fragen: Wer bezahlt das Set mit den Testgutscheinen? Kostet das Libero-Wochenabonnement tatsächlich 120 Franken? Ich kann mir das kaum vorstellen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Das Wochen-Liberoabonnement für 125 Franken umfasst nicht nur das klassische Einzugsgebiet, sondern ist für alle Zonen des Liberotarifverbundes gültig. Dieses Angebot wird gemacht, um zu bewirken, dass mehr Personen auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Finanziert wird es von den Transportunternehmungen selber.

Mit 23 zu 2 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, fasst das Parlament den

Beschluss

Das Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) (0512) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen wird erheblich erklärt.

14. Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitätsmanagement

Beantwortung 0513; Präsidial- und Finanzdirektion

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die Annahme meines vorherigen Postulates und hoffe, dass ihr dem Thema Mobilitätsmanagement ähnlich positiv gegenüber steht. Das Postulat geht in eine ähnliche Richtung wie das Mobilitäts-Set, mit dem Unterschied, dass die Zielgruppe hier Firmen und nicht Einzelpersonen sind. Das betriebliche Mobilitätsmanagement ist vor 25 Jahren in den USA entstanden, denn gravierende Verkehrsprobleme rund um Städte machten diese zu verkehrsreichen Zeiten fast unerreichbar. Dieser Umstand zwang Staat und Unternehmen zu gemeinsamem Handeln. Seit anfangs der Neunzigerjahre verbreitet sich das Mobilitätsmanagement auch in Europa. Speziell in den Niederlanden wird seit 10 Jahren eine konsequente Strategie in diesem Bereich verfolgt. Die teilnehmenden Betriebe können mit dem Management ihre Fahrten im Durchschnitt um 15 bis 20 Prozent reduzieren. Auch in Grossbritannien wird eine ähnliche Strategie, mit so genannten Travel plans verfolgt, und auch hier betragen die Einsparungen durchschnittlich 18 Prozent, es ist somit ein sehr wirkungsvolles Instrument. Ein wichtiger Aspekt für Firmen: Die Auto fahrenden Pendler leiden oft unter Stresssymptomen und sind öfter krank als jene, die mit dem Velo fahren, zu Fuss oder mit dem Bus unterwegs sind. Zudem verursachen so genannte Wegunfälle von Pendlern laut einer Studie grössere Kosten als Arbeitsunfälle in Betrieben. Also rentiert auch von Seiten der Arbeitgeber ein Mobilitätsmanagement. Es gibt verschiedene Möglichkeiten für Firmen, das Verhalten der Mitarbeitenden zu beeinflussen. Dazu nur ein paar Stichworte: Parkplatzbewirtschaftung, überdachte Veloparkplätze, Zuschuss an ein Halbtax- oder Liberoabonnement beim Verzicht auf einen Parkplatz. Für Verhaltensänderungen fehlt oft nur der richtige Anstoss, hier kann unsere Gemeinde eine wichtige Rolle spielen. Sie selber geht mit gutem Beispiel voran, hat sie doch anfangs dieses Jahres ein Mobilitätsmanagement eingeführt. Ich fände es sehr gut, wenn unser Gemeinderat zusammen mit Energie Schweiz das Mobilitätsmanagement bei Firmen aktiv fördern würde. Ich bitte euch, das Postulat zu unterstützen, denn es ist wiederum ein Beitrag zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, dient der Gesundheit der Mitarbeitenden in den Betrieben, senkt Kosten und ist ein konsequenter Schritt für unsere Gemeinde mit dem Energielabel und der "Lokalen Agenda 21".

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich unterstreiche hier, dass wir dieses Postulat zur ernsthaften Prüfung entgegen nehmen. Wir "leiden" zum Teil an unserem Erfolg im Zusammenhang mit der Ansiedlung von neuen Unternehmen. Wir wissen, dass unser Strassenraum begrenzte Kapazitäten hat, und für den Gemeinderat ist klar, dass er a) mit gutem Beispiel voran gehen will und b) den Kontakt zu Betrieben aufnehmen und erreichen will, dass diese Mobilitätsmanagements anwenden, damit jede überflüssige Fahrt mit individuellen Verkehrsmitteln unterlassen wird. Das ist im Interesse aller in der Gemeinde Köniz, insbesondere auch der Könizer Unternehmen, denn ihre Attraktivität sinkt, wenn Kunden, die mit dem Auto anfahren müssen, viel zu viel Zeit wegen verstopfter Strassen verlieren. Der Gemeinderat schrieb die Grundlage im Bericht "Siedlung und Verkehr Köniz-Liebefeld" fest und wird vermutlich weiter gehen als die Postulantin, und nicht nur motivieren, sondern versuchen, noch einen "Zacken" zuzulegen und in Bezug auf Mobilitätsmanagement bei Unternehmungen ein höheres Mass an Verbindlichkeit zu erreichen. Es ist für alle wichtig, wenn wir unsere Strassen entlasten können.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

Beschluss

Das Postulat SP/JUSO-Fraktion (0513) betr. Mobilitätsmanagement wird erheblich erklärt.

15. Motion GB betr. Fussgängerverkehr Könizer Ortszentrum

Beantwortung 0514; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Wir reichten die Motion Ende Mai 2005 mit dem Vermerk "dringlich" ein, dies weil der Entscheid über die definitive Einführung des fussgängerstreifenlosen Ortszentrums anfangs Juli gefällt werde. Die Dringlichkeit wurde nicht gewährt, und nun stehen wir vor vollendeten Tatsachen, ohne dass das Parlament sich dazu äussern konnte. Seit dem Einreichen der Motion wurde Einiges unternommen, das muss auch gesagt werden. Es entstand ein breiterer Mittelstreifen, ein grosses "Tempo-30" wurde auf den Belag gemalt, die berühmten "n" mit Füsschen wurden angebracht und es werden Fahnen mit einer Höhe von 86 Zentimetern aufgehängt. In diesem Zusammenhang danke ich dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Trotzdem scheint uns vom Grünen Bündnis, dass Ortsfremden, die in diese Zone fahren, die Bedeutung der Verkehrszeichen nicht klar ist. Tempo 30 ist noch klar, aber weshalb die Passanten in Köniz so undiszipliniert die Strasse queren, wird nicht von allen verstanden. Hätte der Auto fahrende im Theorieunterricht besser aufgepasst, wäre ihm klar, dass bei Zone 30 keine Fussgängerstreifen aufgemalt werden. Wenn ich als Fussgänger die Strasse im Ortszentrum quere, bin ich nie ganz sicher, ob der Auto fahrende diese Überlegung gemacht hat. Bei den in dieser Jahreszeit schwierigen Sichtverhältnissen finde ich den Blickkontakt schlecht, weshalb in meinen Augen ein Stück "russisches Roulette" dabei ist, wenn ich diese Strasse überqueren will. Hinzu kommt noch, dass bei einem Unfall der Fussgänger strafbar wäre, weil bei Tempo 30 die Autos Vortritt haben. Aus all diesen Gründen forderten wir das Aufmalen eines roten Belages, der allen Verkehrsteilnehmenden zeigt, dass für Fussgänger und Auto fahrende eine spezielle Situation vorhanden ist. Zum roten Belag gebe ich noch einige Erklärungen ab: Es heisst, ein roter Belag sei für Sehbehinderte schwierig zu erkennen. Ich kann das nicht nachvollziehen, denn für mich hat es keinen Einfluss auf Kontraste, ob der Belag dunkelrot oder grau ist. Es wurde auch eingewendet, durch das Aufmalen des roten Belages verliere der Untergrund an Griffigkeit. Wir erklärten immer, es müsse ein Deckbelag sein, der durch die Einmischung von Eisenoxyd rot eingefärbt werden könne, was einen dauerhaften dunkelroten Farbton ergibt. Die Kosten lägen inklusive Entfernen des alten Deckbelages bei ungefähr 20 Franken/Quadratmeter, was mit den zur Verfügung stehenden 135'000 Franken finanzierbar gewesen wäre. Die fussgängerstreifenlose Querungszone in Köniz könnte Pioniercharakter in der Schweiz haben, aber ich fürchte, dass die Buchstaben "n" mit Füsschen nicht unbedingt im Rest der Schweiz Schule machen werden, was in meinen Augen mit dem roten Belag eher der Fall gewesen wäre. Zum Schluss stelle ich fest, dass die Entscheide gefällt, die Massnahmen getroffen sind und das Geld vermutlich aufgebraucht ist. Aus diesem Grund ziehen wir die Motion zurück. Wir erlauben uns, allenfalls im Rahmen der Wirksamkeitskontrolle im nächsten Jahr auf unsere Anliegen zurück zu kommen.

Die Motion GB (0514) betr. Fussgängerverkehr Könizer Ortszentrum wird von den Motionären zurückgezogen.

16. Motion FDP betr. beeinflussbare und nicht beeinflussbare finanzielle Verpflichtungen

Beantwortung 0515; Präsidial- und Finanzdirektion

Frau Evelyn Bühler (FDP): Ich mache es kurz: Die FDP/jfk-Fraktion ist froh, dass der Gemeinderat die Notwendigkeit dieser Motion erkannt hat. Wir danken ihm dafür, dass er die Erstellung einer solchen Liste bereits in Auftrag gegeben hat. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, die Kosten in den Griff zu bekommen. Vor allem nach der Diskussion über das Budget 2006 und die Finanzstrategie wurde allen bewusst, dass in den nächsten Jahren unbedingt gespart werden muss. Das ist jedoch leichter gesagt als getan. Wo setzen wir an? Wo ist es überhaupt möglich zu "schrauben"? Wir wissen, dass ein Grossteil der finanziellen Verpflichtungen unserer Gemeinde fix ist und sich auf keinen Fall reduzieren lässt. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wo noch Spielraum vorhanden ist. Nur mit einer transparenten Auflistung der beeinflussbaren bzw. nicht beeinflussbaren finanziellen Verpflichtungen wird es in den nächsten Jahren möglich sein, die Basis für eine vernünftige Diskussion über die Zukunft bzw. die finanzielle Richtung unserer Gemeinde zu schaffen. Diese Diskussion werden wir hier in diesem Saal zusammen führen müssen. Die FDP/jfk-Fraktion stimmt der Annahme der Motion zu, und wir hoffen, dass die Liste nicht allzu lange auf sich warten lässt.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

Beschluss

Die Motion FDP (051) 5betr. beeinflussbare und nicht beeinflussbare finanzielle Verpflichtungen wird erheblich erklärt.

Dem Vorschlag der Parlamentspräsidentin, die Behandlung der drei restlichen parlamentarischen Vorstösse auf die Januar-Sitzung zu verschieben, wird mit grossem Mehr zugestimmt.

20. Verschiedenes

Die Parlamentspräsidentin: Folgender Vorstösse wurde eingereicht:

0528 Motion Deuber (SP) betr. „Vorstossembargo“

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Die Sitzung der Kommission für das Bildungsreglement vom 9. Januar beginnt wegen des am gleichen Abend stattfindenden GPK-Anlasses nicht um 19.00 Uhr, sondern um 17.00 Uhr.

Herr Harald Henggi (FDP): Ich orientierte bereits in meinem Votum zu Beginn der heutigen Sitzung über den Stand der Arbeiten der Kommission K2005. Dem gibt es im Moment nichts Weiteres anzufügen. Ich teile aber mit, dass ich an der letzten Sitzung als Kommissionspräsident zurückgetreten bin, denn es reicht mir zeitlich nicht mehr, in drei Kommissionen aktiv tätig zu sein. Zudem glaube ich, dass der Zeitpunkt mit dem Erreichen des geschilderten Meilensteins durchaus passt und die Zeit für einen Wechsel gekommen ist. In diesem Zusammenhang könnte im Hinblick auf das Budget 2008 überlegt werden, ob die Kommission K2005 in K2008 umgetauft werden soll. Ich danke euch allen für das mir entgegen gebrachte Vertrauen.

Frau Verena Rohrbach (SVP): Auf den Listen vom 12. Oktober und 11. November 2005 mit den unerledigten parlamentarischen Vorstössen ist bei meinem Vorstoss 0311 das Wort "Motion" verschwunden. Aha, dachte ich, ist das eine neue Variante, ungelegene Aufträge verschwinden zu lassen? Geschah es vielleicht im Bewusstsein, dass die Parlamentarierin ab Januar 2006 nicht mehr dem Parlament angehört? Nein, ich weiss, dass dieser Fehler einfach passiert ist. Aus vielen Gesprächen mit Ueli Studer weiss ich, dass er engagiert versucht, eine Lösung zu finden, damit diese Motion nicht unerfüllt abgeschrieben werden muss. Aber ein Verlängern der Erfüllungsfrist hätte traktandiert werden können. Ich kann mich hier zum letzten Mal für die Ballsporthalle zum Wort melden, dann werden sich andere an meiner Stelle dafür stark machen. Wir haben in Köniz zwei Ballsportvereine, die schweizweit zu den Besten gehören: Floorball Köniz, wo junge Männer rassig, schnell und fair Unihockey spielen, und

Zeiler Köniz, die mit Volleyball die attraktivste Ballsportart für Frauen betreiben. Hinter diesen beiden Spitzenteams gibt es noch viele Mannschaften auf allen Altersstufen und viele, viele stille Helfer im Hintergrund. In beiden Sportarten werden Geist und Körper trainiert, und ein gutes Resultat kann erst dann erreicht werden, wenn jede Mitspielerin und jeder Mitspieler bereit ist, mannschaftsdienlich zu spielen. Eine gute Lebensschulung. Zuschauer unterstützen ihre Teams lauthals, aber absolut friedlich. Ich sah noch keine Schlägerei, sei es beim Volleyball oder bei Floorball, zu Hause oder auswärts. Mir fehlen die Unterstützung und ein sichtbarer Stolz der Gemeinde auf die Leistungen der Teams. Im Rittersaal hörte ich letzten Montag, wie stolz man auf Simonetta Sommaruga sei, die unsere Gemeinde berühmt und bekannt mache. Es ist einfach, hier stolz zu sein, denn die Gemeinde muss keine Infrastruktur zur Verfügung stellen, es reicht zu sagen, sie sei von Köniz und schon gibt es Applaus. Auch wenn Zeiler oder Floorball Köniz auswärts spielen, heisst es, "die sind aus Köniz und sind gut". Ich weiss, wir haben einen finanziellen Engpass, aber wie ist es möglich, dass z.B. Orte wie Cheseaux, Franches-Montagnes, Hergiswil, Düdingen oder Schaffhausen über grosse Hallen mit Restaurant, Küche und Nebenräumen verfügen? Der Gemeindepräsident sagte kürzlich in einer Parlamentssitzung, eine Gemeinde die gar nichts mehr mache, verliere an Profil. Ich frage mich auch, wie stark der Wille zum Finden einer Lösung bei Verwaltung und Exekutive ist, wenn ich höre, dass ein einheimischer Architekt - der schon gerissene Lösungen präsentiert hat - im Wettbewerb betreffend alte Migros nicht einmal mitmachen darf. Vielleicht passiert dann etwas, wenn in den neuen Alterswohnungen - die ich übrigens sehr begrüsse - die "Grauen Panther" aktiv werden und nicht nur attraktiv wohnen wollen, sondern auch hier Sport treiben wollen statt im Fitnessclub. Dann wird es in unseren Turnhallen noch enger. Dank der aufgestellten Senioren kommen die aufgestellten Jungen dann vielleicht endlich zu einer Ballsporthalle. Schön wär's.

Die Parlamentspräsidentin: Das Fehlen des Wortes Motion ist tatsächlich ein Versehen, aber der Vorstoss ist klar als Motion erkenntlich.

Herr Ueli Studer (SVP): Liebe Verena Rohrbach, seit Jahren setzt du dich für die Erstellung einer Ballsporthalle ein. Es tut mir wirklich leid, dass wir die Frist für die Verlängerung der Motion verpasst haben, und ich nehme den Ball so entgegen. Ich informierte mich in Bern, wie es bezüglich Gebiet Weissenstein mit der Zusammenarbeit mit Bern aussieht. Der Gemeinderat von Bern schrieb der Burgergemeinde Bern einen Brief mit dem Inhalt, dass er das so genannte "Vitalcenter" mit Mantelnutzung (Schwimmzentrum) nicht befürworte, d.h. er stellt sich nicht hinter eine Zonenplanänderung, was wiederum heissen würde, dass die Ballsporthalle im Moment bezüglich Priorität wieder ein wenig nach oben gerutscht ist. Die Burgergemeinde Bern äusserte sich jedoch noch nicht klar zu ihren Vorhaben. Sie erklärt lediglich, die Ballsporthalle sei nicht das Einzige, das für dieses Gelände geprüft werde. Wir warten weiterhin auf einen Entscheid in Bern. In Köniz gaben wir eine Machbarkeitsstudie in Auftrag, die wir letzte Woche erhalten haben. Es geht darum, ob eine Ballsporthalle auf dem Areal des Oberstufenzentrums Köniz realisiert werden könnte. Wir haben die Studie angeschaut und werden sie weiter prüfen. Zudem sind wir im Gespräch mit den betroffenen Vereinen. Zur Anerkennung sportlicher Leistungen: Mit der jährlichen Sportlerehrung, die immerhin attraktiv ist, setzen wir ein kleines Zeichen für unsere Vereine.

Herr Niklaus Hofer (SVP): Die heutige Sitzung war die letzte unter der Leitung von Judith Ackermann. In meiner Eigenschaft als I. Vizepräsident möchte ich es nicht unterlassen, dir, liebe Judith, im Namen von uns allen ganz herzlich für das Jahr zu danken, in welchem du uns durch die Sitzungen führtest. Du machtest dies mit sehr viel Kompetenz und Charme. Im Namen der SVP-Fraktion darf ich dir ein kleines Präsent überreichen, als Dank für die geleistete Arbeit. Wir haben lange über ein Geschenk nachgedacht und erteilten einem Fraktionsmitglied den Auftrag, via Buschtelefon ausfindig zu machen, was du gerne magst. Dies sei eine spezielle Schokolade aus einem "Spezialgeschäft" in Köniz, wurde uns mitgeteilt. Wir wünschen dir für die neue Aufgabe, die ab 1. Januar 2006 auf dich wartet - du wirst dann hier im Saal in die gleiche Richtung schauen wie in deinem Präsidialjahr - alles Gute, viel Glück und vor allem gute Gesundheit. (*Applaus*).

Ich erwähne noch, dass die SVP-Fraktion an ihrer letzten Sitzung zwei langjährige Parlamentsmitglieder verabschiedet hat. Ich wünsche Verena Rohrbach und Lorenz Bussard auch an dieser Stelle alles Gute für die Zukunft, vor allem gute Gesundheit. (*Applaus*).

Frau Barbara Mooser (FDP): Das Buschtelefon hat offenbar funktioniert, denn auch ich hörte, dass du, liebe Judith, heute die letzte Parlamentssitzung leitest. Ich dachte jedoch, man würde dich an der nächsten Sitzung, d.h. am 13. Januar 2006 verabschieden. Du hast deine letzte Sitzung wie üblich mit Bravour beendet, du führtest das Parlament während eines Jahres sehr kompetent mit einem guten Schuss Humor, viel Ausdauer - besonders bei den zwei letzten Sitzungen - Niveau und Natürlichkeit. Wir standen dir diese Eigenschaften bereits vor einem Jahr zu. Uns freut es ganz besonders, dass du deine Kompetenz in den Gemeinderat einfließen lassen kannst, aber du wirst am eigenen Leib erfahren, wie es heute auch passiert ist, dass deine Parteiliebe gegen dich stimmen. Mit deiner Gelassenheit wird dies für dich sicher keine Schwierigkeiten geben, so lange wir Sachpolitik betreiben. Wir möchten dir zum Abschied aus dem Parlament und zum Neubeginn im Gemeinderat eine grössere Pflanze schenken. Wenn wir wissen, in welchem Büro du tätig sein wirst, werden wir dir das Grüne herein stellen, denn auch die FDP benötigt etwas Grünes. Als Symbol geben wir dir bereits jetzt etwas auf den Weg mit. Das Geschenk soll dir ein kleines Licht in den Winteralltag bringen und dir die Zeit vertreiben, bis es wärmer wird und du richtig Freude an unserer Pflanze haben kannst. (*Applaus*).

Auch wir verlieren zwei Parlamentsmitglieder, Anton Riesen und Sandra Deutsch. Anton Riesen hat sich für heute entschuldigt. Er gehörte dem Parlament während der letzten 15 Jahre an und hatte jedes mögliche Amt inne. Von der Begleitkommission zur Ortsplanung über die GPK bis hin zum Parlamentspräsidium war er überall tätig. Mit seiner gradlinigen Art verteidigte oder lehnte er Geschäfte ab. Er setzte sich für die KMU ein und recherchierte alle Kosten bei Bauten oder Sanierungen gründlich. Lieber Anton in Abwesenheit, wir danken dir sehr für deine Arbeit während der vielen Jahre und werden dich noch im Kreis der FDP gebührend verabschieden.

Liebe Sandra, du bist 2003 für Martin Zwahlen ins Parlament nachgerutscht. Es war eine kurze, aber sehr intensive Zeit, in der du deine Energie für uns verbraucht hast. Wir bedauern ausserordentlich, dass du nicht mehr kandidieren konntest. Trotzdem hoffen wir, dass du unsere Politik weiterhin unterstützen wirst und wir dich nicht ganz verlieren. Ich weiss aus vielen Gesprächen mit dir, wie sehr du Freude am Politisieren hast. Wir danken auch dir für die tolle Arbeit und überreichen dir ein Symbolgeschenk. Auch du wirst von uns noch speziell verabschiedet werden. (*Applaus*).

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Auch wir haben drei Parlamentsmitglieder zu verabschieden. Ich beginne mit der Amtsältesten: Liebe Marlise Schörlin, wir danken dir für dein 12-jähriges grosses Engagement hier im Parlament und in der Fraktion. Für mich bist du die künstlerische Stimme aus dem Wangental. Du kämpftest in all den Jahren immer wieder stark für die Anliegen der Wangentaler, sei es für die Sicherheit auf der Freiburgstrasse, die Erhöhung der Sicherheit von Fussgängern im Ortszentrum, den Wegfall der Transporte aus dem Kiesabbau aus dem Dorf Oberwangen, das fehlende Ortszentrum, die fehlenden Räumlichkeiten für die Schule oder Räume für die Ludothek und die Spielgruppe. Du hattest einen harten Stand, es ist nicht einfach, etwas für das Wangental zu erhalten oder zu erreichen. Trotzdem hast du deinen Humor nicht verloren, mit deinen treffenden Sprüchen brachtest du uns - im Parlament wie in der Fraktion - immer wieder zum Lachen. Im Jahr 2001 warst du Ratspräsidentin, auch da hast du mit Humor und grossem Engagement schwierige Situationen und ganz verzwickte Traktanden gemeistert. Dass es sogar zu einer parlamentarischen Liebeserklärung kam und ein wenig Romantik ins Parlament einzog, zeugt von deiner grossen Ausstrahlung. Neben deiner parlamentarischen Arbeit hast du dich immer sehr für Kunst in Köniz eingesetzt und mit Vernissagen in deinem eigenen Haus künstlerische Akzente gesetzt. Wir sind froh, dass du dich weiter dafür engagierst. Nicht zuletzt warst du immer unsere "Rettung", wenn es darum ging, jemandem ein passendes Geschenk zu überreichen. Deine Kreativität diesbezüglich und deine Worte zu den Geschenken können nicht übertroffen werden. Marlise, wir verlieren mit dir eine starke Persönlichkeit und die Wangentaler eine kraftvolle Stimme für ihre Anliegen. Wir wünschen dir für deine Zukunft alles Gute, mehr Zeit für dich, für Kurt und deine Söhne, für die Kunst und ausgedehnte Aufenthalte in deinem geliebten Südfrankreich. Weil wir wissen, dass du Kunst liebst, schenken wir dir einen Gutschein für ein feines Nachtessen im Restaurant des Kleezentrums inklusive Eintritt ins Museum. (*Applaus*).

Das nächste zu verabschiedende Parlamentsmitglied ist Beat Deuber. Wir zwei wurden gleichzeitig ins Parlament gewählt und scheiden zusammen aus. Du, um mehr Zeit für ande-

res und ich, um mehr Zeit für die Politik zu haben. Zuerst warst du ein eher ruhiges und scheues Parlamentsmitglied, aber in den acht Jahren hast du dich zu einem ausgezeichneten Parlamentarier mit einem klaren und eigenen Profil entwickelt. Wir schätzten dich sehr als kritisches, strategisch denkendes und engagiertes Fraktionsmitglied. Überzeugend und hartnäckig hast du im Parlament diskutiert und keine Angst vor heissen Eisen gehabt. Als GPK-Mitglied hast du sehr gute Arbeit geleistet. Im Parlament hast du diverse verkehrspolitische Vorstösse lanciert und immer auf der Seite der schwächeren Verkehrsteilnehmenden gekämpft, wie auch heute Abend. Mit Vorstössen wie "Tempo 30 muss eingehalten werden", Sicherheit für Schulkinder bei Verkehrsanlagen, SBB-Tageskarten und gegen die Abschaffung der Fussgängerstreifen im Gurtenbühl bist du immer wieder aufgefallen. Mir unvergessen bleibt die Parlamentssitzung vom 21. März 2005, als du im Namen unserer Fraktion mit sämtlichen parlamentarischen Mitteln und überzeugenden Voten für eine Variantenabstimmung für das Reglement Abstimmungen und Wahlen kämpftest, was wir - fast wie in einem Krimi - um eine Stimme nicht geschafft haben. Wir sind froh, dich wenigstens als Parteipräsidenten behalten zu können. Für deine Zukunft - beruflich wie privat - wünschen wir dir alles Gute, mehr Zeit für deine Partnerin und all deine Hobbys. Nebst dem, dass du gerne Krimis liest, vernahm ich per Buschtelefon, dass du sehr gerne kochst. Deshalb schenken wir dir eine Kombination von beidem, ein Kochbuch mit dem Titel "Andrea Camilleris sizilianische Küche, die kulinarischen Leidenschaften des Commissario Montalbano". Jetzt kannst du dessen Rezepte nachkochen, und damit du sofort beginnen kannst, übergeben wir dir einige sizilianische Spezialitäten und einen guten Wein zum anschliessenden Geniessen. (*Applaus*).

Leider müssen wir unser jüngstes Parlamentsmitglied verabschieden. Liebe Mélanie Mader, mit dir verlieren wir - wie gesagt - unser jüngstes Mitglied, du wurdest vor vier Jahren mit einem ausgezeichneten Resultat ins Parlament gewählt. Du hast dem Resultat entsprochen und sehr gute Arbeit sowohl in der Fraktion als auch im Parlament geleistet. Bei Jugendthemen warst du für uns immer eine wichtige Stimme mit realistischem Blick. Du machtest dich jedoch nicht nur für die Jugend stark, sondern packtest ganz unterschiedliche Themen an. Du setztest dich für die Gleichstellung in der Verwaltung ein, für die Erschliessung des Büssiackers mit dem öffentlichen Verkehr, für ein Alkohol- und Tabakwerbeverbot in der Gemeinde. Du bist aufgefallen, weil du immer sehr intelligent und fundiert argumentiert hast. Zusammen mit Evi Allemann hast du das Projekt "Köniz in Kinderaugen" lanciert und viel von deiner Freizeit daran gegeben. Dein ausgezeichnete Folgevorstoss kam im Parlament wegen einer einzigen Stimme nicht durch, das schmerzte. Trotz deinem Jura-Studium - und dies erst noch auf Französisch in Neuenburg - warst du an fast allen Fraktions- und Parlamentssitzungen anwesend. Du warst ein eher ruhiges Parlamentsmitglied, aber wenn du etwas sagtest, war es immer durchdacht und klar. Ich bin sicher, dass du mit deiner sympathischen und intelligenten Persönlichkeit eine viel versprechende Zukunft vor dir hast. Für dein Studium in England und deine persönliche Zukunft wünschen wir dir deshalb von Herzen alles Gute. Auch via Buschtelefon erfuhr ich, dass du gerne liest und Kleidereinkäufe tätigst. Deshalb hier zwei Gutscheine zum Abschied, die du als Studentin mit sicher schmalen Portemonnaie wohl gut gebrauchen kannst. (*Applaus*).

Die Parlamentspräsidentin: Auch ich danke den austretenden Parlamentsmitgliedern für ihre politische Arbeit. Das Parlament verliert Personen, die das politische Geschehen über viele Jahre sehr aktiv mitprägten. Ich danke Lorenz Bussard, Beat Deuber, Sandra Deutsch, Beat Giger, Mélanie Mader, Anton Riesen, Verena Rohrbach und Marlise Schörlin. Katrin Sedlmayer und ich verlassen das Parlament auch und wechseln in den Gemeinderat. Somit werden dem Parlament im Januar 10 neue Mitglieder angehören.

Nun kommt wirklich der Moment, in dem mein Präsidialjahr zu Ende geht. Es gibt eine gewisse Diskrepanz: Die SVP-Fraktion glaubt nicht, dass ich meiner Pflanze Wasser geben würde, die FDP schenkt mir aber eine solche. Das muss noch genau geklärt werden. Für mich war es in jeder Hinsicht ein spezielles Jahr. Wahljahre haben sowieso eigene Gesetze, und deshalb gab es diesen Stau an unerledigten Vorstössen, der uns zu einer zweiten Sitzung im Dezember zwang. Ich verabschiede ich mich heute offiziell von euch. Ich erspare euch eine lange Abschiedsrede und gehe nur kurz auf zwei Themen ein, die mein Präsidialjahr prägten: Geld und Sport. Mit Geld meine ich, dass wir uns sehr oft mit den Gemeindefinanzen befassen und sogar eine Sondersitzung nur diesem Thema widmeten. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass Zusammenhänge in diesem Bereich noch besser verstanden werden und die Aus-

wirkungen, welche Bestellungen aus dem Parlament haben können, besser abgeschätzt werden. Jetzt komme ich zu einem der wichtigsten Ereignisse meines Präsidentschaftsjahres, der Gründung des FC Parlament Köniz. Ich merkte, dass ich mit normaler politischer Arbeit nie in die Geschichte von Köniz eingehen werde und dass der einzige Weg zur Unsterblichkeit über den Sport führt. Deshalb trat ich den Beweis an, dass man auch auf einem Gebiet, von dem man Null Ahnung hat, etwas bewegen kann, in diesem speziellen Fall 10 Männer. An dieser Stelle danke ich allen, die mich politisch oder sportlich unterstützt und beraten haben, ganz herzlich. Viel Arbeit wird im Hintergrund geleistet. Ich danke Ruth Spahr für die Abfassung der Protokolle, den Abteilungsleitern und Gemeinderatsmitgliedern für ihre Arbeit und ganz speziell dem guten Geist, unserer Parlamentssekretärin Elisabeth Zürcher für ihre extreme Verlässlichkeit und Hilfe. Ich wünsche euch, dass ihr viel Zeit für euch und eure Familien habt, um die Festtage zu geniessen. Alles Gute auch fürs neue Jahr. Wir sehen uns zur ersten Sitzung der neuen Legislatur am 13. Januar um 17.00 Uhr. Dann wird Niklaus Hofer das Szepter übernehmen, und ich wünsche ihm von Herzen alles Gute. (*Applaus*).

Schluss der Sitzung 22.30 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher